universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Migrations- und Integrationspolitik in Spanien
mit Fokussierung auf die Autonomieregion Katalonien.
Fallbeispiel: ‚El Raval' in Barcelona

Verfasserin
Silvia Nußbaumer

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 190 456 353
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Lehramtsstudium UF Geographie und Wirtschaftskunde UF Spanisch
Betreuer:	Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Husa

Inhaltsverzeichnis

Abstract 001

1. **Einleitung** 005

2. **Migrationsgeschichte Spaniens – ein chronologischer Abriss der Wanderungshistorie** 015

2.1 Einleitender Überblick 016

2.1 Auswanderung – das Auslaufmodell in Spaniens Migrationsgeschichte 021
2.2.1 Zielkontinent Lateinamerika 021
2.2.2 Zielkontinent Europa 025
2.2.3 Vergleich der Auswanderungsprofile der Zielkontinente Lateinamerika und Europa 030

2.1 Immigrationsparadies Spanien – die iberische Halbinsel im Trend 034
2.3.1 Ein Querschnitt der letzten drei Jahrzehnte 034
2.3.2 Demographisches Profil der Immigranten nach Kontinenten und sozioökonomische und politische Motivationen für Spanien als Zielland 039
2.3.2 Aktuelle Situation 045
2.3.2 Exkurs: Diskussionsansatz der Problematik irregulärer Einwanderung in Spanien mit Fokussierung auf die geographische Nähe zu Marokko 051

2.4 Innerstaatliche Migration 056

2.5 Zusammenfassung 063

3. **Migrations- und Integrationspolitik in Spanien** 065

3.1 Ein Stimmungsbild im Überblick 067

3.1 Das Aufkommen der Ausländerfrage in der spanischen Rechtsgebung und Politik – die Entstehung der Migrationspolitik 071
3.1.1 Die anfänglichen Entwicklungen der spanischen Ausländerpolitik 071
3.1.1 Das Asyl- und Flüchtlingsgesetz 1984 – ein lang andauernder Verabschiedungsweg 074
3.1.1 Darstellung des Ausländergesetzes *Ley de Extranjería* – die ‚Bibel' unter Spaniens Gesetzen in Ausländerfragen Ende des 20. Jahrhunderts 079
3.1.1 Spanien am Weg zu einer Migrationspolitik? – die Übergangszeit 083

3.1 Migrations- und Integrationspolitik bis zur Jahrhundertwende 20. und 21. Jahrhundert ... 090
3.3.1 Ausweisungen, Grenzsicherungen und Kontrollen als Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung ... 090
3.3.2 Der Plan für die soziale Integration der Einwanderer 1994 ... 094
3.3.2 Entwicklungspolitik als neue Dimension in der Migrationspolitik ... 100
3.3.2 Die Reform des Ausländergesetzes Ende der 1990er Jahre ... 103
3.3.4.1 Das Einreichen der einzelnen Vorschläge der politischen Fraktionen ... 103
3.3.4.2 Die Verabschiedung des Gesetzes *Ley Orgánica 4/2000* über die Rechte und Freiheiten der Ausländer und deren soziale Integration in Spanien am 11. Jänner 2000 ... 108
3.4 Migrationspolitik seit 2000 – neue Ideen im neuen Jahrhundert? ... 113
3.4.1 Die konservativ orientierte Migrationspolitik im ereignisreichen Jahr 2000 ... 113
3.4.1.1 Reform und Verankerung des *Ley Orgánica 8/2000* im *Ley de Extranjería* ... 114
3.4.1.2 Das Programm zur Regulierung und Koordinierung von Ausländerwesen und Einwanderung *GRECO* als eigenwilliger Integrationsansatz der Regierung ... 122
3.4.2 Die erneute Ausweitung der Kompetenzen der administrativen Kräfte im *Ley de Extranjería* im Jahr 2003 als letzte migrationspolitische Maßnahme der konservativen Regierungsära und die darauf folgende Liberalisierung der Ausführung des *Ley de Extranjería 2003* als erste Antwort der ab 2004 sozialistischen Regierung ... 124
3.4.3 Die Regularisierungsaktion 2005 – kritische Betrachtung einer migrationspolitischen Maßnahme wirtschaftspolitischen Ursprungs ... 126
3.4.4 Die ersten großen Schritte in Spaniens Integrationspolitik ... 131
3.4.4.1 Einführung des Integrationsfonds 2005 ... 131
3.4.4.2 Der strategische Plan zur bürgerlichen und sozialen Integration von Einwanderern 2007 - 2010 ... 133
3.4.5 Spanische Migrations- und Integrationspolitik im Jahr 2008 – eine aktuelle Bestandsaufnahme ... 135
3.4.6 Spanische Migrations- und Integrationspolitik im internationalen Kontext und im Spannungsfeld europäischer Politik ... 140

3.5 Exkurs: Festung Europa mit Spanien als Tor – eine Zusammenschau von Spaniens Migrationspolitik im Hinblick auf die Europäisierung als strukturelles Ziel 146

4. **Katalonien – Auffanglager für Immigranten oder Vorzeigebeispiel für qualitativ funktionierende Migrationspolitik** 153

4.1 Exkurs. Positionen des Autonomiestaates in Spanien und in der EU: *el calor polític, el cava i el català* – Politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte im Allgemeinen. 153

4.2 Migrationsgeschichte Kataloniens und gegenwärtiger demographischer Status 164

4.2.1 Kataloniens Weg zu einem der Protagonisten der Immigrationszielorte in Spanien 164

4.2.1 Von der Industrialisierung zur Globalisierung – ein Schlagwortabtausch zu Beginn des 21. Jahrhunderts 167

4.2.1 Junges, arbeitsames Katalonien – das demographische Profil des Wirtschaftsmotors der Iberischen Halbinsel 169

4.3 Migrationspolitik Kataloniens 178

4.3.1 Das Aufkommen der Migrationspolitik als regional-spezifisch zu behandelnde Herausforderung in Katalonien 178

4.3.2 Einführung des Sekretariats für Immigration *Secretaria per a la Immigració* und die Veröffentlichung des Leitfadens zum migrationspolitischen Diskurs Kataloniens *Plan interdepartamental d'immigració 2001 – 2004.* 180

4.3.3 Der katalanische Regierungswechsel – neuer Diskurs in migrations- und integrationspolitischen Angelegenheiten 184

4.3.4 Die Verwaltungsbezirke und lokalen Administrativen als Protagonisten in der Migrations- und Integrations-politik Kataloniens 188

5. **El Raval – Die vielfältigen Seiten eines Altstadtteils Barcelonas im Fokus einer kritischen Beleuchtung mit Berücksichtigung von (Im)migration als Bezugs-punkt der Fallstudie** 193

5.1 Ciudad Vella und Barcelona– Einordnung des Ravals in die Altstadt und die Hauptstadt Kataloniens 193

5.2 Ein Spaziergang 200

5.3 Historische Entwicklung des Ravals – für die Migrationsgeschichte relevante Ereignisse seit dem 16. Jahrhundert ... 204

5.4 Öffentliche Plätze als Indikatoren für Entwicklungen in Migrations- und Integrationsbelangen ... 210
5.4.1 Die Macht des Raumes: Tauziehen zwischen Urbanisierungsmaßnahmen im Raval und sozialer Integration von Immigranten ... 210
5.4.2 Die Macht des ‚ser humanos' – des Menschen: Öffentliche Orte als Schauplätze für soziale Entwicklungen im Raval ... 212

5.5 Migration prägt! – Hervorhebung aktueller sozioökonomischer Ergebnisse/Konsequenzen aus migratorischen Entwicklungen im Raval ... 216
5.5.1 Der Großhandel – ein fest verankerter Wirtschaftszweig in den Händen der Immigranten ... 217
5.5.2 Kritisch-sensible Beleuchtung eines florierenden Gewerbes im Raval: die Prostitution ... 220
5.5.3 Case study: Die pakistanische Community im Raval ... 222
5.5.4 Konfliktpotential im Raval? Einfall der Migranten vs. Flucht der Einheimischen und die Macht der Wörter ... 225
5.5.5 Institutionalisierung des Immigrationsphänomens – die Vereinsvielfalt im Raval ... 227
5.5.6 Die nächste Generation – Förderung von multikultureller Identität mit gemeinsamem Nenner an den Pflichtschulen im Raval ... 231

5.6 *La Ley de Extranjería* im Raval – Eine Zusammenschau dominanter Legislativen und subjektiver Aufnahmen auf lokaler Ebene ... 234

6. **Anhang** ... 243

6.1 Grundsätzliches... ... 243
6.1.1 ...zu Spanien ... 243
6.1.2 ...zu Katalonien ... 244

6.2 Qualitativ-empirische Studie – Interviews ... 246
6.2.1 Interview I: Raumwissenschaftliche Aspekte ... 247
6.2.2 Interview II: Ein migrationswissenschaftlicher Blick hinter die Fassaden ... 255
6.2.3 Interview III: Wirtschaftliche Domäne der ausländischen Community ... 262
6.2.4 Interview IV: Ansichten einer NGO ... 266
6.2.5 Interview V: Zwei Fliegen mit einer Klappe ... 271
6.2.6 Weitere Interviews ... 276

6.3 Lebenslauf der Verfasserin ... 276

7. **Bibliographie** 278

7.1 Monographien, (Zeitungs)artikel 278
7.2 Berichte und Statistiken aus fachspezifischen (Regierungs)instituten 284
7.3 (Zeitungs)artikel aus Tageszeitungen 287
7.4 Internetquellen 290

7.5 Auflistung der verwendetenTageszeitungen 293
7.6 Tabellen-, Diagramm- und Abbildungsverzeichnis 294

Abstract – deutsch

Holt man sich ins Bilde, dass Spanien im Jahr 2008 das europäische Zielland Nr. 1 für Immigration aus Drittstaaten war und fasst man weiters ins Auge, dass in dem für die vorliegende Arbeit ausgewählten Stadtviertel Raval im Zentrum Barcelonas aktuell immerhin 50 % der gemeldeten Einwohner als Immigranten bezeichnet werden, so erhebt sich der Anspruch auf eine nähere Betrachtung der migratorischen Situation des Staates auf der iberischen Halbinsel.
Dabei wird insbesondere eine Beleuchtung der gesetzlichen Lage auf den unterschiedlichen nationalen Ebenen vorgenommen. Dazu müssen allerdings, eingebettet in die Darstellung der Migrationsgeschichte von Spanien, Katalonien, Barcelona bzw. dem Raval, weitere Faktoren, welche für die bisher stattgefundenen Wendungen in der Migrationsgeschichte eine Rolle spielen - wie gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Komponenten neben der gesetzlichen Lage, um einige aufzuzeigen – näher beleuchtet werden.

Schließlich ergibt sich für die vorliegende Arbeit die These, dass aufgrund der vielen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, die in Spanien vorherrschen, die Umsetzung von nationalen Vorstellungen in Form von Gesetzesverabschiedungen im lokalspezifischen Bereich oft schwierig bis unmöglich ist. Die Autonome Region Katalonien als zusätzliche, maßgebliche Instanz zwischen Spanien und Barcelona bietet hier noch einmal mehr eine Herausforderung.
Letztendlich soll aber festgestellt werden, dass sich aus der Vielschichtigkeit der Gesetzeslage, aus der eine gewisse Unübersichtlichkeit resultiert, neue Wege und versteckte Türen ergeben, die von ausländischen Communities in Barcelona unmittelbar genützt werden und zu einer starken Verankerung von Immigranten in der Gesellschaft führen.

Schlüsselwörter Spanien, (Im)migration, Katalonien, Barcelona, Raval, Gesellschaft, Integration, Gesetzeslage, Altstadt

Abstract – english

Considering that in 2008 Spain was the European aim country No. 1 for immigration from third countries and that furthermore within the district Raval in Barcelona at least 50 % of the announced inhabitants where so called immigrants, the claim to a closer consideration of the migratory situation of the state on the Iberian peninsula is rising.
In particular, the legal situation is being inspected on different national levels, besides embedded in the representation of the migration history of Spain, Catalonia, Barcelona and the Raval. Finally there is to say, that more factors play a role – which influences parts of social, political and economic components beside the legal situation for the idioms in the migration history to call just a few – to those, in turn, has to be ascribed a very important roll.

After all the outcome of the present work, the current thesis is, that because of the many political and social levels which rule in Spain, the conversion of national visions and conceptions in form of law discharges - speaking on a local area – are difficult up to impossible. The Autonomous Community Catalonia as an additional decisive authority between Spain and Barcelona holds once again another challenge.
Eventually it should be detected that from the complexity of the current law situation, which results to be unclear, new ways and hidden doors are instantaneous used by foreign communities in Barcelona. This leads again to a strong anchorage of immigrants within the society.

Keywords Spain, (im)migration, Catalonia, Barcelona, Raval, society, integration, law situation, old town

Abstract – español

Considerando que España, en el año 2008, fue el país europeo de destino en inmigración número uno de paises terceros – incluso en el distrito El Raval, en el centro de Barcelona, por lo menos 50% de los habitantes registrados son denominados inmigrantes – aumenta la exigencia a una más seria consideración en cuanto a la situación estatal migratoria de la península ibérica.
La situación legal está siendo particularmente estudiada a diferentes niveles nacionales. Pero para eso deben explicarse detalladamente otros factores, los cuales juegan un rol importante en los cambios de la historia de la migración hasta la actualidad. Estos factores; sociales, políticos y económicos junto a la situación legal, se encuentran en un contexto de la histora de migración de España, Cataluña, Barcelona y por consiguiente El Raval.

La tesis del presente trabajo se da como resultado a las distintas sociedades y políticas que predominan en España que hacen dificil, y hasta impiden la realización de ideas nacionales, en forma de aprobación de leyes en areas locales. La región autónoma de Cataluña como instancia adicional decisiva entre España y Barcelona exige aquí una vez más un desafío.
Finalmente se debe averiguar que por la diversa interpretación legal se abren nuevos caminos y soluciones que no estaban a primera vista, y de los cuales se aprovechan inmediatamente las comunidades extranjeras en Barcelona y lleva a una integración de los inmigrantes en la sociedad.

Palabras claves España, (in)migración, Cataluña, Barcelona, Raval, Sociedad, Ley de Extranjería, Ciudad Vella, integración

1. Einleitung

Möchte man sich dem Themenfeld Migration vorerst mit einer grundlegenden und zugleich allgemein gültigen Aussage nähern, so wird in dieser bereits deutlich, wie heterogen, aktuell und umfassend der Gegenstand ist. Vor allem aber gilt es, mit einer immensen Sensibilität zu arbeiten, geht es doch letztendlich um die in der Geschichte der Menschheit entstandenen Kulturen, die – im Bezug auf Migration – insofern einer besonders vorsichtigen Behandlung bedürfen, als dass sie bei einer Wanderung im wahrsten Sinne des Wortes den Boden verlieren. Mit dem Ortswechsel kommt es zu einer Veränderung der Sprache, Bräuche der Ursprungsorte treffen auf Rituale und Traditionen der Zielorte und nicht zuletzt alleine schon aufgrund der geographischen Unterschiede ergeben sich beispielsweise Umstellungen in den Essgewohnheiten. Nichts desto trotz möchte ich mich nun vorsichtig mit folgender Aussage positionieren, welche für den gesamten Globus als eine Tatsache festgelegt werden soll: „In der heutigen Zeit befinden wir uns in einer Situation, in der ausnahmslos alle Staaten, Nationen, nationale und ethnische Minderheiten vom Phänomen der Migration betroffen sind.“[*] Selbst Staaten, die eine Ein- und Ausreise verbieten, sind durch den Akt der Abwehr damit konfrontiert, indem sie den Prozess der Wanderungen zumindest zu unterbinden versuchen.
In einer kulturpolitischen Hinsicht könnte weiters die Behauptung aufgestellt werden, dass sich mit der Migration, als vor allem in den letzten Jahren zu einer Massenerscheinung gereiften Bevölkerungsentwicklung, sozusagen ein zusätzlicher Kontinent gebildet hat. In metaphorischer Hinsicht denke ich hier aufgrund meiner sprachwissenschaftlichen Vorbildung an die Entwicklung einer eigenen, zusätzlichen Sprache, die im Falle der iberischen Halbinsel beispielsweise durch das Überlagern des Lateins auf die dort befindlichen vorherrschenden Sprachen, die heute durch der sich dem Latein untergebenden Position als Substrate bezeichnet werden, neben dem Portugiesischen als Spanisch *español* bwz. *castellano* bekannt ist.

Mit der bisherigen Ausführung des globalen Erscheinungsbildes der Migration möchte ich vorerst den Grundstein für die vorliegende Arbeit bilden, der da legitimieren soll, grundsätzlich einen Beitrag zur Thematik zu schreiben. So wie sich die Migration in den letzten Jahrzehnten zu einem

[*] Zitat: eigenes

Phänomen der Massenwanderungen entwickelt hat, scheint auch die Literaturlage dieser Entwicklung unterlegen zu sein. Die Vielzahl an Literatur ist aber auch mit der Notwendigkeit, die laufenden Änderungen fortwährend zu betrachten und analysieren, begründbar und genau in diesem Aspekt sehe ich den Sockel des Fundaments für diese Arbeit.

Als eine weitere Feststellung kann nun der Migration als globale Erscheinung hinzugefügt werden, dass „sich die Art und Weise der Migration im Einzelfall, mit besonderem Bedacht auf die zeitliche und regionalspezifische Komponente, sehr stark unterscheiden kann.“[*] Der vorliegende Versuch, am Beispiel Raval, einem Viertel im Stadtzentrum Barcelonas in Spanien, die Situation der Migration zu analysieren, findet nun hier seine Positionierung. Nicht zuletzt der Anspruch auf eine subjektive Wahrnehmung aller einzelnen Akteure, die hier mitwirken, trägt zu einer unterschiedlichen Betrachtungsweise der Migrationsentwicklung bei. Im Falle Spaniens liegt nun bei einer gewissen Zusammenfassung der einzelnen Akteure auf institutionellen Ebenen nach wie vor eine sehr große Heterogenität an Problematiken und den daraus resultierenden Lösungsansätzen vor.

Ein Hauptfokus der Arbeit soll sein, nach einer umfassenden Darstellung der spanischen Migrations- und Integrationspolitik als für den Raval sehr notwendige und maßgebliche Instanz zur tatsächlichen Ausführung von Migrations- und Integrationspolitik, zu schauen, ob die auf nationalem Boden verabschiedete Gesetzeslage in dem regional spezifisch untersuchten Viertel Raval seine Anwendung findet bzw. finden kann.
Mit der Bezeichnung ‚nationaler Boden’ wird zugleich auf eine weitere Herausforderung aufmerksam gemacht, nämlich, die nationale Ebene Spaniens von der nationalen Ebene Kataloniens zu unterscheiden, was aufgrund der differenzierten Gesetzeslage für Migrationsfragen, allen voran aber aufgrund des Autonomiestatuts, das der Nation Katalonien eine Reihe an Kompetenzen zugesteht, notwendig erscheint. Mit der Darlegung der Migrations- und Integrationspolitik Spaniens und damit in Verbindung vorgestellten Entwicklungen auf spanischem Boden im Vergleich zur Migrationsgeschichte und –politik Kataloniens werden laufend die unterschiedlichen Entwicklungen, Diskrepanzen, aber auch Überein-

[*] Zitat: eigenes

stimmungen herausgearbeitet. Im Bezug auf die unterschiedlichen politischen Ebenen ist es nicht zuletzt die Europäische Union, die in den letzten Jahrzehnten natürlich auch in Sachen Migrations- und Integrationspolitik Rahmenbedingungen festlegt, die von den einzelnen Mitgliedsstaaten früher oder später, freiwillig oder unfreiwillig einzuhalten sind. Die europäische Ebene ergibt für vorliegende Arbeit insofern einen zusätzlichen Aspekt, als dass das spanische Autonomiegebiet Katalonien sich einerseits seinem eigenen Staat zu entziehen versucht, andererseits aber in der EU nicht nur als Region, sondern als Nation wahrgenommen werden möchte. Paradox scheint also die Abwehrhaltung Kataloniens gegenüber Spanien, wenngleich doch beide politischen Einheiten an einem Strang, nämlich der Europäisierung, ziehen. Inwieweit sich das in der Migrations- und Integrationspolitik äußert, soll allerdings erst im Verlauf der vorliegenden Arbeit erläutert werden.

Zunächst gilt es, sich in der begrifflichen Welt zu positionieren, wobei die Worte ‚Nation', ‚Staat', ‚Migration', ‚Einwanderer' und ‚Ausländer' einer kurzen Erläuterung bedürfen. Aufgrund des Autonomiestatuts, das Katalonien genießt, soll hier für den Begriff ‚Nation' lediglich betont werden, dass es sich aus theoretisch-konzeptueller Sicht zwar um einen Begriff zweiten Ranges, was die Wichtigkeit für die vorliegende Arbeit betrifft, handelt, doch gerade im Falle Kataloniens ist die differenzierte Haltung gegenüber Spanien in Sachen Kultur, Politik und Gesetz zu einer Alltagserscheinung geworden und daher der Nationsbegriff als bewusst für die ganze nationale Ebene Spanien, aber auch für die regionale Ebene Katalonien eingesetztes Wort, doch ein sehr zentrales für den vorliegend bearbeiteten Raum ist .

Unter ‚Staat' wird das politisch-administrative System verstanden, das sich aus einer Reihe von Institutionen wie Regierung, Parlament, Justiz und Verwaltung zusammensetzt. (Nohlen 2001, S. 476) Hauptakteure werden in vorliegender Arbeit vorwiegend die Regierung als Exekutive, die vor allem die Gesetzesentwürfe vorlegt und Verordnungen beschließt, und das Parlament als Legislative, das die Gesetze verabschiedet und wiederum die Regierung kontrolliert, sein. (Nohlen, 2001, S. 476 – 477)

Oftmals wird in der Literatur unter dem Begriff Migrationspolitik vor allem die Arbeit im Bereich der Einwanderungs- und Asylpolitik verstanden, wobei dabei hauptsächlich der politische Prozess gemeint ist. (vgl. dazu Massey

1999, S. 313) In jüngster Zeit wird dem Begriff der Arbeitsbereich der Integrationspolitik hinzugefügt und unter dem Begriff ‚Migrations- und Integrationspolitik' geführt. Nach wie vor umfasst dieser Begriff die Einwanderungs- und Asylpolitik, wobei der Bereich der Migrationspolitik für regulierende bis hin zu restriktive Maßnahmen steht und die Integrationspolitik sich um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der Einwanderer kümmert.

Im Zusammenhang mit den begrifflichen Definitionen von ‚Staat' und ‚Migrationspolitik' wird häufig die Rolle zueinander definiert, wobei einerseits der Staat durch die Festlegung von Gesetzen und territorialen Grenzen als höchste Instanz gesehen wird, in jüngeren Werken allerdings immer öfter die Meinung vertreten wird, dass die Unterscheidung zwischen Ausländern und Staatsbürgern nicht mehr so entscheidend sei, weil die Globalisierung als Quelle der Internationalisierung den Rückgang der Macht des Staates über die Zulassung zu seinem Territorium bestimme. (vgl. dazu Brettell/Hollifield 2000, S. 149) Ich persönlich sehe zweiteren, jüngeren Aspekt als sehr optimistisch angesetzt und berufe mich für die vorliegende Arbeit auf jene Definition, die dem Staat eine wichtige Rolle zuschreibt. Dass sich mit dem Staat als regelnde Instanz Probleme und besondere Herausforderungen ergeben, sei aber an dieser Stelle nicht minder erwähnt.

Was nun die Unterscheidung von ‚Ausländer' und ‚Einwanderer' betrifft, so ist gleich vorweg anzumerken, dass in spanischen Gesetzestexten das Wort *inmigrante* für ‚Einwanderer' schlichtweg nicht vorkommt. Hierfür wird der Begriff *extranjero* ‚Ausländer' verwendet. Es ist also in vorliegender Arbeit unbedingt notwendig, von der im Deutschen negativ besetzten Konnotation zum Begriff ‚Ausländer' abzusehen. Weil nun im Spanischen der *extranjero* in der Politikwissenschaft als neutrale Person wahrgenommen wird, verwende ich rein für eine stilistische Vielfalt und zur Vermeidung von Wortwiederholungen sowohl das Wort ‚Ausländer' als auch das Wort ‚Einwanderer' und setze voraus, dass sie als neutrale Begriff wahrgenommen werden.[*]

In Spanien erfahren die Konzepte der Begriffe ‚Ausländer' und ‚Einwanderer' insofern auch eine weitere Unterscheidung zum deutschen Gebrauch, als

[*] Der Vollständigkeit halber soll hier für den deutschen Gebrauch der Begriff ‚Ausländer' kurz näher erläutert werden: Juristisch gesehen handelt es sich bei Ausländern um jene Personen, die nicht die Staatsbürgerschaft besitzen. Genau genommen umfassen diese Exterritoriale, Unionsbürger, ausländische Arbeitnehmer, Saisonarbeitnehmer, Grenzgänger, Staatenlose, Asylberechtigte, Asylbewerber und Flüchtlinge. Die Europäische Union unternahm den durchaus gelungenen Versuch, mit dem Wort ‚Drittstaatsangehörige' einen nicht negativ besetzen Begriff einzuführen, der all diese Personen umfasst. (Renner 1998, S. 74 – 84)

dass die spanische *inmigración* ‚Einwanderung' nicht zwingend an einen Grenzübertritt gebunden ist, weil beispielsweise auch die Binnenwanderung von Andalusien in die Autonomieregion Katalonien damit gemeint wird. (Barbadillo Griñán 1997, S. 158ff) Aufgrund der verschiedenen Begriffe und der dahinter stehenden Definitionen und Konzepte kann es oft zu begrifflichen Überschneidungen kommen, die in vorliegender Arbeit allerdings nicht den Forschungsverlauf beeinflussen oder zu Missverständnissen führen. Aus diesem Grund sei hier lediglich in der Einleitung auf die Sprache und ihre unterschiedlichen Konzepte verwiesen.

Was die Quellen für die vorliegende Arbeit anbelangt, so dienten neben einer Auswahl an Monographien und Zeitungsartikeln sämtliche Statistiken und zum Teil ihre Interpretationen durch eine Institution als Vorlage für die dargelegten Inhalte. Die Wahl der Literatur orientierte sich dabei an einer ‚demographischen Streuung'. Das heißt, dass zwar in erster Linie spanischsprachige, bzw. in weiterer Folge katalanische Literatur herangezogen wurde, allerdings auch deutsche und englische Publikationen verwendet wurden. Bei den spanischsprachigen Monographien und Artikeln handelt es sich in den meisten Fällen um iberospanische Werke, in manchen Fällen wurden die Schriften in Lateinamerika verfasst und ergeben so – wie auch bei den deutschen und englischen Texten – einen Blick von außen. Freilich wäre es aufgrund der maghrebischen Immigranten, die neben den lateinamerikanischen Einwanderern ebenso als Protagonisten in diesem Kontext bezeichnet werden können, ein weiterer interessanter Blickpunkt von außen gewesen, dort entstandene Publikationen hinsichtlich der Migration zu betrachten, doch aufgrund fehlender Sprachenkenntnisse konnte dies nur mittels vorhandener Sekundärliteratur vorgenommen werden.
Für die Statistiken ergibt sich insofern eine Besonderheit, als dass die unterschiedlichen Institute eigene Parameter haben und sich so folglich Abweichungen in den einzeln dargestellten Zahlen und Prozentsätzen ergeben. Eine genaue Erläuterung und Präsentation der einzelnen für das spanische Territorium relevanten Statistikämter soll im Verlauf der Arbeit erfolgen.
Vor allem für das letzte Kapitel, das die Migrationssituation im Raval umfasst, war aufgrund der knappen Literaturlage und der spezifischen Fragestellungen, die mit dieser Arbeit beantwortet werden sollten, die

Durchführung von Interviews notwendig, wobei hier erneut auf eine breite Streuung bei der Auswahl der Interviewpartner geachtet wurde. So führte ich die Interviews hauptsächlich in Barcelona durch, doch die Positionen der Interviewpartner sind – meist hervorgerufen durch ihre berufliche Situation und das daraus sich möglicherweise ergebende Expertenwissen – sehr stark gestreut.
Mit der Vielfalt der im Raval ansässigen Institutionen und Vereine, die sich direkt oder indirekt mit der Migration und Integration beschäftigen, sei hier vorweg eine Besonderheit des untersuchten Viertels erwähnt, was in weiterer Folge die Auswahl einzelner Interviewpartner aus diesen Einrichtungen begründet. Die Positionen dieser Experten liefern für die Darstellung der aktuellen Situation im Raval einen maßgeblichen Teil, weil durch ihre Tätigkeiten die Arbeit über die Legislative hinweg die Integration der Immigranten aus Drittstaaten immens steuert.
Eine letzte wichtige Quelle war die Medienberichterstattung, wobei auch hier mit dem Zitieren von lokalen, nationalen, aber auch übernationalen Zeitungen auf eine umfassende Darstellung geachtet wurde. Zwar finden sich in ausgewählten Kapiteln herausgearbeitet Zeitungsartikeln wieder, im Vergleich zu der Durchführung der Interviews wird dieser Forschungsteil aber nicht als empirisch beurteilt. Sowohl die Medienberichterstattung als auch die Durchführung der Interviews finden sich im Anhang als eigens dargelegtes Kapitel wieder.

Neben der wissenschaftlichen Vorgehensweise und der im Folgenden vorgestellten Forschungsziele, ist es mir ein besonderes Anliegen, die persönliche Motivation für die Arbeit zu betonen. Weil ich mich in meinem Worten allerdings nicht wiederholen möchte, verweise ich direkt auf Kapitel 5.2, in welchem ich meiner persönlichen Bindung an die Arbeit Ausdruck verleihe. Taucht man mit mir in die zauberhafte Welt des Stadtviertels Raval ein, so vergisst man wahrscheinlich sehr schnell, dass man sich inmitten einer Diplomarbeit befindet. Aus diesem Grund, habe ich versucht, diesen Exkurs relativ kurz zu halten, was mich allerdings an dieser Stelle zu der Erwähnung zwingt, dass ich mit jenen Worten nur in Ansätzen den Flair und die Einzigartigkeit dieses *barrios* vorstellen konnte.
Nach der Vorstellung der spanischen und katalanischen Migrations-geschichte und –politik soll das Kapitel als Einleitung in den letzten Teil der

Arbeit zudem helfen, sich auf die individuelle Komponente des ausgewählten lokalen Ortes zu konzentrieren und sensibilisieren.

Nach einer einführenden Erläuterung der Rahmenbedingungen für das Verfassen der vorliegenden Arbeit und dem kurzen Exkurs in meine persönlichen Motivationen für die Auswahl des Themas, ist es allerdings in erster Linie der eigentliche Inhalt der Arbeit, der nun in wenigen Worten zusammenfassend dargelegt werden soll.
Ohne einen großen Spannungsbogen zu produzieren, kann das Forschungsziel der Arbeit grundsätzlich einmal wie folgt formuliert werden: Inwieweit nimmt Spanien oder Katalonien bzw. der Raval in migrationspolitischen Angelegenheiten sowohl in der Legislative als auch in der demographischen Ansiedlung der Immigranten eine Sonderstellung in der ihr jeweils übergeordneten Ebene ein und wie werden diese Sonderstellungen auf den einzelnen Ebenen bewertet? Ein einfaches Beispiel, um diese Fragestellung näher zu bringen, ist die Sonderstellung Spaniens, was die Anzahl der Immigranten in Europa in den Jahren 2007 und 2008 betraf. In beiden Jahren war Spanien unangefochten die Nr. 1 und aus dieser Stellung ergaben sich Handlungen, (Re)aktionen und Entwicklungen, die äußerst interessant erscheinen. Zudem ist hier von Belang, wieso Spanien überhaupt diese Spitzenreiterrolle einnahm und wie sie nun der ihr verpflichteten Europäischen Union gegenübersteht bzw. sich deren Vorstellungen beugt. Auf der nächsten Ebene, der nationalen Region Katalonien innerhalb Spaniens, ergibt sich deswegen eine Reihe von Sonderstellungen, weil die Autonomieregion die Abgrenzung von den Maßnahmen der spanischen Regierung als Instrument zur weiteren Abkapselung vom Staat sieht. Und schließlich im nächsten Rahmen, einem Viertel in der Hauptstadt Kataloniens, Barcelona, sind es wieder ganz andere Beweggründe, wieso auch hier besondere Merkmale an der Migrationssituation festzustellen sind. Mit der Vielzahl an ansässigen Einrichtungen, die Migrations- und Integrationsarbeit leisten, wurde hier bereits ein Beispiel erwähnt.
Um diese Sonderstellungen herauszuarbeiten, bedarf es einer umfassenden Darstellung der Migrations- und Integrationspolitiken, die zum einen auf der spanischen und zum anderen auf der katalanischen Ebene formuliert werden. Die europäischen Vorstellungen werden nicht einzeln ausgeführt, sondern in die jeweiligen Kapitel eingearbeitet und so ‚vor Ort' analysiert.

Mit der Vorausschau, dass neben Spanien als erstes Zielland in der EU, aber auch mit der Erwähnung, dass die spanische Regierung durchaus kreative Maßnahmen trifft, um die Situation zu regulieren oder schließlich, dass die Zahl der im Raval lebenden Ausländer jegliche Vorstellungen von dem Immigrantenanteil an einem Viertel im Zentrum einer europäischen Stadt sprengt, sollen nur wenige Facetten für einen Vorgeschmack auf das sein, was die vorliegende Arbeit an Inhalt bieten wird.

Einmal endgültig im Raval angelangt, sind es die unterschiedlichsten Aspekte, die immer im Bezug auf das Thema der Migration und Integration behandelt werden, die zusammen ein vollständiges Bild der aktuellen Situation ergeben.
Zunächst werden ein paar öffentliche Räume beleuchtet und im Kontext der Immigration beurteilt. Hierbei ist allen voran zu stellen, dass die Stadt Barcelona nicht nur im Raval den Prozess der Urbanisierung im vollen Gange führt. So sah sich der Raval mit einer Reihe an baulichen Grundänderungen konfrontiert, auf welche die Bevölkerung unterschiedlich reagierte. Zusammenfassend für diesen Aspekt kann hier erwähnt werden, dass mit dem Anstieg der Immigrantenzahlen im Raval ein Rückgang an katalanischen Einwohnern des Ravals einherging und die Immigranten aus Drittstaaten so bei der Wiederbelebung von einzelnen öffentlichen Plätzen im Raval nicht selten eine Protagonistenrolle über hatten. Ob diese Sichtweise völlige Legitimation hat oder ein genauerer Blick in die Geschichte des Ravals andere Wahrheiten ans Tageslicht bringt, wird ebenso diskutiert. Fest steht aber in jedem Fall, dass daraus eine neue demographische Beschaffenheit im Zentrum des Ravals resultiert, die als eine konstant in das Profil der Bevölkerung des Ravals eingehende Veränderung beschrieben werden kann.
In wirtschaftlicher Hinsicht sind es weiters dominante Berufssparten, wie die Prostitution oder der Großhandel, die im Zuge der Immigration im Raval durch eine nähere Beleuchtung ihre Legitimation als Phänomene, die aus der Einwanderung resultieren, erfahren. Schließlich ist es der hohe Grad an Institutionalisierung von unterschiedlichen Gemeinschaftsinteressen im Raval, die auf eine feste Verankerung von Multikulturalität in diesem Viertel hindeuten.
Mit diesen Impulsen soll lediglich eine Vorahnung auf die sehr vielfältige Betrachtungsweise, die sich im Raval im Kontext der Immigration ergibt,

geschaffen werden. Neben einem abschließenden Kapitel, welches die konkrete Fragestellung der Bezugspunkte zwischen der nationalen und lokalen Ebene behandelt, kann das gesamte Kapitel des Ravals als Reflexion und Beurteilung der aktuellen Sachlage gesehen werden, als dass in den einzelnen Aspekten jeweils die für die aktuelle und zukünftige Situation relevanten Punkte explizit erwähnt werden. Aus diesem Grund ergibt sich der Anspruch, in dem gesamten Kapitel 5 sozusagen eine Zusammenfassung und Konklusion der vorliegenden Arbeit zu sehen.

Silvia Nußbaumer, Wien 2009

♥ Dank an:
Ilse Nußbaumer, Gerhard Nußbaumer, Monika Nußbaumer, Claudia Gómez Peña Nußbaumer, Daniel Francisco Gómez Peña, Adrián Gómez Peña & Thomas Nußbaumer; Lynhan Balatbat, Nicola Ahr & Michaela Reisenberger ..y por fin a BCN!

2. Migrationsgeschichte Spaniens – ein chronologischer Abriss der Wanderungshistorie

Dass Spanien bis auf die letzten Jahrzehnte ein von Auswanderung geprägtes Land war und nun in jüngster Zeit damit beschäftigt ist, die Einwanderung in den Griff zu bekommen, lässt erahnen, dass die Geschichte der Migrationspolitik eine sehr interessante und facettenreiche ist. Den Entscheidungen in der Politik liegen meist Geschehnisse zu Grunde, aufgrund derer in weiterer Instanz politische Maßnahmen getroffen werden.

Im Falle der Migrations- und Integrationspolitik sind es die Wanderungen der Menschen, die primär als immanente Begleiterscheinung seit der Existenz der Menschheit zu beschreiben sind und die themenbezogene Politik steuern. Seit es den Menschen gibt, gibt es Migration – hervorgerufen durch verschiedenste Gründe und Motivationen, sich in unterschiedlichem Ausmaß ereignend und auch ihr Ausgang, also beispielsweise die Art und Weise bzw. Intensität der Integration im Zielland, ist ungewiss. Je nachdem, wie Migration passiert, reagiert der Staat und versucht zu lenken. Genau aus diesem Grund ist der Verlauf der Migrationsgeschichte im Kontext der Aufbereitung der Geschichte einer Migrationspolitik eines Landes von Bedeutung und soll im Folgenden für Spanien dargelegt werden.
Wie nun schon erwähnt, gibt es die Migration seit Beginn der Menschheit - in vorliegender Arbeit wird 1492 und die in diesem Jahr zu datierende Entdeckung Lateinamerikas als Einstiegsdatum für eine chronologische Darstellung der Migrationsgeschichte Spaniens gewählt, insgesamt liegt der Fokus allerdings im Bezug auf die Migrationsgeschichte auf den Vorkommnissen des letzten Jahrhunderts. Dass die Migrationsgeschichte für die Migrationspolitik maßgeblich ist, lässt sich im Falle Spaniens an einem Beispiel darlegen, welches immer wieder seine Anwendung findet. Aufgrund der seit der Entdeckung Lateinamerikas – wenn auch umstrittenen – engen Beziehung zum neuen Kontinent, wird bei Dekretserlässen lateinamerikanischen Immigranten immer wieder ein Sonderstatus verliehen. Inwieweit lateinamerikanische Immigration allerdings in der Realität von diesem Sonderstatus Gebrauch machen und profitieren, gilt es allerdings zu prüfen.

2.1 Einleitender Überblick

Mit der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus im Jahr 1492 (Hausberger 2005, S. 1) kann für die in folgendem Kapitel dargestellte Migrationschronik Spaniens ein sehr stichhaltiges Datum als repräsentatives Einstiegsjahr für die vorliegende Arbeit in die nun über fünfhundert Jahre andauernde Wanderungsgeschichte herangezogen werden. In Folge von stetiger Erschließung und Kolonialisierung Lateinamerikas setzten Emigrationswellen in Richtung ‚neuer Kontinent' ein, welche schließlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichten. Statistische Erhebungen berichten in facheinschlägiger Literatur von einem Emigrationshöhepunkt von 1,5 bis 2 Millionen Personen; ein Bevölkerungsanteil, welcher unter Berücksichtigung der damaligen Einwohnerzahl Spaniens von knapp 19 Millionen im Jahr 1900 sehr beachtlich ist. (Nadal Oller 1976, S. 40)

Spaniens Kolonialgeschichte schloss seit jeher Migrationsbewegungen ein. Neben den Strömungen nach Übersee waren es auch militärische und administrative Kräfte, welche die Erbfolgekriege Spaniens im Ausland benötigten. Zwar stellten die Migrationen einen beachtlichen Prozentsatz der damaligen Bevölkerung dar, der Bevölkerungsverlust im 17. und 18. Jahrhundert durch Migration war aber im Vergleich zum Rückgang durch die hohe Mortalität im Land verschwindend gering. Ein nennenswerter Ausschnitt aus der anfänglichen spanischen Migrationsgeschichte ist weiters die Lockerung der damals vorherrschenden strengen Emigrationspolitik, welche zur Behinderung der Abwanderung der spanischen Bevölkerung aus dem wirtschaftlich, landschaftlich und sozialpolitisch sehr unattraktiven Land eingeführt wurde. Inländer, aber auch ausländische Siedler sollten zur Bebauung brachliegender Böden motiviert und angeworben werden. Während der Massenauswanderungen nach Lateinamerika wurde zur Zeit des Höhepunktes 1908 das Gesetz der internationalen Kolonisierung und Wiederbevölkerung *Ley de Colonización y Repoblación Interna* verabschiedet, was eine gewisse, grundlegende Sensibilisierung der damaligen Bevölkerung und Regierung für eine Notwendigkeit der Wiederbesiedlung des nationalen Territoriums darlegt. (Cayuelas Franco 1999, S. 42 – 60)

Nichts desto trotz blieb Spanien ein von Emigration geprägtes Land und neben den Hauptzielkontinenten Europa und Lateinamerika wird eine weitere größere Auswanderungswelle nach Nordafrika, im Konkreten nach Algerien, verzeichnet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kamen zeitgleich mit französischen Machthabern spanische Arbeitskräfte nach Algerien, bis zur Jahrhundertwende stieg ihre Zahl auf beachtliche 160.000 an, ging jedoch gleich zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder zurück. Die spanischen Auswanderer waren vor allem aus Murcia, Almería, Alicante und von den Balearen stammende Arbeiter, die auf den heimischen Landwirtschaften in den Trockenperioden keine Arbeit fanden. Also gingen sie – meist für eine Saison – nach Algerien, um diese Zeit zu überbrücken. Aufgrund der geographischen Nähe des Ziellandes und auch, weil die algerischen Arbeitgeber relativ gute Konditionen boten, holten viele Spanier ihre Familien nach und die anfängliche saisonale Migration wandte sich hin zu einer dauerhaften Auswanderung aus Spanien. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde diese Welle aber relativ rasch abgebrochen, da Algerien ein Gesetz erließ, das besagte, dass in Algerien geborene Spanier mit Vollendung des 21. Lebensjahres nur die französische Staatsbürgerschaft, nicht aber die spanische bekämen. Dies und auch die Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse und des Lohnes veranlasste viele Spanier zur Remigration in ihr Ursprungsland. (Fischer 2006, S. 82ff)

Mit Ausnahme der letzten Jahrzehnte ist im Falle Spaniens von einem durch Auswanderung dominiertes Land zu sprechen, wobei seit den Folgen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 1960er Jahren verhältnismäßig mehr Immigration als Emigration verzeichnet wird. Vor diesem Umschwung ist als ein signifikantes Datum die Zerschlagung der spanischen Republik im Bürgerkrieg 1939 zu nennen, im Zuge derer eine halbe Million spanische Bürger nach Lateinamerika emigrierte. Unter der von nun an geführten Diktatur Francos wurde die Auswanderung aus Spanien erschwert und in weiterer Folge verboten, mittels repressiver Politik die bis dato zu verzeichnende Auswanderungsgeschichte grundlegend unterbrochen.
Die 1950er Jahre waren vom wirtschaftlichen Umschwung gekennzeichnet, Spanien wurde vom Agrar- zum Industriestaat, was die Freisetzung von Arbeitskräftepotential im ruralen Bereich zur Folge hatte. So setzte die Arbeitsemigration in west- und nordeuropäische Staaten, vor allem nach Deutschland, Frankreich und in die Schweiz ein, während latein-

amerikanische Länder an Attraktivität als Zielland verloren und die Überseeemigration in den 1960er Jahren weitgehend zum Stillstand kam. „Die europäische Arbeitsmigration […] wurde seitens der spanischen Regierung durch eine aktive Auswanderungspolitik unterstützt; so wurde eine Auswanderungsbehörde, das *Instituto Español de Emigración*, errichtet, welche Verträge mit Aufnahmeländern abschloss." (Jütte 1992, S. 55)

Mit der raschen industriellen Entwicklung gewann Spanien selbst gleichermaßen an Anreiz als Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort. Binnenmigrationen in Richtung urbane Zentren, aber auch Remigration von Arbeitsmigranten in ihr Heimatland können als Folgen angesehen werden, wobei hier auf einen bipolaren Aspekt zu verweisen ist. Spanien stellte zwar einen interessanten, neu definierten Wirtschaftsstandort dar, zudem ist die Remigration vieler Spanier jedoch auch auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, welche nun in West- und Nordeuropa einsetzten, zurückzuführen. „Die Kurve der Remigrationszahlen stieg aufgrund der in den Aufnahmeländern verschärften Arbeitsmarktsituation, die nach dem ‚Öl-Schock' von 1973 in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Anwerbestopp führte, steil an." (Jütte 1992, S. 57) „So kehrten von den zwei Millionen Auswanderern, die in europäische Staaten gegangen waren, zwischen 1962 und 1979 ca. 1,5 Millionen wieder zurück." (Kreienbrink 2006, S. 2) Als eine jüngste Emigrationstendenz ist die vom *Instituto Español de Emigración* geleitete Auswanderung nach Nord- und Westeuropa zu nennen, welche aber in häufiger Form zeitlich begrenzt ist und sich im Durchschnitt auf eine maximale Auslandsaufenthaltsdauer von einem Jahr beschränkt.

Seit Mitte der 1980er Jahre ist eine Umkehr in der spanischen Migrationsgeschichte zu erkennen. Spanien verzeichnet durchgehend einen Anstieg an ausländischer Bevölkerung. Neben einem erheblichen Anteil an Europäern, welche sich zum einen als Arbeitskräfte anboten, war es auch eine beachtliche Anzahl an Pensionisten, die ihren Alterswohnsitz im südlichen Klima suchte. Hinsichtlich der Arbeitsimmigration ist weiters eine verstärkte Einwanderung osteuropäischer Bewohner nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu vermerken.
Ursachen wie das Wirtschaftswachstum Spaniens und die zu jener Zeit lockere Migrationspolitik führten vornehmlich zu einem Anstieg der Einwan-

derung außereuropäischer Arbeitssuchender. Ohne Berücksichtigung von irregulären Immigranten betrug die Zahl der Ausländer in Spanien 1975 noch ca. 200.000, während sie sich innerhalb von 25 Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts auf eine Million verfünffachte. „Zu Beginn des Jahres 2005 stellten Ausländer 8,46 % der spanischen Gesamtbevölkerung von 44,1 Millionen dar“ (Kreienbrink 2006, S. 2) Dieser hohe Prozentsatz ist auf die Regularisierungsaktion von 2004 auf 2005 zurückzuführen, im Zuge derer die Zuwachsrate fast 40 % betrug. (Kreienbrink 2006, S. 2)

Auch äußere Faktoren trugen zur Veränderung Spaniens in ein Immigrationsland bei. So führte beispielsweise die Einführung einer restriktiven, sehr strengen Einwanderungspolitik in den USA zu einem höheren Immigrationsaufkommen auf der iberischen Halbinsel. Neben der – hauptsächlich durch die wirtschaftlich erholte Lage - sich erhöhenden Ausländerquote in Spanien führten der Rückgang an Emigration und der signifikante Anstieg an Remigrationen schließlich zu einem Bevölkerungswachstum.

Auch wenn die geographische Lage in der heutigen Zeit nur sehr wenig zur Auswahl des Migrationsweges und des Ziellandes beiträgt, so ist Spanien in dieser Hinsicht als Ausnahme zu nennen. Die Straße von Gibraltar ermöglichte eine Überfahrt von Nordafrika nach Spanien und so in die Europäische Union, welcher vielfach genutzt wird. Die Problematik der illegalen Einwanderung über die Mittelmeerschleuse wird häufig diskutiert und ist ein aktuelles migrationspolitisches Thema, welches auf Ebene der EU behandelt wird, wobei der Umgang mit der irregulären Immigration einer Gratwanderung gleicht, weil die aufgrund der komplexen Problemstellung zu beachtenden und vereinenden Aspekte und Interessen einen positiven Ausgang für alle Teilnehmer quasi unmöglich machen.

Aktuell steigt die Anzahl an Einwanderungen nach wie vor, wobei in erster Linie eine beachtliche Verschiebung der Herkunftsländer innerhalb der Ausländeranzahl in Spanien festzustellen ist. Während der Anteil an europäischer Bevölkerung zwar signifikant ist, aber abnimmt, gewinnt der afrikanische Bevölkerungsanteil – dabei insbesonders marokkanische Immigranten – an besonderer Bedeutung. Auch Lateinamerikaner füllen einen wesentlichen Prozentsatz der Ausländerquote, in diesem Fall wird

aufgrund langjähriger Erfahrungswerte im historischen Verlauf von Migrationswellen gesprochen.

2.2 Auswanderung – das Auslaufmodell in Spaniens Migrationsgeschichte

2.2.1 Zielkontinent Lateinamerika

Erste nennenswerte Wanderungen nach Lateinamerika sind im Zuge der lateinamerikanischen Kolonien Spaniens zu erwähnen. Immer wieder reisten größere Gruppen hauptsächlich spanischer Männer im Auftrag der Krone nach Lateinamerika, um dort ansässig zu werden. Mit der Unabhängigkeit der meisten Kolonien zu Beginn des 19. Jahrhunderts endete diese Art der Migration aber gänzlich. Hinsichtlich der Statistiken ist aber für die Zeit um den Jahrhundertswechsel fast kein Abbrechen der Wanderungsströme zu erkennen, was sich wie folgt erklären lässt: Parallel zum starken Rückgang der Wanderungen durch die spanische Krone sahen die lateinamerikanischen Regierungen, gefolgt am argentinischen Beispiel, in deren Verfassungen eine einwanderungsfreundliche Politik vor. So beschrieb beispielsweise die Verfassung von Argentinien in der Verfassung von 1853 ihr Motto *‚gobernar es poblar'* – ‚regieren ist bevölkern'. Einwanderer wurden angeworben, um so die Ausbeutung der reichen Vorkommnisse an Rohstoffen in Griff zu bekommen. (Gonzales Paz 1973, S. 103 – 104) Trotz dem Ende der Kolonialherrschaft Spaniens über Lateinamerika 1824, welche eine Emigration aus Spanien sicherlich zeitweise unterband, fand eine Überseeauswanderung nach Lateinamerika weiterhin unbeirrt statt. Die politisch gesteuerte Migration wurde so zu jener Zeit schlichtweg durch eine wirtschaftlich motivierte ersetzt.

Ihren Höhepunkt erreichte die Migration – wie eingangs erwähnt - in den Jahren 1905 bis 1913 mit einer Massenauswanderung von 1,5 - 2[*] Millionen Personen, welche durchaus hauptsächlich auf die einwanderungsfreundliche Politik Lateinamerikas zurückzuführen ist. Zwar nahm die Auswanderung nach Amerika durch den Ersten Weltkrieg, Wirtschaftskrisen und zunehmende Einwanderungsrestriktionen Lateinamerikas ab, prinzipiell wurde sie aber in hohem Maße fortgesetzt. (Kreienbrink 2004, S. 45 – 46)

Neben Argentinien waren auch Brasilien und Kuba wichtige Aufnahmeländer. Hier sei chronologisch vorgegriffen, dass Kuba als

[*] Die Anzahl der auswandernden Personen zu Beginn des 20. Jahrhunderts variiert in der für die vorliegende Arbeit verwendeten Literatur.

Einwanderungsland später, zur Zeit der Diktatur Francos, völlig an Bedeutung verlor, da im Zuge des Castro-Putsches die diplomatischen Beziehungen zu Spanien seitens Kuba völlig abgebrochen wurden. Neben ökonomischen Herleitungen kam es in Lateinamerika nun im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auch verstärkt zur einer Selektion der Einwanderer aus ethnischen und politischen Gründen. Beispielsweise bevorzugte Brasilien lange Zeit deutschstämmige Immigranten gegenüber spanischstämmigen und Honduras verbot grundsätzlich die Einreise von Personen, die sich in kommunistischen Gruppierungen engagierten. (Fischer 2006, S. 83 – 86)

Der spanische Bürgerkrieg, die Politik der Nachkriegszeit und der Zweite Weltkrieg ließen die Emigrationswelle nach Lateinamerika dennoch weiterhin abnehmen und zum Erliegen bringen. Die Auswanderung nach Lateinamerika begann erst nach 1946 wieder in erwähnenswertem Ausmaß, weil die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges und das strikte Auswanderungsverbot zur Zeit der Diktatur Francos eine Emigration verhinderten. Gallardo (1994, S. 120 – 123) schreibt von 20.000 spanischstämmigen Personen, welche im Zeitraum von 1939 bis 1945 in lateinamerikanischen Einwanderungsstatistiken aufschienen, wobei Ausreisen über die Nachbarstaaten Frankreich und Portugal sowie ein Anteil an Bürgerkriegsflüchtlingen enthalten sind. Die Öffnung der Franco-Diktatur Ende der 1950er Jahre und die Hinwendung zur Demokratie Ende der 1970er Jahre veränderte die kurz zuvor wieder aufgelebte Auswanderung nach Lateinamerika allerdings erneut, indem sich die nun bestehende Arbeitsmigration auf nord- und westeuropäische Staaten konzentrierte. (Kreienbrink 2004, S. 45 – 46) Neben den nun als Zielländer interessant werdenden europäischen Staaten legten viele lateinamerikanische Länder, allen voran Argentinien, Brasilien, Venezuela und Uruguay determinierte Einwandererkontingente fest, die nur noch denjenigen Migranten eine Einreise gewährten, welche aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Aufnahmegesellschaften leisten konnten. (Fischer 2006, S. 83 – 86) Während nun also die Auswanderung nach Lateinamerika ihr Ende fand, begann Spanien selbst fremde Arbeitskräfte aufzunehmen; erste Anzeichen des Wandels hin zu einem Spanien als Einwanderungsland machten sich bemerkbar.

Zeitraum	Zahl der Auswanderer
1901 – 1910	1.130.144
1911 – 1920	983.469
1921 – 1930	591.078
1931 – 1940	77.454
1941 – 1945	30.478
1946 – 1950	135.487
1951 – 1960	500.491
1961 – 1970	241.174
1971 – 1975	33.947
1976 – 1980	17.714
Insgesamt	**3.741.436**

Tabelle 01: Die *emigración española* nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert (aus: Campo/Navarro 1987, S. 62)

In links stehender Tabelle ist an der Anzahl der Emigranten deutlich zu erkennen, dass im letzten Jahrhundert bezüglich der Auswanderung nach Lateinamerika von drei größeren Phasen gesprochen werden kann. Neben der ersten, mit Abstand intensivsten Welle vor der Diktatur Francos wird die Zeit nach dem spanischen Bürgerkrieg in zwei Zeiträume eingeteilt, wobei die letzte Phase, welche bis heute andauert, ab 1960 zu sehen ist.

Dass die Auswanderungszahlen nach Lateinamerika für die Zeit von 1950 bis 1980 trotz eines Aufschwungs deutlich unter denen der Vorkriegszeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts lagen, lässt sich unter anderem auf den zunehmenden Anreiz der europäischen Arbeitsmärkte zurückführen. Zudem wurden Restriktionen seitens der spanischen Migrationspolitik entwickelt, wodurch von nun an für eine Auswanderung nach Lateinamerika ein Anforderungsschreiben aus Amerika oder ein vorab abgeschlossener und vom spanischen Konsul gegengezeichneter Arbeitsvertrag verlangt wurde. Seitens Lateinamerika war eine strengere und selektivere Zulassung von Einwanderern seit den 1930er Jahren festzustellen. So konzentrierten sich lateinamerikanische Staaten im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Akquirierung von ausgebildeten Industriearbeitern und auf Fachpersonal im Allgemeinen. (Kreienbrink 2004, S. 47 – 48) Diese Tendenz verstärkte sich Ende der 50er Jahre, wo parallel bereits erste Migrationsströmungen nach Europa und – auch innerhalb Spaniens - in die Städte aufkamen. Interessant scheint in diesem Kontext, dass es sich bei den Migranten nach Europa im Allgemeinen hauptsächlich um die Arbeitergesellschaft aus dem primären wirtschaftlichen Sektor, der Forst- und Landwirtschaft handelte, während in Lateinamerika in erster Linie Fachkräfte aus dem sekundären und zT tertiären Sektor gefragt waren. „Die spanische Regierung war in ihrer Migrationspolitik bemüht, den Interessen des lateinamerikanischen Staates entgegen zu kommen und trieb eine betreute Auswanderung von Fachkräften voran.“ (Kreienbrink 2004, S. 49) „Diese auf die lateinamerikanischen Bedürfnisse abgestellte Auswanderung

erklärt unter anderem die geringe Rückwanderung.“ (Palazón Ferrando 1993, S. 104)

In dem darauf folgenden Jahrzehnt passierte eine wechselseitige Umkehr, mit Europas steigender Anziehung verlor Lateinamerika an Attraktivität. Politische Instabilität, zunehmender Militarismus und wirtschaftliche Krisen bedingten die drastische Abnahme an weiterer Emigration nach Amerika. Die Auswanderungszahlen sanken bis Mitte der 1970er Jahre konsequent auf eine kaum nennenswerte Größe und verharrten dort. Bis Mitte der 1980er Jahre waren es ungefähr 300.000 Menschen, welche hauptsächlich nach Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela emigrierten. (Kreienbrink 2004, S. 45 – 46)

Gründe für den starken Rückgang der Emigration nach Lateinamerika liegen vor allem am lateinamerikanischen Arbeitsmarkt, der lange keinen Anreiz mehr darstellte. Zudem erreichten viele Emigranten aus früheren Jahrzehnten das Pensionsalter, welches sie nun in ihrem Ursprungsland Spanien, das wiederum wirtschaftlich und politisch an Attraktion gewann, verbringen wollten.
Diejenigen, welche nach Lateinamerika ausreisten, kamen hauptsächlich aus Galizien und von den Kanarischen Inseln. Der dortigen Bevölkerung war es gestattet, nur sehr kleine Parzellen zu bewirtschaften, was weiters zu geringen Erträgen und einem nur mäßig guten Lebensstandard führte. Auf den Kanarischen Inseln kam das starke Bevölkerungswachstum hinzu, welches die Aufteilung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche zusätzlich erschwerte. (Fischer 2006, S. 83 – 86)

Auswanderungen in andere Überseestaaten spielen in Spaniens Migrationsgeschichte nur peripher eine Rolle. Neben Algerien als interessantes Zielland für spanische Emigranten im 19. Jahrhundert, gab es 1958 eine Aktion zur Entsendung von Farmarbeitern auf Zuckerrohrplantagen nach Australien. Die so genannte *Expedición Canguro* oder *Expedición Eucalipto* umfasste zwischen 1945 und 1976 die Wanderung von ungefähr 23.000 Personen. Mitte der 1970er Jahre gingen zudem jeweils ca. 8.000 Personen nach Kanada bzw. in die USA. (Puyol Antolín 1979, S. 57)

2.2.2 Zielkontinent Europa

Bis zum Ende der 1980er Jahre hatte sich das Europa westlich des Eisernen Vorhanges insgesamt in einen Einwanderungskontinent verwandelt, wodurch die Einwanderung in allen europäischen Staaten, so auch in Spanien, zu einem zentralen politischen Thema wurde. 1950 bis 1990 war in den heutigen EU-Staaten (einschließlich der Schweiz, Norwegens und Liechtensteins) der Anteil an ausländischer Bevölkerung mehr als um das Vierfache gewachsen, wobei die höchsten Zahlen Deutschland, Frankreich und Großbritannien umfassten. Wenngleich sich Spanien nicht unter den Spitzenreitern in diesen Statistiken befand, prägte diese Tendenz die demographische Struktur dennoch maßgeblich. (Bade 2001, S. 19 – 23) Nun ist diese Entwicklung in erster Linie dem Bereich der Einwanderung zuzuschreiben, welche im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit behandelt wird; nichts desto trotz zeichneten sich in diesem europäischen Wandel auch Emigrationsstrukturen im Kontext Europa als Zielkontinent für spanische Emigranten ab, die im Folgenden besprochen werden sollen.

Erste größere Wanderungsbewegungen innerhalb Europas von Spanien nach Frankreich wurden bereits im 19. Jahrhundert festgestellt und zu Beginn des Ersten Weltkrieges intensiviert, da in den kriegsführenden Ländern dringend Arbeitskräfte benötigt wurden. Zudem gab es in der spanischen Landwirtschaft sowohl auf der Seite des Imports von Düngemitteln, als auch im Export der agrarischen Produkte überhaupt, für die Arbeitsplätze bedrohliche Krisenzustände. Aus diesem Grunde bevorzugten spanische Landarbeiter die dauerhafte Sesshaftwerdung vor allem im Süden Frankreichs, wo sie nicht mit diesen Problemen zu kämpfen hatten. Ein maßgebliches Beispiel für diese Wanderungserscheinung ist die französische Stadt Nîmes, in der 1919 mehr als die Hälfte der Einwohner spanischen Ursprunges waren. (Fischer 2006, S. 87 – 93)

In den anfänglichen Jahren des Franco-Regimes wurde seitens der spanischen Behörden eine Ausreise nach Frankreich verhindert, indem dafür notwendige Papiere verweigert wurden. 1946 revidierte die spanische Regierung diese Haltung jedoch und erlaubte erneut die Ausreise von spanischen Auswanderern. (Fischer 2006, S. 88) In Folge des Spanischen Bürgerkrieges wurde also erneut eine Fluchtbewegung – wieder verstärkt

nach Frankreich – ausgelöst, aufgrund derer viele Spanier in Frankreich sesshaft wurden. Von geschätzten 250.000 Flüchtlingen waren es knapp 50.000, welche als Flüchtlinge im Land blieben. Mit einer Massenflucht über Katalonien 1939 befanden sich kurzzeitig 500.000 Spanier* in Frankreich, wobei durch eine umgehende Rückkehrbewegung Ende 1939 nur noch ungefähr 140.000 spanische Personen auf französischem Territorium geschätzt wurden. (Rubio 1974, S. 200 – 205) Der republikanische Exodus nahm kurz zuvor, zu Beginn des Jahres 1939 noch einmal stark zu, als zahlreiche Anhänger der Republik in Frankreich Zuflucht suchten, nachdem sich ein Sieg der Nationalisten abzeichnete. Neben der Rückwanderung nach Spanien ging eine beachtliche Zahl auch ins Exil nach Lateinamerika. (Fischer 2006, S. 88)

Mit der Erholung nach dem Zweiten Weltkrieg und dem raschen Wirtschaftswachstum wuchs in den Industriestaaten der Bedarf an Arbeitskräften, so dass mit mediterranen Staaten Anwerbeverträge abgeschlossen wurden. Spanien schloss solche Verträge mit Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich ab. (Kreienbrink 2004, S. 49 – 53) Ein Ungleichgewicht zwischen dem Arbeitsangebot und der Nachfrage nach Arbeit ließ sich auch damit begründen, dass die Arbeitsplätze aufgrund von erschwerten Arbeitsbedingungen und/oder schlechterer Bezahlung für einheimische Arbeitnehmer nicht attraktiv genug waren. Insbesondere betraf dies Arbeiten in den Bereichen Industrie, Bergbau, Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Dienstleistungen im Haushalt. Weil die Industriestaaten aber immer noch sicherere Arbeitsplätze mit höheren Löhnen als im Heimatland anboten, stellten die mittel- und westeuropäischen Staaten interessante Zielländer dar. (Fischer 2006, S. 88 – 89)

Hauptzielgebiete für spanische Arbeitsmigranten waren Deutschland, Frankreich und die Schweiz und Hauptherkunftsgebiete auf spanischem Territorium waren die Provinzen Andalusien, Kastilien, Extremadura, Galizien, Asturien und Kantabrien. In den jeweiligen Zuwanderungsländern unterschied sich die sektorale Verteilung erheblich. Während beispielsweise

* Fischer (2006, S. 88) berichtet von einem zahlenmäßigen Höhepunkt von 350.000 Emigranten in Frankreich.

in Deutschland fast drei Viertel der spanischen Arbeitskräfte in der Industrie tätig waren, betrug es in der Schweiz nur ein Fünftel. In der Schweiz waren spanische Emigranten vor allem in der Hotelerie und im Baugewerbe tätig. (Kreienbrink 2004, S. 49 – 53) Weitere wichtige Gründe für die Abwanderung waren der zu jenem Zeitpunkt hohe Bevölkerungswachstum vor allem in ländlichen Gebieten Spaniens und die Vielzahl an defizitär wirtschaftenden Agrarbetrieben. Mit dem 1959 beschlossenen *Plan de Estabilización*, einem Plan zur wirtschaftlichen Neuordnung Spaniens wurde das Ende der Autarkie-Politik Francos eingeleitet. Die Förderung der Privatwirtschaft und die Öffnung der spanischen Wirtschaft für ausländisches Kapital bewirkten zwar einen raschen technischen Wandel, ein außerordentliches Wirtschaftswachstum zu Beginn der 60er Jahre und die Aufholung des im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geringen Industrialisierungsgrades, kostete allerdings auch viele Arbeitsplätze im Agrarbereich, wodurch die ländlich geprägten Gebiete Spaniens unter Migrationsdruck standen. (Fischer 2006, S. 89 - 93)

Dem spanischen Auswanderungsinstitut *Instituto Español de Emigración IEE* zufolge ist bis 1973 von ca. einer Million Emigranten zu sprechen. Dem ist allerdings hinzuzufügen, dass das IEE ausschließlich die von ihr betreuten Auswanderungen erfasste. Um die Gewichtung dieses Annex zu vermitteln, sei darauf verwiesen, dass für Frankreich beispielsweise geschätzt wird, dass zwischen Mitte der 1950er Jahre und Mitte der 1960er Jahre 80 % der spanischen Zuwanderer erst nach ihrer Einreise einen legalen Status erhielten, also klandestin gekommen waren und nicht vom IEE erfasst wurden/werden konnten. Im Vergleich dazu gab das spanische Statistikinstitut *Instituto Nacional de Estadística INE* für die Jahre 1960 bis 1973 eine wesentlich umfangreichere Migrationsbewegung wieder. Demnach kommt neben den geschätzten Zahlen nochmals knapp eine Million Auswanderer hinzu, welche sich hauptsächlich aus illegalen Migranten und nachgeholten Familien zusammensetzte. Abgesehen von den zwei Millionen abgewanderten Spaniern (1960 bis 1975) waren es mit zeitlicher Verzögerung eine beachtliche Zahl von ca. 1,5 Millionen (1962 bis 1979), die wieder zurückkehrten. Zusätzlich zu diesen langfristigen Wanderungen fanden weiters saisonale Migrationen statt, welche sich mit ca. 1,5 Millionen Personen, die für den Zeitumfang einer Erntesaison

hauptsächlich nach Frankreich emigrierten, beschreiben und zusammenfassen lassen. (Kreienbrink 2004, S. 49 – 53)

Jahr	Auswanderer	Jahr	Auswanderer
1961	59.243	1969	100.840
1962	65.336	1970	97.657
1963	83.728	1971	113.702
1964	102.146	1972	104.134
1965	74.539	1973	96.088
1966	56.759	1974	50.695
1967	25.911	1975	20.618
1968	66.699	1976	12.124

Tabelle 02: Die spanische Emigration in europäische Länder zwischen 1961 und 1976 (aus: Puyol Antolín, 1996, S. 73)

Bis 1964 stieg die Emigration in europäische Staaten nochmals stark an, zum Ende der Arbeitskräftemigration in den 1970er Jahren infolge der Ölkrise und der nachfolgenden Wirtschaftskrise 1966 kam der Tod Francos und damit das Ende der Diktatur und in nächster Instanz die Demokratisierung, welche Spanien allmählich zu einem wirtschaftlich interessanten Standort machten. Die Zahl der spanischen Emigranten umfasste nach 1976 weniger als 20.000 Personen pro Jahr und belief sich in den 1990er Jahren überhaupt nur noch auf wenige Tausende. Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft war eine Auswanderung letztendlich nichts mehr als eine attraktive Option. (Kreienbrink 2004, S. 49 – 53; Fischer 2006, S. 88 – 93)

Mit den Anwerbeverträgen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurden, prägte sich das Auswanderungsbild Spaniens insofern, als dass bis dato unbestrittene Hauptzielländer Frankreich, Deutschland und die Schweiz waren. Diese drei Länder nehmen bis heute insgesamt 90 % der spanischen Emigranten auf, wobei bisher die dauerhaften Auswanderer hauptsächlich Deutschland aufsuchten und saisonale Migranten in erster Linie in Frankreich zu finden waren. Die Schweiz stellt insofern auch einen Teil der Hauptzielländer dar, als dass sich ab Mitte der 1970er Jahre die Auswanderung ins europäische Ausland aufgrund der wirtschaftlichen Krisensituation auf eine kleine Zahl reduzierte, welche fast ausschließlich in die Schweiz abwanderte. (Campo/Navarro 1987, S. 64ff)

Betrachtet man die Ursprungsgegenden in Spanien, von denen aus die Auswanderer emigrierten, so waren es hauptsächlich rural geprägte Provinzen, von denen aus Abwanderungen passierten. Neben Andalusien,

Galizien, Valencia und Mucia muss auch die innerstaatliche Provinz Madrid erwähnt werden, die vor allem zwischen 1960 und 1967 einen hohen Auswanderungssaldo aufwies. Insgesamt stellten gerade die Andalusier die beträchtlichste Gruppe an Auswanderern dar, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich bildeten sie die größte spanische Migrantengruppe. (Fischer 2006, S. 88 – 93) Überwiegend handelte es sich bei den spanischen Migranten der letzten 50 Jahre hauptsächlich um Männer im Alter von 20 bis 44 Jahren, die nicht immer einer saisonalen, doch aber meist einer zeitlich begrenzten Arbeitsmigration zuzuordnen sind. (Campo/Navarro 1987, S. 69ff)

Spaniens Abwanderungen der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts sind ein Beispiel dafür, wie sich Migration in demographischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht unter anderem positiv für ein Land auswirken kann. Die Auswanderung kam dem spanischen Wirtschaftswachstum insofern zu Gute, als dass der Zustand der annähernden Vollbeschäftigung im Spanien der 1960er Jahre kaum realisierbar gewesen wäre, wäre der Arbeitsmarkt nicht durch die zahlenmäßig starke Abwanderung erwerbsfähiger Personen entlastet worden. Dies machte sich unter anderem bemerkbar, als 1974 zur Zeit der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Auswanderer stark zurückging und gleichzeitig mit dem Anstieg der Remigranten die Anzahl der Arbeitslosen schlagartig zunahm. Zudem wirkte sich die spanische Bevölkerung, die sich im Ausland aufhielt, mit Geldüberweisungen in ihr Ursprungsland positiv auf die finanzielle Situation Spaniens aus. Neben dem Tourismus und den ausländischen Investitionen zählen die Geldüberweisungen spanischer Emigranten zu den Hauptfaktoren des spanischen Wirtschaftswachstums. (Fischer 2006, S. 88 – 93)

Land	Spanische Staatsbürgerschaft	Staatsbürger des jeweiligen Landes	Personen spanischer Herkunft insgesamt
Frankreich	250.000	265.000	515.000
BRD	142.000	5.000	147.000
Schweiz	113.000	5.000	118.000
Summe	505.000	275.000	780.000

Tabelle 03: Anzahl von Spaniern in Frankreich, in der BRD und in der Schweiz im Jahr 1987 (aus: Izquierdo Escribano 1992, S. 26)

Wenngleich auch die Zahl der Emigranten seit Mitte der 1970er Jahre stark sinkt und zudem viele Auswanderer wieder nach Spanien zurückkehrten, befinden sich nach wie vor eine nicht unbedeutende Anzahl an Spaniern in

anderen europäischen Ländern, wobei nach wie vor Frankreich, Deutschland und die Schweiz die Hauptzielländer darstellen. (Izquierdo Escribano 1992, S. 26)

2.2.3 Vergleich der Auswanderungsprofile der Zielkontinente Lateinamerika und Europa und vorläufige Bilanz der spanischen Auswanderung

Betrachtet man die Chronologien der Auswanderungen jeweils nach Lateinamerika und nach Europa, so wird sofort ersichtlich, dass es sich bei der europäischen Emigration in erster Linie um kurzfristig angelegte Wanderungen handelte, die dazu dienten, im mittel- und westeuropäischen Europa ein Arbeitskräftereservoir bereitzustellen. Wanderungen nach Übersee hingegen waren eher langfristig angelegt und deren Motivation basierte nicht in erster Linie auf konkret bereitgestellte Arbeitsplätze.

In demographischer Hinsicht sind es immer hauptsächlich Männer im Alter von 20 bis 40 Jahren, die in ein Zielland emigrierten, sich dort niederließen und sobald es die finanzielle und politische Situation erlaubte, ihre Familien nachholten. Ein Unterschied bei den Zielkontinenten ist insofern zu erkennen, als dass die Familiennachholung in Europa wesentlich schneller passierte als in Lateinamerika. In beiden Fällen ließ diese Art der Emigration aber gegen Ende des 20. Jahrhunderts nach, da im Zeitalter der Dienstleistungsgesellschaften auch für Frauen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt wurden und ein gemeinsames Emigrieren möglich war.

Ausgehend von den drei Wirtschaftssektoren ist ersichtlich, dass die Emigration aufgrund des Fokus auf Arbeitsemigration chronologisch den drei Wirtschaftssektoren gleichzusetzen ist. Waren es zu Beginn des 20. Jahrhunderts die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze, die gefüllt werden mussten, so setzte in den darauf folgenden Jahrzehnten die Nachfrage nach Industriearbeitern und später Dienstleistungsarbeitern ein. Dieser Entwicklung ist nichts Ungewöhnliches einzuräumen, bezüglich des Vergleiches der Auswanderungsprofile ist jedoch erwähnenswert, dass erstens die Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem 2. und 3. Sektor in Lateinamerika jeweils etwas später als in Europa einsetzte und zweitens – und dieser Punkt ist hervorzuheben, bedenkt man, dass der Arbeitsemigration nach Lateinamerika nicht so eine zentrale Rolle

zugewiesen wird wie nach Europa – die Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem 2. und 3. Wirtschaftssektor in Lateinamerika überhaupt eintrat. Ein Beispiel hierfür sind die Regulierungsmaßnahmen und verhängten Einwanderungsrestriktionen lateinamerikanischer Staaten in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, welche eine Aufnahme von Migranten nur dann vorsahen, wenn ihre Arbeit wirtschaftlich und sozial als bereichernd bzw. notwendig befunden wurde.

Natürlich wurden die Wanderungsströme auch von politischen Wendungen und Maßnahmen gesteuert. Im Bezug auf die Auswanderung ist vor allem in Lateinamerika zu erkennen, dass einerseits bestehende politische Beziehungen oder auf der anderen Seite eingefrorene Kontakte zwischen Staaten die Anzahl der Auswanderer stark variieren ließ. Während Kuba vor Beginn der Franco-Diktatur ein sehr beliebtes Zielland für spanische Auswanderer war, kam diese Statistik während des spanischen Bürgerkriegs dann völlig zum Erliegen, da Kuba die Verbindung zu Spanien völlig abbrach. Derartige Schwankungen der Zahlen aufgrund von politisch motivierten Vorkommnissen sind auf lateinamerikanischem Kontinent viel intensiver zu beobachten als auf europäischer Seite. Zusammenfassend kann im Bezug auf diesen Aspekt gesagt werden, dass was auf lateinamerikanischer Seite an politisch basierter Segregation spanischer Einwanderer passierte, erfolgte auf europäischem Boden in wirtschaftlicher Hinsicht.

Ergänzt man die Differenzierung der Wanderungen in saisonale und dauerhafte Migration mit denen, die als Flucht bezeichnet werden, so liegt der Schwerpunkt der Fluchtströme eindeutig auf Europa als Zielkontinent. Aufgrund des Bürgerkrieges verzeichnete vor allem Frankreich einen großen Zuwachs an spanischstämmiger Bevölkerung, die erst in weiterer Instanz über eine Rückkehr nach Spanien, eine Sesshaftwerdung in Frankreich oder eine dauerhafte Migration ins Exil nach Lateinamerika entschied. In letzterem Fall wird allerdings nicht mehr von Flucht gesprochen.

Hinsichtlich der Unterscheidung in Stadt und Land ist zu bemerken, dass die spanischen Emigranten fast ausnahmslos aus rural geprägten Provinzen Spaniens kamen und sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in den Zielkontinenten in ländlichen Gebieten niederließen, während sie in der

zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts – durch die Industrialisierung begründet – vorzugsweise Städte in Europa und Lateinamerika suchten. Zwar ist in diesem Gesichtspunkt kein Unterschied zwischen Europa und Lateinamerika zu machen, dennoch ist zu erkennen, dass eine übernationale Land-Stadt-Wanderung minimal ausgeprägter nach Europa als nach Lateinamerika passierte.

Ausgehend von diesem Blick auf die Auswanderungsgeschichte Spaniens ist es nun möglich, neben dem statistisch aktuellen Stand auch die Entwicklungen überhaupt in Bezug auf die Gegenwart zu setzen. Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts leben ungefähr 1,4 Millionen Spanier im Ausland, wobei sich mehr als die Hälfte davon auf dem lateinamerikanischen Kontinent niedergelassen hat. Argentinien beherbergt fast eine Viertel Million und auch in Venezuela, Brasilien, Mexiko und Uruguay sind etliche Spanier ansässig. Dieser Status quo kann als Ergebnis der Wanderungsgeschichte von Spanien nach Lateinamerika betrachtet werden, während eine junge Migrationsentwicklung jene von Spanien in die USA und nach Kanada ist. Diese beiden Zielländer gewinnen immer mehr an Bedeutung. (Fischer 2006, S. 93ff)

Zielkontinent	Anzahl der Spanier	Prozentueller Anteil
Amerika	734.921	52,0
Europa	638.419	45,2
Ozeanien	17.056	1,2
Afrika	13.244	0,9
Asien	9.713	0,7
Gesamt	1.413.353	100,0

Tabelle 04: Im Ausland lebende Spanier nach Kontinenten im Jahr 2001 (aus: Romero Valiente 2003, S. 227)

Nach Amerika ist Europa der zweitwichtigste Kontinent für die spanische Auswanderung. Hauptzielgebiete sind nach wie vor Frankreich, Deutschland und die Schweiz; aktuell kommen Großbritannien und Belgien hinzu. Die Präsenz der Spanier auf allen anderen Kontinenten ist relativ gering und selbst in den ehemaligen Kolonien in Afrika und auf den Philippinnen ist fast keine spanische Bevölkerung zu finden. Somit kann zusammenfassend gesagt werden, dass Spanien im 20. Jahrhundert nicht primär ein Einwanderungs- sondern ein Auswanderungsland war, weil zB auch die postkoloniale Einwanderung, wie sie in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden passierte, nicht eintraf. Im europäischen Kontext stellt Spanien

somit in der Migrationsentwicklung des letzten Jahrhunderts eine Ausnahme dar. (Fischer 2006, S. 93ff)

2.3 Immigrationsparadies Spanien – die iberische Halbinsel im Trend

2.3.1 Ein Querschnitt der letzten drei Jahrzehnte

Mit dem Zensus 2001 veröffentlichte das spanische Statistikamt *Instituto Nacional de Estadística* die letzte repräsentative Erhebung, die gesamte spanische Bevölkerung betreffend. Bei einer Bevölkerung von fast 41 Millionen im Jahr 2001 betrug die Zahl der sich in Spanien aufhaltenden Ausländer in Spanien ca. 1,6 Millionen im Jahr 2001. Verglichen mit der letzten Datenerhebung aus dem Jahre 1991 vermehrte sich die spanische Bevölkerung seither um ungefähr 2 Millionen, wobei das INE diesen Anstieg auf die verstärkte Immigration zurückführt. Die Zahl der Einwanderer stieg seit 1985 überhaupt um das Fünffache an (Zahl der Ausländer 1985: ca. 242.000). Spanien als Immigrationsland lag in den letzten Jahrzehnten dennoch deutlich unter dem Schnitt anderer Staaten der Europäischen Union, bei denen sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Schnitt zwischen 5 und 10 Prozent bewegte. Um die Jahrhundertwende war hier eine Angleichung zu bemerken, Spanien als Einwanderungsland gewann immer mehr an Attraktion. (INE 2001, S. 1 – 6) Betrachtet man aktuelle Zahlen, so ist seit Beginn des 21. Jahrhunderts mit einer Verdoppelung der Anzahl der sich in Spanien aufhaltenden Ausländer eine neue Rekordzahl eingetreten. Bis zum 31. Dezember 2006 registrierte Spanien etwas mehr als 3 Millionen registrierte Einwohner ausländischer Herkunft mit Aufenthaltsgenehmigung, was wiederum seit dem Jahresende 2005 eine Steigerung von 10,33 % bedeutete. Alleine im Jahr 2006 wurden knapp 300.000 neue Immigranten im Land verzeichnet. (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 41ff)

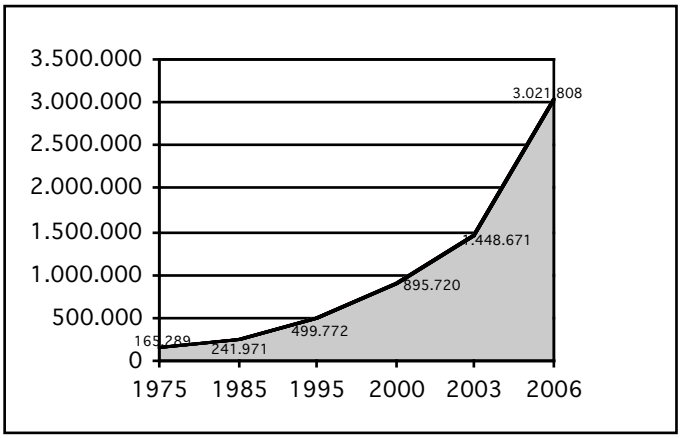

Diagramm 01: Ausländer in Spanien nach Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen 1975 – 2006 (aus: Ministerio de Trabajo e Inmigración 2003, S. 196ff; Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 41ff; Darstellung: eigene)

Im europäischen Kontext unterscheiden Birsl et al (2003) zwischen drei unterschiedlichen Typen von Einwanderungsländern. Während Großbritannien beispielsweise ein typisches postkoloniales Einwanderungsland ist, definiert sich Deutschland in erster Linie als Anwerbeland von ausländischen Arbeitskräften in den 50er bis 70er Jahren und schließlich ist Spanien als Land mit ausgeprägter Binnenmigration in den 50er bis 70er Jahren und als neues südeuropäisches Einwanderungsland zu beschreiben. (Birsl et al 2003, S. 17ff) Spanien war also nun weder Zielland postkolonialer Immigration, noch erlebte es die organisierte Arbeitsmigration ab Mitte des letzten Jahrhunderts, welche in Deutschland im Folgenden auch das Phänomen der Familienzusammenführung zur Folge hatte.

In der Zeit nach dem Spanischen Bürgerkrieg und in den darauf folgenden 1950er Jahren betrug die Zahl der Ausländer in Spanien nie mehr als 70.000. Erst mit der Öffnung der spanischen Wirtschaft und dem Beginn des Massentourismus Anfang der 1960er Jahre begann die Zahl etwas zu steigen und erreichte 1965 erstmals die Marke von 100.000. Zu dieser Zeit handelte es sich in erster Linie um europäische Einwanderer, die einen zweiten Wohnsitz suchten und auch um marokkanische Arbeitsmigranten, die jedoch einen wesentlich geringeren Teil ausmachten. Zu Beginn der 1970er Jahre lebten schließlich bereits ungefähr 160.000 ausländische Personen in Spanien, eine Zahl, die sich Mitte der 1980er Jahre nochmals verdoppelte. (Fischer 2006, S. 93 – 96)

Jahr	Ausländer mit temporärer/dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung
1970	160.000
1977	296.326
1980	257.654
1983	288.303
1985	308.539
1987	358.723

Tabelle 05: Die ausländische Bevölkerung in Spanien 1970 – 1987
(aus: Izquierdo Escribano 1992, S. 30 – 55)

In Tabelle 05 und in Diagramm 01 (auf vorhergehender Seite) ist zu sehen, dass sich im Spanien der 1980er Jahre ein starker Anstieg der Immigration abzeichnete, wenngleich der iberische Staat die Einwanderung betreffend zu dieser Zeit eher das Schlusslicht in der EU bildete.

Entgegen der heutigen Lage, war Spanien in den 1980er Jahren trotz seiner geographischen Lage für die internationalen Flüchtlingsströme kein

bevorzugtes Ziel. Vielmehr stellte es ein beliebtes Transitland dar, was sich an den Flüchtlingsströmen aus Nordafrika über die Straße von Gibraltar, um nach Nord- und Westeuropa zu gelangen, sehr gut veranschaulichen lässt. (Kreienbrink 2004, S. 73 – 86)

Den nun dargestellten Zahlen der Ausländer in Spanien betreffend bietet die spanische Statistik insgesamt eine schwer deutbare Grauzone. Zum einen liegt dies an den unterschiedlichen Erhebungsparametern und zum anderen an fehlenden Erhebungsinformationen aus den 1990er Jahren und der Zeit davor. Während beispielsweise das Innenministerium die Aufenthaltstitel erfasst, zieht das Arbeitsministerium die Arbeitserlaubnisse heran und das Statistische Institut INE führt Schätzungen auf Basis des Zensus und der Melderegister durch. Wesentliche Quellen stellen seit Beginn der 1990er Jahre die Jahrbücher *Anuario Estadístico de Extranjería* und seit 2004 die Jahrbücher *Anuario de Inmigraciones* dar. In erstem Jahrbuch, welches vom Innenministerium herausgegeben wird, werden temporäre Aufenthaltsgenehmigungen nicht in die Statistiken aufgenommen. In zweit genannter Publikation nimmt das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten – welches treffenderweise in das Ministerium für Arbeit und Einwanderungsangelegenheiten umfunktioniert wurde – nicht nur die jährlichen Ausstellungen, sondern auch die jeweils gültigen Arbeitsgenehmigungen auf. Auf diese Problematik sei im Zuge der Darstellung der statistischen Chronologie der Ausländer in Spanien verwiesen.

Die ausländische Bevölkerung konzentrierte sich in Spanien in den 1990ern auf die wirtschaftlich fortgeschrittenen und touristisch geprägten Gebiete, was aufgrund ihrer Motivation – also den europäischen Zweitwohnsitzsuchenden und den marokkanischen Arbeitssuchenden – naheliegend erscheint. Hierbei handelte es sich um die Provinzen Málaga und Alicante, die Inselgruppen Balearen und Kanaren und die beiden Großstädte Madrid und Barcelona. Touristisch geprägte Provinzen wie Gerona und Valencia und auch Oviedo und Pontevedra an der portugiesischen Grenze, welche im Bergbau und in der Industrie Arbeitsplätze zur Verfügung stellten, verzeichneten einen Zuwachs an Personen ausländischer Herkunft. (Fischer 2006, S. 93 – 96) An den Zielgebieten der Einwanderer veränderte sich seither wenig, nach wie vor werden die touristisch und wirtschaftlich geprägten Gebiete Spaniens aufgesucht. Auch an der Zusammensetzung

der Einwanderer sind seit dem großen Umbruch in den 1980er Jahren keine großen Veränderungen zu erkennen, neben Arbeitssuchenden machen jene Immigranten, die einen Zweitwohnsitz oder einen Altersruhewohnsitz im südlichen Klima suchen, immer noch einen beträchtlichen Anteil aus. Natürlich sind in der aktuellen Bestandsaufnahme der Einwanderer in Spanien Unterschiede im Vergleich zu vor 20 Jahren zu erkennen, schlichtweg die Globalisierung kann als Begründung für eine Internationalisierung der Migrationsströme genannt werden. So macht in Spanien beispielsweise die chinesische Bevölkerung einen beträchtlichen Teil der in den letzten Jahren zugereisten Einwanderer aus, um neben der lateinamerikanischen Immigration als sehr intensives Phänomen der letzten Jahrzehnte ein nicht ganz so populäres zu nennen.

Als Gründe für eine Umkehr im Migrationsgeschehen Spaniens können verschiedenste angeführt werden, in erster Instanz lässt sich grundsätzlich in die Entwicklung Spaniens selbst und in sozioökonomische und politische Entwicklungen außerhalb des Landes unterscheiden. Das stetige Wirtschaftswachstum und die Anbindung an die EU machten Spanien zu einem interessanten Wirtschaftsstandort, weswegen der spanische Arbeitsmarkt Arbeitskräfte benötigte. In erster Linie waren Landwirtschafts-arbeiter notwendig, da die Spanier selbst durch den gestiegenen Lebensstandard für derartige Tätigkeiten nicht mehr zu gewinnen waren, es wurden aber auch ungelernte Kräfte in den Städten gesucht, weil durch die Abnahme der Binnenwanderung vom Land in die Stadt auch in urbanen Zonen ein Mangel an Arbeitskräften vorherrschte. Zudem hatte Spanien bis Mitte der 1980er Jahre eine kaum definierte Grenz- und Einwanderungs-politik, wodurch es mit relativ geringem Aufwand möglich war, ohne Hürden ins Land zu kommen. (Kreienbrink 2004, S. 73 – 86) Dieser kaum definierten Grenz- und Einwanderungspolitik liegt ein Phänomen zugrunde, das in diesem Kontext erwähnenswert scheint. Betrachtet man die Europäische Union, so lässt sich diese – um an Birsl's Einteilung (2003, S 17ff) festzuhalten – in drei unterschiedliche Positionen der Teilnehmerländer einteilen. Großbritannien, Irland und Dänemark sind in erster Gruppierung als ‚Europaskeptiker' zu nennen: sie besitzen zwar politisches Gewicht in der EU, bekommen aber bei Übereinkommen und Verträgen oftmals Sonderstellungen zuerkannt. Deutschland, die Benelux-Länder und Frankreich sind das so genannte ‚Kern-Europa': diesen Ländern wird die

Bedeutung zugeschrieben, die Politik der EU maßgeblich zu beeinflussen oder letztendlich sogar formulieren zu können. Zudem sind sie auch die Gründungsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, dem Vorläufer der EG/EU. Weiters findet sich nun jene Gruppierung, in der neben Italien als weiteres Gründungsmitglied auch Spanien mit folgender Position im europäischen Integrationsprozess vertreten ist: Diese Länder gehören weder zu den Europaskeptikern noch zu Kern-Europa und bewegen sich mit den anderen südeuropäischen aber auch skandinavischen und neuerdings osteuropäischen Ländern im äußeren Einflussradius. Nichts desto trotz versucht Spanien der Pro-Europapolitik zu folgen und sein Gewicht in der EU zu stärken.

Nun wurden im Zuge der Europäischen Union zwar schärfere Regelungen für Migrationsströme eingeführt – als sie in Spanien zuvor existierten –, doch hat sich bis dahin schon ein tiefreichendes, eigendynamisches Migrationsnetzwerk in Form von bestehenden Freundschafts- und Verwandschaftsverhältnissen entwickelt. Spanien wollte sich also an die Richtlinien der EU halten, weswegen die von der EU vorgeschlagenen Richtlinien umgehend eingeführt wurden, doch die Außenstellung in der EU zum einen und die bereits vorangetriebene Einwanderung, welche bereits ins Stadium der Familienzusammenführung überging, ließen die Immigrationsströme nicht abbrechen.

Was die äußeren Faktoren betrifft, so war es hauptsächlich die Migrationspolitik anderer Staaten, welche Spanien zu einem besonders attraktiven Einwanderungsland machte. Der bereits erwähnte Aufnahmestopp von Beschäftigten aus dem Ausland in Deutschland, Frankreich und der Schweiz in den 1970er Jahren hatte zur Folge, dass für Arbeitsmigranten aus Afrika und auch aus Portugal das ursprüngliche Transitland zum Zielland wurde. Mitte der 1980er Jahre verschärfte die USA ihre Einwanderungspolitik drastisch, wodurch sich für Migranten aus Lateinamerika und von den Philippinen Spanien aufgrund der fehlenden Sprachbarriere als ein günstiges Zielland erwies. Stand die Auswanderung aus Lateinamerika zunächst unter einem politischen Stern, da viele verfolgte Lateinamerikaner vor den Militärdiktaturen flüchteten und in Spanien ins Exil gingen, kristallisierte sich im weiteren Verlauf eine wirtschaftliche Motivation für die

Auswanderung auf die iberische Halbinsel heraus. (Kreienbrink 2004, S. 73 – 86)

2.3.2 Demographisches Profil der Immigranten nach Kontinenten und sozioökonomische und politische Motivationen für Spanien als Zielland

Grundsätzlich weist Spanien – und hier besonders die Provinz Katalonien als wichtiges Zielgebiet der Einwanderung – in der Migrationsstruktur eher eine Mischform auf. Das bedeutet, dass hier Immigration sowohl interkontinental, etwa aus nordafrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, als auch intrakontinental aus Mittel- und Osteuropa passiert. Die Struktur ist dadurch als semi-heterogen zu bezeichnen und mit einem weiteren südeuropäischen Land, nämlich Italien, zu vergleichen, das sich ebenfalls deutlich zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. (Birsl 2003, S. 20)

Wenn man sich die nennenswerten Anfänge der spanischen Immigration in den 1980ern genauer ansieht, so hat sich in demographischer Hinsicht ein Profil entwickelt, das auch für den heutigen Stand als repräsentativ erscheint. Natürlich haben sich in den darauf folgenden Jahrzehnten Verschiebungen in den Bereichen Herkunftskontinente, Zahl der Erwerbstätigen, Berufsfelder der Immigranten, Geschlecht, Alter, etc. ergeben, ein näherer Blick auf einen Zwischenstand in den 1980er Jahren lohnt sich allerdings für einen guten Einblick in das Immigrationsmuster Spaniens.

Von den 1980 mit knapp über 250.000 registrierten Ausländern mit temporärer/dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung (siehe Tabelle 05, S. 35) bildeten die Europäer mit einem Anteil von 60 % eindeutig die Mehrheit der Ausländer in Spanien. Hauptsächlich waren es Portugiesen, Briten, Deutsche, aber auch Franzosen und Italiener, die sich in erster Linie in den Tourismusgebieten niederließen. Die französischen und italienischen Immigranten wanderten zusätzlich auch verstärkt in die beiden Großstädte Madrid und Barcelona aus. Ein starker Anstieg im darauf folgenden Jahrzehnt ist auf den spanischen EG-Beitritt 1986 zurückzuführen, durch den Einwanderer aus den EG-Staaten erleichterte Einreisebestimmungen vorfanden. Was die Aufenthaltsorte der Zuwanderer betrifft, so ist allen

voran bei den Portugiesen, die aufgrund der nachbarschaftlichen Beziehungen die grenznahen Gebiete zu Portugal und das nahe gelegene Nordspanien aufsuchten, ein Unterschied zu erkennen.
Neben Briten, Deutschen, Portugiesen und Franzosen stellten nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks auch zunehmend Osteuropäer einen maßgeblichen Anteil der europäischen Bevölkerung in Spanien dar. Aus sozioökonomischer Sicht lassen sich die Motivationen der Europäer für eine Migration nach Spanien in zwei Grundmotive unterteilen. Zum einen zieht es qualifizierte Arbeitnehmer, Leitungspersonal und Unternehmer in die urbanen Zentren Spaniens, zum anderen ist Spanien das europäische Land mit dem höchsten Anteil an internationaler Ruhesitzwanderung. Bei den portugiesischen u n d osteuropäischen Migranten handelt es sich hauptsächlich um armuts- oder arbeitsbedingte Einwanderer.
Auffällig ist der hohe Anteil an Nicht-Erwerbstätigen bei den europäischen Immigranten, immerhin betrug er 1986 ungefähr 86 %. Die im weiteren Verlauf steigende Tendenz lässt sich mit der Zahl der Rentner und Pensionäre, die einen Zweitwohnsitz in Spanien wählten, erklären. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationen ist hier insofern deutlich, als immerhin ungefähr zwei Drittel aller Franzosen, Deutschen und Briten inaktiv gemeldet waren, während ungefähr die Hälfte aller in Spanien lebenden Portugiesen und Italiener diesem Status zugeschrieben waren.
Was die Art der Erwerbstätigkeit betrifft, so war die Mehrheit der Briten (90,9 %), Deutschen (71,1%) und Franzosen (68,2%) im Dienstleistungssektor tätig. Dazu kamen ungefähr ein Viertel französische und deutsche Beschäftigte im Industriebereich und lediglich bei den Portugiesen spielte mit 16,3 % in der Landwirtschaft tätigen Immigranten der primäre Sektor eine Rolle. Eine weitere untypische prozentuelle Verteilung der wirtschaftlichen Sektoren ergibt sich bei den portugiesischen Einwanderern mit einem Anteil von nur 41,3 % im Dienstleistungsbereich und ausgeprägten 23,2 % in der Industrie und 16,5 % im Baugewerbe. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es sich bei den europäischen Berufsgruppen in erster Linie um Angestellte im Dienstleistungssektor und Facharbeiter, sowie um Führungskräfte, Beamte und Verwaltungsangestellte handelt. (vgl. dazu Fischer 2006, S. 96 – 98; Kreienbrink 2004, S. 73 – 86; Izquierdo Escribano 1992, S. 30ff; Gómez Castaño 1989, S. 113 - 123)

1980 war die zweitgrößte Gruppe von Einwanderern jene der Lateinamerikaner, deren Anteil fast 25 % betrug. Viele von ihnen kamen bereits seit Mitte der 1970er Jahre aus ihren Heimatländern nach Spanien, hauptsächlich auf der Flucht vor Militärdiktaturen. Weil die lateinamerikanische Bevölkerung aufgrund der vorherrschenden historischen und kulturellen Verbindung zu Spanien einen Sonderstatus bei den Zugängen zu Arbeitsgenehmigungen verfügte, kristallisierte sich schnell eine Migration motiviert durch Arbeitssuche im Zielland heraus. Insgesamt nahm die Anzahl an lateinamerikanischen Einwanderern in den 1980er Jahren zwar deutlich zu (30 %), ihr Anteil an Immigration nach Spanien sank dennoch stark. Dieser Umkehr in den Statistiken geht zu Grunde, dass viele Lateinamerikaner die Staatsbürgerschaft Spaniens beantragten und auch erhielten. So tauchte diese Gruppe plötzlich nicht mehr in den Ausländerstatistiken auf.

In den 1990er Jahren stellte bei den Lateinamerikanern die Gruppe der Argentinier, welche zunächst wegen der Diktatur und in weiterer Folge wegen der wirtschaftlich miserablen Lage nach Europa emigrierte, die größte Einheit dar. Aufgrund der Castro-Revolution bildeten die Kubaner neben den Venezolanern einen großen Anteil der lateinamerikanischen Bevölkerung in Spanien. Wegen der politischen und wirtschaftlichen Situation in den lateinamerikanischen Ländern kristallisierte sich eine Rangfolge in Spanien ab, deren Spitze Kolumbianer und Ecuadorianer belegten. Sie machten um die Jahrhundertwende ungefähr 16 % der ausländischen Bevölkerung aus. Ein interessanter Aspekt ist, dass es sich bei der lateinamerikanischen Migrationsbewegung Ende des 20. Jahrhunderts oftmals um weibliche Migrantinnen handelte, die Frauenquote war überdurchschnittlich hoch. Beispielsweise kamen 1997 auf 100 Dominikanerinnen nur 25 Männer.

Grundsätzlich bevorzugten die lateinamerikanischen Einwanderer Großstädte wie Barcelona und Madrid als Wohn- und Arbeitsorte, ein weitaus geringerer Teil als jener an Europäern ließ sich in den touristisch geprägten Küstengebieten nieder. Eine nennenswerte Gruppe an Lateinamerikanern wählte die Atlantikküste im Nordwesten Spaniens, was auf familiäre Gründe zurückzuführen ist. Waren es einige Jahrzehnte zuvor hauptsächlich Spanier aus jener Region, die nach Lateinamerika auswanderten, so suchten nun Familienangehörige ihre Verwandtschaft im

Ursprungsland auf. Das Phänomen einer Remigration kam hier also zur Erscheinung.
Von den lateinamerikanischen Immigranten war etwa die Hälfte nicht erwerbstätig, bei den Kubanern und Venezolanern wurden sogar 60 % als nicht erwerbstätiger Anteil der Einwanderer errechnet. Die Zahl nahm in den 1980ern weiter zu, was auf die verstärkte Familienzusammenführung und die damit verbundene Einreise von nicht erwerbstätigen Frauen und noch minderjährigen Kindern zurückzuführen ist. Dieser Tendenz kann jedenfalls eine dauerhaft im Land bleiben wollende Motivation der Immigranten zugeschrieben werden.
Was nun die Beschäftigungssituation an sich betrifft, so unterschied sich das Profil nicht maßgeblich dem der europäischen Immigranten. Weiters ist im Kontext der Differenzierung nach Nationalitäten ein sehr homogenes Bild zu erkennen, was auf ähnliche berufliche Qualifikationen der lateinamerikanischen Einwanderer deutet. So arbeitete ein Großteil der Einwanderer, nämlich 80 %, im Dienstleistungssektor, die restlichen 20 % bestanden aus Arbeitern im Industriebereich. Die landwirtschaftlichen Berufe erlangten in statistischer Hinsicht keine Gewichtung.
Was nun zu guter Letzt die Berufsgruppen betrifft, so dominierten bei den Lateinamerikanern mit einem Drittel klar die Facharbeiter. Ein Unterschied zwischen den Nationen war deutlich zu erkennen, mit 43 % waren mehr als doppelt so viele Argentinier als Venezolaner mit 23 % als Facharbeiter tätig. Letztere waren hingegen öfters in den Bereichen Verwaltung und Handel zu finden. (vgl. dazu Anguiano Téllez 2002, S. 411 – 424, Martínez Buján 2003, S. 29 – 46, Fischer 2006, 98 – 101)

Vom afrikanischen Kontinent kommend stellen grundsätzlich die Marokkaner die stärkste Einwanderergruppe dar. Weil sich vor allem die Immigrationschronologie der afrikanischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts bedeutend verändert hat, bedarf diese einer besonderen Beschreibung. Anfang der 1970er Jahre, als die afrikanische Bevölkerung in Spanien noch einen sehr kleinen Teil ausmachte, wurden immerhin bis zu 100.000 Marokkaner verzeichnet, welche sich in Spanien in saisonaler Beschäftigung befanden.
Von allen Einwanderern, die 1980 Spanien als Zielland wählten, kamen nur ungefähr 15 % nicht aus Europa oder Lateinamerika. Zwar bildeten innerhalb dieser Minderheit die Afrikaner eine sehr starke Gruppe, aber

aufgrund der geographischen Nähe mag dieser schleppende Anstieg sehr verwunderlich erscheinen. Selbst in den darauf folgenden Jahren nahm die Anzahl zwar stark zu, erreichte aber in der Gesamtverteilung aufgrund der schwachen Ausgangslage kein starkes Gewicht. Im Konkreten waren es hauptsächlich Marokkaner und Einwanderer aus dem Subsahara-Afrika, wobei hier vor allem auf Personen aus Senegal, Gambia und von den Kapverden zu verweisen ist. Die Zahl der Marokkaner vervierfachte sich bis 1987, wodurch sie unter die Spitzenreiter der Herkunftsnationen kamen. Auch was die Einwanderer aus der Subsahara betrifft, machte sich ein Anstieg bemerkbar, allerdings erreichten sie nicht das Ausmaß der marokkanischen Immigranten. Mit der Einführung des ersten spanischen Einwanderungsgesetzes im Jahr 1985 nahm die Anzahl aller afrikanischen Einwanderer stark zu, was auf die damit verbundene Regularisierungsaktion zurückzuführen ist.

Seit den 1990er Jahren bildet die marokkanische Bevölkerung in Spanien immerhin die größte ausländische Nationalität; 2002 waren es beispielsweise 263.174 Personen, was einen prozentuellen Anteil von 20,2 % der gesamten ausländischen Bevölkerung ausmacht. Andere afrikanische Volksgruppen und Nationalitäten spielten in diesem Kontext nach wie vor keine primäre Rolle, wobei ein Anstieg an Migranten aus Gambia, Senegal, Nigeria, den Kapverden und Mali, zu beobachten ist. Bei der afrikanischen Bevölkerung in Spanien handelte es sich hauptsächlich um junge Männer, wobei in geschlechtertechnischer Hinsicht in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein Ausgleich stattfand, was als Ausdruck der Familienzusammenführung gesehen werden kann.

Was die regionale Verteilung der afrikanischen Einwanderer betrifft, so siedelten sie sich sowohl in den touristisch geprägten Provinzen als auch in den Großstädten an. Allerdings ist hier eine Differenzierung nach Nationalitäten zu machen, denn während sich die Marokkaner in beiden Zielgebieten niederließen, orientierten sich die Einwanderer aus dem Subsahara-Afrika bei der Auswahl ihrer neuen Heimat an denjenigen Provinzen, die allgemein die größte Anzahl an Ausländern beherbergte. Eine arbeitsspezifische Motivation war hier also nicht zu erkennen. Die marokkanischen Immigranten fanden sich zusätzlich in westlichen und nördlichen Provinzen wieder, wo sie dann zusammen mit den Portugiesen die größten Einwanderungsgruppen darstellten. Statistiken des INE belegen weiters, dass es bei den Subsahara-Afrikanern starke Konzentrationen in

einzelnen Provinzen je nach Nationalitäten gab. So lebte ein Viertel der Gambier in der Provinz Gerona und ein Viertel der Senegalesen in Valencia. In beiden Fällen kann das vermehrte Aufkommen von afrikanischen Immigranten auf bestimmte Migrationskanäle zurückgeführt werden. Das bedeutet, dass die Immigranten ihren Landsmännern im Ursprungsland von Arbeitsplätzen in der hiesigen Landwirtschaft berichteten, wodurch diese wiederum in Spanien die Chance auf einen besseren Lebensstandard sahen und ihren Vorgängern nachfolgten.
Von den afrikanischen Immigranten waren in den 1980er Jahren die meisten erwerbstätig, wenngleich auch die Zahl der inaktiven immer mehr zunahm. Dies – wie auch schon die Verschiebung in der Geschlechterverteilung – kann ebenfalls mit der darauf folgenden Familienzusammenführung begründet werden. Was nun das Beschäftigungsprofil im Detail betrifft, so können hier nationalitätenspezifisch sehr große Unterschiede herausgearbeitet werden. Während ungefähr 40 % der Gambier in der Landwirtschaft tätig waren und neben einem Drittel in der Industrie und 14 % im Bergbau nur etwa 12 % im Dienstleistungsgewerbe arbeiteten, waren von den Marokkanern Ende der 1980er Jahre immerhin fast zwei Drittel im Dienstleistungssektor tätig und nur 11 % in der Landwirtschaft und ungefähr 17 % im Baugewerbe beschäftigt.
Der Thematik der afrikanischen Einwanderung in Spanien ist hinzuzufügen, dass neben dem starken Anstieg in den letzten Jahrzehnten insgesamt auch die irreguläre Einwanderung ein großes Spektrum bekommen hat. Überhaupt kann der Anstieg der afrikanischen Bevölkerung der irregulären Einreise zugeschrieben werden; erst im Nachhinein im Zuge von Regularisierungen oder durch temporär zugewiesene Arbeitserlaubnisse wurden diese Einwanderer der Ausländerstatistik hinzugefügt (1991 beispielsweise mehr als 110.000 Personen). Hier bleibt zu erwähnen, dass neben den Regularisierungsdurchführungen nach wie vor eine beträchtliche Dunkelziffer an sich irregulär aufhaltenden Afrikanern in Spanien bleibt. (Kreienbrink 2004, S. 80 – 81; Gozálvez Pérez 2000, S. 47 – 57)

Zu guter Letzt bedürfen nun noch die asiatischen Einwanderer eines eigenen demographischen Profils, wobei in den 1980er Jahren lediglich die Philippiner von Bedeutung waren. Ihre Anzahl verdreifachte sich zwar bis 1987, sank danach jedoch wieder und blieb insgesamt bei deutlich unter 10.000 Personen. Chinesen, Inder und Philippinen sind jene Volkgruppen,

welche in Spanien ab den 1990er Jahren aus dem asiatischen Bereich hauptsächlich vorzufinden waren. Für die philippinische Bevölkerung ist Spanien trotz des starken Rückganges nach den USA die zweite Wahl als Migrationszielland.
Hauptmotivation der chinesischen Bevölkerung für eine Ansiedlung in Spanien ist neben der Ausdehnung der gastronomischen Stätten auch der Handel. Überhaupt war in den 1980er und 1990er Jahren die Mehrheit der asiatischen Einwanderer berufstätig, die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich betrug beachtliche 98 %. Bei der Kategorisierung nach Berufsfeldern ist zwischen den asiatischen Nationen kein nennenswerter Unterschied zu finden, lediglich die japanische Bevölkerung in Spanien war mit 26 % vermehrt in der Industrie beschäftigt. Was die Tätigkeiten innerhalb des Dienstleistungssektors angeht, so arbeiteten die Philippiner hauptsächlich im Haushalt, während sich die Inder auf den Handel konzentrierten. Bei den Japanern fanden sich 23 % in leitenden Positionen in Unternehmungen oder als Beamte wieder, während weitere 31 % als Facharbeiter tätig waren. (Beltrán Antolín 2003, S. 133 – 156)

2.3.3 Aktuelle Situation

In einer aktuellen statistischen Herausgabe des Arbeits- und Immigrationsministeriums *Ministerio de Trabajo e Inmigración* wurden im April 2008 die neuesten Zahlen die Einwanderung betreffend veröffentlicht. Diese berichten von einem weiteren Anstieg der Immigration, was nun endgültig die Brisanz der Thematik auf der iberischen Halbinsel bestätigt. Nationale, aber auch internationale Zeitungen berichten vom Immigrations-paradies Spanien, das mittlerweile in diesem Bezug unangefochten die europäische Nummer eins darstellt. Auf internationaler Ebene liegen überhaupt nur die USA als Immigrationszielland vor Spanien. Welche politischen Maßnahmen aufgrund dieser Entwicklungen getätigt wurden, wird im weiteren Verlauf der Arbeit diskutiert, in vorliegendem Kapitel soll eine Beschreibung der aktuellen Situation in demographischer Hinsicht wiedergegeben werden.

Consuelo Rumí Ibáñez, Präsident der dauerhaften Immigrations-überwachung *Observatorio permanente de Inmigración* in Spanien berichtet im *Boletín estadístico de extranjería e inmigración* (Statistisches

Mitteilungsblatt zu Immigrations- und Ausländerfragen) vom April 2008, dass sich mit 31. März 2008 4.192.835 registrierte Ausländer in Spanien aufhalten. Dies bedeutet einen Anstieg von 5,37 % seit dem 31. Dezember 2007, also seit vier Monaten. Die Anzahl hat sich in diesem Trimester um 213.821 Personen vermehrt. (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2008, S. 1)

In einer Einteilung nach Kontinenten, kamen im Jahr 2006 661.004 Personen aus EU-Europa und nochmals 367.674 Einwanderer aus dem restlichen Europa. Mit einer Anzahl von 709.174 Immigranten aus Afrika und 1.064.916 Immigranten aus Lateinamerika stellen diese beiden Kontinente die größten Herkunftsgebiete der Immigrantengruppen dar. 18.109 Nordamerikaner, 197.965 Asiaten und 1.819 Personen aus Ozeanien komplettieren die Einteilung nach Herkunftskontinenten. (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 41ff)

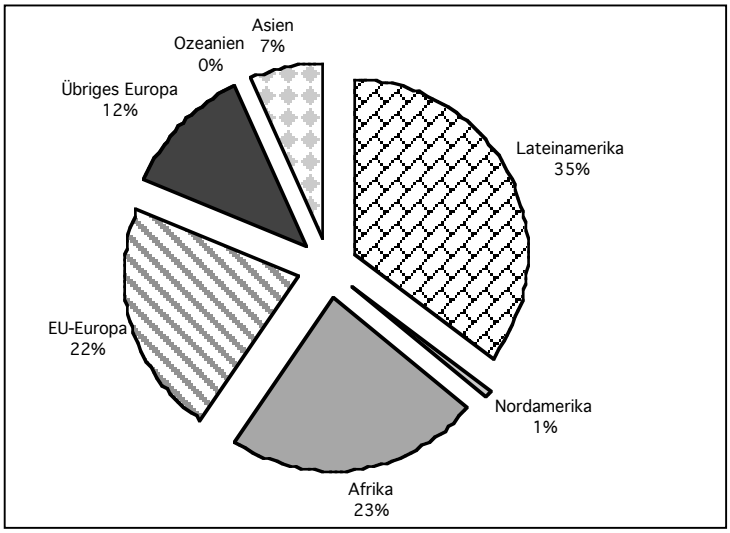

Diagramm 02: Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltstitel nach Herkunftskontinenten 2006 (aus: Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 41ff; Darstellung: eigene)

Kontinent/ Gebiet	Anzahl der Immigranten
EU-Europa	1.658.468
Übriges Europa	119.582
Afrika	873.998
Lateinamerika	1.269.053
Nordamerika	19.328
Asien	249.643
Ozeanien	1.632
Nicht erfasst	1.131

Tabelle 06: Die ausländische Bevölkerung in Spanien am 31. 03. 2008 (aus: Ministerio de Trabajo e Inmigración 2008, S. 2)

Verglichen mit den Statistiken nach Herkunftskontinenten aus vorangegangenen Dekaden lässt sich der Trend einer immer größeren Diversifizierung ausmachen. Für eine Herausarbeitung der Entwicklung der Immigranten nach Kontinenten soll für eine übersichtliche Veranschaulichung nochmals in wenigen Worten die Entwicklung der letzten Jahrzehnte dargestellt werden. Bis in die 1980er Jahre kamen die Ausländer fast ausschließlich aus Europa und

Lateinamerika, wobei zwei Drittel europäische und nur ein Drittel lateinamerikanische Immigranten waren. Zu Beginn der 1990er Jahre veränderte sich diese Aufteilung schlagartig, der Zuwachs an afrikanischer Bevölkerung wuchs immens. Ihr Anteil stieg von 3,5 % im Jahr 1985 auf beachtliche 17,5 % im Jahr 1992. Ausgelöst wurde dieser statistische Anstieg durch eine umfangreiche Regularisierung von Marokkanern, welche 1991 stattfand. Mit einem Anteil an 27,4 % im Jahr 2002 ist festzustellen, dass der Anteil der afrikanischen Immigranten weiter stark anstieg und in diesem Jahr sogar den lateinamerikanischen Anteil übertraf. Deren Anteil war zu dieser Zeit 26,9 %, was ebenfalls auf einen Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe hindeutete, war ihr Anteil drei Jahre zuvor noch auf unter 20 % gefallen. Der Zunahme der afrikanischen und lateinamerikanischen Volksgruppen steht die Abnahme der europäischen Einwanderer gegenüber, die seit 1985 auf knapp ein Drittel gesunken war. (Kreienbrink, S. 77 – 78)

Geht man von der Makroebene der Herkunfts-einteilung nach Kontinenten in jene der Mikroebene, also einer Einteilung nach Nationalitäten, so ergeben sich bis März 2008 folgende Resultate:

Führende Gruppe waren die Marokkaner mit 675.906 Personen, gefolgt von Ecuadorianern (413.642 Personen), Kolumbianern (264.549 Immigranten) und Rumänen. Den fünften Platz bildeten Einwanderer aus Großbritannien, dessen genaue Anzahl, wie auch jene der Rumänen, im Zwischenbericht 2008 nicht detailliert veröffentlicht wurden. Mitgliedstaaten der

Nationalität	Ende 2006	Ende 2005
Marokko	543.721	493.114
Ecuador	376.233	357.065
Kolumbien	225.504	204.348
Rumänien	211.325	192.134
Großbritannien	175.870	149.071
China	99.526	85.745
Italien	98.481	84.853
Peru	90.906	82.533
Argentinien	86.921	82.412
Deutschland	77.390	71.513
Portugal	72.505	59.787
Bulgarien	60.174	56.329
Dom. Republik	58.126	50.765
Frankreich	56.170	52.255
Ukraine	52.760	49.812
Bolivien	52.587	50.738
Polen	48.031	34.600
Kuba	39.755	36.142
Algerien	39.733	35.437
Brasilien	30.242	26866
Pakistan	29.688	28.707
Senegal	28.560	27.678
Venezuela	28.188	25.372
Uruguay	26.581	24.272
Niederlande	25.958	23.040
Russland	24.497	22.223
Philippinnen	21.190	18.735
Chile	20.397	18.748
Übrige Nationen	319.962	293.537
INSGESAMT	3.021.808	2.738.932

Tabelle 07: Die ausländische Bevölkerung in Spanien 2006 und 2005 (aus: Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 42)

EU wurden in diesem Bericht zusammenfassend mit einer Anzahl von 1.658.468 Immigranten angeführt. 2006 betrugen die Einwandererzahlen für Rumänien 211.325 und für Großbritannien 175.870, was im Bezug auf die vorangegangen Zahlen aus dem Jahr 2008 insofern repräsentativ erscheinen, als dass sich beispielsweise die Anzahl an sich in Spanien befindenden Marokkanern im Jahr 2006 auf 543.721 belief (vgl. dazu im Jahr 2008 bereits 675.906 Personen). (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2008, S. 1ff; Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 41ff)

Die prozentuellen Steigungen betreffend, waren es verglichen zwischen 2005 und 2006 die Polen, die mit einer Erhöhung der Immigrantenanzahl von 38,82 % innerhalb nur eines Jahres den ersten Platz in diesem Ranking belegten. Nach ihnen kamen die Portugiesen mit einer Steigung von 21,27 % und die Einwanderer aus Großbritannien, dessen Steigerung sich auf 17,98 % belief. Mehr als 16 % betrugen weiters die Zuwanderungsquoten der Chinesen und Italiener. (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 42)

Wenn das Ministerium für Arbeit und Einwanderungsangelegenheiten die erhobenen Daten in Statistiken erfasst, so werden die Immigranten in der Regel in zwei große Gruppen eingeteilt. Zum einen gibt es die europäische Ebene, in der sämtliche Staaten aus EU-Europa und weiters Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz inkludiert sind und zum anderen gibt es die internationale Ebene, die alle übrigen Staaten einfasst.

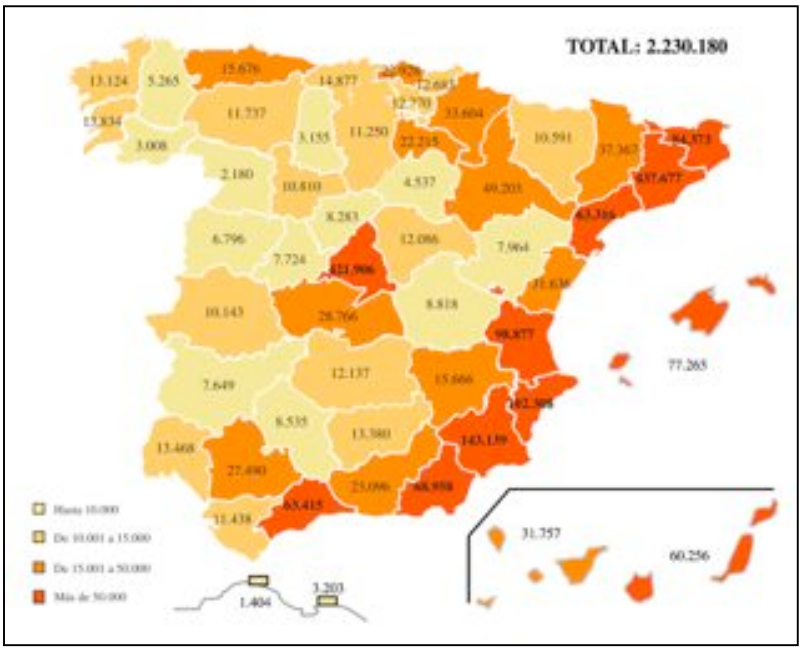

Abb. 01: Ausländer der generellen Ebene mit Aufenthalts-genehmigungen nach Provinzen, Stand: 31. 03. 2008 (dunkelorange: mehr als 50.000; mittelorange: zwischen 15.001 und 50.000; hellorange: zwischen 10.001 und 15.000; beige: bis 10.000) (aus: Ministerio de Trabajo 2008, S. 4)

Betrachtet man die Provinzen Spaniens, welche die Immigranten aufsuchten, näher, so sind es auf internationaler Ebene hauptsächlich Katalonien, Madrid, Murcia, das Baskenland, Navarra, La Rioja, Kantabrien und die Autonomiestadt Melilla, welche aufgesucht wurden. In den übrigen Provinzen dominieren die Immigranten aus europäischer Ebene. Die meisten dauerhaften Aufenthaltsgenehmigungen wurden mit 66,18 % (von 100 % gestellten Anträgen) in der Extremadura gegeben, gefolgt von Ceuta mit 65,88 % und Melilla mit 56,23 %.

Was nun den Altersschnitt der Einwanderer betrifft, so waren bis zum Ende des Jahres 2006 12,54 % der Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung unter 16 Jahre, 82,84 % zwischen 16 und 64 Jahre und die übrigen 4,62 % über 64 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt belief sich wohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Einwanderern auf ungefähr 34 Jahre. Mit 54,17 % waren etwas mehr als die Hälfte der Immigranten männlich, während sich auf der Gegenseite mit 45,83 % nicht ganz so viele weibliche Ausländer in Spanien aufhielten. Mit einer kleinen Ausnahme hielten sich in fast allen Provinzen mehr ausländische Männer als Frauen auf, nur in Melilla, Asturien, La Coruña, Palencia, Ourense, Sevilla, Córdoba, Kantabrien und Salamanca überwiegte mit etwas über 50 % die Zahl der Frauen.

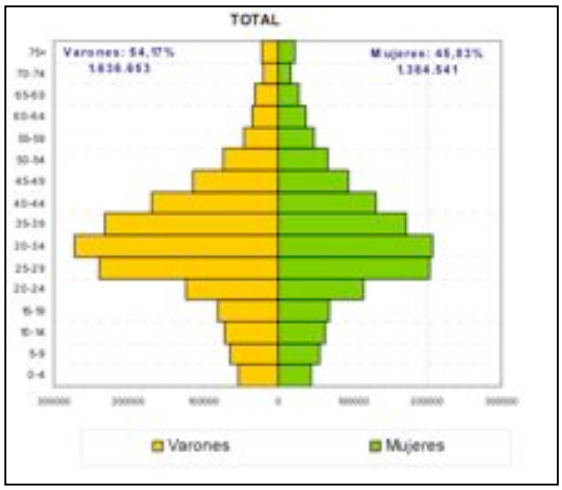

Abb. 02: Demographische Struktur der Ausländer nach Alter und Geschlecht (orange: Männer, grün: Frauen) (aus: Ministerio de Trabajo e Inmigración 2007, S. 43)

Im Mai 2008 gab das Statistikamt INE einen Bericht über die Immigrationsresultate des Jahres 2007 heraus, welcher interessante demographische Details widerspiegelte. Diese nationale Immigrationsbefragung *Encuesta Nacional de Inmigrantes* (ENI) wurde außerdem im Jahr 2007 zum ersten Mal durchgeführt und dabei wurden 15.500 Immigranten als repräsentativer Schnitt der Einwanderer insgesamt befragt. Den Ergebnissen der ENI zufolge wohnte im Jahr 2007 in 2,16 Millionen spanischen Haushalten zumindest ein Ausländer im Alter von über 16 Jahren. 1,02 Millionen Haushalte wurden überhaupt von Einwanderern

gegründet und weitere 1,14 Millionen Haushalte entstanden durch Einheimische und Einwanderer zusammen.

Knapp zwei Drittel aller Immigranten arbeiteten in ihrem Herkunftsland, bevor sie in Spanien ankamen, wobei davon 53,7 % Angestellte und 11,2 % Unternehmer oder frei schaffende Arbeiter waren. Zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Ursprungsland hatten 13,4 % der verheirateten Immigranten ihren Lebenspartner bereits in Spanien, weiters befanden sich 5,8 % Väter und 5,4 % Mütter der Einwanderer zum Zeitpunkt der Ausreise im Zielland Spanien. Das meistgenutzte Verkehrsmittel für eine Einreise nach Spanien war mit 62,7 % das Flugzeug, gefolgt vom Auto und vom Zug als Transportmittel. Jene Immigranten, die mittels kleiner Holz- oder Schlauchboote das Festland Spaniens aufsuchten, umfassen lediglich 1 %.

Ein nennenswerter Punkt bezüglich der Charakteristika der Migration nach Spanien ist das praktische Fehlen des spanischen Bodens als Zwischenstopp einer Migration. Neun von zehn Migranten, deren Zielland Spanien war, begannen ihre Reise in ihrem Geburtsland.

Die Hauptgründe für eine Einwanderung in Spanien waren, in dieser Reihenfolge, die Chance auf eine bessere Lebensqualität, die Suche nach einem besseren Arbeitsplatz oder familiärer Natur. 45 % der Männer erwähnten als Motiv die Suche nach einem besseren Arbeitsplatz, während wiederum 26 % überhaupt auf der Suche nach einer Arbeit waren. Das Verhältnis bei den Frauen betrug in diesem Vergleich 32 % zu 20 %. Die Familienzusammenführung war mit 39 % der Hauptgrund für Frauen, auf der anderen Seite gaben 26 % der Männer bestehende Familienverhältnisse im Zielland als Grund für die Einwanderung an.

Motive	Insgesamt	16 - 54 Jahre	55 Jahre ++	Frauen	Männer
Pension	3,6	0,3	23.3	3,6	3,7
Berufliche Veränderung	5,9	5,9	6,0	5,0	6,8
Arbeitssuche	23,3	25,8	8,8	20,4	25,9
Besserer Arbeitsplatz	39,0	42,9	15,9	32,2	45,2
Politische Gründe	3,0	2,7	5,0	2,8	3,3
Religiöse Gründe	0,4	0,4	0,4	0,3	0,5
(Aus)Bildung	8,4	9,2	3,6	8,8	8,0
Lebensqualität	40,0	39,9	40,6	38,7	41,2
Familienzusammenführung	32,1	32,4	30,3	39,2	25,6
Lebenserhaltungskosten	14,3	13,5	19,0	14,1	14,6
Klima	11,4	7,7	33,0	11,5	11,3
Zwischenaufenthalt	1,1	1,2	0,7	1,3	1,0
Andere Gründe	12,1	11,4	15,8	13,3	11,0

Tabelle 08: Einwanderer in Spanien nach Alter, Geschlecht, Motiven in Prozent (aus: Instituto Nacional de Estadística 2008, S. 1ff)

Von den befragten Immigranten leben 36,6 % mit ihrem Lebenspartner und mit ihren Kindern zusammen, 23,0 % leben mit ihrem Lebenspartner, aber ohne (ihre) Kinder und weitere 6,5 % leben ohne Lebenspartner, aber mit ihren Kindern. Die restlichen 33,8 % leben weder mit Lebenspartner noch mit Kindern zusammen.

Insgesamt haben die Einwanderer, die in Spanien leben, 759.000 Kinder unter 16 Jahren, die nicht im gleichen Haushalt leben. Davon leben 86,6 % im Ursprungsland der Einwanderer. Die durchschnittliche Größe eines Haushaltes, in dem zumindest ein Immigrant wohnt, umfasst 3,4 Personen.

Der Prozentsatz der verheirateten Bevölkerung unter den Einwanderern beläuft sich auf 52,3 %, wobei dieser Aussage hinzuzufügen ist, dass bei der Befragung lediglich Immigranten mit einem Mindestalter von 16 Jahren befragt wurden. 37,7 % der Einwanderer sind ledig, 7,1 % getrennt oder geschieden und schließlich 3,0 % verwitwet. Von 2,37 Millionen verheirateten Immigranten leben 12,5 % der Lebenspartner nicht mit ihrem Ehemann/ihrer Ehefrau. 30 % der bei der Einreise allein stehenden, geschiedenen, getrennten oder verwitweten Einwanderer leben mit einem spanischen Lebenspartner. Von den verheirateten Einwanderern sind 68 % eine Ehe mit einem Lebenspartner gleicher Nationalität eingegangen, während 26,5 % eine Person spanischer Herkunft ehelichten. Beachtliche 81,2 % der Immigranten mit Familien im Ausland sehen eine Familienzusammenführung und somit die Nachholung ihrer Familienmitglieder vor, während 7,7 % keine Familienzusammenführung in Planung haben.

Die Immigranten wohnen hauptsächlich in Wohngebäuden, in welchen sie eine Wohnung mieten, wobei das Wohnungseigentum – der in Spanien typischsten Wohnform – immer mehr an Bedeutung gewinnt. 40 % der Immigranten mieten eine Wohnung, während 38,1 % in Eigentumswohnungen leben. Weitere 19,3 % wohnen in geförderten Eigentumswohnungen. Die Haushalte der Immigranten verfügen in den meisten Fällen über die notwendigen Einrichtungen wie Fließ- und Warmwasser, sanitäre Einrichtungen und Elektrizität, allerdings fehlen in 43,7 % der Haushalte Heizungen, was wiederum für das in Spanien vorherrschende Klima überhaupt nicht abnorm ist.

22,5 % der beschäftigten Immigranten mit mehr als drei Jahren Aufenthalt in Spanien haben eine höhere Schulbildung genossen, während 9,3 % gar keine oder keine abgeschlossene Grundbildung haben. 38 % der

Beschäftigten mit mehr als drei Jahren Aufenthalt sind seit Ankunft in Spanien ein neues Beschäftigungsverhältnis eingegangen, haben also den Arbeitsplatz zumindest ein Mal gewechselt. Wenn man jene Entwicklung im Arbeitsbereich näher betrachtet, bei der es um das Wechseln des Arbeitsplatzes bzw. überhaupt des Wirtschaftssektors geht, so blieben mit einem Prozentsatz von 84,3 % sehr viele beschäftigte Immigranten im Bereich der Administration und der Öffentlichkeitsarbeit. Auch in technischen und intellektuell höheren Berufen (81,3 %) wechselten die Einwanderer selten die Art der Arbeit. Im Gegensatz dazu blieben lediglich 31,9 % der Arbeiter in der Landwirtschaft und im Fischfang beschäftigt. Überhaupt machte sich ein beachtlicher Umschwung in den drei Wirtschaftssektoren bemerkbar, denn auch im zweiten Wirtschaftssektor, der Industrie, blieben lediglich 42,5 %. Anders verhielt es sich im Baugewerbe, in dem nach wie vor immerhin 73,1 % der Beschäftigten tätig sind. (Instituto Nacional de Estadística 2008, S. 1 – 8)

2.3.4 Exkurs: Diskussionsansatz der Problematik irregulärer Einwanderung in Spanien mit Fokussierung auf die geographische Nähe zu Marokko

Schlagzeilen mit erschreckend hohen Zahlen an illegalen Migranten, die täglich über die Meeresenge bei Gibraltar nach Spanien zu kommen versuchen bis hin zu Berichten über Todesfälle durch gekenterte Holzboote bei der Überfahrt füllen fast täglich Spaniens Medienlandschaft. Die Reichweite der Problematik der illegalen und irregulären Einwanderung nach Spanien ist immens und Spaniens Politik bittet auf EU-Ebene immer wieder um Hilfestellungen, damit der Massenandrang bearbeitet werden kann. Um die Komplexität und die Schwierigkeit der Thematik vollständig und sachgemäß darzustellen, bedürfte das Thema der irregulären Einwanderung einer eigenen Arbeit. Weil nun in vorliegender Arbeit dem Versuch, die Migrationsgeschichte Spaniens im Allgemeinen vollständig darzulegen, gerecht gekommen werden soll, werden im Folgenden sehr stark zusammengefasst ein theoretischer Background und Daten im Bezug auf Spanien vorgestellt und eine Beschreibung der Situation vorgenommen.

Grundsätzlich wird bei sich irregulär in Spanien aufhaltenden Immigranten zwischen zwei großen Gruppen unterschieden. Zum einen gibt es jene, die bereits ihre Einreise auf illegalem Wege versuchen und zum anderen stellt

ein beachtlicher Teil der Immigranten jener dar, welche zwar auf legale Weise eingereist sind, sich aber aufgrund von fehlenden Aufenthaltsgenehmigungen irregulär im Land aufhalten.
Unterscheidet man die Vorgehensweisen, wie irreguläre Einwanderer sich Zutritt nach Spanien verschaffen, so ist der Versuch, mit Fischerbooten Spaniens Festland zu erreichen, freilich der durch Medienpräsenz populärste, in viel bedeutenderem Umfang versuchen irreguläre Einwanderer allerdings mittels gefälschten Dokumenten einzureisen. Diesem Versuch wurde seitens Spanien zwar in den letzten Jahren intensiv entgegen gewirkt, dennoch stellt es heute noch eine hoffnungsvolle Option für illegale Immigranten dar.
Des Weiteren ist hier anzuführen, dass der spanische Arbeitsmarkt in bestimmten Regionen saisonbedingt nicht ohne sich irregulär aufhaltende Arbeiter auskommen würde. Das bestehende Arbeitsangebot ist für viele Menschen ein Anreiz, um jeden Preis in das Zielland zu kommen. Als möglicher Ansatz kann hier angemerkt werden, dass eine intensivere Kommunikationsebene zwischen den einzelnen Ministerien mit ihren jeweiligen Interessen diesen Motivationsgrund eindämmen könnte. (Organización International para las Migraciones 2003, www.iom.int) Erwähnenswert scheint, dass sowohl die Beschäftigungssituation als auch der Umgang mit dem großen Andrang von Immigranten innerhalb eines Ministeriums, dem Ministerium für Arbeit und Einwanderungs-angelegenheiten, bearbeitet werden und diese Institution somit gleichzeitig mit zwei gegensätzlichen Interessen des Staates konfrontiert ist.

Vor allem mit den astronomisch hohen Zahlen der letzten Jahrzehnte macht die irreguläre Einwanderung nach Spanien einen unkontrollierbaren Eindruck. Im Zuge der Regularisierungen von 1991 und 1994 wurden sich irregulär in Spanien aufhaltende Einwanderer erfasst, wobei alleine 1994 beeindruckende acht Millionen Marokkaner regularisiert wurden. In der Demographie der Einwanderer änderte sich seit den Jahren zuvor nicht viel, so waren es meistens Männer mittleren Alters, die nach zu Spanien emigrieren versuchten. 1994 wurde allerdings erstmal eine steigende Teilnahme von jungen Frauen festgestellt. Mit der Einführung des neuen Visum-Rechts 1991 wurden die spanischen Grenzen für irreguläre Einwanderer sozusagen abgeriegelt, eine Einreise erschwert, aber nicht unmöglich gemacht, wie die nach wie vor steigenden Zahlen belegen. Wie

schon erwähnt, sind die Überfahrten der Fischerboote über die Meeresenge von Gibraltar die von den Medien am häufigsten präsentierten, Daten belegen aber, dass irreguläre Einwanderung vielmehr via Flugzeug passiert und nicht die Marokkaner oder andere Nationalitäten aus Afrika die ersten Rangplätze an irregulären Migranten belegen. Lateinamerikaner und Rumänen sind jene Volksgruppen, die Spanien am meisten irregulär aufsuchen.

Dass die Straße von Gibraltar durch die unmenschliche Einreise mit den Holzbooten eine derartige Bekanntheit erlangte, ist auch auf sämtliche ins Leben gerufene Kampagnen zurückzuführen, die vor allem mit Hilfe der Medien auf das Problem aufmerksam machten. So füllte 1998 die Kampagne ATIME (Organisation der Arbeitsmigranten aus dem Maghreb in Spanien) oftmals mit Demonstrationen die Nachrichtenbilder. Während genannte Kampagne von 1.000 Verunglückten bei der Überfahrt in den 1990er Jahren sprach, zählte die marokkanische Tageszeitung knapp 3.500 Tote für selbigen Zeitraum.

Mit der Einführung des neuen Visum-Rechts begann auch die Erhöhung der Festnahmen von illegal Einreisenden. Während sich diese Zahl im Jahr 1998 auf knapp 3.000 belief, waren es zwei Jahre später, im Jahr 2000, bereits 19.000. Dabei ist es unmöglich, die Zahl jener, die einer Festnahme entkamen, zu erfassen. Sicher ist nur, dass diese die Dunkelziffer der Irregulären weiter in die Höhe treibt.

Weitere Daten, die im Bezug auf diese Thematik von Interesse sind, sind jene der Rücksendungen von irregulären Migranten. Im Jahr 1997 wurden 23.209 Marokkaner wieder in ihr Ursprungsland zurückgeschickt. Die meisten davon kamen gar nicht dazu, die Meeresenge zu überqueren, sondern wurden bereits aus den beiden sich auf afrikanischer Seite, aber zu Spanien gehörenden Städten Ceuta und Melilla ausgewiesen.

Wenn man einen genaueren Blick auf die demographischen Merkmale wirft, so ist in jedem Fall nennenswert, dass im Jahr 2000 mehr als 40 % der über Marokko kommenden, aus Afrika stammenden, Immigranten unter 25 Jahre alt waren und weitere 40 % sich im Alter zwischen 26 und 35 Jahren befanden.

Was die Ursprungsländer aus der Subsahara anbelangt, so stammte 2001 ein Großteil, nämlich ungefähr die Hälfte aus Nigeria, knapp 40 % aus Sierra Leone und jeweils ein kleiner prozentueller Anteil aus Benin und Gambia. (López García/Lorenzo 2003, S. 89 – 93)

In einer aktuellen Ausgabe der spanischen Tageszeitung *El mundo* berichtet der Minister für Arbeit und Einwanderungsangelegenheiten Calestino Corbacho von 700.000 Einwanderern, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung im Land aufhalten. Weiters schätzt er die Zahl der sich irregulär aufhaltenden Personen auf nochmals so viele. Seit Beginn des Jahres 2008 wurden bis Ende Juli 1.093 Personen festgenommen, wobei es sich in 115 Fällen um Menschen aus Algerien handelte. Alle weiteren Festgenommenen waren aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara. Obwohl die Politik im weiteren Verlauf der Arbeit vorgestellt wird, soll hier vorgegriffen werden, dass der Arbeitsminister dem großen Andrang hauptsächlich mit der Minimierung von Familienzusammenführungen und mit einer verstärkten Rücksendung der Migranten entgegen wirken möchte. (www.elmundo.es, 01. 07. 2008)

2.4 Innerstaatliche Migration

Seit der Geschichte der Binnenwanderung Spaniens, welche ihre ersten nennenswerten Ursprünge und belegten Daten in den 1960er Jahren hatte, verzeichnet der Staat in den letzten Jahren die höchsten Prozentsätze innerstaatlicher Mobilität überhaupt. Zwischen 1992 und 2004 stiegen die Wanderungen zwischen den einzelnen Provinzen um 136 %, während die innerprovinzialen Wanderungen bei 158 % Steigerung lagen.
Binnenwanderungen haben allerdings in Spanien, verglichen mit Zahlen aus anderen entwickelten Ländern und auch in Relation zu der starken Immigration aus Drittländern insgesamt eher wenig Gewichtung und der starke Anstieg ist sehr eng in Verbindung mit der Einwanderung nach Spanien zu sehen. Während der Prozentsatz der spanischen Binnenmigration – wie auch der italienischen - in den 1990er Jahren beispielsweise bei 0,6 % lag, waren es bei den meisten Staaten der EU zwischen 1 und 2,5 % der Gesamtbevölkerung und die USA verzeichneten sogar 3 %. Ein maßgeblicher Grund für die dennoch vorherrschende inter- und intraregionale Wanderung ist die hohe Arbeitslosenrate, die so manche spanische Provinzen vorweisen und ihre Bewohner veranlassen, in Teile des Landes zu ziehen, wo es Arbeit gibt.
Ein sehr wesentliches Phänomen der Binnenwanderungsgeschichte Spaniens ist jenes der Suburbanisation um die Jahrhundertwende. Zwar verzeichneten die größten Städte Madrid, Barcelona und auch Valencia, Zaragoza und Sevilla insgesamt viele innerstaatliche Migranten, in den Jahren um 2000 ging die Anzahl allerdings zurück, was zu einem negativen Migrationssaldo führte. Dem entgegen stellten die Vororte der großen Städte und auch mittelgroße Städte wie Pamplona, Granada, Santander und León einen prozentuellen Zuwachs an innerstaatlichen Migranten fest. (Universidad de Navarra 2006, www.unav.es/noticias/250806-02.html, 08.09.2008)

Grundsätzlich definiert sich die Binnenwanderung als freiwilliger Umzug von Menschen von einem geographischen Ort in einen anderen, wobei dies innerhalb eines Staates passiert und von dauerhaftem Charakter ist. Die regionale Mobilität einer Bevölkerung ist für Studien über die Wirtschaftlichkeit und Sozialität einer Region von besonderer Bedeutung und nur mit der Komponente der innerstaatlichen Migration können

stichhaltige Aussagen über die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Provinzen Spaniens gemacht werden. (Lago/Aguayo 2004, S. 122ff)

Betrachtet man die Entwicklung der innerstaatlichen Migration und bedenkt man den Aspekt der Freiwilligkeit der Migranten, innerhalb eines Staates zu wandern, so drängt sich als primärer Auslöser die Wirtschaftlichkeit, also die Arbeitsmarktsituation in den Vordergrund. Die Historie der Binnenwanderung ist also alles in allem sehr eng mit der wirtschaftlichen Situation Spaniens verbunden.

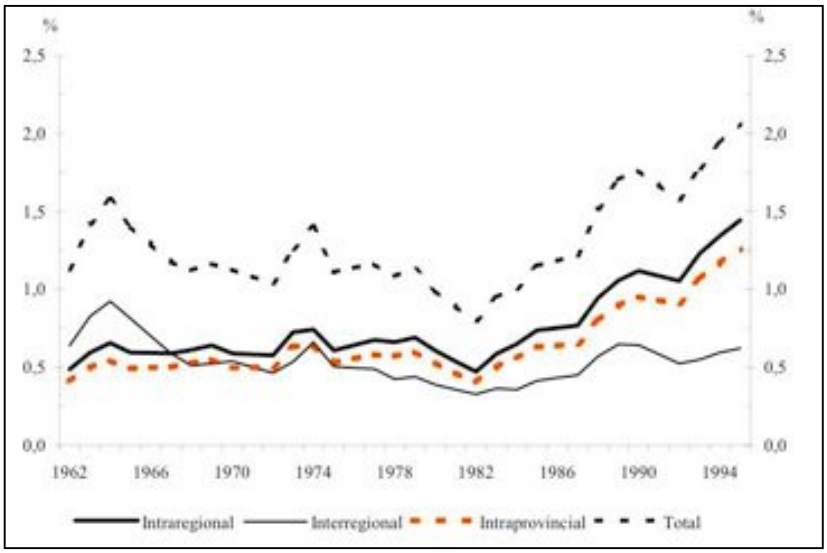

Abb. 03: Binnen-migration in Spanien in %, 1962 – 1994 (aus: Bentolila 2001, S. 4)

Zeitgleich mit dem Abflauen der Auswanderung nach Lateinamerika und der aufkommenden Emigration nach Europa Mitte des vorigen Jahrhunderts wuchs auch der Anteil der interregionalen Mobilität im Staat. Grund für das Eintreten dieses Phänomens waren die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Regionen und so ergaben sich Wanderungsströme aus den armen Regionen in Richtung reichere Provinzen mit vorhandenen Arbeitsplätzen und besseren Einkommen. (Lago/Aguayo 2004, S. 123 – 124)

Nach diesem anfänglichen Aufkommen der Binnenmigration legten sich die Wanderungen allerdings bis ungefähr 1975 wieder. Ausgelöst durch die Ölkrise 1973 und der damit verbundenen Ängste um die Arbeitsplätze und das Ende der Diktatur Francos 1975 kam es zu einer neuerlichen Migrationswelle 1975 – 1985. Während sich die Wanderungen nach

Katalonien, Madrid und dem Baskenland, also den wirtschaftlich führenden Gebieten zurück entwickelten, verzeichneten die ursprünglichen Abwanderungsregionen Andalusien, Castilla-La Mancha, Extremadura und Galizien, nicht nur im Kontext der Binnenwanderung Zuwächse. Auch in internationaler Hinsicht war der Migrationssaldo durch Zuwanderer aus Drittstaaten positiv. Das Auftreten der Rückwanderung als wichtiger Teil der Binnenmigration kann für diese Zeit der Angst der Bevölkerung vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und der Suche nach Sicherheit in ihrer Ursprungsregion zugeschrieben werden.

Des Weiteren spielten nun – wie schon erwähnt - plötzlich die mittelgroßen Städte und Vororte der wirtschaftlichen Hauptstädte eine größere Rolle und wurden von Migranten innerhalb des Staates verstärkt aufgesucht, was ebenfalls zu einer Rückentwicklung bei den größeren Städten führte.

In den 1990er Jahren bis hin zum Ende des 20. Jahrhunderts verstärkten sich die bis dato entwickelten Ausdrucksweisen der Binnenwanderung, nach wie vor spielten mittelgroße Städte und die Rückwanderung in den Süden und nach Galizien die Hauptrolle. Seit der Jahrhundertwende sind nun im 21. Jahrhundert wieder jene Merkmale der Binnenwanderung festzustellen, die auch schon in den 1960er und 1970er Jahren maßgeblich waren. Eine Konzentration auf die wirtschaftlich starken Gebiete um und in Madrid und Barcelona und in manchen am Mittelmeer gelegenen Provinzen lassen auf eine sehr stark vom Arbeitsmarkt geleitete Mobilität innerhalb Spaniens schließen.

Diese Entwicklungen in der Mobilitätsgeschichte der Binnenwanderungen stehen freilich eng in Verbindung mit einer Reihe von wirtschaftlichen Transformationen, die dem spanischen Staat widerfuhren. Die Ölpreiserhöhung im Jahre 1973 hatte eine starke industrielle Neustrukturierung und eine hohe Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge und erst Mitte der 1980er Jahre erholte sich Spanien wirtschaftlich gesehen und betrat mit der ökonomischen expansiven Steigerung bis 1991 eine neue Phase. Zwischen 1992 und 1995 ist erneut eine Rückentwicklung der spanischen Wirtschaft zu erkennen und seit 1996 bis heute verzeichnet Spanien schließlich wiederum positive Werte – die ökonomische Entwicklung betreffend –, was nun letztendlich die starke laborale Binnenwanderung begründet. (Recaño/Cabre 2003, S. 179ff; Recaño 2004, S. 157ff)

Beeinflusst werden die innerstaatlichen Wanderungen nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch von dem demographischen und politischen Verlauf innerhalb des Landes.
Die starke Alterung der Bevölkerung ist eine der ersten demographischen Entwicklungen, welche auch das Migrationsprofil verändern. Durch den Rückgang der Geburten- und der Sterberate werden die Menschen in Spanien immer älter und in Verbindung mit der Tatsache, dass Menschen – je älter sie werden – immer weniger bereit sind, umzusiedeln, führt dieser Punkt zu einem Rückgang der Binnenwanderung in Spanien.
Dem entgegen steht die jüngste Entwicklung der Familienkonstellationen. Das traditionelle Familienbild bestehend aus einem Vater, einer Mutter und mindestens einem Kind wurde mit der starken Zunahme der Scheidungen gebrochen und dies führt in weiterer Folge zu einer verstärkten Wanderung innerhalb des Landes. Doch auch bei bestehenden Familien kommt es immer mehr zu Umzügen, begründet durch die steigende Teilnahme der Frauen am Arbeitsplatz. Vor allem Frauen, und hier hauptsächlich die jüngeren, sind bereit, für einen Arbeitsplatz umzusiedeln. Da sie einen Umzug allerdings nur mit der Familie bewerkstelligen, setzt eine Wanderung vorhandene Arbeitsplätze sowohl für die Frau als auch für den Mann im Zielort voraus.
Als ein dritter Punkt – die demographischen Faktoren betreffend – ist die erhöhte Mobilität von Personen mit höherem Bildungsgrad zu nennen. Der Prozentsatz der Anzahl der Personen mit sekundärer Schulbildung wuchs zwischen 1975 und 1996 um beachtliche 30 Prozentpunkte und während im Jahr 1979 8 % der Bevölkerung mit einem universitären Titel arbeitete, waren es 1989 bereits 11 %. Diese Entwicklung hin zu einer Bildungsgesellschaft dürfte die Mobilität in Spanien zusätzlich stimulieren. (Bentolila 2001, S. 5 – 6)

In wirtschaftlicher Hinsicht lässt sich die Motivation für eine Wanderung sehr leicht erklären. Personen wandern wohl, weil sie sich am Zielort einen besseren Lebensstandard erhoffen. Dieser bessere Lebensstandard ist verbunden mit einem guten Arbeitsplatz mit höherer Entlohnung als im Ursprungsort, einer funktionierenden Politik und sozialen Sicherheit und letztendlich einer durch bessere Entlohnung möglichen Freizeitgestaltung. Für die Befriedigung derartiger Bedürfnisse sind Institutionen zuständig, und

genau in diesem Bereich – nämlich in der Institutionalisierung – gab es in Spanien seit 1975 große Veränderungen.

Allen voran wurde die Politik in Spanien stark dezentralisiert und Autonomieregionen gegründet, deren Zahlen wie das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosenrate auf wirtschaftlich florierende Gebiete schließen ließen. Die soziale Sicherheit bekam in Spanien ebenfalls immer mehr Gewichtung, der Anteil des Budgets des Staates für soziales Wohlergehen stieg stetig an.

Zu einem Rückgang der Binnenwanderungen führte die 1982 in Spanien eingeführte Zuschussregelung, die Regionen mit positivem wirtschaftlichem Werdegang vorschrieb, jene Provinzen, die Defizite in der ökonomischen Entwicklung aufwiesen, zu unterstützen. Diese unterentwickelten Provinzen, welche hauptsächlich im Süden, aber auch im Nordwesten des Landes vorzufinden sind, werden des Weiteren seit 1986 von der Europäischen Union im Zuge des Zielgebietsförderprogramms mit finanziellen Mitteln versorgt.

Auch die Einführung des Arbeitslosengeldes führte zu einer Veränderung der Migrationsgewohnheiten in Spanien. Vor allem spezielle Abkommen wie Beihilfen seitens des Staates im Bereich der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze für jene Menschen, die bereit sind, für eine Arbeit im primären Wirtschaftssektor nach Andalusien oder in die Extremadura zu ziehen, tragen zu einer neuen Entwicklung in der Binnenwanderung bei.

Im Jahre 1977 wurde in Spanien ein neues Finanzsystem eingeführt, das den Erwerb von Eigentumswohnungen im Vergleich zu Mietwohnungen in steuerlicher Hinsicht immens förderte. In den darauf folgenden Jahrzehnten konzentrierten sich die Einwohner Spaniens auf eine Investition im Immobilienbereich, was dazu führte, dass Ende des 20. Jahrhunderts 82 % der Einwohner Spaniens im Besitz zumindest einer Eigentumswohnung waren. Diesem wirtschaftlich politischen Punkt kann eine Entwicklung weg von der Binnenwanderung hin zum Festlegen eines Wohnortes zugeschrieben werden.

Zu guter Letzt war es aber die Einführung der sehr flexibel gehaltenen Kollektivverträge in der Arbeitswelt, die wiederum zu einem verstärkten Aufkommen von Migration führten. Immerhin 90 % der arbeitenden Bevölkerung standen Ende des 20. Jahrhunderts in einem derartigen Beschäftigungsverhältnis. Um einer Wanderung hin zu den wirtschaftlichen Führungsregionen entgegen zu wirken, wurde versucht, die Lohnunter-

schiede zwischen den einzelnen Regionen zu verringern. Dies war zum einen aber sehr schwer möglich, zum anderen bewirkte es nur sehr begrenzt etwas. (Bentolila 2001, S. 6 – 8)

Entgegen der Maßnahmen für eine Unterbindung der Binnenwanderung, wird aktuell davon ausgegangen, dass genau diese Mobilität positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage Spaniens haben, weil sie die Zirkulation sozusagen am Leben erhalten.

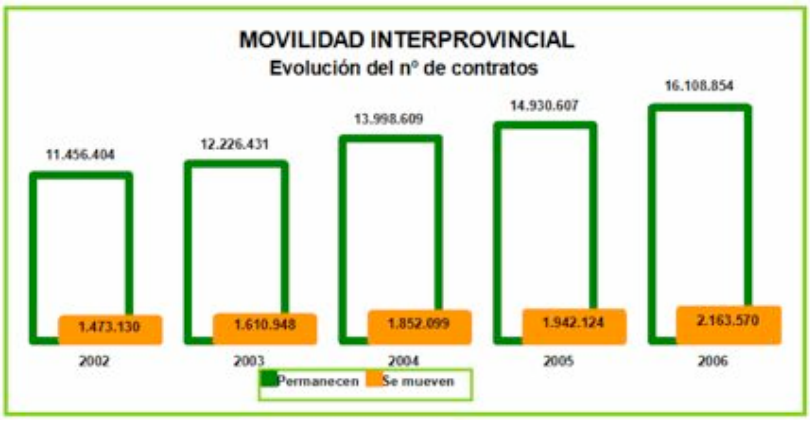

Abb. 04: Interprovinziale Mobilität gemessen an den abgeschlossenen Verträgen (grün: Arbeitnehmer blieben im gleichen Ort; orange: Arbeitnehmer wechselten für den neuen Arbeitsplatz ihren Wohnort) (aus: Gonzáles-Quijano Jiménez 2007, S. 2)

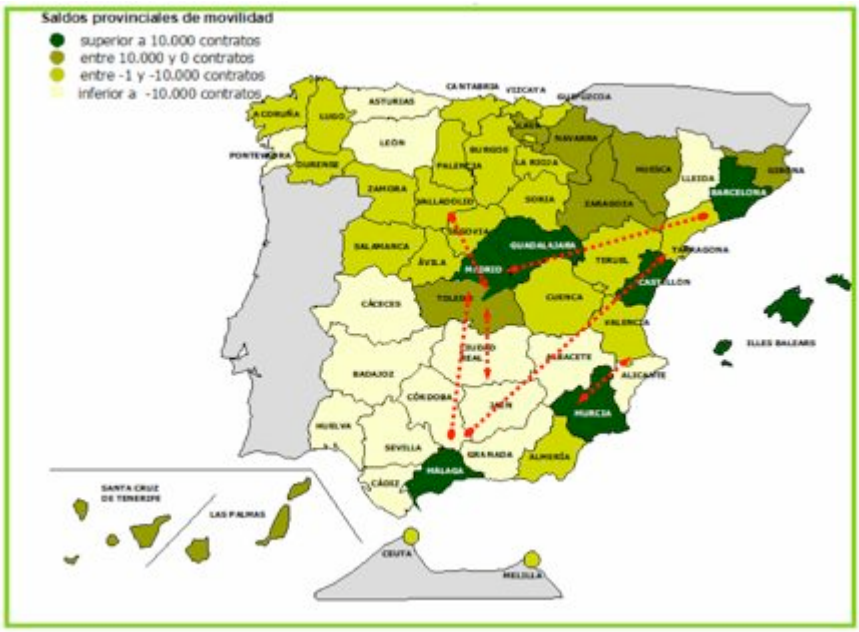

Abb. 05: Entwicklung der interprovinzialen Mobilität bis 2006 nach abgeschlossenen Arbeitsverträgen (dunkelgrün: mehr als 10.000 Verträge; mittelgrün: zwischen 0 und 10.000 Verträgen; hellgrün: zwischen –1 und –10.000 Verträgen; beige: weniger als –10.000 Verträge; rote Pfeile: Darstellung der sechs Hauptströme der interregionalen Migration bei mehr als 30.000 Verträgen) (aus: Gonzáles-Quijano Jiménez 2007, S. 2)

Ausgehend von dieser Grundlage ist in den letzten Jahren ein verstärktes Aufkommen an innerstaatlicher Mobilität festzustellen. Aufgrund von sozial und politisch gefestigtem Stand erhielt die Wirtschaftlichkeit, also die Arbeitssuche als Grund für eine Wanderung fast eine Monopolstellung in Spanien. 2006 wurden erstmals mehr als zwei Millionen Arbeitsverträge geschlossen, die einen Umzug in einen neuen Ort voraussetzten. Zwischen den Provinzen beträgt die Wanderungsrate 11,8 % im Vergleich zu 11,4 % im Jahr 2005 und innerhalb der Autonomiegebiete wird ein Mobilitäts-prozentsatz von 7,7 % verzeichnet.

Vor allem in den Autonomiegebieten ist ein starker Zuwachs an Binnenwanderung zu verzeichnen, war es 2005 immerhin eine Steigerung von 13,8 % im Vergleich zum Vorjahr, in dem noch von einem Negativsaldo berichtet wurde.
Vor allem Männer und Arbeiter zwischen 25 und 34 Jahren siedelten aufgrund von Arbeit um, wobei die meisten davon eine höhere Ausbildung vorzuweisen hatten. Signifikant ist weiters, dass die Binnenwanderungsrate der Ausländer in Spanien wesentlich höher ist als jene der Spanier. Wie auch in den 1960er Jahren erhalten die Mittelmeerküste und Madrid die meisten Zuwanderer, während aus dem südlichen Binnenland Abwander-ungen zu verzeichnen sind. (Gonzáles-Quijano Jiménez 2007, S. 1 – 4)

2.5 Zusammenfassung

Mit der zentralen Aussage, dass sich Spanien innerhalb von wenigen Jahrzehnten vom einem typischen Auswanderungsland zu einem der wichtigsten Immigrationsländer in Europa entwickelt hat, kann nun also Spaniens Migrationsgeschichte zusammengefasst werden. War der Beginn des 20. Jahrhunderts bis hin zum Bürgerkrieg 1936 - 1939 hauptsächlich von Auswanderung gekennzeichnet, so nahm diese Entwicklung auch kurz vor und während der Diktatur Francos im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts weiter zu. Erst mit der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Staaten ab den 1960er Jahren machten sich auch in Spanien erstmals signifikante Zahlen im Einwanderungsbereich bemerkbar. Dennoch überwiegten die Auswanderungszahlen nach wie vor, weil die nord- und mitteleuropäischen Staaten eine große Nachfrage an Gastarbeitern aufwiesen, die durch das auf der iberischen Halbinsel vorhandene Überangebot an Arbeitskräften von Seiten Spaniens mit Gastarbeiter-abkommen mit den europäischen Staaten beantwortet wurde. Die so genannte betreute Auswanderung erlitt im Zuge der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren einen starken Einschnitt und in der darauf folgenden Zeit der wirtschaftlichen Sanierung der einzelnen Staaten konnte sich Spanien bereits zu den aufstrebenden Staaten zählen, was die unmittelbare Umkehr von einem Aus- zum Einwanderungsland zur Folge hatte.
Während nun im Laufe der letzten drei Jahrzehnte Lateinamerikaner, Afrikaner und seit dem Fall des Eisernen Vorhanges auch Osteuropäer hauptsächlich mit dem Grund, eine neue, sicherere und bessere Existenz zu gründen, Spanien als neues Zielland aufsuchten, waren es aus Nord- und Westeuropa vor allem ältere Menschen, die vor allem die Küsten- und Inselgebiete Spaniens für ihren dauerhaften Altersruhewohnsitz wählten. Parallel zu den steigenden Zahlen der Immigranten wuchs auch die Wirtschaft immens, weshalb sich Spanien den Zuwachs der Bevölkerung zunächst leisten konnte, dieser sogar für das Wirtschaftswachstum und die daraus entstandenen Arbeitsplätze notwendig war. Aus diesem Grund reagierte Spanien auch nur zögerlich mit gesetzesregelnden Maßnahmen, wie in folgendem Kapitel 3 *Migrations- und Integrationsgeschichte Spaniens* festzustellen ist. Eine Antwort auf die liberale Handhabe ließ natürlich nicht lange auf sich warten, Spanien entwickelte sich rasch zum führenden Immigrationsland in Europa – ein umstrittener 1. Platz auf dem Sieger-

podest, der seit Beginn des Jahres 2008 verzeichnet wird. Erst langsam beginnen sich die Zahlen zu regulieren, was wiederum die verzögerte Wirkung von Restriktionen und Kontrollmaßnahmen aufzeigt, denn diese wurden spätestens seit den konkreten Forderungen der Europäischen Kommission in den 1980er Jahren, eine gemeinsame Migrationspolitik zu verfolgen, auch in Spanien vehement in das politische Migrationsprogramm aufgenommen. Spanien ist also das führende Immigrationsland Europas, wobei die Entwicklung nicht nur aufgrund der politischen Linien derartige Ausmaße angenommen hat. Auch die geographische Lage in Südeuropa insbesondere mit der Straße von Gibraltar als einladender Weg für viele Afrikaner, eine Wanderung nach Europa zu wagen, ergänzen die Gründe für den immensen Bevölkerungszuwachs.

In demographischer Hinsicht ist die Aufnahme von Migranten insofern von positiver Wirkung, als dass sich das durchschnittliche Alter durch die Vielzahl von jungen, männlichen Migranten, die auf der Suche nach Arbeit sind, gesenkt hat. In geschlechterspezifischer Hinsicht ist jedoch kein großer Unterschied zu bemerken, weil die Familienzusammenführung und die oftmals damit verbundene Nachholung der Frauen und Kinder einen Ausgleich bewirken.

Die innerstaatliche Migration spielt in Spanien durchaus auch eine größere Rolle, weil die Flucht vom ärmeren Süden in den wirtschaftskräftigen Norden und die Verlagerung der Wohnorte aus den ländlichen Gebieten in die urbanen Zentren eine Veränderung der sozialen Struktur bewirken, die für die Demographie Spaniens im Kontext der Migration für die vorliegende Arbeit eine sekundäre, aber profunde Rolle spielen. So werden beispielsweise Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Sektor in Andalusien, die vom in die Städte und in den Norden abwandernden spanischen Volk nicht mehr zur Genüge besetzt werden, in weiterer Folge von den hauptsächlich aus Afrika nachkommenden Einwanderern belegt. Deswegen findet sich in Einwanderungsstatistiken, die dauerhafte Niederlassung von Immigranten in Spanien betreffend, neben Catalunya und El País Vasco auch Andalusien von anderen Regionen deutlich abgehoben an der Spitze.

Dass nun die spanische Gesetzgebung auf die ständigen Änderungen im Migrationsprofil immer wieder eingehen musste und sich so eine komplexe gesetzliche Plattform für die Regulation von Einwanderung bildete, soll in folgendem Kapitel diskutiert werden.

3. Migrations- und Integrationspolitik in Spanien

Ende der 1990er Jahre schrieb der spanische Migrationssoziologe Joaquín Arango, dass es seltsam sei, dass Spanien anders als die übrigen europäischen Staaten seine Einwanderungsgesetzgebung vor dem Einsetzen einer wirklichen Einwanderung geschaffen habe. (Arango 1999, S. 253 – 276) Wenn man allerdings, die Migrationsgeschichte Spaniens ins Auge gefasst, die nun in vorliegendem Kapitel behandelte Migrationspolitik näher betrachtet, so wird ersichtlich, dass wenige Jahre nach dem Ende der Diktatur zur Zeit der Einführung von ersten maßgeblichen Richtlinien es sehr wohl schon eine beträchtliche Anzahl an Ausländern, die sich in Spanien aufhielten, gab, sich jedoch aufgrund der fehlenden Gesetzgebung in ihrem (Aufenthalts-)status nicht positionieren und demzufolge in vielen Fällen auch nicht offiziell niederlassen konnten.
Der Migrationsgeschichte Spaniens stehen nun also politische Strategien gegenüber, welche die Entwicklungen der Migrationshistorie einerseits aktiv lenkten und andererseits als Reaktionen auf plötzlich aufkommende Erscheinungsformen (wie beispielsweise die rasche Zunahme an irregulärer Migration aus Osteuropa) zu beschreiben sind. Als südeuropäisches Land mit Gibraltar und den Kanarischen Inseln als ‚Hauptverkehrsknotenpunkte' irregulärer Migration gerät der Umgang der spanischen Regierung mit der illegalen Immigration zudem besonders in das Zentrum des nationalen, europäischen und internationalen Interesses.

Ein besonderes Merkmal der Chronologie der Migrationspolitik ist freilich in erster Linie die erst vor wenigen Jahrzehnten aufgekommene Bewusstseins-werdung für die Notwendigkeit einer Politik der Einwanderung, was sicherlich auf das junge Interesse für Spanien als Zielland für Immigration zurückzuführen ist. Dabei ist Spanien keinesfalls alleine, denn wenn man die Migrationspolitiken in Europa betrachtet, ist festzustellen, dass sich die europäischen Staaten eigentlich immer noch gewissermaßen in einer Phase des Anerkennens, ein Einwanderungskontinent zu sein, befinden.
Auf der anderen Seite kann bis dato festgestellt werden, dass für eine sehr junge Migrationspolitik in Spanien die darin verabschiedeten Gesetze und eingeführten Institutionen, Programme, Pläne und Fonds für eine meist innovative Politik sprechen, was im Hinblick auf die spanische Politik im

Allgemeinen* durchaus positiv zu vermerken ist und auf übernationaler Ebene auch als solches wahrgenommen wird. Ferner können die verabschiedeten Gesetze und Richtlinien als durchwegs schnelle Reaktionen auf die Veränderungen der Migrationsstruktur im Laufe der Zeit eingestuft werden.

Dass nun die heutige Migrationslage Spaniens eine Politik fordert, welche die starke Zuwanderung und die sich daraus ergebende neue soziale Struktur der Gesellschaft lenkt und regelt, liegt auf der Hand. Inwieweit dies in Spanien passiert, welche Richtung die Politik dabei aktuell einschlägt und wie sich diese auf europäischer Ebene profiliert, soll neben einer chronologischen Herleitung der Migrationspolitik in vorliegendem Kapitel diskutiert werden.

* Man bedenke, dass das Franco-Regime erst 1977 endete und in der Zeit der Diktatur die Thematik der Migration völlig ausgeblendet wurde, zumal Spanien zu dieser Zeit quasi keine Rolle als einwanderungsattraktives Land spielte.

3.1 Ein Stimmungsbild im Überblick

Würde man nun Spaniens Migrationspolitik in einem Satz beschreiben müssen, so dürfte der innovative Umgang mit Einwanderungspolitik genauso wenig fehlen wie jene Entwicklung, die den meisten europäischen Staaten zuzuschreiben ist, nämlich die Anpassung an die von der Europäischen Kommission dargelegten Leitlinien in Sachen Migrationspolitik.
Flexible und der Zeit entsprechend innovative Vorgehensweisen finden sich in Spanien in zwei Etappen, wobei die erste bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu datieren ist und ungefähr 100 Jahre später erneut Maßnahmen getroffen wurden, die auf internationalem Boden durchaus Anerkennung fanden. Dass allerdings niemals die Bedürfnisse aller Akteure in Migrationsangelegenheiten – die zumindest bilateral sind, heutzutage aber im Kontext der Globalisierung ohnedies meist mehrere Staaten betreffen – befriedigt werden können, zeigen die schwierigen diplomatischen Beziehungen zum Nachbarstaat Marokko, die um 2000 ihren absoluten Tiefpunkt erreichten (Birsl 2003, S. 170), während seitens der EU die zu dieser Zeit restriktiver angelegte Vorgehensweise bei irregulärer Migration sehr begrüßt wurde.

Zunächst sollen allerdings als Einstieg in die Chronologie der Migrationspolitik Spaniens die ersten politisch und wirtschaftlich orientierten Schritte Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben werden (siehe Kapitel 3.2). Dabei erlangt das Bürgerliche Gesetzbuch *Código Civil* von 1889 insofern eine besondere Bedeutung, als dass es bis heute wirksam ist und die gesamte Migrationspolitik sozusagen auch heute noch auf diese Niederschrift Rücksicht zu nehmen hat.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann in Spanien nicht von der Existenz einer aktiven Migrationspolitik gesprochen werden, denn das Land war in erster Linie von wirtschaftlicher Schwäche und Auswanderung als Folge gekennzeichnet. Für die Zeit der Diktatur unter General Franco ist das Thema Migration nur eines von vielen, das es zumindest in dokumentierter Form schlichtweg nicht gegeben hat. Nach dem Sturz Francos erholt sich Spanien relativ rasch und reagiert Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Asyl- und Flüchtlingsgesetz 1984 (siehe Kapitel 3.2.2) und dem Ausländergesetz

1985 (siehe Kapitel 3.2.3) auf die nunmehrige langsam einsetzende Umkehr zu einem Immigrationsland.
Vor allem das Ausländergesetz *Ley de Extranjería* erreicht in Spanien sozusagen den ‚Status der Bibel' und durch laufende Reformen und Verabschiedungen von Dekreten entwickelt es sich zu *der* gesetzlichen Verankerung in Immigrationsangelegenheiten. Nicht nur die Wichtigkeit dieser Niederschrift, sondern auch die schwierigen und langwierigen Verabschiedungsprozesse, die in Spanien das Aufsetzen von Gesetzen nahezu immer begleiten, sollen Anlass dafür sein, in Kapitel 3.3.4 die Reform des Ausländergesetzes Ende der 1990er Jahre in etwas detaillierter Form darzulegen, um mit dem Einreichen der einzelnen Vorschläge der politischen Fraktionen in dieser Angelegenheit und dem auf die Verabschiedung folgenden Widerstand in einem Beispiel die Idee von Migrationspolitik, so wie sie in Spanien passiert, zu vermitteln.

Die in der Einwanderungspolitik vorherrschende Bipolarität um die Jahrhundertwende zum 21. Jahrhundert – also Integrationspolitik auf der einen Seite und restriktive Kontrollpolitik an den Außengrenzen der Europäischen Union auf der anderen Seite – ist nun jener Diskurs, bei dem durchaus der Einfluss der Europäischen Union bemerkbar wird. Erste Regulierungen dahingehend gab es in Spanien allerdings schon seit den 1980er Jahren, wollte man doch den Anforderungen der EU gerecht werden. Viel mehr war es die konservativ orientierte Regierung[*], welche die Meinung vertrat, eine kontrollorientierte Grenzpolitik sei dringend notwendig, weswegen einem unmittelbaren Ausbau der ‚Grenzsicherung' nichts mehr im Wege stand.
Obwohl diese Maßnahmen ganz im Zeichen der Einwanderungspolitik der Europäischen Union standen, schienen sie das Problem nicht zu lösen, was 2004 (mit einem Regierungswechsel und) einer sofortig veranlassten Regularisierungsaktion 2005 durch die nun sozialistische Regierung beantwortet wurde.

Weil erstens mit 2000 als besonders aufregendes Jahr in der Migrationspolitik Spaniens (siehe Kapitel 3.3.4 als Vorreiter und Kapitel 3.4.1) und zweitens mit der 2005 angelegten Regularisierung (siehe Kapitel 3.4.3) und ihrer zuvor ungeahnten Ausmaße von zwei besonders einschnei-

[*] 1996 – 2004 mit *PP*-Ministerpräsident José María Aznar

denden Ereignissen gesprochen werden kann, soll in beiden Fällen neben der Darlegung der Geschehnisse und der Positionen der einzelnen Akteure mit einer umfangreichen Darstellung der medialen Dokumentation auf die Brisanz der Thematik im tagespolitischen Geschehen verwiesen werden.*

Geht man in der Geschichte der Migrationspolitik nun weiter, so ist neben dem bereits erwähnten starken und zum Teil innovativen Fokus auf die Integrationspolitik (siehe Kapitel 3.3.2 und 3.4.4) der europäische Kontext, aber auch die internationale Plattform (siehe Kapitel 3.4.6) von großem Belang. Nicht minder brisant scheint die aktuelle Lage der Migrationspolitik Spaniens (siehe Kapitel 3.4.5), welche in drei Bereichen dargestellt wird. Weil der Öffentlichkeitsarbeit in Immigrations- und Integrations-angelegenheiten in Spanien eine große Rolle beigemessen wird, werden zunächst die Tätigkeiten der Regierung, besonders des Ministeriums für Arbeit und Immigration vorgestellt. Mit der Einführung eines ‚Auswanderungsförderprogramms' wird weiters ein überraschender und ungewöhnlicher Schritt der sozialistischen Regierung beschrieben, der als Folge die Frage aufwirft, inwieweit die von der *PSOE*-Regierung bisher verfolgte Politik von ihr selbst als zielführend anerkannt wird. Und schließlich finden sich in diesem Kapitel Stimmen und Positionen von nichtpolitischen Organisationen wieder, da diese zum einen aufgrund der Breite der Thematik, aber durchaus auch durch den etablierten Einbezug in das politische Geschehen und die Unterstützung seitens der Regierung an größerem Aktionsradius gewinnen.

Insgesamt soll das Kapitel 3 ‚Migrations- und Integrationspolitik in Spanien' einen historischen Abriss bis zur heutigen Zeit bieten, wobei bei der Darstellung der Chronologie durchgehend auf die Interessen der einzelnen Akteure und Autoren geachtet wurde. So finden sich kritische Stimmen, Gegenpositionen und übernationale Kommentare als eine Ergänzung der vielschichtigen Thematik wieder.
Zu guter Letzt kann im Hinblick auf die migrationsgeschichtliche und –politische Lage der Autonomieregion Catalunyas schon im Vorfeld darauf verwiesen werden, dass die Einordnung der regionalen Interessen dieses

* Zwar werden für die jüngere migrationspolitische Geschichte (seit 2000) insgesamt Zeitungsartikel, Dossiers und Interviews aus nationaler und internationaler Presse zitiert, doch in beiden vorliegenden Fällen erscheint eine ausgewählte Auflistung der Pressemitteilungen direkt in den chronologischen Verlauf im Text eingebettet als eine informative Komponente.

Gebietes in das nationale Gerüst als schwierig zu bezeichnen ist, was sich zum Teil bereits in vorliegendem Kapitel bemerkbar macht, weil die politischen Parteien Catalunyas[*], welche teilweise im Parlament vertreten waren/sind, bei den Verabschiedungen von Gesetzen natürlich ihre regionalen Interessen im Vordergrund sehen und so immer wieder – vor allem mit der konservativ orientierten – Regierung ins Kreuzfeuer gerieten/geraten. Den Diskrepanzen zwischen regionalen und nationalen Interessen kann aber insofern durchaus etwas Positives abgewonnen werden, als dass so die Migration als großes gesellschaftsrelevantes Thema in der Politik nicht an Dynamik verliert und durch das ständige Aufrollen der migrationspolitischen Handlungen der Versuch, die aktuellen Entwicklungen zu regulieren, gesichert ist.

[*] Hier sind folgende Parteien gemeint: *PSC*, *UDC*, *CDC* und *IU-IC*

3.2 Das Aufkommen der Ausländerfrage in der spanischen Rechtsgebung und Politik – die Anfänge

3.2.1 Die anfänglichen Entwicklungen der spanischen Ausländerpolitik

Als erste bedeutende Niederschrift bietet sich das Königliche Dekret *Real Decreto de Extranjería* aus dem Jahre 1852, das zivilrechtlichen Status, Rechte und Pflichten der Immigranten festlegte. Aufgrund dessen das Dekret formal nie außer Kraft gesetzt wurde, nahm die spanische Regierung über ein Jahrhundert später, bei der Einführung des Ausländergesetzes von 1985 Bezug darauf. Das *Real Decreto* unterschied damals in ansässige und durchreisende Ausländer und legte Gesetze für jene fest, die eine Einbürgerungsurkunde oder eine zivilrechtliche Gebietszugehörigkeit erlangt hatten. Eine zivilrechtliche Gleichstellung der Ausländer mit Spaniern, sie konnten zB spanisches Territorium erwerben, geschah zu dieser Zeit im Interesse einer Öffnung nach Nord- und Westeuropa, um Kapital und Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. (Martínez Atienza 2000, S. 50 – 58)

Neben der prinzipiellen Reisefreiheit nach Spanien, dem möglichen Erwerb von Immobilien und der Gewerbefreiheit insgesamt, konnten sich Ausländer von nun an auch (mit Ausnahmen) an Unternehmen beteiligen und Einzelhandel betreiben. Diese erste schrittweise Ausweitung und Angleichung der materiellen Rechte der Ausländer an jene der spanischen Bürger deutet auf eine Grundtendenz der liberalen Gesetzgebung im 19. Jahrhundert hin, wobei die spanische Krone besonderen Wert darauf legte, ausschließlich ‚ehrenhaften' Ausländern die Rechte zuzugestehen. So wurde bei aus Drittstaaten kommenden Vagabunden, Dieben und Bettlern kein für Ausländer spezifischer Schutz in Verwendung gebracht. Aufgrund dieser genauen Beobachtung und Kontrolle sah die Krone den jurisdiktionellen Sonderstatus, der sonst bei ‚ehrenhaften' Ausländern vergeben wurden, als gerechtfertigt an.

Die liberale Haltung den sich in Spanien aufhaltenden Ausländern gegenüber setzte sich in den darauf folgenden Jahrzehnten – belegt durch die wiederholte Nennung der obig erwähnten Rechte und Pflichten in weiteren Dekreten – fort. (Manz 2006, S. 120ff; Piñar Mañas 1980, S. 199 – 204; Casas Alvarez 1981, S. 55 - 60)

1889 wurde das Zivilgesetzbuch *Código Civil*, das bis heute in seiner Gültigkeit wirksam ist, niedergeschrieben. Darin wird festgehalten, dass

Ausländer in Spanien die gleichen zivilen Rechte wie die Einheimischen selbst erhalten. De facto existierte diese Haltung aber nur so lange, wie es wirtschaftlich von Vorteil war, ausländische Bewohner in Spanien zu haben. (Martínez Atienza 2000, S. 50 – 58) Mit dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise, aus der ein rapider Anstieg an Arbeitslosigkeit resultierte, wuchs die Skepsis gegenüber Fremden. Aus dieser Tendenz heraus wurden die Regelungen für Ausländer der wirtschaftlichen und sozialen Situation angepasst, obwohl noch 1929 unter der Diktatur von General Primo de Rivera die ursprünglichen Ausländergesetze Anwendung fanden. Insgesamt waren aber vor allem die arbeitsrechtlichen Bedingungen für Ausländer eingeschränkt und die nunmehrige Regelung von Ausländern konnte vor allem als ein System von Kontrollen bezeichnet werden. (Bernecker 1990, S. 148 – 155)
Der Zweite Weltkrieg und die Diktatur unter Franco förderten die Tendenz des Rückgangs der liberalen Handhabung der Ausländergesetzgebung, wobei als Besonderheit zur Zeit der Diktatur Francos zu erwähnen ist, dass die Ausländerfrage in der Gesetzgebung völlig ausgeblendet wurde. (Manz 2006, S. 122)

1974 kam ein erstes detailliertes Dekret, das *Decreto 522/1974* zu Stande, welches in den Artikeln 3 – 13 die Einreisebestimmungen und in den Artikeln 14 – 26 den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern regelte. In ersterem Abschnitt wurden Einreisebestimmungen und Vorschriften wie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Moral, Gesundheit und die Strafbarkeit von illegaler Einreise festgehalten, während der zweite Teil eine Klassifikation der Niederlassungsarten, zB für kurzfristige oder längerfristige Genehmigungsanträge, und deren rechtlichen Rahmenbedingungen wiedergab. Das Dekret aus 1974 ist grundsätzlich von einer paradoxen Haltung geprägt, denn einerseits kann eine liberale Handhabe der Einreisebestimmungen herausgelesen werden, was sicherlich mit der Tatsache zu tun hat, dass eine restriktive Einreiseregelung sehr zu Schaden des Aufschwungs der Tourismusbranche gewesen wäre, auf der anderen Seite waren unbefristete Niederlassungsgenehmigungen faktisch unmöglich. So wollte man gegen die unerwünschte Migration vorgehen, wobei auf der anderen Seite wieder marokkanische Einwanderer ohne korrekte Aufenthaltstitel phasenweise geduldet wurden, weil sie billige Arbeitskräfte darstellten. (Martínez Atienza 2000, S. 50 – 58) Dass das Aufsetzen von

Ausländerregelungen zu dieser Zeit stark von politischen Richtungen und Vorkommnissen gesteuert wurde, machte sich mit der Ausweisung vieler Marokkaner im Jahr 1974 bemerkbar, nachdem es zu einer rasanten Verschlechterung der Beziehungen zu Marokko kam. Dass die so unmittelbare Konsequenz der Ausweisung überhaupt möglich war, lässt auch auf eine noch nicht sehr entwickelte Gesetzgebung in Ausländerfragen schließen. So hatten Behörden aufgrund der existenten Dekrete einen relativ breiten autonomen Handlungsraum. (Kreienbrink 2004, S. 87 – 98)

1980 erfuhr das System der Arbeitsgenehmigungen eine Reformation. Es wurde in ‚normale' und ‚spezielle' Genehmigungen unterschieden, allerdings waren beide Anträge nur für die Dauer von zwei Jahren möglich. Mit dieser Maßnahme wollte man verhindern, den spanischen Arbeitsmarkt für Spanier selbst unsicher zu gestalten, Ausländer konnten also maximal für zwei Jahre im Voraus planen. Ein Wiederholen von Antragsstellung um Arbeitsgenehmigung war zwar möglich, zog aber für ausländische Arbeitende die fehlende Möglichkeit einer langfristigen Zukunftsplanung nach sich. Zwar gab es eine breite Liste von Ausnahmen, welche vor allem Arbeitsnehmer aus lateinamerikanischen Staaten oder anderen ehemaligen Kolonialgebieten, zB aus Äquatorialguinea aufgrund der speziellen historischen und kulturellen Verbundenheit beinhaltete, doch auch diese Sonderstellungen fanden noch im selben Jahr seitens der spanischen Regierung ihr Ende. (Martínez Atienza 2000, S. 50 – 58) Diesem Schutzsystem gegen ausländische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wurde von der mittlerweile sozialistischen Regierung wieder in ihre alte Handhabe umgesetzt, weil die Kritik der nunmehr fehlenden reziproken Beziehung zu den lateinamerikanischen Staaten immens war. Neben Lateinamerika und Äquatorialguinea erhielten auch deutsche Ausländer durch den deutsch-spanischen Niederlassungsvertrag von 1970 einen privilegierten Status. Mit dem Anwerbestopp Deutschlands nach der Ölkrise 1973 änderte sich die wechselseitige Beziehung allerdings, was Spanien kritisch bemerkte. (Mazkiaran 2004, S. 4 – 8)

Die 1980er Jahre waren gekennzeichnet von einer Vielzahl an Regelungen, Verordnungen, Erlässen und Dekreten, jedoch kam es nicht zu einem normativen Status mittels Gesetzgebung. Die fragmentreiche Systematisierung der Regelung von Ausländern in Spanien ließ viele

Interpretationen offen, was wiederum zu Unzufriedenheit und Unstimmigkeit führte. Zudem wuchs zu dieser Zeit der Anspruch an verschiedenen Notwendigkeiten mit dem europäischen Interesse als Basis, weil es für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft einer gewissen Angleichung bedurft hätte. Derartige Problemstellungen wurden aber in den 1970er und 1980er Jahren kaum diskutiert, Ausländer wurden in wahrnehmungspolitischer Hinsicht als Langzeittouristen gesehen, was auch daran liegen kann, dass nach der Diktatur unter Franco mit der Einführung eines demokratischen Systems Spanien ihren Hauptaugenmerk auf andere, innenpolitische Themen gerichtet hatte. Weil während der Diktatur eine Analyse der Ausländersituation weitgehend ausgeblendet wurde und die restriktive und repressive Ein- und Auswanderungspolitik ohne Kommentar vollzogen wurde, fehlte es dem spanischen Staat möglicherweise zudem an Bewusstsein für das kritische Auseinandersetzen mit der Migrationspolitik.
Diese schwammige rechtlich-politische Situation hatte nun zur Folge, dass sich bereits Mitte der 1970er Jahre eine große Gruppe an Marokkanern und Portugiesen ohne legale Aufenthaltsgenehmigung im Land befanden. (Mazkiaran 2004, S. 4 – 8) Das Einführen einer entsprechenden, umfangreichen Gesetzgebung, welche Kritiker vom Innenministerium verlangten, sollte erst im darauf folgenden Jahrzehnt eingeleitet werden.

3.2.2 Das Asyl- und Flüchtlingsgesetz 1984 – ein lang andauernder Verabschiedungsweg

Obwohl es in der Formulierung des Asylgesetzes weit nicht so umfangreiche Auslegungsprobleme gab wie in der Frage der Rechte für Ausländer, kann die Auseinandersetzung mit dem Asylrecht (Art. 13.4 der *Constitución Española*) als eine der heftigsten Diskussionen im gesamten Prozess der Erarbeitung der spanischen Verfassung gesehen werden. Da es keinen verfassungsgeschichtlichen Vorläufer gab, orientierte man sich am bereits bestehenden gesetzlichen Asylrecht in anderen europäischen Ländern, wie zB dem aus Frankreich. Motivation für diese Herangehensweise war durchaus der Versuch, dem Grundgedanken einer fortschrittlichen, demokratischen Gesellschaft nachzukommen. (Bernecker 1990, S. 237)
Nach dem Ersten, vor allem aber nach dem Zweiten Weltkrieg bemühten sich die Vereinten Nationen um eine tiefgehendere Lösung in Flüchtlingsfragen. So definierte die Konvention in Art. 1.A “einen Flüchtling als eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen

ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung […] den Schutz des eigenen Landes nicht in Anspruch nehmen kann […].“ (UNHCR 1967, S. 2) Wenn diese Kriterien zutrafen, so konnte der Status als Flüchtling festgestellt werden, was aber nicht zu einer automatischen Aufnahme führte. Ungeachtet dieses Orientierungsprogramms der Vereinten Nationen, welche die Mindeststandards festsetzte, konnten Staaten in Eigenregie auch nach großzügigeren Kriterien Asyl gewähren. (Bernecker 1990, S. 237ff)

Grundsätzlich lagen also der Ausarbeitung des Asyl- und Flüchtlingsgesetzes keine Dokumente zu Grunde, weil Spanien bis dato noch keine Erlässe in Ausländerfragen verabschiedet hatte. Neben der Orientierung an anderen Staaten war es allerdings natürlich auch das internationale „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ (bekannt unter „Genfer Flüchtlingskonvention“) aus dem Jahre 1951, dem damals neben Spanien weitere 140 Staaten beigetreten sind, und welches nun die Erarbeitung in Spanien maßgeblich prägte bzw. prägen musste.
Ziel war es, einen möglichst einheitlichen Rechtsstatus für alle jene Menschen zu definieren, welche sich entweder auf einer begründeten Verfolgung außerhalb ihres Heimatstaates befanden oder staatenlos waren und außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates weilten. In den Jahren nach der Verabschiedung der Genfer Konvention wurde immer wieder stark kritisiert, dass lediglich Flüchtlinge, die sich vor 1951 als solche definierten, in den Genuss dieser Gesetzgebung kamen. Dem entgegen wurde dem Abkommen im Jahr 1967 ein Protokoll angehängt, das unter anderem diese Einschränkung aufhob. (Ortega Terol 1993, S. 136 – 138)
In der verfassungsgebenden *Cortes*, dem spanischen Parlament, bestimmten vor allem zwei Tendenzen die Diskussionen über das Asylrecht. Man sah zwar die Gewährung von Asyl schon mehr oder weniger als Menschenrecht, zum anderen aber als aus der staatlichen Souveränität entspringenden Gnadenakt an. In den meisten politischen Fraktionen wurde auf die Dringlichkeit der Thematik verwiesen, was möglicherweise mit den eigenen Erfahrungen der Politiker als Flüchtlinge oder als ins Exil gehende politische Verfolgte zu tun haben kann. In einem ersten Definitionsversuch wurde bei dem Verfolgungsgrund nicht von ‚politischen Gründen’, sondern von ‚Verfolgung wegen Verteidigung der in der Verfassung anerkannten demokratischen Rechte und Freiheiten’ gesprochen. Die von der

sozialistischen Partei *PSOE Partido Socialista Obrero Español*, den katalanischen Sozialisten der *PSC Partit dels Socialistes de Catalunya* und den Kommunisten der *PCE Partido Comunista de España* eingereichten Vorschläge prallten bei der Arbeiterpartei *AP Alianza Popular* und bei der rechts orientierten *UCD Unión de Centro Democrático* ab, weil diese meinten, dass der Charakter des Asyls eine souveräne Entscheidung des Staates bleiben müsse und auch Personen ein Schutz gewährt werden müsse, deren politische Überzeugung nicht geteilt wurde. Den Argumentationen seitens der AP und der UCD wurden weiters die Befürchtungen der beiden Parteien, dass so Asylgewährungen über dem möglichen Aufnahmepotential passieren würden, hinzugefügt.
Schließlich lautete der in der Verfassungskommission festgehaltene Artikel: „Das Gesetz regelt die Art und Weise, wie Bürger anderer Staaten das Asylrecht in Spanien genießen können." (Tusell 2007, S. 153) Der Katalane Roca i Junyent* verwies auf die gefährliche Auslegung des im Endeffekt verwendeten Textes, weil so beispielsweise Asyl für Personen gewährt werden müsse, welche sich gegen die Grundprinzipien der demokratischen Freiheiten richteten. (Tusell 2007, S. 150ff)

Nach weiteren zahlreichen Debatten um die Formulierungsweise wurde schließlich ein von allen Fraktionen im Konsens akzeptierter Änderungsantrag eingereicht, der besagte, dass das Asylrecht nach der Maßgabe des Gesetzes garantiert werde. In einer zweiten Instanz wurden – die Genfer Flüchtlingskonvention zum Vorbild – weiters die Differenzierung in ‚Bürger anderer Staaten' und ‚Staatenlose' hinzugefügt. (Ministerio del Interior 1984, S. 1ff)

Nach dem Verfassungsreferendum Ende 1978 und den anschließenden Neuwahlen 1979 begann die *UCD*-Regierung unter Adolfo Suárez, welche eine unmittelbare Behandlung des Asylrechts nicht vorsah. In selbigem Jahr gab es einen ersten Gesetzesvorschlag zum Asylrecht, der von der sozialistischen Fraktion vorgelegt wurde. In diesem Entwurf wurde Spanien zum unverletzlichen Asyl für alle politisch Verfolgten erklärt. Neben weiteren Ausformulierungen sah der Entwurf auch die Einrichtung eines

* Die Veröffentlichungen von Miguel Roca I Junyent (* 1940), 'Katalanist', Rechtsanwalt und Politologe, fanden in Spaniens Politikgeschichte zur Zeit des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie immer wieder große (zT umstrittene) Anerkennung. Zudem war er Mitglied beim Aufsetzen der Spanischen Verfassung 1978. (siehe: www.rocajunyent.com)

unabhängigen Amtes ‚Dienst zum Schutz von Asylanten' (*Servicio para la Protección de los Asilados, SEPRA*) vor, welches das Verfahren und die Anerkennung durchführen sollte. Weiters erschien zusätzlich das territoriale Asyl, das in seiner Definition eine Gratwanderung beschritt, da sich jene aus dem eigenen Land nach Spanien flüchtenden Terroristen und Verbrecher in ihrer Namensgebung im Gesetzestext von den gemeinen Straftätern im spanischen Territorium klar unterscheiden mussten.[*] Ziel der *PSOE* war es, ein möglichst umfassendes Asylrecht zu erstellen, zudem wurde auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Einrichtung verwiesen, weil es in Spanien eine hohe Zahl an betroffenen Personen gegeben habe, welche unter der fehlenden gesetzlichen Basis litten. Grundsätzlich erfüllte dieser Gesetzesentwurf auch die Anforderungen der Genfer Konvention.

Die Suárez-Regierung stimmte der Benötigung einer näheren Ausführung der Behandlung von Flüchtlingen auf spanischem Territorium zwar zu, lehnte den sozialistischen Vorschlag aber ab. Mit dieser Antwort ließ die Regierung klar durchleuchten, dass sie keinen unmittelbaren Handlungsbedarf sah und die Problematik zu gegebenem Zeitpunkt selbst regeln wollte. Daraufhin folgen weitere Debatten, welche grundsätzlich wie folgt subsumiert werden können: Die Regierung argumentierte in der Diskussion um das Asylrecht, dass es sehr wohl eine rechtliche Einbettung gäbe, in welcher betroffene Personen sich wieder finden können, die Opposition aber beharrte auf der Dringlichkeit der Einführung einer expliziten Asylrechtsregelung.

Ein Jahr später, 1980, reichte die sozialistische Fraktion *PSOE* den Gesetzesvorschlag in geringfügig geänderter Variante erneut ein, doch die Regierung lehnte wieder ab. Sie verwies erneut darauf, dass die Thematik gemeinsam mit der Regelung des Ausländerrechts in naher Zukunft behandelt werden würde. Überraschenderweise stimmte die *UCD*-Fraktion kurze Zeit nach der Ablehnung dem Vorschlag doch zu. Gründe hierfür sind zum einen der zunehmende Verfall der Regierungspartei, zum anderen wird die *UCD* vermutlich keinen – wie versprochen – bald vorzulegenden eigenen Gesetzesentwurf gehabt haben. Der Vorschlag wurde also von der Mehrheit akzeptiert, allerdings vorläufig neutralisiert. Aufgrund sich nun überschlagender politischer Ereignisse, wie dem fortschreitenden Zerfall der *UCD*, dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Suárez Anfang 1981, der

[*] Als Beispiele sind hier die Sandinisten oder die Contra-Rebellen aus Mittelamerika zu nennen. (Kreienbrink 2004, S. 110)

Nachfolge von Leopoldo Calvo-Sotelo und dem Versuch eines Militärputsches im Februar 1981, wurde das Gesetzesvorhaben erst im Mai 1982 wieder aufgegriffen. Allerdings löste im August desselben Jahres der neu ernannte Ministerpräsident, der vom Großteil seiner Regierungsfraktion verlassen wurde, das spanische Parlament auf, was ein Verfallen des Vorhabens in Sachen Asylrecht mit sich zog.

Ende 1982 übernahm mit absoluter Mehrheit Felipe González die von nun an sozialistische Regierung. Mitte 1983 wurde der Entwurf des Asylgesetzes neu eingebracht, inhaltlich stimmte er mit den Überlegungen aus 1979/1980 überein. Dennoch unterschied er sich in wichtigen Aspekten, so wurde zB das Asyl nicht mehr nur für politisch Verfolgte definiert, sondern als „Zuflucht für diejenigen, denen Asyl gewährt wird“ beschrieben. Weiters wurde erwähnt, dass auch aus humanitären Gründen Asyl statt gegeben werden kann. Außerdem wurden als weitere Zielpersonen jene beschrieben, die aus Furcht vor Strafen wegen nicht in Spanien begangener Delikte sich im Land aufhalten dürfen. Die unabhängige Behörde, die das Asylverfahren durchführen sollte, das *SEPRA*, fiel weg. Stattdessen war vorgesehen, die Kompetenzen im Innenministerium anzusiedeln. Die regional verankerte und liberal orientierte katalanische *CiU Convergència i Unió*, ein Parteibündnis aus der *UDC Unió Democràtica de Catalunya* und der *CDC Convergència Democràtica de Catalunya*, kritisierte den nun vorgestellten Text und argumentierte mit dem bereits bestehenden Gesetzestext aus 1980, welcher eine bessere Basis bieten würde. Daher stellte die *CiU* den alten Vorschlag der *PSOE* nun als Alternativvorschlag vor, diese Maßnahme wurde zudem von einer mittlerweile starken NGO, der *Asociación Pro Derechos Humanos* (Verein zur Förderung der Menschenrechte) begrüßt.

Die *AP* hielt dem Einwurf der *CiU* eine grundsätzlich abwehrende Haltung gegenüber, ihrer Meinung nach sei in Zeiten von Arbeitslosigkeit und großer Unsicherheit der Bürger eine soziale und wirtschaftliche Unterstützung von Asylwerbern abzulehnen, weil diese nicht besser gestellt sein sollten als die Spanier selbst.

Bei weiteren Bearbeitungen des Gesetzestextes wurden erneut Veränderungen vorgenommen. Die wichtigste Neuigkeit war die Trennung und rechtliche Unterscheidung von Asyl- und Flüchtlingsstatus. Demnach erhielten Flüchtlinge nur noch den Mindestschutz der Konvention. Eine weitere Änderung war die Aufwertung der beratenden Kommission im Innenministerium zur Interministeriellen Kommission für Asyl und Flucht

(*Comisión Interministerial de Asilo y Refugio*, *CIAR*). Die *CiU* und baskische Nationalisten forderten weiterhin die Einrichtung eines unabhängigen *SEPRA* und argumentierten mit dem bestehenden, zu großen Einfluss des Innenministeriums auf die Behandlung der Asylthematik. (Tusell 2007, S. 157ff; Ortega Terol 1993, S. 138 – 157; siehe auch: Kreienbrink 2004, S. 109 – 129; Bernecker 1990, S. 237ff)

Trotz sämtlicher Differenzen, der es zu einer endgültigen Verfassung eines Asylgesetzes bedurfte, wurde schließlich 1984 das Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet. So schloss Spanien eine Lücke und setzte letztendlich internationale Standards um, dessen Motivation durchaus eine Annäherung an den EG-Beitritt gewesen sein können. Insgesamt sei betont, dass bei der Gestaltung des Asylgesetzes in Spanien interne Aspekte wie die innere Sicherheit eine große Rolle spielten. Die historische Komponente führte unter anderem zu einer eher liberal orientierten Handhabe der Regelung.
Grundsätzlich beschreibt dieser komplizierte Weg bis zur Verabschiedung des Asyl- und Flüchtlingsgesetzes jene Gangart, die in Spanien in den folgenden Jahrzehnten weiter Anwendung findet. Die Anzahl an immer wieder neu erlassener Verabschiedungen von Dekreten macht die Migrationspolitik in Spanien keineswegs übersichtlicher, zeigt aber auch, dass der Staat immer wieder erkannte, unmittelbar auf die neuen Entwicklungen in Ausländerfragen zu reagieren. Was nun das Asyl- und Flüchtlingsgesetz 1984 betrifft, so sollte dieses ein Jahrzehnt später, im Jahr 1994, einer umfassenden Neustrukturierung unterzogen werden. Zwar stellte bis dahin das Gesetz aus 1984 ein grundlegendes Dokument dar, viel mehr Anwendung und Gewichtung erlangte allerdings das ein Jahr darauf verabschiedete Ausländergesetz *Ley de Extranjería*.

3.2.3 Darstellung des Ausländergesetzes ‚Ley de Extranjería' 1985 – die ‚Bibel' unter Spaniens Gesetzen in Ausländerfragen Ende des 20. Jahrhunderts

Für die folgenden eineinhalb Jahrzehnte stellte das 1985 verfasste Ausländergesetz eine grundlegende Norm in der Migrationspolitik dar und es hat für die Migrationspolitik insofern eine besondere Bedeutung, als dass es für die in weiterer Folge konkretisierte Migrations- und Integrationspolitik Spaniens immer wieder einen Bezugspunkt darstellt.

So wie beim Asylrecht gab es auch beim Ausländergesetz mehrere Anläufe und Debatten, bis es schließlich zu einer Einigung und Verankerung kam. 1980 wurde das Thema auf politischer Ebene von den Kommunisten konkret aufgegriffen, wobei man sich auf das Thema der Einwanderung konzentrierte und darin besonders die Arbeitsmigration aufgriff. Prinzipiell wurde die Bevorzugung von Lateinamerikanern thematisch behandelt, grundsätzlich gehörte zu den Rechten der Migranten die Nachholung der Familien und deren sich daraus ergebender aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Status, das Gewerkschaftsrecht, der freie Zugang zum Bildungswesen und in weiterer Folge das kommunale Wahlrecht.
Der Vorschlag der Kommunisten orientierte sich an den Forderungen zur Verbesserung der Situation der spanischen Auswanderer im Ausland, sprich, ein Fokus auf die Rechte der Ausländer und nicht auf ihre Kontrolle wurde verlangt. Der Vorschlag prallte im Kongress ab. (Adroher Biosca, Charro Baena 1995, S. 19 – 24)

Einen anderen Meilenstein im Verlauf der Entwicklung des Ausländergesetzes stellte der Entwurf des Ausländergesetzes, welcher unter der Regierung von Ministerpräsident Calvo-Sotelo im Jahr 1981 parallel zum Asylrecht-Vorschlag eingereicht wurde. Der vorgelegte Gesetzesentwurf regelte die Punkte Einreise, Aufenthalt, Ausreise, Niederlassung, Arbeit und Ausweisung und zusätzlich die verfassungsmäßigen Rechte, die für Ausländer Geltung hatten. (Bullón de Mendoza 2004, S. 440ff) Ziel war nunmehr keine Publikation eines umfassenden Ausländergesetzbuches, sondern die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte, um Ausländern eine größere rechtliche Sicherheit zu bieten. Das Wahlrecht und der Zugang zum öffentlichen Dienst waren weiterhin ausgeschlossen, wobei für Lehrpersonen im öffentlichen Dienst eine Ausnahme gemacht wurde. Im Versammlungs- und Vereinigungsrecht gab es ebenso Einschnitte, zwar war die Gründung ebendieser gestattet, politische Vereine waren allerdings verboten. Ein Beweggrund für diese Restriktion war die Angst um die nationale und öffentliche Sicherheit, denn die Ungleichbehandlung von Ausländern findet in diesem Punkt besondere Betonung. In den übrigen Kapiteln wie Einreise, Aufenthalt, Ausreise und Arbeit gab es keine Änderung, lediglich eine Anpassung an die neuen Erfordernisse der Verfassung. (Adroher Biosca, Charro Baena 1995, S. 19 – 24)

Prinzipiell war im Text eine leichte Tendenz in Richtung Verschärfung und Einschränkung der Rechte von Ausländern zu erkennen. So blieb es bei der Ungleichbehandlung der Grundrechte von Versammlung und Vereinigung, die Befreiung der Arbeitserlaubnis für die Bürger von Herkunftsländern mit besonderer Beziehung zu Spanien wurde aufgehoben. In weiten Teilen gab es aber auch Ausweitungen der Rechte von Ausländern, eine grundsätzliche Annäherung an die Erfordernisse für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft war festzustellen. So wurden nach dem EG-Recht gerichtet die Ausländer in Gemeinschaftsbürger und Drittstaatsangehörige geteilt. Die Modifizierung war bis 1980 abgeschlossen, es gab keine Unklarheiten bei der Erarbeitung der Details. Vielmehr war es eine Herausforderung, notwendige Übergangsfristen und Anpassungsphasen zu erarbeiten. (Bullón de Mendoza 2004, S. 440ff)

Was die Arbeitnehmerfreizügigkeit betrifft, forderte Spanien von der Kommission die sofortige Wirkung, da die Zahl der Arbeitslosen unaufhörlich anstieg. Hinlänglich der Drittstaatsangehörigen legte die Kommission lediglich Vorschläge für die Regelung der Wanderarbeitnehmer vor, grundsätzlich lag die Regelung aber bei den Kompetenzen der einzelnen Staaten. Mit der sozialistischen Regierung ab 1982 erhielt Spanien nun eine wichtige Basis, auf der es nun galt, eine stabile Demokratie zu bilden. Die Arbeitslosenzahlen beliefen sich bei der Regierungsübernahme auf zwei Millionen, bis 1984 stieg die Zahl nochmals um eine halbe Million an, was eine Quote von 21 % ausmachte. Im Jahr 1985 war mit einem Prozentpunkt ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Diese Zahlen legten dar, dass eine Konkurrenz an ausländischen Arbeitsnehmern wenig erwünscht war. So kam es zu einer neuerlichen gesetzlichen Regelung des Systems, was mit Blick auf den nationalen Arbeitsmarkt restriktive Effekte für die ausländischen Arbeitskräfte bedeutete. Ende 1984 wurde schließlich der Entwurf für das „Organgesetz über die Rechte und Freiheiten der Ausländer in Spanien“ verabschiedet. In der Erklärung wurde erwähnt, dass den Ausländern ein Maximum an Rechten und Freiheiten mit allen Garantien, also eine praktische Gleichstellung mit Spaniern gewährt wurde, allerdings eine klare Abgrenzung von den definierten Interessen der nationalen Sicherheit passierte. Die Förderung der Integration der spanischen Gesellschaft ging aus der Gesetzesbegründung ebenso explizit hervor. (Briceño Linares 2004, S. 207 – 214)

Wesentlich strenger als in den bisherigen Regelungen war das Kapitel über Verstöße und Sanktionen angelegt. Als Verstoß wurde nun beispielsweise der Nichtbesitz der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung definiert. Weiters wurde ein Gerüst für ein sehr rasches Abschiebungsverfahren eingeführt. Innenminister Barrionuevo sprach von einem Gesetz des Gleichgewichtes, da den Ausländern nun klar ihre Rechte zustünden, allerdings eine Grundlage für das Vorgehen gegen illegalen Aufenthalt und daraus möglicherweise folgendem internationalen Verbrechen geschaffen wurde.[*] Die restriktive Tendenz durchzog das ganze Gesetz, was mit der nationalen Sicherheit und dem heimischen Arbeitsmarkt begründet wurde. Seitens der konservativen Opposition kam es zu keinen Beanstandungen, die linke Opposition übte jedoch Kritik an der klaren Wendung in Ausländerfragen. Mit Ergänzungen im folgenden Jahr kam es schließlich zur Verabschiedung des Gesetzes am 11. Juni 1985. (Adroher Biosca, Charro Baena 1995, S. 19 – 24)

In der Realität kam es im Anschluss zu kritischen Haltungen über das Ausländergesetz. So wurde die Beschreibung der Details in den Verfahren bei Einreise, Aufenthalt, Arbeit und Ausweisung wegen ihrer Unübersichtlichkeit in Frage gestellt. Zudem fehlten konkrete Vorgangsmaßnahmen für die Möglichkeit einer Familienzusammenführung und sozialer Integration. Vielmehr konzentrierte sich der Gesetzestext auf die grundsätzliche Definition von ‚legalen' und ‚illegalen' Ausländern. Diese Diskrepanzen erhielten in den Medien wenig Aufmerksamkeit, es bildete sich lediglich eine kleine kritische Öffentlichkeit, bestehend aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, Menschenrechtsgruppen und Anwälten, vornehmlich aus Catalunya, weil sich dort ein erhöhter Anteil an Ausländern befand. Schließlich kam es zu einer Verfassungsbeschwerde in mehreren Punkten, welcher in weiten Teilen stattgegeben wurde. Diese Intervention zeigte, dass die Regierung in ihrem Interesse, die Auslandssituation zu kontrollieren, nicht nur in traditioneller Manier mit Beschränkungen und Restriktionen vorging, sondern eine Ausdehnung der Rechte der Ausländer durchaus anerkannte. (Briceño Linares 2004, S. 207 – 214)

3.2.4 Spanien am Weg zu einer Migrationspolitik? – die Übergangszeit

[*] Dabei sprach er die italienische Mafia, die ihr Geld in Spanien wusch und die lateinamerikanische, vor allem kolumbianische Drogenmafia an. (Adroher Biosca, Charro Baena 1995, S. 23)

Mit dem schrittweisen Anstieg der Migrantenzahlen und der neuen Aufmerksamkeit für das Thema auf europäischer Ebene nahm auch das Interesse für Migrationspolitik in Spanien zu. An dem Ausländergesetz aus dem Jahre 1985 wurde in mehrfacher Hinsicht Kritik geübt, vor allem aber fand sich das Scheitern der Regularisierung von 1985/86 in ihrer Argumentation wieder. Zum einen wurde für den Regularisierungsprozess zu wenig Zeit anberaumt, zum anderen stellte das Aufnahmeprocedere einen komplizierten und unübersichtlichen bürokratischen Weg dar. In Folge meldeten sich in der ersten Frist lediglich 8.000 Personen für die Regularisierung ihres Aufenthaltsstatus, eine verschwindend geringe Zahl. Mit weiteren Versuchen, den Regularisierungsprozess fortzuführen, verfünffachte sich die Zahl der Anmeldungen zwar, bei einer Schätzung von 300.000 bis 400.000 irregulären Einwanderern scheint dies aber immer noch unbedeutend. (Colectivo Ioé 1987, S. 95ff) Ein möglicher Grund für ein Scheitern dieser Aktion kann auch die mangelhafte öffentliche Information darüber gewesen sein, zudem wurde in den Medien von einer strengen Handhabe des Gesetzes berichtet, was sicherlich viele Immigranten vor einem Gang zur Behörde abschreckte.

Die Verlautbarung der kritischen Haltung gegenüber dem Regularisierungsvorgang ging in erster Linie von den Vereinigten Linken *Izquierda Unida – Iniciativa per Catalunya IU-IC*, einer Initiative aus Katalonien, aus. Zudem verwiesen auch eine Reihe von NGOs auf die schlechten Bedingungen von Einwanderern und forderten die Politik weiters auf, in Ausländerfragen tätig zu werden. Der amtierende Innenminister José Luis Corcuera verteidigte zu dieser Zeit das Regularisierungsprogramm, ließ aber andeuten, dass auch in anderen europäischen Staaten ein Scheitern von Regularisierungen festzustellen war.
Einen weiteren Kritikpunkt am Ausländergesetz von 1985 stellte die Beeinträchtigung der Ausübung den Ausländern zugesicherten Grundrechten dar. Spanien verzeichnete eine kontinuierliche Zunahme von Beschwerden von Einzelpersonen und Institutionen, welche die Verletzung von Grundrechten betrafen. So ging die *IU-IC* in ihrer kritischen Haltung noch einen Schritt weiter und sprach neben dem administrativen Versagen auch eine systematische Verletzung von Grundrechten der Ausländer an. Die spanische Einwanderungspolitik, sofern man von einer derartigen schon

sprechen konnte, wurde angegriffen, indem Sprecher der *IU-IC* von fehlender Gleichheit in den Bereichen Arbeit, Zugang zum Wohnraum, Erziehung und Weiterbildung und von Schwierigkeiten im Bereich der Familienzusammenführung sprachen. Ein richtiges Einwanderungsgesetz sei notwendig, unter anderem auch, um den notwendigen Verpflichtungen gegenüber den kulturell und historisch verbundenen Regionen wie Lateinamerika, den Philippinen, Marokko und Guinea nachzukommen. (Colectivo loé 1987, S. 324ff)

Im Jahre 1989 ereignete sich ein neuer Wandel im Bereich der Bevorzugungspolitik Spaniens. Eine Präambel verlangte per Erlass von Einreisenden aus Staaten, welche statistisch gesehen für eine illegale Einwanderung anfällig waren und von denen bis dato kein Visum gefordert wurde, also Marokko und Lateinamerika, den Nachweis eines Rückflugtickets und ein gewisses finanzielles Kontingent. Vor allem in Lateinamerika stieß diese neue Dimension auf Empörung und in Form von Protesten auf politischer Ebene wurde Spanien das Gefühl des Verrates vermittelt. Zudem erschien lateinamerikanischen Staaten während der Vorbereitungen einer 500-Jahres-Feier eine derartige einwanderungs-technische Änderung absurd. So wurde der vorherige Zustand wieder hergestellt, wobei eben nur von einer Rückstellung auf bereits bestandene Verhältnisse gesprochen werden kann. Eine Revision der bereits bestehenden Gesetze lehnte der Innenminister mit der Argumentation, dass die Ausländergesetze von 1985 durchaus dem Sinn der Zeit entsprächen, ab. Bernecker 1990, S. 323ff)

Die bürgerliche Oppositionspartei *Partido Popular PP* (Volkspartei, vormals *Alianza Popular AP*) schloss sich zwar der Aussage über den Fehlschlag der Gesetzeshandhabung an, wollte aber im Gegensatz zur *IU-IC* auf neue Vorschläge seitens der Regierung warten. Vertreter der katalanischen *CiU* drängten auf eine begriffliche Klarheit und eine Abgrenzung der Konzepte, sprich auf eine übersichtliche Systematisierung der Migrationsfrage. Als Folge stellte nun die *IU-IC* einen Entschließungsantrag, dem die Regierung innerhalb von sechs Monaten nachkommen sollte. Der Antrag enthielt die Aufforderungen, (1) die notwendigen Maßnahmen zur Regularisierung der im Land befindlichen Ausländer mit irregulärer Aufenthaltssituation zu treffen, (2) die Unverletzlichkeit des Rechts auf Familienzusammenführung

zu garantieren, (3) ein neues Einwanderungsgesetz vorzubereiten, das vor allem die Gleichheit in sozialen Rechten und den Vorrang von spanischstämmigen Bürgern festschreiben sollte, (4) die Genfer Flüchtlingskonvention und das New Yorker Zusatzprotokoll neu zu interpretieren und (5) im Rahmen der Notwendigkeit eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene zu schaffen. Nach innerstaatlichen Debatten bezüglich des Antrages, dem sich hauptsächlich die *PSOE*, die *PP* und die *CiU* anschlossen, kam es letztlich zum Gang zur Regierung. Die konkrete Formulierung des Auftrages an die Regierung wurde zwar schlussendlich von der *PSOE* durchgeführt, deckte sich aber auf inhaltlicher Ebene mit dem Entschließungsantrag der *IU-IC*. (Colectivo Ioé 1987, S. 324ff)

Als eine neue Dimension in Sachen Migrationspolitik konnte und musste der Bezug zu Europa gesehen werden. Eine neue Regelung der spanischen Einwanderungs- und Auswanderungspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wurde zum Teil von Spaniens Politikern als notwendig erachtet.

Ein erster Schritt war im Sommer 1985 der Erlass einer Richtlinie über ein Mitteilungs- und Abstimmungsverfahren in der Wanderungspolitik durch die Europäische Kommission. Dieser Erlass wurde allerdings von einer Vielzahl von europäischen Staaten, zB Frankreich und Deutschland, unmittelbar beim Europäischen Gerichtshof verklagt, weil er zu sehr in die nationale Politik eingreife und für diese eine Gefahr darstelle. Zwar argumentierte die Europäische Kommission damit, dass in Fragen der Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen und des Arbeitsmarktes im Allgemeinen sehr wohl ihr Zuständigkeitsbereich läge, den Klageschriften der einzelnen Nationen wurde jedoch statt gegeben, was die Europäische Kommission mit ihren Ansprüchen auf Teilhabe an der aktiven Gestaltung der Migrationspolitik zunächst in die Beobachterrolle zurückdrängte. (Colectivo Ioé 1987, S. 324ff)

Mit der Einführung der EG 1992 wurde ein Anspruch auf einen ‚Raum ohne Grenzen' geschaffen, ein freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sollte gewährleistet werden. Es war zwar vorgesehen, dass die Verantwortlichkeit über die Bereiche der

Migrationspolitik nach wie vor in den einzelnen Mitgliedsstaaten bleibt, eine Harmonisierung in den Zuständigkeitsgebieten der Kontrolle der Einwanderung aus Drittstaaten, Terrorismus, Kriminalität, Drogen, etc. zwischen den EWG-Staaten wurde aber erneut als Thematik aufgegriffen. (Bernecker, Pietschmann 2000, S. 382 – 387)

Auf dem Gipfel in Rhodos Ende des Jahres 1988 sollten die mittlerweile sehr unübersichtlich gewordenen Diskussionsforen koordiniert werden. Die Vorschläge wurden im Jahr darauf in Palma de Mallorca präsentiert. Das Palma-Dokument plädierte nach innen für eine größere Kooperation in Rechtsfragen und nach außen für eine abgestimmte Visum- und Flüchtlingspolitik gegenüber Drittstaaten. In der Realität gestaltete sich die Umsetzung allerdings nicht sehr leicht, weil sich die einzelnen Staaten nach wie vor schwer taten und unwillig waren, Kompetenzen abzutreten.
Zudem kam es durch den Fall der Berliner Mauer 1989 zu groben politischen Veränderungen in Europa, man rechnete mit einem Anstieg an Asylbewerberzahlen, was wiederum einen weiteren Rückzug der einzelnen Staaten aus den Vorhaben, welche im Palma-Dokument festgehalten wurden, bedeutete. Schließlich wurde das Dokument 1990 in Dublin unterzeichnet, wobei eine Einigkeit über Gibraltar zwischen Großbritannien und Spanien offen blieb. (Tomei 2001, S. 38 – 40)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es bis 1990 eine ganze Reihe an Vorstellungen und Vorschlägen zur Regelung und Begrenzung der Migration gab, so ist auch das 1985 initiierte Schengener Abkommen hinzuzuzählen.
Zu den neuen Dimensionen und Gedanken über eine neue Migrationspolitik verwies der Innenminister Corcuera auf nationaler Ebene immer wieder auf die unbedingte Beibehaltung der Grenzkontrollen gegen illegale Migration an den Außengrenzen als Verpflichtung hin. (Bernecker, Pietschmann 2000, S. 382 – 387)

In Spanien gab es also auf dem Migrationsdiskurs nun zwei unterschiedliche Ebenen. Einerseits wuchsen die unzufriedene Haltung der innerstaatlichen Politik und die Kritik über das bestehende System, andererseits sollte für eine europäisierte Migrationspolitik eine Konkretisierung der eigenen

Vorstellungen passieren. Auf Basis dieses Zustandes publizierte die spanische Regierung den von ihr geforderten ‚Bericht über die Lage der Ausländer in Spanien – Grundlinien der spanischen Ausländerpolitik'. (Izquierdo Escribano 2002, S. 234) Die Erarbeitung und Veröffentlichung dieses Dokumentes im Jahr 1990 stand nun schon in einem wesentlich stärkeren öffentlichen Interesse als fünf Jahre zuvor die Erarbeitung des Ausländergesetzes es tat. Der Bericht beinhaltet eine kurze Analyse der regulären und irregulären Migrationssituation in Spanien und einen Report über die Umsetzung des Ausländergesetzes. Den Hauptteil bildete ein Leitfaden zur Verfolgung der Ausländerpolitik, welcher in acht Punkte untergliedert war: (1) Grenzkontrollen und Visa, (2) Kampf gegen klandestine Arbeit, (3) soziale Integration, (4) Verstärkung der Polizeimaßnahmen, (5) Koordinierung und Zentralisierung der Verwaltung, (6) Reform des Asylrechts, (7) die europäische Dimension und (8) Entwicklungszusammenarbeit. In einer abschließenden Bewertung stellte die Regierung – wie auch andere europäische Staaten – fest, dass in quantitativer Hinsicht keine weitere Zuwanderung notwendig, jedoch in qualitativer Hinsicht eine Umverteilung von Vorteil sei. Weiters stellte die spanische Regierung im Bericht fest, dass mit einer sich erhöhenden Zuwanderung aus Afrika zu rechnen sei, was unter anderem auf die dortige Bevölkerungszunahme und schlechte wirtschaftliche Situation zurückzuführen sei. Zudem werde es einen Anstieg an Immigranten aus den ehemaligen Ostblockstaaten geben. Bezogen auf das eigene Land widmete sich die Regierung vor allem der Darstellung der Problematik der irregulären Einwanderung. (Izquierdo Escribano 2002, S. 122ff und 234)

Um diese Ziele nun zu erreichen, sollten laut der spanischen Regierung, nun mehrere Faktoren zusammenwirken und zu einer erfolgreichen Handhabe der Situation führen. So wurden von einer aktiven Einwanderungspolitik, der sozialen Integration der Einwanderer, dem verstärkten Schutz der Außengrenzen und der Hilfe für die Dritte Welt gesprochen. Mit der aktiven Einwanderungspolitik wollte man vor allem die Steuerung des nationalen Arbeitsmarktes durch Förderung der selektiven Immigration bewusst bearbeiten. Mit der sozialen Integration der Einwanderer war gemeint, diese nicht mehr nur als Arbeitskräfte zu betrachten, sondern sie aktiv in das spanische soziale Leben einzubinden. Mit dieser Anerkennung stellte sich Spanien auch der sich daraus ergebenden Folge, nämlich der langfristigen

Ansiedlung und Sesshaftwerdung von Ausländern. Trotz dieser neuen Sichtweisen lag allerdings der Schwerpunkt unbestreitbar in der Verhinderung und Bekämpfung irregulärer Aufenthalte und der darauf ausgerichteten Vorgehensmaßnahmen wie zB die Kontrolle der Außengrenzen, der Kampf gegen illegale Arbeit und die Verstärkung der Polizeimaßnahmen.

Als direkte Folge des 1990 publizierten Berichtes legte die sozialistische Mehrheitsfraktion im Kongress im April 1991 einen Entschließungsantrag vor, in dem die Regierung aufgefordert wurde, in elf Punkten konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Diese umfassten:

(1) die Entwicklung einer aktiven Einwanderungspolitik zur Kanalisierung und Organisation der Migrationsströme in Abhängigkeit der Möglichkeiten der Wirtschaft und Erfordernisse des sozialen Zusammenhalts;
(1) die Modernisierung der Grenzanlagen;
(1) die Entwicklung der Visumpolitik als Lenkungsinstrument unter Beibehaltung der traditionellen Offenheit gegenüber der Staaten Lateinamerikas;
(1) die Vervollständigung des Regularisierungsprozesses von 1985, was einen neuen Regularisierungsprozess bedeutete;
(1) die Verstärkung des Kampfes gegen irreguläre Beschäftigung
(1) die Entwicklung eines Programms zur Förderung von Einwanderern und sozialer Integration;
(1) die Verstärkung der Möglichkeit, Ausweisungen durchzuführen;
(1) die Reform und Modernisierung der Verwaltungsstrukturen;
(1) die Beschleunigung des Asylantragsverfahrens und die Verhinderung des Asylmissbrauchs;
(1) die Steigerung der Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer von Einwanderern, was vor allem den Staaten des Maghreb zugute kommen sollte;
(1) und die Weiterführung der Integration in Europa und dabei insbesondere die schnelle Teilnahme am Vertrag von Schengen.

(Kreienbrink 2004, S. 186)

In diesem Entschließungsantrag fällt auf, dass zwar der besonderen Betonung der sozialen Integration ihr Raum beigemessen wird, diese Punkte aber weit nicht so bedeutend erscheinen, wie die Aspekte der systematischen Kontrolle und Abwehr von Migration. Diesem ‚Flair' entgegneten Sprecher von Oppositionsparteien, in dem sie darauf verwiesen, dass sich Spanien früher selbst aus wirtschaftlichen und politischen Gründen in der Rolle des Auswanderungslandes befand und nun

dieses Phänomen erlebe, ein Aufnahmeland zu sein. Dieser historischen Gegebenheit sei der Anspruch zu entnehmen, die Einwanderer mit Respekt und nicht ausschließlich mit polizeilichen Maßnahmen zu behandeln.
Mit Ausnahme der *IU-IC* schlossen sich schließlich alle Parteien dem Entschließungsantrag an. (Kreienbrink 2004, S. 187) Die durchaus geringe Differenzierung auf politischem Feld, welche im Grunde bis dato anhält, lässt sich auf das junge Alter der Thematik zurückführen.

Als ein weiterer Schritt in Richtung Bewusstseinserlangung der europäischen Dimension in Sachen Migrationspolitik und als erste Antwort auf den Entschließungsantrag ist die von Spanien ab 1990 eingenommene Rolle als Beobachter am Schengenprogramm zu nennen. (Bernecker, Pietschmann 2000, S. 382 – 387) Dieser Schritt kann auch eindeutig als Hinweis, dass die spanische Regierung um eine tatkräftige und tatsächliche Integration in Europa bemüht ist, gesehen werden.

3.3 Migrations- und Integrationspolitik bis zur Jahrhundertwende 20. und 21. Jahrhundert

3.3.1 Ausweisungen, Grenzsicherungen und Kontrollen als Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Nach einer anfänglich (unbewussten) liberalen Handhabe direkt nach der Diktatur Francos sah die spanische Regierung nun also mehr und mehr vor, die Migrations- und Integrationsthematik in der Gesetzgebung zu verankern. Der starke Anstieg an Einwanderern und vor allem an irregulären Immigranten, aber auch der Druck auf europäischer Ebene, einem ‚grenzenlosen Europa' mit verstärkter Kontrolle von den Außengrenzen, was für Spanien mit Gibraltar - nach wie vor - eine besondere Herausforderung darstellt, nachzukommen, spiegelt sich im Entschließungsantrag von 1991 insofern wieder, als dass ein Hauptaugenmerk auf der verstärkten Kontrolle der Grenzen, der Einführung des Steuerelements Einreisevisa und des nun möglichen Procederes der Ausweisung lag.

Was nun das Einreisevisum betraf, so war das Visum eine notwendige, aber nicht ausreichende Voraussetzung um einreisen zu können. D.h. Bewerber mussten fortan in ihrem Ursprungsland einen Antrag stellen – der bürokratische Akt wurde somit auch ins Ausland verlegt -, dieser Antrag bedeutete aber an den physischen Grenzen nicht die tatsächliche und ungehinderte Erlaubnis, auch wirklich einreisen zu dürfen. Von besonderem Interesse war hier das Einreise- oder Touristenvisum, das einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen erlaubte. Insgesamt war die Vergabe eines Visums äußerst streng geregelt, lediglich die Verordnung, dass die Ablehnung von Anträgen nicht begründet werden müsse, wurde im Ausländergesetz von 1996 aufgehoben. Ein weiterer Beweggrund für die Einführung eines straff geregelten Einreisesystems waren die Anforderungen auf europäischer Ebene, die Außengrenzen verstärkt zu kontrollieren und insgesamt den Inhalten des Schengener Abkommens nachzukommen. Die zentrale Zielsetzung des Schengener Abkommens, die Verhinderung des Zugangs von Asylbewerbern, spielte in Spanien allerdings keine so große Rolle. (Ministerio del Interior 1996, S. 101ff)

Die Einführung der Visumspflicht, vor allem aber die Umstellung im Jahr 1995 mit der Verpflichtung, für alle Aufenthalte ein 90-Tage-Visum zu

beantragen, führte zu heftigen Protesten seitens jener Staaten, die mit Spanien in einer historisch besonderen Beziehung standen. Jene lateinamerikanischen Länder (außer Kuba) und Maghreb-Staaten hatten noch vor 1995 die Möglichkeit, aufgrund ihres Sonderstatus ein Höflichkeitsvisum zu beantragen. Spanien beugte sich den Protesten insofern, als dass es argumentierte, aufgrund der historischen und geographischen Beziehungen keine Vorreiterrolle bei den Einschränkungsmaßnahmen spielen zu wollen. Dabei wurde darauf angespielt, dass unter anderem Großbritannien, Italien und Dänemark ebenso noch keine derartigen, dem Schengener Abkommen entsprechenden Maßnahmen eingeführt hätten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Spanien solange die besonderen Beziehungen zu genannten Ländern in den Vordergrund stellte, bis es seitens der europäischen Ebene keine Chance mehr sah, sich diesen Vorstellungen zu beugen. Insgesamt versuchte Spanien dennoch, in der Visumspolitik in hohem Maße mit außenpolitischer Rücksichtnahme zu agieren, wenngleich die legislativen Maßnahmen dennoch als sehr streng zu bezeichnen sind und sich die Rücksichtnahme eher auf den Versuch der Aufrechterhaltung bzw. der Wiederherstellung der positiven diplomatischen Beziehung stützte. (Santel 1995, S. 193ff)

Als eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der illegalen Einwanderungen sah Spanien nun auch die verstärkte Kontrolle der Grenzen vor. Des weiteren wollte man mit dem strengen Umgang mit denjenigen, die während oder nach einem illegalen Grenzübertritt aufgegriffen wurden und mit der konsequenten Durchführung von Rückführungen demonstrieren, dass selbst nach einem bereits erfolgten, aber unautorisierten Grenzübertritt mit dem Scheitern des Vorhabens zu rechnen war.
Die Bedingungen für einen regulären Grenzübertritt waren die geforderten gültigen Einreisedokumente sowie ausreichend finanzielle Mittel. Diese Verpflichtungen entsprachen weitgehend den europäischen Vorstellungen, wobei 1989 die Ausführungsverordnung konkretisiert wurde, weil seitens der Europäischen Gemeinschaft der Vorwurf kam, mit nicht konkret genug beschriebenen Bedingungen eine zu große Auslegungsfreiheit zu bieten. Die Konkretisierung spiegelte sich in einer härteren Beschreibung der Voraussetzungen wieder. So wurden für die Einreise 5.000 Peseten (rund 30 Euro) pro Tag und für die gesamte Dauer des beantragten Visums, zusätzlich ein einmaliger Betrag von mindestens 50.000 Peseten (rund 300

Euro) und ein nicht übertragbares und bereits datiertes Rückflugticket verlangt.

Auch die verschärften Kontrollen an den Grenzen führten zu einer schwierigen diplomatischen Beziehung mit (vor allem lateinamerikanischen) Ländern, was Peru beispielsweise dazu veranlasste, das Visumsabkommen mit Spanien vorübergehend auszusetzen. Auf der anderen Seite übte die Europäische Gemeinschaft weiterhin großen Druck auf die spanische Regierung aus, was mit einer erneuten und noch strengeren Handhabe der dokumentarischen und monetären Bedingungen für eine Einreise beantwortet wurde. (Santel 1995, S. 193ff)

Jahr	Zurück-gewiesene	Jahr	Aufgegriffene	Festgenommene	Jahr	Rück-führungen
1988	24.729	1991	4	477	1992	2.357
1989	35.162	1992	15	616	1993	803
1990	73.959	1993	33	1.925	1994	18.170
1991	53.722	1994	34	352	1995	19.353
1992	15.030	1995	130	1.800	1996°	4.549
1993	12.983	1996*	142	2.550	1997	23.023
1994	271.909				1998	17.198
1995	173.988	1999	475	3.569	1999	18.608
1996*	102.242	2000	807	15.195	2000	22.716

*bis zum 31.08. °bis zum 30.4.

Tabelle 09: An den Grenzen zurückgewiesene Personen 1988 – 1996, Aufgegriffene ‚*pateras'* und festgenommene Personen 1991 – 2000 und Rückführungen 1992 – 2000 (aus: López García/Ramírez 1996, S. 47 – 49; Ministerio del Interior 2000, S. 624ff)

Die Anzahl der Zurückgewiesenen stieg mit den Auswirkungen der Erlässe in den Jahren 1988 und 1989 rasant an, wobei der Einschnitt im Jahr 1992 auf die in diesem Jahr eingeführte Visumspflicht für Einwanderer aus den Maghrebstaaten und somit eine Verlagerung der bürokratischen Wege in diese Ursprungsstaaten zurückzuführen ist. Der schlagartige Anstieg 1994 wird damit begründet, dass nun auch die beiden Exklaven Ceuta und Melilla einbezogen wurden und so in diesem Jahr von ungefähr 270.000 Rückweisungen ca. 217.000 auf Melilla entfielen.

Mit der Einführung des nur eingeschränkt funktionierenden und umstrittenen Bewachungssystems *Sistema Integral de Vigilancia Exterior* SIVE, das mit Langstreckenradaren, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräten, Infrarot-strahlen und Helikoptern, um nur einige von vielen Operationsgeräten zu nennen, die Straße von Gibraltar abriegeln sollte, wurden seitens der spanischen Regierung nun weitere konkrete Maßnahmen zur Kontrolle der Grenzen eingeführt. Weil die Immigranten unmittelbar auf diese Einführung

reagierten, indem sie über Umwege versuchten, das spanische Festland oder nun auch die Kanarischen Inseln zu erreichen, kann die Einführung des Überwachungssystems als eine erste technische Kontrollmaßnahme, auf die unzählige weitere Installationen folgten, gesehen werden. So wurden beispielsweise die bisher leicht passierbaren Grenzen nach Ceuta und Melilla mit Stacheldrähten, Sensoren und Kameras umgeben, an der gesamten spanischen Außengrenze verstärkt militärische Patrouillen eingesetzt und auch im inneren Spanien intensiv Kontrollen in Form von Befragungen und Festnahmen durchgeführt. Daraus resultierte der allgemeine Anstieg der Aufgegriffenen und Festgenommenen, wobei die dennoch immer wieder leichten Rückgänge mit neuen Wegen und Versuchen der Immigranten, das spanische Festland zu erreichen, zu begründen sind.

Das erste Rücknahmeabkommen schloss Spanien bereits im Jahr 1988 mit Frankreich, wobei Spanien in diesem Fall vor allem als Rücknehmer fungierte, weil es zu diesem Zeitpunkt für Einwanderer aus Drittstaaten in Spanien noch nicht die Hürde des Einreisevisums gab und in weiterer Folge ein Übertritt nach Frankreich vereinfacht wurde. Das wichtigste Rücknahmeübereinkommen schloss Spanien im Jahr 1992 mit Marokko, weil hier besonderer Bedacht auf den Erhalt der positiven Beziehungen der beiden Staaten zueinander gelegt wurde. Die damit verbundene Regularisierung erklärt den Anstieg der Rückführungen, der insgesamt in den Folgejahren weiterhin anstieg.

Neben der bilateralen Form der Rückführungen wollte Spanien mit dem Ausweisen von Immigranten ein weiteres Instrument gegen die Irregularität einsetzen und von dem abschreckenden Charakter der Ausweisungen wurde erhofft, dass für Immigranten aus Lateinamerika und vor allem aus den Maghrebstaaten Spanien als ein schwierig zu erreichendes Land gesehen werde. Die verstärkte Anwendung der Möglichkeit, Immigranten auszuweisen (1990: 4.733 Ausweisungsbeschlüsse; 1995: 17.013 Ausweisungsbeschlüsse[*]) führte allerdings auch zu verstärkten politischen Auseinandersetzungen und heftigen Debatten. Das Institut für Migration und soziale Sicherheit *Instituto de Migraciones y Servicios Sociales IMSERSO* und das Rote Kreuz *Cruz Roja* sprachen überhaupt von einer Krise und starken Unruhen in der spanischen Politik, hervorgerufen durch die Einführung umstrittener Bekämpfungsmaßnahmen und subsumierten die

[*] aus: López García/Ramírez 1996, S. 49

Ausweisungen in der Form, in der sie in Spanien Anwendung fanden, als kein effektives Instrument. (López García/Ramírez 1997, S. 49 – 72)

3.3.2 Der Plan für die soziale Integration der Einwanderer 1994

Dass der sozialen Integration der Einwanderer in den folgenden Jahren mehr Bedeutung zugeschrieben werden sollte, machte sich bereits in den ‚Grundlagen der Ausländerpolitik' aus dem Jahr 1990 bemerkbar, weil dieser Aspekt als eines der zentralsten Themen der Migrationspolitik aufgenommen wurde. Was die Begriffsgrundlage anbelangt, so herrschte ein Definitionschaos, weswegen sich die Einarbeitung in die neue Dimension der Einwanderungspolitik grundsätzlich schwierig gestaltete. Sowohl die Migrationssoziologie als auch die Politik hatte unterschiedliche Meinungen, was die genauen Erläuterungen von Integration, Assimilation, Absorption, Akkulturation, etc. anbelangte. (Treibel 2003, S. 64)
Casey 1998 (S. 317 – 340) schreibt in *Las políticas de inmigración* von einem Überblick zur spanischen Migrationspolitik, der eine grundsätzliche Richtung angeben soll. Insofern sei Assimilationismus abzulehnen, Multikulturalismus zu überwinden und Interkulturalismus zu fördern. Zusammenfassend sollen nun kurz Begriffsdefinitionen dargelegt werden, welche für die spanische Migrations- und insbesondere Integrationspolitik einen Boden schaffen sollten.

> Das ‚Konzept der Assimilation' setzt eine kulturell relativ homogene Aufnahmegesellschaft voraus, an welche sich einwandernde Gruppen anzupassen haben. Die zugewanderten Gruppen werden so ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft, was ein Ende der Diskriminierungen bedeuten könnte. Kritik an diesem Konzept gibt es insofern, als dass mit der Aufnahme von Zuwanderern nicht mehr von einer gleichen Gesellschaft gesprochen werden und zudem eine Bevölkerung nicht von vorne weg eine homogene Gesellschaft darstellen kann.
>
> Das ‚Konzept des Kulturalismus' beinhaltet die Achtung und Wahrung der kulturellen Vielfalt der eingewanderten Gruppen, die ein Recht auf Differenz haben und zusätzlich eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen. Dass das Konzept nur das Zusammenleben beschreibe, nicht aber auf die Klärung möglicher Konflikte eingeht, ist hier als kritischer Ansatz zu sehen.
>
> Das ‚Konzept der Interkulturalität' schließlich kann als Antwort auf das Konzept des Kulturalismus gesehen werden. Es betont die gegenseitigen fruchtbaren Veränderungen, wo es durch einen Prozess der

> gegenseitigen Anpassung zu einer neuen gesellschaftlichen Synthese kommt. Die Folge ist eine Mehrheitsgesellschaft mit sich ziehenden Veränderungen in vielen Bereichen, was wiederum Toleranz und Verständnis der resistenten Bevölkerung voraussetzt. Mögliche Probleme bei diesem Konzept sind das Fehlen der sozioökonomischen und rechtlichen Perspektive.
>
> (Casey 1998, S. 317 – 340)

Mit diesen erläuterten Begriffen sollte nun in Spanien eine politische Plattform für soziale Integration geschaffen werden. Durch den Einbezug von soziologischen Konzepten in die Erarbeitung von politischen Programmen legte Spanien im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten einen relativ starken Start vor, was die interdisziplinäre und mit einem Weitblick für die Konsequenzen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und vor allem Gesellschaft sensibilisierte Migrationspolitik anbelangte.
Eine sehr hohe Bedeutung wurde im Jahr 1994 der Familienzusammenführung beigemessen, weil man überlegte, dass die Nachholung von Familienmitgliedern eine höhere Bereitschaft an Integration durch die Ausländer bedeuten könne. Ziel war die Verabschiedung eines Planes zur Thematik, welcher Ende 1994 als *Plan para la integración de los inmigrantes* ‚Plan zur sozialen Integration der Einwanderer' vom Sozialministerium vorgestellt wurde. (Ministerio de Asuntos Sociales 1995, S. 60)

Eine zentrale Grundlage für die Integration stellte die Stabilität und Sicherheit des Aufenthaltsstatus der Immigranten dar, denn wenn Ausländer eine Unsicherheit bezüglich der Möglichkeit eines dauerhaften Aufenthaltes hatten, waren sie verständlicherweise nicht so sehr bereit, sich in kultureller Hinsicht im Aufnahmeland zu integrieren. In ersten Berichten wurde von gewissen Umständen gesprochen, die dazu führen sollten, einen dauerhaften Aufenthaltsstatus zu erreichen. Darunter waren als Gründe die längerfristige Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, die Begleiterlaubnis von Personal der ausländischen Immigranten, die Geburt von Kindern im Einwanderungsland und die Regularisierung von illegalen Aufenthaltssituationen genannt. (Ministerio de Asuntos Sociales 1995, S. 60ff)

Was nun die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung betraf, hatten die einzelnen politischen Riegen unterschiedliche Auffassungen, ob und wie Aufenthaltsgenehmigungen geregelt werden sollen. Als Input seitens der

Europäischen Union kam der Hinweis, dass für eine zielführende Integration das mögliche dauerhafte Aufenthaltsrecht notwendig sei, womit der spanischen Regierung ein Hinweis gegeben wurde, dass im spanischen Ausländergesetz noch kein unbefristeter Aufenthaltsstatus für Ausländer vorgesehen sei. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991, Ziffer 124) Die Genehmigungen wurden bis dato gestaffelt, wobei zwischen einer Eingangsgenehmigung (mindestens drei Monate und maximal zwei Jahre), einer normalen Aufenthaltsgenehmigung (maximal fünf Jahre) und einer speziellen Aufenthaltsgenehmigung (Laufzeit von zehn Jahren) unterschieden wurde. Ausnahmen bei den speziellen Aufenthaltsgenehmigungen waren (1) Rentner und Pensionäre, die im In- und Ausland Bezüge vorweisen konnten, (2) Personen, die familiäre Verbindungen in Spanien hatten und (3) Personen aus Gebieten mit historischer Verbindung zu Spanien. In diesen Fällen war lediglich eine Frist von zwei Jahren möglich. (Vicente Espinar 2008, S. 213 - 220) Die unsichere und stark differenzierte Handhabe in Sachen dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung wurde von NGOs und der *Izquierda Unida* stark kritisiert. Die Regierungsfraktion der *PSOE* entgegnete diesen kritischen Haltungen, dass sich eine Arbeitsgruppe bereits mit der Erarbeitung einer Neuerung befasse. Schließlich wurde eine Ausführungsverordnung beschlossen, die der sozialen Integration einen wesentlich größeren Raum zuließ. Die Neuregelung der Aufenthaltsgenehmigung stellte dabei den innovativsten Teil dar. (Aprell Lasagabaster 1996, S. 323 – 325) Mit dieser Reform kam Spanien nun einem Vorschlag der Europäischen Kommission nach, der lange Zeit zuvor in einem Expertenbericht vorgeschlagen wurde. Dass Ausländer nach spätestens zehn Jahren als ‚auf Dauer aufhaltend' angesehen wurden, deutete auf einen Fortschritt in Sachen Integrationspolitik hin.

Ein weiteres zentrales Thema stellte die Familienzusammenführung dar. Hier wurde als Ausgangspunkt betont, dass die Zusammenführung von ausländischen Arbeitnehmern mit ihren Familien einen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden und somit auf die Integration habe. Da einem Nachzug von Familienmitgliedern die dauerhafte Sesshaftigkeit als Folge zugeschrieben wurde, sprach man von ‚Familiennachzug als Recht', wie es auch von der Europäischen Menschenrechtskonvention angesehen wurde. Zwar wurde hier die Familienzusammenführung nicht als eigenständiges

Grundrecht angesehen, aber es stand unmittelbar in Zusammenhang mit dem Grundrecht auf familiäres Zusammenleben im Allgemeinen.
Nun konzentrierten sich in Spanien die Einwanderungsminister allerdings nicht auf die Fragen der Integration, sondern auf die Regelung der Zulassung, was die Erarbeitung in einem restriktiven Licht erscheinen ließ. Dem ist jedoch hinzuzufügen, dass die Familienzusammenführung als erster Punkt in Bezug auf Harmonisierung der Zulassungspolitiken genannt wurde und somit eine Prioritätenstellung bekam. Bevor die Thematik der Familienzusammenführung im Hinblick auf die Erstellung eines Integrationsplanes politischen Boden erreichte, war dieses Recht aufgrund der erst nicht vorhandenen Notwendigkeit und der dann fehlenden Sensibilität, als es bereits eine Regelung gebraucht hätte, nur schwach geregelt und im Ausländergesetz von 1985 sogar nicht einmal erwähnt.
In einzelnen Debatten wurde zwar von diversen Fraktionen immer wieder darauf hingewiesen, so beispielsweise bei der Vorlegung eines Entschließungsantrages im Jahre 1990, welcher zur Erarbeitung der ‚Grundlinien für Ausländerpolitik' eingereicht wurde. In diesem kritisierte die *IU* die Hürden bei der Durchführung der Familienzusammenführung und stellte in weiterer Folge eine Verletzung der Grundrechte fest. Die Forderungen nach einer Veränderung dieser Gegebenheiten blieben damals erfolglos.
1992 starteten über 20 NGOs und Gewerkschaften eine Kampagne, um eine Verankerung des Rechtes der Familienzusammenführung zu fördern. Sie forderten eine Anerkennung der Familienzusammenführung als Grundrecht, wobei sie konkret das Hinaufsetzen des Nachzugsalters für Kinder bis 21 Jahre und die Nachzugsmöglichkeiten für ältere Verwandte, wie Eltern und Großeltern, forderten. (Aprell Lasagabaster 1996, S. 325 - 333)

Parallel zu diesen innerstaatlichen Forderungen entschlossen die Einwanderungsminister 1993 in Kopenhagen für die europäische Ebene eine nicht bindende Mindestlinie in Sachen Integrationspolitik. In seiner Grundstruktur war diese Entschließung strenger in seiner Formulierung als die spanische Ausführungsverordnung. Schließlich brachte die spanische Regierung im November 1993 die Reform ein, in der auf inhaltlicher Ebene – trotz des Hintergrundes der innerstaatlichen Forderungen und Abkommen auf europäischer Ebene - die Bestimmungen weiterhin der Zulassungs-

kontrolle orientiert verhaftet blieben. (Aprell Lasagabaster 1996, S. 325 - 333)

Im weiteren Verlauf kam es im Februar 1994 zu einer Mitteilung der Europäischen Kommission zur Einwanderungs- und Asylpolitik, deren Grundaussage es war, dass die Vorschriften zu einer Familienzusammenführung den Erfolg der Integrationspolitik bestimmen würden. Mit dieser Veröffentlichung bemängelte die Kommission die nicht ausreichende Beachtung und Behandlung von integrationspolitischen Aspekten, welche allerdings mehreren europäischen Mitgliedsländern vorgeworfen wurden. Durch diesen weiteren Druck initiiert, entwickelte die spanische Politik eine überarbeitete Regelung, in der für die Integration wichtige Aspekte nun mehr Aufmerksamkeit fanden. Zudem machte sich eine größere Sensibilität bezüglich Integrationsfragen in den politischen Reihen bemerkbar, wodurch es letztendlich Ende 1994 zur Verabschiedung des ‚Plans für die soziale Integration der Einwanderer' kam. (Adroher Biosca, Charro Baena 1995, S. 312ff)

Im Konkreten gliederte sich der Plan in allgemeine Ziele, sich daraus ergebende Handlungsbereiche und konkrete Vorschläge. Die allgemeinen Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen: (1) Auf Basis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sollte jede Art von Diskriminierung beim Zugang zu sozialen Rechten beseitigt werden. Dafür sollte auch eine Anpassung der Dienstleistungen des Staates an die Bedürfnisse der Einwanderer vorgenommen werden. (2) Die Berücksichtigung der grundlegenden Werte der spanischen Gesellschaft wie individuelle Freiheit, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Demokratie als Form der sozialen Organisation oder die Beschränkung der Religion auf den privaten Bereich sollten das Zusammenleben fördern. Demokratische Werte und Toleranz würden hier eine zentrale Rolle als Voraussetzung für die Erreichung des Zieles spielen. (3) Eine klare Regelung bei den Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen sollte geschaffen werden, um so in weiterer Folge eine Garantie für rechtliche und soziale Stabilität herzustellen. (4) Der Plan sah die Beseitigung von Integrationshindernissen wie mangelnde Sprachkenntnisse oder Berufsausbildung vor. (5) Die Ausbeutung durch missbräuchliche Arbeitsbedingungen oder Anwerbung durch falsche Versprechungen bzw. Menschenschmuggel sollte verhindert werden. (6) Einen zentralen Aspekt stellte weiters die Mobilisierung der Gesellschaft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, zB durch Sensibilisierungs-

kampagnen und langfristig durch Schulreformen, dar. (Ministerio de Asuntos Sociales 1995, S. 62ff)

Mit den Handlungsbereichen, welche sich auf fünf Säulen beliefen, sollten die einzelnen Bereiche, in denen der Integrationsprozess abläuft, festgelegt werden: (a) Rechtlicher Rahmen: Schaffung von rechtlicher Stabilität und Anpassung der Regelungen an die Bedürfnisse der ‚multiethnischen und multikulturellen' Gesellschaft; Schutz für diejenigen, die sich in der rechtlichen Ordnung bewegen. (b) Arbeitsbedingungen: Förderung von Aus- und Weiterbildung, Beseitigung von strukturellen Barrieren und Sensibilisierung der ausländischen Arbeitskräfte, damit sie die ihnen zur Verfügung stehenden Rechte zur Verteidigung nutzen können und Angleichung der Bestimmungen für Ausländer an die für Einheimische (c) Erziehung und Kultur: Förderung der Bildung für Heranwachsende, insbesondere Frauen; Förderung der Beherrschung der Sprache und auch Förderung der Kultur der Ursprungsländer (d) Räumliches Zusammenleben: Ermöglichung der Familienzusammenführung, Anerkennung der spanischen Standards in den Bereichen Hygiene, Gesundheit und Wohnverhältnisse; Verhinderung von Ghettobildung und Bereitstellung von angemessenen Unterbringungen für zeitlich begrenzt angestellte Arbeitskräfte (e) Partizipation an öffentlichen Gegebenheiten: Ermöglichung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft in Abhängigkeit der Herkunftsstaaten, Garantie von Rechten wie zB die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder NGOs. (Ministerio de Asuntos Sociales 1995, S. 70ff)

Der vorgestellte Plan richtete sich deutlich nach den von der Europäischen Kommission vorgestellten Richtlinien. Kritisiert wurde, dass neben den Fragen der inhaltlichen Umsetzung, welche nicht genannt wurde, auch Probleme der Kompetenz und Koordination der Maßnahmen ausgeblendet wurden. Die Regierung sah ein Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes, im Jahr 1996, eine erste Evaluation vor. Diese richtete sich in erster Linie gegen die Autonomen Gemeinschaften, denen vorgeworfen wurde, dass es ihnen nicht gelungen sei, mit der Zentralregierung auf institutioneller Ebene zusammenzuarbeiten. Zudem wurde festgehalten, dass es nur eine wenig sichtbare Weiterentwicklung gegeben hätte und die Erfolgsbilanz insofern als ‚mager' zu bezeichnen sei. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998, Ziffer 2.2.1; Ramos, et al 1998, S. 9)

3.3.3 Entwicklungszusammenarbeit als neue Dimension in der Migrationspolitik

Mit der Idee, den Abwanderungsregionen mittels Entwicklungsförderung zu helfen, damit es in weiterer Folge nicht mehr zu einer unerwünschten Abwanderung käme, tauchte in den 1990er Jahren innerhalb der migrationspolitischen Leitlinien der Bezug zu einer Politik der Entwicklungszusammenarbeit auf. In anderen Ländern Europas wurde dieser Aspekt bereits einige Jahre zuvor in das politische Profil eingearbeitet, doch Spaniens Erfahrung mit der Entwicklungs-zusammenarbeit als neue Form der Kooperation reichte bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr weit zurück und lediglich aus historisch-kulturellen Gründen können die Beziehungen zu Lateinamerika als bereits bestehende Form der Entwicklungszusammenarbeit vermerkt werden.
In einer Mitteilung von 1991 widmete sich die Europäische Kommission der Entwicklungszusammenarbeit im Bestreben, alle Faktoren zu beachten, die zur Einwanderung der Europäischen Gemeinschaft beitrugen. So sollte neben der Kontrolle der Wanderungsströme und der sozialen Integration die dritte Säule die Wanderungs- und Entwicklungspolitik sein. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1991, Ziffer 56) Die Einarbeitung der neuen Dimension blieb nach Veröffentlichung dieser Mitteilung auf europäischer wie auf spanischer Ebene zwar präsent, stand aber nicht an vorderster Stelle bei migrationspolitischen Dialogen. Grundsätzlich bewegten sich die Diskussionen, wie und in welchem Umfang Entwicklungszusammenarbeit nun in politischen Belangen passieren sollte, auf europäischer Ebene, weil es vor allem zwischen den Mitgliedsstaaten zu unterschiedlichen Auffassungen kam. (Klingebiel 1994, S. 18 – 25)

Für Spanien waren es vor allem die Mittelmeerstaaten, mit denen sich in diesem Bereich eine besondere Herausforderung entwickelte. Italien und Frankreich als koloniale und historische Reminiszenzen hatten bereits ihre Interessen bezüglich der wirtschaftlichen, energiepolitischen, sozialen und strategischen Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten bekundet und mit dem Aufrollen von Entwicklungszusammenarbeit als neue Dimension in der Politik sollte ohnedies eine neue Mittelmeerpolitik formuliert werden. Mit Spanien als junger, aktiver Teilnehmer kamen Ende 1995 in Barcelona die Staaten der Union und 12 Mittelmeeranrainer zu einer Konferenz zusammen, um in einer Erklärung die neuen Grundlagen zu verabschieden.

Die Schaffung einer Zone des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes waren die Ziele, die in der Deklaration verfasst werden sollten. Mit der Verstärkung der Zusammenarbeit zur Verringerung des ‚Migrationsdrucks' mit Hilfe von Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen in den Ursprungsländern und dem Ausbau einer Rücknahmepolitik wurden klare entwicklungszusammenarbeits-politische Aufgaben genannt. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften: http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/docs/bd_en.pdf, 29. 11. 2008)

Kritik fand die Deklaration insofern, als dass Zweifel angebracht wurden, ob bei dieser euro-mediterranen Partnerschaft nicht doch die wirtschaftlichen Interessen der Union im Vordergrund stünden. Der Versuch, mittels Entwicklungszusammenarbeit Migration zu verhindern, wurde auch deutlich, als im Jahr 2000 die EU mit den AKP-Staaten* im Zuge des Cotonou-Abkommens die Aspekte Demokratie, Menschenrechte, Militärausgaben, Drogen, Kriminalität, Diskriminierung ethnischer und religiöser Art und Migrationsfragen behandelte. (Rhein 2002, S. 700 – 715)

In Spanien legte zur Begründung der politischen Richtlinien für die Entwicklungszusammenarbeit der spanische Senat 1984, also zwei Jahre nach der Regierungsübernahme der Sozialisten, einen ‚Bericht zur Internationalen Zusammenarbeit' *Informe sobre la Cooperación Internacional en España* vor. Der Bericht kritisierte die fehlende Koordination der bisherigen Politik und kam zu dem Schluss, dass es in Spanien kein Konzept für die globale Zusammenarbeit gab. Parallel zu den Forderungen der EU, die dritte Säule aktiv in die Politik aufzunehmen, wurden innerhalb Spaniens die kritischen Stimmen, welche eine Erarbeitung der Entwicklungszusammenarbeit als gleichgestellte Dimension in der Politik forderten, immer lauter.

Ein großer bemängelnder Kritikpunkt an Spaniens Migrationspolitik schließt genau diese Dimension der Entwicklungszusammenarbeit als neuer Fokus in den 1990er Jahren ein, weil es schien, als würde sich Spanien diesem Muss der Aufarbeitung stetig zu entziehen versuchen. Immer wieder wurde Spanien vorgeworfen, dass die im Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit vorgestellten Ziele den Anschein hätten, als seien sie nicht in erster Linie für eine Armutsbekämpfung, sondern würden tatsächlich vordergründig die

* Gruppe karibischer, afrikanischer und pazifischer Staaten zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Wirtschaftsinteressen verfolgen. Ein Grund für die Versperrung gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit als Bereich der Migrationspolitik könnte in der Diskrepanz mit der Zulassungs- und Kontrollpolitik liegen, in welcher für Spanien als südliche Außengrenze Europas eine besondere Aufgabe lag. (Roson Alonso 1994, S. 335 – 367, bes. 353)

3.3.4 Die Reform des Ausländergesetzes Ende der 1990er Jahre

3.3.4.1 Das Einreichen der einzelnen Vorschläge der politischen Fraktionen

Auf innerstaatlicher Ebene forderten Ende der 1990er Jahre diverse NGOs, Gewerkschaften und andere Organisationen die Reform des Ausländergesetzes, was sich in weiterer Folge als langwähriger Prozess über zwei Jahre hinweg ziehen sollte und neben der fehlenden Entwicklungspolitik als großer Kritikpunkt die viel grundlegendere Problematik in Spaniens Migrationspolitik deutlich machte.
Mit dem Regierungswechsel 1996 von der *PSOE* hin zur *PP* kamen vorerst keine unmittelbaren Veränderungen hinsichtlich der Migrationsfrage, obwohl die Erkenntnis, dass das bisherige migrationspolitische Instrumentarium angesichts der Entwicklung der Einwanderung in Spanien nicht ausreichte, als ständige Erscheinung immer wieder ans Tageslicht kam. Die umstrittene Abschiebung von 103 Afrikanern aus Ceuta und Melilla 1996 wurde letztendlich erneut herangezogen, um die Dringlichkeit der Aktualisierung aufzuzeigen. Zwischen den Parteien herrschte grundsätzlich die Einigkeit, das Thema nicht in den Wahlkampf zu ziehen. Innenminister Mayor Oreja verteidigte allerdings das bestehende Regelwerk, weil es sowohl den Verpflichtungen des Schengener Abkommens nachkäme, als auch die notwendige Aufnahme eines Teils der Einwanderung bereits betrieben werde. Vor dieser Debatte kam es zudem zu einer Gründung einer Unterkommission in der Kommission für Sozial- und Beschäftigungspolitik, deren drei Ziele (1) einer besseren Kenntnis der Realität der Migranten, (2) einer Festlegung der Prioritäten für notwendige gesetzgeberische Maßnahmen und (3) einer Zusammenarbeit mit Vereinen der Migranten verfolgt werden sollten. Als besonderer Punkt kann gesehen werden, dass die Thematik nun nicht mehr nur die Situation der Einwanderer und Flüchtlinge, sondern auch die der spanischen Auswanderer behandeln sollte.
Die sozialistische Abgeordnete Fernández Sanz argumentierte zudem mit Fragen von Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialversicherung und Pensionen, die beide Richtungen der Migrationsthematik berühren würden. Weiters benannte sie die Familienzusammenführung als einen Teilbereich der aktiven Rückkehrpolitik. Die *PP*-Fraktion stimmte schließlich einer leicht

geänderten Fassung der *PSOE*-Fraktion zu, eine erste Hinwendung in Richtung Aktualisierung des Ausländergesetzes wurde also festgelegt.
1998, zwei Jahre später wurde dann ein Bericht mit einer Reihe von Schlussfolgerungen veröffentlicht, der interessanterweise nicht auf Konklusios der zuvor genannten Querverweise von Ein- *und* Auswanderern einging. Eine zentrale Feststellung des Schlussfolgerungsberichtes war jene, dass man von der bisherigen Konzeption von Einwanderung, in der man ausländische Arbeitskräfte mit kurzen Aufenthaltszeiten definierte, abkehren musste und sich hin zu einer langfristigen Integration orientieren sollte. Für den Einwanderer sollten zustehende Rechte wie die Regelung der Familienzusammenführung und sozialen Teilnahme und der Zugang zur Staatsbürgerschaft geregelt werden. Es kam immer wieder zu Forderungen und erneut zu einem Entschließungsantrag für eine Neuerung der gesetzlichen Sachlage, im Konkreten wurden die Lösung der katastrophalen Zustände in den Auffanglagern in Ceuta und Melilla, die Regelung der Organisation der Internierungszentren, die Ausweitung des Kontingents, aber auch eine Gesetzesreform gefordert. Die *PSOE* bemühte sich, das alte Ausländergesetz in seiner Grundstruktur zu verteidigen, erkannte aber an, dass es nur noch partiell seinen Zweck erfüllte und das Ziel des damaligen Gesetzestextes die Regelung der Anfangsphase der Einwanderung gewesen sei. Die *PP* machte ein grundsätzliches Desinteresse an der aktuellen Debatte deutlich, was wiederum zu Vorwürfen führte, dass sie ausländerpolitisch auf der anderen Seite als die restlichen Parteien stünden. Dem Entschließungsantrag wurde schließlich einstimmig stattgegeben, der Grad an Begeisterung für die Thematik war unter den Parteien allerdings nach wie vor sehr unterschiedlich. (Aprell Lasagabaster 1996, S. 345 – 366ff; Vicente Espinar 2008, S. 220 – 240)

In weiterer Folge legten dann nach und nach die Fraktionen ihre Vorschläge vor die Kommission, wobei die *IU*, *CiU* und die *Grupo Mixto* den Anfang machten. Im Überblick betrachtet gab die *CiU* einen relativ gemäßigten Vorschlag ab, der dem der *PP* noch am nächsten kam. Der Kommission lagen letztendlich mit dem Vorschlag der *PP* und der *PSOE* fünf verschiedene Dispositionen vor, die in ihrem Inhalt wesentliche Unterschiede aufwiesen.
Die *IU Izquierda Unida* reichte ihren Vorschlag zuerst ein, wobei als Grundziele die Beseitigung jeder Art von Diskriminierung im Arbeitsbereich

und bei politischen Rechten, die Schaffung einer rechtlichen Sicherheit und die Verhinderung von Behördenwillkür formuliert wurden. Zudem war die Integration mit der Gleichstellung zu spanischen Bürgern ein zentraler Punkt. Im Einzelnen sah sie die Beseitigung von bestehenden Beschränkungen bei Grundrechten (zB bei der Vereinigung und Versammlung) und die Zugangsmöglichkeit zum öffentlichen Dienst vor. Die Bestimmungen zu Einreise und Aufenthalt sollten erheblich vereinfacht werden, so wäre ein Wegfall des Nachweises von finanziellen Mitteln im Sinne der *IU*. In beschäftigungsrelevanter Hinsicht sollte eine dauerhafte Genehmigung ohne geographische oder sektorielle Beschränkung passieren, weiters war der ausdrückliche Zugang zu Aus- und Weiterbildung im Vorschlag enthalten. (BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 175 – 01; 18. 03. 1998)
Die katalanische *CiU Convergencia i Unió* stützte sich in ihrer Ausformulierung auf Arbeiten aus dem Jahre 1997, welche das in Katalonien befindliche Sozialministerium bereits bewerkstelligt hatte. Neben der Reform des Ausländergesetzes sah die *CiU* eine Veränderung verschiedener anderer Gesetze vor. Da die bis dato auf Kontrolle ausgerichtete Politik die Migration nur als temporäres Phänomen ansah und diese Sichtweise nicht mehr angemessen sei, sollte die Einwanderung als Faktor für Fortschritt und Wandel begriffen werden, wofür Maßnahmen zur Gleichstellung und Integration notwendig seien. Die Ausformulierung der einzelnen Veränderungen nahm die *CiU* wesentlich differenzierter vor als die *IU*. So wurde das Recht auf Versammlung und Vereinigung, das Recht auf medizinische Notversorgung und auf volle Gesundheitsversorgung, die kostenlose Rechtshilfe und das Recht auf Schulbildung im Detail diskutiert. Die Einreisebestimmungen sollten nicht in einer derartig liberalen Form, wie es die *IU* vorsah, von Hürden befreit werden, jedoch sah die *CiU* eine Begriffsänderung als dringlich an. Nicht nach Vorschriften einreisende Personen sollten in Zukunft nicht mehr mit dem Adjektiv ‚illegal', sondern mit dem Wort ‚irregulär' tituliert werden. Was die Arbeitsimmigration betrifft, schlug man dauerhafte Arbeitsgenehmigungen und automatische Verlängerungen dieser vor. Umfassende Details bot die *CiU* auch hinlänglich der Verstöße und Sanktionen an. Ein völlig neuer Aspekt war der Vorbehalt auf mögliche Sanktionierung nachlässiger Beamter, wenn deren Handeln eine Benachteiligung der Ausländer mit sich zog. (BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 179 – 01; 18. 03. 1998)

Die *GMx Grupo Mixto* nahm als Ausgangspunkt das Ausländergesetz 1985 und beschrieb als Ziel das Erreichen einer Gesellschaft, welche in ihrer Vielfalt und in ihrem respektvollen Umgang untereinander eine Bereicherung darstellen solle. Dafür müsse eine umfassende rechtliche Regelung auf den Grundlagen des Respekts der Grundrechte und der Nichtdiskriminierung geschaffen werden. So sollten die Beschränkungen bei den Grundrechten weitgehend aufgelöst werden, wobei für die Freizügigkeit und die freie Wohnsitzwahl nach wie vor ein regulärer Aufenthaltsstatus notwendig sein solle. Die Einreisebestimmungen sollten – wie auch bei der *IU* – stark gelockert werden, zudem setzte sich die *GMx* für eine Beschleunigung der Visumsformalitäten ein. Ein innovativer Vorschlag seitens dieser Fraktion war die Verankerung der ständigen Regularisierungsmöglichkeit, während die Abschaffung der Arbeitsgenehmigungen als radikale Neuerung anzusiedeln wäre. (BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 189 – 01; 02. 04. 1998)

Die *PSOE Partido Socialista Obrero Español* legte ihre Änderungsanträge etwas später, dafür doppelt – zum einen in Einzelanträgen und zum anderen in einem zusammengefassten Gegenantrag – ein, was sicherlich als demonstrative Haltung der Fraktion gewertet werden kann, weil diese zu Beginn des Jahres noch keine Vorschläge zu präsentieren hatte. Insgesamt sah die *PSOE* aus folgenden Gründen eine Notwendigkeit der Aufarbeitung des Ausländergesetzes vor: (1) die Notwendigkeit, die mittlerweile als strukturell erkannte und nicht mehr konjunkturell aufzufassende Einwanderung zu lenken und zu kanalisieren; (2) die Befriedigung des spezifischen Arbeitsbedarfes in gewissen Wirtschaftsbereichen und (3) die Integration und soziale Unterstützung der Einwanderung und die Förderung der Familien. Ähnlich wie bei der *CiU* sah man die Einwanderung als Bereicherung für Gesellschaft und Wirtschaft an. Als Grundrechte wurden im Konkreten folgende vorgeschlagen: (a) die Zuerkennung von Rechten und Freiheiten gemäß den Urteilen des Verfassungsgerichts, (b) rechtliche Garantien, (c) Maßnahmen gegen Diskriminierung, (d) die integrale Betrachtung des Einwanderers mit dem Ziel seiner persönlichen und sozialen Integration, (e) Stabilität im Aufenthalt, (f) Möglichkeiten der Partizipation und (g) eine Abstufung der Sanktionen. Verwunderlicherweise tauchten bei den Ausformulierungen der *PSOE* die Rechte über Versammlung und Vereinigung nicht auf. Neu war die Einführung von lokalen Ausländerbeiräten als Partizipationsorgane. Der dauerhafte Aufenthalt sollte nach fünf Jahren möglich sein, womit die *PSOE* einem

Vorschlag der Europäischen Kommission nachkam. Wie auch die *GMx* wollte die *PSOE* auf die Arbeitsgenehmigung bei dauerhaftem Status verzichten, die Regelungen der Verstöße und Sanktionen wurden leicht gelockert, blieben in ihrem Wesen aber streng. (BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 175 – 11; 18. 11. 1998; BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 179 – 10; 19. 11. 1998; BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 189 – 11; 18. 11. 1998)
Die *PP Partido Popular* reichte im Vergleich zu den vorangegangenen Vorschlägen einen klar abgegrenzten Entwurf ein. Die Ausdehnung der Rechte für Ausländer sollte begrenzt gehalten werden, die Rechte und Freiheiten in ihrer Auslegung restriktiv sein. Dem entgegen sollten weitere Sicherheitsmaßnahmen eingeführt werden, weiters erhöhte sich in ihrem Vorschlag die Zahl der Verstöße wie auch der Gründe für die Verweigerung einer Einreise. Als Neuheit war die Einführung eines Straferlasses für Opfer von Schlepperorganisationen zu sehen. Ebenfalls sah die *PP* die Möglichkeit vor, den dauerhaften Status wieder verlieren zu können. Erneute Regularisierungsaktionen lehnte die Fraktion ab[*]. Hinzu kam das Bestreben einer Aktualisierung des Asylgesetzes. (Santel 2001, S. 12)

Die verschiedenen Vorschläge der einzelnen Fraktionen waren in einem breiten Spektrum angesiedelt. Während bei sozialen Rechten Gemeinsamkeiten zu erkennen waren, differenzierten sich die Vorstellungen bei Verstößen und Sanktionen sehr.
Trotz der skeptischen Haltung der einzelnen Vertretungen kam es im September 1999 zu einer Einigung des Textes. (BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 01; 04. 11. 1999; BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 03; 19. 11. 1999)

[*] Ende 1999 beschloss das spanische Parlament dennoch erneut ein Legalisierungsgesetz. Anspruchsberechtigt waren Ausländer, die bereits im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung waren, sich also schon einmal legal im Land aufgehalten hatten, dieses aber nach dem Ende der Visafrist nicht wieder verließen. Von März 2000 bis zum 31.7.2000 stellten 225.000 Einwanderer einen Antrag auf Legalisierung. In knapp der Hälfte der Fälle wurde der Antrag positiv beschieden. Die größte Gruppe unter denen, die eine Aufenthaltserlaubnis erhielten, war die der Marokkaner, gefolgt von Personen aus Ecuador, Kolumbien, China und Rumänien. (Santel 2001, S. 12)
Obwohl die Regularisierungsaktion in Spanien nach wie vor die zweitgrößte ist und insgesamt eine sehr umfangreiche war, fand sie lediglich im Kontext der umstrittenen Reformen des *Ley de Extranjería* im Jahr 2000 größere Erwähnung.
Die positive als auch negative Kritik des Legalisierungsprogramms wurde öffentlich kaum diskutiert und lässt sich insofern subsumieren, als dass die Aktion auf der einen Seite zu einer Verbesserung der Verhältnisse zu anderen Staaten geführt hat, andererseits aufgrund des weiteren zahlenmäßigen Anstieges von irregulären Migranten aber darauf hindeute, dass diese Maßnahme nicht zielführend war, um die Anzahl der sich illegal aufhaltenden Menschen in Spanien zu verringern und schließlich war eine Erkenntnis jene, dass Spanien seine Außengrenzen nicht unter Kontrolle hatte. (Santel 2001, S. 12ff)

In weiterer Folge kam es allerdings erneut zu Irritationen und einem neuen Entschließungsantrag, die aber aufgrund des Endes der Legislaturperiode einen eher symbolischen Charakter hatten.[*]

3.3.4.2 Die Verabschiedung des Gesetzes ‚Ley Orgánica 4/2000' über die Rechte und Freiheiten der Ausländer und deren soziale Integration in Spanien am 11. Jänner 2000 und der darauf folgende Widerstand

Derartige Einwände hinderten also das Fixieren des aufgesetzten Textes nicht; im Gegenteil, in einem mit ein bzw. zwei Vertretern pro Fraktion geführten informellen Referat war das Einverständnis sehr gegeben. Während man der neuen Regelung gegenüber eine sehr positive Grundhaltung einnahm, vergrößerte sich die Ablehnung zum alten Gesetz erheblich. Probleme gab es also nicht auf inhaltlicher Seite, vielmehr stellte sich die Frage, ob das Gesetz noch bis zum Ende der Legislaturperiode im Dezember 1999 verabschiedet werden konnte.
Dem Druck konnte letztendlich standgehalten werden, am Ende wurde mit dem *Ley Orgánica 4/2000* ein Text mit 63 Artikeln zuzüglich diverser Zusatz, Übergangs- und Abschlussbestimmungen beschlossen. (BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 02, 15. 11. 1999)

Durch diese Umstände, also einem raschen Vorankommen im Fixieren des Textes, enthielt der Gesetzestext unüblicherweise keine vorangestellte Begründung mit den beabsichtigten Grundlinien. Als eine der Hauptaussagen im Text kann aber das klar definierte Zugeständnis von ‚Rechten und Freiheiten' der Ausländer in Spanien und ihre soziale Integration genannt werden. Zwar fand sich der Textlaut ‚Rechte und Freiheiten' auch im Text des Ausländergesetzes von 1985 wieder, im aktuellen Fall handelte es sich aber nicht mehr nur um leere Worte in der Präambel. Im Zentrum des Gesetzestextes stand eine klare, umfassende und ausführliche Regelung der Rechte, die Ausländern in Spanien zu Gute kommen sollte, so wird auch von einer Gleichstellung von Spaniern und Ausländern und einer Chancengleichheit derer gesprochen. Interessant war, dass hier dieser integrative Aspekt – also Gleichstellung und Chancengleichheit – in einem rechtlichen Kontext passierten. In bisherigen Texten und Vorschlägen wurde bei Integration in erster Linie vom kulturellen

[*] Vergleiche zum Einreichen der einzelnen Vorschläge auch folgende Literatur: Santel 2001, S. 12ff; Aprell Lasagabaster 1996, S. 325 – 376; Vicente Espinar 2008, S. 220 – 240)

Hintergrund gesprochen. (Vicente Espinar 2008, S. 253) So kann löblich festgestellt werden, dass der spanische Gesetzestext eine rechtliche Voraussetzung für das Konzept der Interkulturalität darstellte.
Im Organgesetz wurde weiters ausdrücklich festgehalten, dass es für Ausländer mit irregulärem Status nicht mehr nur den Weg der Ausweisung gibt, sondern die betroffenen Personen im vorliegenden Gesetz für sie klar definierten Rechte in Anspruch nehmen konnten. Mit diesem Punkt wurde dem früheren Lösungsvorschlag, das Problem der irregulären Einwanderer mittels Ausweisung aus dem Land zu bekämpfen, mit einer neuen Sicht der Integration, Einbindung und Umwandlung in reguläre Bewohner entgegen gehalten. Zudem wurden in Migrationsfragen von nun an auch Autonome Gemeinschaften, Kommunen und Nicht-Regierungsorganisationen rechtlich eingebunden, das Thema sollte also nicht mehr nur Aufgabe des Zentralstaates sein. Das Recht der Versammlung und Vereinigung wurde allen Ausländern in Spanien zugesprochen, womit beispielsweise in einer genaueren Formulierung auch die Teilnahme von Irregulären an einer Demonstration nicht mehr illegal war. Weiters regelte das Organgesetz das Recht auf Teilnahme an kommunalen Wahlen.
Die sozialen Rechte betreffend bemühte man sich besonders deutlich um die Integration. Alle Ausländer erhielten grundsätzlich zu den gleichen Bedingungen wie Spanier das Recht auf Erziehung, auf soziale Grundleistungen und ärztliche Notfallsversorgung sowie auf eine kostenlose Rechtsberatung in Verfahren. War man als Ausländer im lokalen Melderegister eingetragen, standen einem weiters der Zugang zur vollen ärztlichen Versorgung, zu Hilfen bei der Wohnraumbeschaffung und bei Armut ein kostenloser Rechtsbeistand zu. Im Falle eines regulären Aufenthaltes erhielt man die vollen sozialen Dienstleistungen und die Leistungen der Sozialversicherung. Im Bereich der Familienzusammenführung wurde geregelt, dass nachziehende Personen einen unabhängigen Aufenthaltstitel bekamen.
Bei den Bestimmungen zur Einreise wurde der Status der Visumserteilung und Einreisekontrolle beibehalten, allerdings wurden die Kompetenzen der einzelnen Behörden eingeschränkt, was eine zusätzliche Rechtssicherheit herstellen sollte. Den Aufenthaltstitel gab es in drei verschiedenen Ausführungen - dem kurzfristigen von 90 Tagen, dem mittelfristigen bzw. zeitlich befristeten und dem dauerhaften Aufenthaltstitel – und bis zur Erlangung des dauerhaften Aufenthaltstitels dauerte es von nun an – wie

auch von der Europäischen Kommission empfohlen – fünf Jahre (im Vergleich zu bisherigen sechs Jahren). Eine umstrittene Bestimmung stellte die der dauernden Regularisierungsmöglichkeit dar, es machte allerdings das Bemühen deutlich, irreguläre Ausländer nicht an erster Stelle zu verfolgen, sondern die Umstände, die zu einer irregulären Situation führen, zu bekämpfen.

Im Bereich der Arbeit blieben die Arbeitsgenehmigung und die Berücksichtigung auf die nationale Arbeitsmarktlage weiterhin als Kriterien bestehen. Zu den Inhabern einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung zählten auch in Spanien geborene Personen, die ihre Staatsbürgerschaft verloren hatten, ausländische Ehegatten von Spaniern und in Spanien geborene und lebende Ausländer. Die Berücksichtigung dieser Gruppen sollte die Integration am Arbeitsmarkt wesentlich erleichtern.

Was die Verstöße und Sanktionen anbelangte, so wurden sie im Organgesetz äußerst detailliert behandelt, was aufgrund der vorangegangen weitreichenden Differenzen in den Vorschlagspapieren der einzelnen Fraktionen nicht weiter verwunderlich war. Die Verstöße wurden in verschiedene Stufen geteilt (leicht, schwer, sehr schwer) und nur bei sehr schweren Verstößen konnte eine unmittelbare Ausweisung bewirkt werden. Neben der Maßnahme des Ausweisens kamen auch Geldstrafen hinzu. In weiterer Folge konnten nun auch Arbeitgeber für die Beschäftigung von irregulären Ausländern sanktioniert werden, was als zusätzliche Maßregel zur Bekämpfung des irregulären Status von Ausländern beitragen sollte. Das Kapitel der Verstöße und Sanktionen zog zudem kleine Korrekturen in anderen Gesetzbüchern, wie dem Strafgesetzbuch, mit sich, da beispielsweise die Strafverfolgung von Schleppern konkretisiert werden musste.

Weiters wurde ein Rat für Einwanderungspolitik *Consejo Superior de Política de Inmigración* eingerichtet, dessen Ziel die Koordinierung der vielen verschiedenen mit Migration und Integration befassten Verwaltungen sein sollte. Zusätzlich bekamen die Autonomen Gemeinschaften und Kommunen einen Sitz in der Interministeriellen Ausländerkommission *Comisión Interministerial de Extranjería*. Das bereits existierende Immigrationsforum *Foro para la Inmigración* sollte zudem mehr Gewicht in Fragen der Migrationspolitik erhalten. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2000[1], S. 1ff; Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2000[2], S. 1ff; Martínez

Atienza 2000, S. 112; Mazkiaran 2004, S. 2 - 5; Rivera Álvares 2000, S. 98 – 115, 118ff)

Betrachtet man diesen inhaltlichen Auszug aus dem Organgesetz, so lässt sich ein erheblicher Fortschritt im Vergleich zu dem vorangegangenen Ausländergesetz feststellen. Die neue Regelung blieb nach außen hin streng, wurde aber innerhalb des Rahmens deutlich liberaler. Die Einführung des Gesetzes wurde als eines der fortschrittlichsten in Europa bewertet.
Nichts desto trotz kam Kritik auf, wie zB vom *Instituto Universitario de Estudios sobre Migraciones*, denn Integration könne als komplexes soziales Phänomen nicht mit Gesetzen festgemacht werden, sondern nur einen Rahmen liefern. Eine zentrale Debatte war beispielsweise, dass Ausländer und Einwanderer denselben rechtlichen Rahmen haben müssen, ungeachtet ihrer Herkunft oder ihrer Interessen im Zielland. Mit dieser Kritik wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob das Ausländergesetz der geeignete Ort ist, die Migrationsfrage zu regeln. Eine weitere Kritik betraf die Kosten des neu definierten Gesundheitswesens, welche ebenfalls sogar zu einer Verlangsamung der Verabschiedung des Gesetzes führte. (Rivera Álvares 2000, S. 118 - 121)

Zu einem maßgeblichen Widerstand gegenüber dem neuen Gesetz kam es allerdings erst nach der Verabschiedung. Als besonderer Einwand kam auf, dass keine Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Europäischen Gipfels in Tampere im Oktober 1999 zu erkennen war. Bei dem Gipfel ging es um die Integration der Europäischen Union in den Bereichen Recht und Inneres. Ziel war es, einen ‚Raum der Freiheiten' aufzubauen. Die ‚Grundsätze der modernen Demokratie' sollten ‚gemeinsam genossen' werden, was die Regelung der Bereiche Visa, Asyl und Einwanderung insofern betraf, als dass diese innerhalb von fünf Jahren übereingestimmt werden sollten. Die bisherigen Angleichungsergebnisse waren von der Europäischen Kommission als unzureichend angesehen worden, eine verbindliche Gemeinschaftspolitik sollte geschaffen werden. Dabei sah man besonders die Regelung der Familienzusammenführung, eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Zulassungspolitik, die Bekämpfung des Menschenhandels als äußerst zentralen Punkt und die Regelung für die Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen vor. 1998 wurde von der österreichischen Ratspräsidentschaft ein Strategiepapier vorgelegt, das die

Notwendigkeit eines einheitlichen europäischen Politikkonzeptes betonte. In weiteren Schritten kam es zum so genannten ‚Wiener Aktionsplan', in dem bezüglich der Bereiche Asyl, Außengrenzen und Einwanderung ein neuer Aspekt dargelegt wurde. Nun sah man die Bearbeitung dieser Sachbereiche nicht mehr als Ausgestaltung des ‚Raumes der Freiheit' an, sondern sprach von immens wichtigen Maßnahmen, um ein höheres Maß an Sicherheit für alle europäischen Bürger zu gewährleisten.

Teile der spanischen Regierung waren nun auch der Meinung, dass die Fassung des Ausländergesetzes in einigen Bereichen nicht den Ausführungen von Tampere entsprach. Beispielsweise sah man die den irregulären Einwanderern zugestandenen Rechte als zu liberal an, weil so ein Effekt der weiteren Einwanderung hervorgerufen werden würde und man in weiterer Hinsicht von Spanien als Plattform für Schlepperbanden sprechen konnte. Ein anderer Aspekt war die mangelnde Umkehr der Rechte für Spanier im Ausland. So konnten zum Beispiel in Marokko ansässige Spanier keine ständige Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Neben den Kritiken die Beschlüsse von Tampere betreffend wurden zudem die redaktionellen Fehler im Gesetz und der sich wahrscheinlich ergebende Ansturm auf die Konsulate kritisiert. Weiters befürchtete man einen starken Überschuss an Einwanderung durch Familienzusammenführung und eine daraus resultierende Bedrohung für das friedliche Zusammenleben in Spanien. Grundsätzliche Frage der aufkommenden Kritik war, warum man erst so spät interveniert hätte; taktisches Verhalten aus innenpolitischen Gründen wurde der Regierung vorgeworfen. Zudem fragte man sich, wie es um die Kommunikation zwischen Regierung und Fraktion stand, denn die Regierung hätte in jedem Fall von dem Projekt gewusst und die Fraktionen benachrichtigen können und sollen. Die Taktik des Hinausschiebens in die nächste Legislaturperiode, die im Übrigen auch angewendet werden würde, hätte – trotz Mehraufwand – auch an dieser Stelle zu einer vernünftigeren und langzeitlich orientiert zielführenderen Regelung geführt. (Tomei 2001, S. 57ff)

3.4 Migrationspolitik seit 2000 – neue Ideen im neuen Jahrhundert?

3.4.1 Die konservativ orientierte Migrationspolitik im ereignisreichen Jahr 2000

Dass die 1999 beschlossene und im darauf folgenden Jahr vollzogene Regularisierungsaktion, bei der immerhin fast 170.000 Ausländer (Kommission der europäischen Gemeinschaften 2007[2], S. 7) einen legalen Aufenthaltsstatus in Spanien erhielten, relativ wenig diskutiert wurde lässt erahnen, dass für die migrationspolitische Geschichte Spaniens das Jahr 2000 kein unwichtiges ist. Wenn die Regularisierungsmaßnahme Erwähnung fand, dann hauptsächlich als eine in Zeiten der migrationspolitischen und legislativen Instabilität und somit in Zeiten mit fehlender Basis für technische Umsetzungen etwas willkürlich angesetzte Handlung zur Bekämpfung der Irregularität,

Die zweifache Reform des Gesetzes *Ley de Extranjería* innerhalb nur eines Jahres, hervorgerufen durch starke Proteste seitens politischer Fraktionen, vor allem aber durch viele nichtpolitische Institutionen und einer starken Lobby von den Immigranten selbst, steht hier im Vordergrund der Ereignisse, die sich nach der Jahrhundertwende weiter ziehen, wobei auch die Einführung des umstrittenen Integrationsprogramms *GRECO* als wichtiger Schritt in der Migrationspolitik der konservativen Regierung zu nennen ist.

Gleich vorweg kann gesagt werden, dass in migrationspolitischer[*] Hinsicht neben den sich überschlagenden Ereignissen im Jahr 2000 seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts bisher nur die Regularisierungsaktion 2005 eine derartig starke mediale Präsenz erhielt. Aus diesem Grund wird in vorliegendem Kapitel in den jeweiligen Unterkapiteln ein chronologisches Portfolio der 2000 und 2005 erschienenen Pressemitteilungen[**] eingearbeitet.

[*] Hier ist die *migrationspolitische* Geschichte gesetzlicher Natur gemeint. Kontinuierlich sehr starke mediale Präsenz erhielten bis dato im *migrationsgeschichtlichen* Kontext des Weiteren die überhaupt stark steigende Zahl der Immigranten in Spanien und die ebenso steigende Zahl der irregulären Einwanderung nach Spanien.

[**] Eine erste Selektion von themenspezifischen Zeitungsartikeln findet sich auf der Universitätshomepage http://www.ub.es/penal/historia/lex.htm. Diese Liste wurde für die folgende Darstellung herangezogen und eigens erweitert.

3.4.1.1 Reform und Verankerung des ‚Ley Orgánica 8/2000' im ‚Ley de Extranjería'

Mit dem Argument, die Regelungen im spanischen Gesetz entsprächen nicht den in Tampere vereinbarten Grundsätzen, kündigte die *PP* im Programm für die Wahlen im März 2000 die Reform des Gesetzes an. Veränderungen sollten vor allem bei den zugestandenen Rechten für Ausländer vorgenommen werden. (El País, 14. März 2000) Die *PSOE* vertrat in dieser Sachlage die Meinung, dass das vorhandene Gesetz aber einstweilen umgesetzt werden müsse, schloss aber – wie auch die *CiU* – eine mögliche Änderung nicht aus; diese solle aber zur Verbesserung und auf keinen Fall zur Beschränkung der Rechte stattfinden. (El País, 16. März 2000) Insgesamt befürchtete man, dass die Migrationsfrage zu einem Wahlkampfthema werden könnte, was letztendlich aber nicht geschah. Nichts desto trotz fielen Vorfälle mit Todesfällen, welche zwischen Einheimischen und Marokkanern in einer Mehrzahl passierten, genau in den Wahlkampf und schürten so die Problematik. Die *PP* denunzierte diese Vorfälle als Ergebnis einer liberalen Regelung mit einem Einfallstor für neue Einwanderung ohne einer anschließenden zielführenden Lösung im Bereich der Integration und versuchte so, eine alarmistische Stimmung zu erzeugen. (El Día, 26. 05. 2000) Im Kabinett wurden die Geschehnisse insgesamt zur Begründung einer Gesetzesreform herangezogen, was wiederum Empörung über den Zusammenhang und die Verurteilung auf Seiten der übrigen Parteien, diverser NGOs und Medien hervorrief. Im Zuge dessen erreichte die *PP* bei den Wahlen 2000 die absolute Mehrheit und hatte so ein politisches Mehrheitsverhältnis im Parlament, nun stand einer Reform nach ihren Vorstellungen nichts mehr im Weg. (Wittelsbürger 2000, S. 26 28)
Vorerst scheint es allerdings interessant, die Monate direkt nach der Verabschiedung des *Ley Orgánica 4/2000* im Jänner 2000 genauer zu betrachten. Neben der ‚nur' scheinbar positiven Haltung des Gesetzes zur Einwanderung wurden direkt nach der Verabschiedung des *Ley Orgánica 4/2000* die ‚noch restriktiveren Maßnahmen als zuvor' stark und nachhaltig kritisiert. (Diari Avui, 07. 02. 2000; La Vanguardia, 08. 02. 2000)

Betrachtet man in der spanischen Medienberichterstattung die Zeit unmittelbar nach den durchgeführten Änderungen in der besagten Gesetzgebung, so sind eindeutig Unruhen im sozialen und politischen Alltagsgeschehen zu erkennen. Unter anderem lange Schlangen vor

Institutionen und Büros, von denen sich verunsicherte Immigranten genauere Informationen zur neuen Gesetzeslage erhofften bzw. sich zur Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus' anmelden wollten, vereinzelt kriminelle Handlungen und Reaktionen auf diese Handlungen zwischen Einheimischen und Ausländern, wobei der Vorfall von El Ejido* in den folgenden Monaten von der Politik und den Medien konsequent als Exempel statuiert wurde, und schließlich zwiespältige Aussagen seitens der Regierung ließen die migrationspolitischen Angelegenheiten zunächst vom Chaos regiert erscheinen.

31. 01. 2000: Folgen der Einwanderung. Demonstration gegen die fehlenden Hilfestellungen für Ausländer ‚ohne Papiere'. (El Periódico)

01. 02. 2000: Gipfeltreffen von 6 Ministern um das Inkrafttreten der Einreisebestimmungen des Ausländergesetzes vorzubereiten (La Estrella Digital)

01. 02. 2000: Gewerkschaften und NGOs beantragen eine Verlängerung der Regularisierungsaktion um weitere vier Monate (La Estrella Digital)

02. 02. 2000: Dekreterlässe/Minister Pimentel: Für eine Fristverlängerung (El Mundo)

02. 02. 2000: Polizei ging in Alicante auf Tausende Immigranten, die Informationen forderten, los (El Mundo)

02. 02. 2000: Tausende Immigranten stürmen wegen fehlender Informationen die Büros für Auslandsangelegenheiten (La Vanguardia)

04. 02. 2000: Einwanderung. Regierung erteilt Fristverlängerung. Die PSOE verurteilt Kontrollen gegen Irreguläre in Flügen von Dakar auf die iberische Halbinsel (El Periódico)

06. 02. 2000: In El Ejido wurde ein Immigrant mit Verdacht auf Ermordung einer Frau festgenommen. (El País)

07. 02. 2000: Einheimische attackieren in El Ejido ausländische Bürger und zerstören ihre Lokale. (El País)

07. 02. 2000: El Ejido, das Ausländergesetz und der Kampf gegen Rassismus (Diari Avui)

08. 02. 2000: Pressesprecher Pique spricht sich für eine Erneuerung des Ausländergesetzes aus, Innenminister Jaime Mayor Oreja streitet Teilnahmslosigkeit der Polizei ab (La Vanguardia)

10. 02. 2000: Außenminister Matutes gibt dem starken Anstieg der Einwanderung die Schuld (El Diario Montañés)

13. 02. 2000: Die Marokkaner in Spanien werfen der Regierung ‚Geiz' und ‚Politischen Opportunismus' vor (La Razón)

22. 02. 2000: Festnahme von 140 Flüchtlingen bei erneutem Ansturm über die Meeresenge von Gibraltar (Sur)

* In El Ejido, einer andalusischen Kleinstadt, kam es Anfang Februar 2000 zu schweren fremdenfeindlichen Ausschreitungen, bei denen 40 nordafrikanische Arbeitsimmigranten, größtenteils Personen marokkanischer Herkunft, verletzt wurden. Auslöser für die gewalttätigen Ausschreitungen war der Tod einer 26jährigen Spanierin, die von einem geistig verwirrten Marokkaner nach einem versuchten Raubüberfall erstochen wurde. (Münz, Ulrich 2000, S. 5; aus: http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0002.pdf, 12. 12. 2008)

28. 02. 2000: Durch EU-Einwanderung gewinnt die katalanische Wirtschaft jährlich 73.000 Millionen (La Vanguardia)

28. 02. 2000: Die Regierung gestattet lediglich 2 Monate Frist für die Regularisierung von 70.000 Immigranten (La Vanguardia)

Im März 2000 ist eindeutig eine verstärkte Forderung seitens aller Akteure nach einer Änderung der Situation und einer erneuten Reform des Gesetzes zu erkennen. Der Vorfall von El Ejido nimmt weitere Ausmaße an, ähnliche Zwischenfälle passieren nun auch in anderen Orten Spaniens. In nationalen Diskussionen wird die Kausa ‚*El Ejido*' als Ausgangspunkt herangezogen, um über den bestehenden Rassismus in Spanien zu debattieren und spanische Medien beschreiben ‚*El Ejido'* schließlich als direkte Konsequenz der Reformen 4/2000.

Während die *PSOE* den fehlenden sozialen und integrativen Bezug der Veränderungen, welche die regierende *PP* vorhatte, denunzierte, verlautbarten führende Mitglieder dieser Partei wiederum ihre Pläne, nämlich das *Ley de Extranjería* ‚aus gegebenen Anlässen' noch administrativer und restriktiver zu gestalten. Direkte Protestantworten kamen von, neben der bereits genannten *PSOE*, auch von diversen NGOs und sozialen Einrichtungen.

Bereits Ende Februar argumentierte die katalanische Opposition mit dem großen finanziellen Beitrag, den ausländische Arbeiter in Spanien erwirtschaften würden, gegen die vorherrschenden negativ titulierten Konsequenzen, welche angeblich die hohe Zahl von Immigranten in Spanien mit sich ziehen würden. (La Vanguardia, 28. 02. 2000)

01. 03. 2000: *PP*-Kandidatin befürchtet, dass die Zahl der Immigranten die der Arbeitsplätze übersteigt (La Verdad)

09. 03. 2000: Internationale Organisation für Arbeit ILO warnt vor Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz. Spanische Betriebe lehnen 36 % der Ausländer, die eine Arbeit suchen, ab. (El Periódico)

13. 03. 2000: Die PP gibt bekannt, dass das Ausländergesetz umgehend geändert werde (El País)

16. 03. 2000: Generalsekretär Acebes bestätigt, dass sich das Ausländergesetz ‚verbessern' werde (El País)

17. 03. 2000: PP will mit CiU im Streit um das Ausländergesetz einen Konsens finden (El País)

17. 03. 2000: Die Regierung finanziert 162 Anlaufstellen für das Regularisierungsprogramm. Die Frist endet mit 31. Juli (El País)

21. 03. 2000: Das Forum für soziale Integration bemängelt die fehlenden Änderungen im Ausländergesetz (La Vanguardia)

21. 03. 2000: Zwei Vereine verurteilen die Vorgehensweise des Bürgermeisters von El Ejido während der Unruhen (Andalucía 24 horas)

24. 03. 2000: Die Ämter von El Ejido streiten ab, nordafrikanische Immigranten mit der Begründung ‚seine Situation zu regulieren' nach Huelva abgeschoben zu haben. (Andalucía 24 horas)

27. 03. 2000: Hunderte von nordafrikanischen Arbeitern protestieren bis nach Madrid (La Vanguardia)

Während im Folgemonat April seitens der scheinbar gelähmten Regierung wenig über den Prozess der Änderungen des Gesetzes berichtet wurde, eskalierten und überschlugen sich die Ereignisse auf den Straßen Spaniens. In El Ejido und Umgebung nahm die themenbezogene Kriminalität stark zu und die sich bedroht und unterdrückt fühlenden Immigranten versuchten sich zu organisieren um einerseits gegen die politischen Orientierungen zu protestieren und andererseits mehr Rechte für Ausländer ‚ohne Papiere' zu fordern und auf die Missstände in Spaniens Integrationspolitik aufmerksam zu machen.

International viel mehr Beachtung fand eine weitere Problematik, nämlich die starke Zunahme an irregulären Immigranten über die Straße von Gibraltar und über die Kanarischen Inseln. Die zuständigen Provinzen im Süden baten vor allem die spanische Regierung, aber auch die Europäische Union um Hilfe und beklagten gleichzeitig das scheinbar fehlende Interesse eben dieser.

01. 04. 2000: Der Europaabgeordnete Mendiluce bestätigt, dass sich der immigrationsbedingte Konflikt nicht nur auf El Ejido beschränkt (Andalucía 24 horas)

03. 04. 2000: Die Polizei sucht nach Tätern von Bränden in einem Armenviertel, einem Gewächshaus und von Sachbeschädigungen mehrerer Autos in El Ejido (La Vanguardia)

05. 04. 2000: Ein Sprecher der Immigranten in El Ejido sagt, die Situation habe sich erheblich verschlechtert (La Vanguardia)

11. 04. 2000: Feuerwehrleute kämpfen gegen die Ausweitung von Bränden auf Agrargebieten in El Ejido an (Andalucía 24 horas)

21. 04. 2000: Brand in El Ejido zerstört eine Telefonzelle im Immigrantenviertel (El País)

23. 04. 2000: Regierungsabgeordneter gibt die brenzliche Situation, die in El Ejido herrscht, zu (El País)

25. 04. 2000: Parteien beschreiben Abgeordneten Arzalluz' Vorgehensweise in Ausländerangelegenheiten als rassistisch (La Razón)

26. 04. 2000: Arzalluz fühlt sich durch die grobe Manipulation seiner Aussagen hintergangen (El País)

27. 04. 2000: ‚Einwanderer nehmen den Inländern keine Arbeit weg' (El Día Digital)

28. 04. 2000: Stv. Delegierter der Regierung bittet Immigranten, die Proteste einzustellen, um mit den Verhandlungen beginnen zu können. (Andalucía 24 horas)

28. 04. 2000: Marokkanische Bürger mit Aufenthaltsgenehmigung besprechen heute in Compostela mögliche Maßnahmen für eine bessere Integration von Immigranten (El Correo Gallego)

29. 04. 2000: An den Küsten von Cádiz wurden in 4 Monaten bereits mehr Irreguläre festgenommen als im ganzen Jahr 1999 (La Verdad)

29. 04. 2000 Festgenommene Immigranten kündigen in Almería einen Hungerstreik an, wenn ihre Forderungen nicht gehört werden (Andalucía 24 horas)

29. 04. 2000: Die Kanarische Exekutive bittet um Maßnahmen zur Bekämpfung der Einwanderung (Levante)

Im Mai schließlich erreichten die Proteste gegen das *Ley de Extranjería 4/2000* ihren Höhepunkt. Der in Spanien betitelte ‚*efecto llamada'*, der ‚Aufschrei-Effekt' stand zum einen für die nachhaltigen Demonstrationen seitens der sich in Spanien aufhaltenden Irregulären und weiters für das verstärkte Aufkommen der illegalen Einwanderungsversuche, welchem in der internationalen Presse nun täglich eine große Bedeutung zugeschrieben wurde.

Aznar und seine Regierung verteidigten das neue Gesetz zunächst vehement, gaben dann allerdings der von vielen Seiten geforderten Reform statt, welche sich allerdings nur in geringem Ausmaß vollstreckte. So wurde der Regierung weiters vorgeworfen, die Reform in erster Linie als ‚Beruhigungsmittel', nicht aber als tatsächliche Maßnahme zur Verbesserung der Situation für irreguläre Migranten zu sehen.

01. 05. 2000: 20 Immigranten kündigen für morgen einen Hungerstreik an. Die Vereinigung ‚Papiere für alle' bittet um die Milderung des Ausländergesetzes (La Voz de Almería)

01. 05. 2000: Mehr als 20 Immigranten gehen an der Küste von Tarifa bei dem Versuch, in ein anderes Boot zu kommen, unter. (La Vanguardia)

14. 05. 2000: Die CC fordert eine rasche Reform der Gesetze (La Verdad)

17. 05. 2000 Mayor Oreja verweist auf die Risiken des ‚Aufschrei-Effekts', hervorgerufen durch das Ausländergesetz (La Estrella Digital)

18. 05. 2000 Die IU lehnt die Erneuerungen am Ausländergesetz aufgrund der zu restriktiven Änderungen ab. (Andalucía 24 horas)

18. 05. 2000 Mit dem neuen Ausländergesetz steigt die Anzahl an schwangeren irregulären Immigrantinnen (La Verdad)

20. 05. 2000 Die Regierung beschleunigt das Aufsetzen des Gesetzes. Das Innenministerium kündigt vier Änderungen für eine Bekämpfung der irregulären Einwanderung an (La Vanguardia)

21. 05. 2000 Es werden wenige, aber grundlegende Änderungen in der Reform sein (La Verdad de Murcia)

25. 05. 2000 Aznar sagt, es sei von höchster Priorität, das Ausländergesetz so zu modifizieren, dass gegen die Mafia angekämpft werden könne. IU-Sprecher Frutos erinnert, dass der aktuelle Text im Konsens verabschiedet wurde und beschuldigt den Präsidenten, sich mehr Kapazitäten für Abschiebungen zu verschaffen. (La Estrella Digital)

26. 05. 2000 PP sagt, die Illegalen schlafen im Freien. Präsident der Kanarischen PP Soria wiederholt, dass das Gesetz Immigranten anziehen würde. (El Día)

30. 05. 2000 Exekutive streitet die Vorwürfe der PP ab. Der Kanarische Regierungsbeauftragte Rodríguez erläutert, dass das Ausländergesetz den ‚Aufschrei-Effekt' schüren würde (El Día)

In seinem Grundzug stand die Neuerung des Gesetzes, also die Verabschiedung des *Ley Orgánica 8/2000* im November desselben Jahres, unter dem Stern von mehr Restriktionen und der Stärkung des Innenministeriums, dem eine eindeutigere Führungsrolle zugesprochen werden sollte. Es sah einen Regierungsbeauftragten für Ausländer und Einwanderung vor, zudem erhielt die Regierungsdelegation eine untergeordnete Generaldirektion für Ausländer und Einwanderung (*Dirección General de Extranjería e Inmigración*), dessen Ziel die Begegnung der wachsenden Probleme der Einwanderung in Spanien sein sollte. Im administrativen Sinn würde die Einwanderungsthematik eine Aufwertung erfahren, wobei sämtliche, umfangreiche Kompetenzen von nun an der Regierungsdelegation unterstellt waren. (El País, 05. 08. 2000)

Prinzipiell sollte das Gesetzgebungsverfahren relativ rasch passieren, die *PP* wollte das Gesetz noch im selben Jahr verabschieden. Ihre Argumentation waren die möglichen negativen Folgen des bisherigen Gesetzes, man wolle diese so gering wie möglich halten. Diese Vorgabe wurde von den übrigen Parteien kritisiert, zudem wurde der *PP* vorgeworfen, sie überspringe wichtige Schritte – wie zum Beispiel die Gutachteneinholung – und ginge schlichtweg zu schnell vor. Die *PP* wollte die *CiU* und die *CC* auf ihrer Seite haben, um so einen eigensinnigen und überheblichen Eindruck in der Abhandlung der Sache zu vermeiden, zudem existierte ein gegenseitiges Interesse, weil die *PP* eine Minderheitsregierung der beiden Parteien in Barcelona und Las Palmas tolerierte. (El País, 16. 06. 2000)

Eine Zusammenarbeit mit der *IU* wurde ausgeblendet, während der *PSOE* eine grundsätzliche Dialogbereitschaft mitgeteilt wurde. Mit letzterer Fraktion gab es die Veränderung des Gesetzes betreffend unzählige Debatten, Gespräche und Diskussionen. Letztendlich machte die *PP* aber eindeutig klar, dass sie das Gesetz in nächster Zukunft auch ohne den Konsens mit

anderen Parteien verabschieden würde. (El País, 25. 09. 2000; El País, 16. 06. 2000)

Diese schwierige Lage der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Parteien und somit heiklen Voraussetzung für die Überarbeitung des *Ley de Extranjería* zeugte von einer allgemein unruhigen Stimmung in den politischen Riegen. So hatte sich beispielsweise die sozialistische Fraktion immer noch nicht wirklich von der Tatsache erholt, bereits im Jahr 1996 von der spanischen Bevölkerung nach 14 Jahren abgewählt worden zu sein und nun vier Jahre später mit einer absoluten Mehrheit für die Konservativen erneut die Ablehnung des Volkes zu spüren.

16. 06. 2000	CiU und die Kanarische Koalition setzten sich für eine Reform ein (El País)
16. 06. 2000	Regierung will das neue Ausländergesetz im Jänner verabschieden, wenngleich auch kein Konsens herrscht (El País)
05. 08. 2000	Reform des Ausländergesetzes (El País)
25. 09. 2000	PSOE verzichtet auf eine totale Reform des Ausländergesetzes (El País)

Bei der Präsentation des Vorhabens im Oktober 2000 bemühte sich Innenminister Mayor Oreja um eine detaillierte Erklärung, auch die noch fehlende Übernahme der Beschlüsse von Tampere wurden mit Betonung, dass diese in Arbeit seien, aus eigenen Reihen erwähnt. Der Innenminister berief sich bei den Erläuterungen immer wieder auf Erfahrungen aus der bisherigen Laufzeit, was insofern kritisiert wurde, als dass die bisherige Zeit mit dem Gesetz noch viel zu kurz sei um daraus repräsentative Werte ziehen zu können.

Trotz verschiedenster Grundeinstellungen der einzelnen Fraktionen herrschte schließlich doch eine konstruktive Stimmung bei der Ausarbeitung der 350 Änderungsanträge, wovon die *PP* immerhin 50 akzeptierte. Hier ist anzufügen, dass diese stattgegebenen Anträge allerdings keine Zugeständnisse in den Hauptpunkten waren. Eine zentrale Debatte im Parlament waren die Beschlüsse von Tampere im Bezug auf die Rechte der Ausländer, wo das Gesetz eine rechtliche Angleichung nur für legale Ausländer vorsah. Letztendlich erreichte die Regierung ihr Ziel und das Gesetz wurde noch vor Ablauf des Jahres verändert. (Rivera Álvarez 2000, S. 109 – 130)

Im Detail blieben die Rechte auf ärztliche Versorgung und auf soziale Dienstleistungen gleich, bei der Teilnahme an den kommunalen Wahlen gab es insofern eine Einschränkung, als dass Ausländer lediglich angehört würden, aber keine Stimme erhielten. Folgende Rechte wurden nur noch sich legal aufhaltenden Ausländern zugesprochen: (1) das Versammlungs- und Vereinigungsrecht, (2) das Recht auf obligatorische Erziehung, (3) das Recht zu arbeiten, (4) das Gewerkschafts- und Streikrecht und (5) die Teilnahme an öffentlichen Wohnraumprogrammen. Alle Oppositionsparteien kritisierten diese Einschränkungen. Als Antwort schlug die *PP* in weiterer Folge vor, die umstrittenen Rechte für alle Ausländer geltend zu machen und so eine Angleichung den Rechten der Spanier herzustellen, sofern ein legaler Aufenthaltsstatus vorliegt. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2000[1], S. 1 – 8) Der Lösungsvorschlag wurde widerwillig akzeptiert. (Rivera Álvarez 2000, S. 115)

Was die Einreise und den Aufenthalt betrifft, so gab es zwei diskussionswürdige Änderungen. Zum einen mussten Visumablehnungen nicht mehr generell begründet werden, womit der Ermessensspielraum der Verwaltung erheblich erweitert wurde, zum anderen wurde bei der dauerhaften Regularisierungsmöglichkeit der Mindestaufenthalt von zwei auf fünf Jahre erhöht. Der Abschnitt der Verstöße und Sanktionen wurde wieder verschärft und stärker am Ausländergesetz von 1985 orientiert, so wurden Verstöße nun wieder öfter mit Ausweisung geahndet.

Zwar bedeutete die Veränderung des Gesetzes einen Fortschritt für sich legal aufhaltende Drittstaatsangehörige, aber die unterschiedliche Haltung zu den Irregulären wurde deutlicher. Die Beurteilung der Gesetzesveränderung im Ganzen blieb zwiespältig, in erster Linie wurde von der Opposition kritisiert, dass die Bekämpfung von Irregulären zu einer Obsession geworden sei. Für irregulär sich aufhaltende Personen wurden die Inanspruchnahme von Grundrechten und auch der Zugang zum legalen Aufenthalt erheblich erschwert, was – so die Kritik – eine Botschaft dessen sei, dass Einwanderer Bürger zweiter Klasse seien. Zudem fragte man sich, wo die Intention der Integration geblieben sei, weil mit der Veränderung des Gesetzes nicht einmal eine rechtliche Voraussetzung für Chancengleichheit und Partizipationsmöglichkeiten für die Ermöglichung bzw. Erleichterung des Integrationsprozesses geschaffen wurde. (Rivera Álvarez 2000, S. 109 - 130)

3.4.1.2 Das Programm zur Regulierung und Koordinierung von Ausländerwesen und Einwanderung GRECO als eigenwilliger Integrationsansatz der Regierung

Was nun den Integrationsansatz betraf, so sah die Regierung ein erarbeitetes Programm namens *GRECO*[*] vor, welches aus zwei Säulen bestand und die Ausländerpolitik neben der Gesetzgebung regeln sollte. Weil die Kritiker eine weit- und tiefreichende Vorstellung des Einwanderungsgeschehens vermissten, wollte man eine Entwicklung des Programms auf Basis der umfassend angelegten ‚Grundlinien zur Ausländerpolitik' aus dem Jahr 1990 in allen Einzelheiten anlegen. Die damals verfassten Grundelemente Migrationssteuerung, Integration und Entwicklungszusammenarbeit wurden weitergeführt, was von der Struktur her zu einer Aufteilung von 72 Maßnahmen führte, die wiederum konkreter als im strukturierten Integrationsplan von 1994 formuliert waren. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2001[2], S. 1)

Die 72 Maßnahmen wurden in vier Grundlinien aufgeteilt, die erste lautete ‚Umfassende und koordinierte Gestaltung der Einwanderung als für Spanien wünschenswertes Phänomen im Rahmen der Europäischen Union'. Im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten konnte man bei dieser Grundlinie von einer Pioniersstellung in der Gesetzgebung sprechen, welche mittels Studien – betreffend die Voraussagen über den Bedarf der jährlich benötigten Einwanderer und deren Qualifikationsprofil – umgesetzt werden sollte. Neu war, dass die *PP* bei der Erarbeitung dieser Grundlinie einen Einbezug von Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und NGOs sah. Auch die konkreter genannten Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit als Einfluss in die Migrationspolitik waren eine Neuheit. Letztendlich wurde in dieser Grundlinie klarerweise – und der Aktualität entsprechend – auf die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union verwiesen.
Die zweite Grundlinie war die ‚Integration der niedergelassenen Ausländer und ihrer Familien, die aktiv zum Wachstum in Spanien beitragen', was in erster Instanz als Einschränkung auf diejenigen Einwanderer, die für das Land nutzbringend sein können, gedeutet werden konnte. Es wurde kritisiert, dass hier die irregulären Einwanderer keine Erwähnung fanden. Außerdem war aufgrund der Formulierungen kein klares Ziel erkennbar; eine Kritik,

[*] Benannt nach dem Griechen Domenikos Theotokopoulos, der (als Einwanderer) einer der bekanntesten Maler Spaniens war.

welche die *PP* insofern abwandte, als dass sie von einem Assimilationsmodell sprach, in dem Anpassung und Integration zB mittels spezieller Erziehungsprogramme bewerkstelligt werden sollten. In der Kritik wurde angemerkt, dass diese Herangehensweise für einen Kulturalisierungsprozess zu wenig Diversität zulasse. Zwiespältig kann auch gesehen werden, dass von 22 in dieser Grundlinie gestellten Fragen 15 den Aspekten der Verwaltung, Organisation und Kontrolle gewidmet waren.

Mit der ‚Regelung der Migrationsströme für die Garantie des Zusammenlebens in der spanischen Gesellschaft' wurde die dritte und zentralste Grundlinie formuliert. Es wurde darauf verwiesen, dass eine Einwanderung nach den gesetzlichen Bestimmungen passieren und jede Art von Menschenhandel unterbunden werden müsse. In seiner Begründung verwies die Regierung unter anderem auf den Fakt, dass Spanien nur ein gewisses Kontingent an Ausländern aufnehmen und integrieren könne, weil die Verfügung von Arbeitsplätzen begrenzt sei und neben der Einwanderung von Irregulären auch die Rückkehrer beachtet werden müsse und diese in weiterer Folge durch das Annehmen von Arbeitsverhältnissen zu einer höheren Arbeitslosenquote (für Spanier) führen würde. Davon ausgehend konzentrierte man sich nun auch in dieser Grundlinie auf Aktionen und Maßnahmen, die in erster Linie einen restriktiven Charakter hatten. Dazu zählten die Stärkung des spanischen Konsulats, der Ausbau der Grenzkontrollen mit einer stärkeren Sicherung der Land- und Seegrenzen, der Kampf gegen Schlepperbanden mit Spezialeinheiten, der Kampf gegen illegale Einwanderung mit Informationskampagnen, die Ausweisung von Delinquenten und der Ausbau von Internierungszentren.

In vierter und letzter Grundlinie ging es um die ‚Beibehaltung des Schutzsystems für Flüchtlinge und Vertriebene', was damit begründet wurde, dass Spanien sich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch in ein Asylland verwandeln müsse. Die Förderung der Arbeitsfähigkeit von Flüchtlingen und ihre Eingliederung in den spanischen Arbeitsmarkt kann als Nützlichkeitsaspekt gesehen werden. (Rivera Álvarez 2000, S. 109 – 130) Obwohl das Programm eine grundsätzlich positive Haltung zur Einwanderung zu haben schien, ist durch eine genaue Betrachtung der vier Grundlinien eine deutliche Konzentration auf Regelung, Lenkung und Kontrollen zu erkennen.

Insgesamt wurden die Reform des Gesetzes *08/2000* und die Einführung des Programms *GRECO* insofern stark kritisiert, als dass sie in mehreren Belangen nicht den Grundsätzen der spanischen Verfassung entsprächen, ja sogar Menschenrechte verletzen. Dem entgegen konterte die Aznar-Regierung mit der Legitimation der Reform aufgrund der Orientierung an den Maßstäben der EU, zumal die durchgeführten Veränderungen durch eine bessere administrative Einbettung sehr wohl zu einer verbesserten Grundlage für Irreguläre führen würden. Das *GRECO* betreffend wurde weiters kritisiert, dass der Nützlichkeitsaspekt nicht in der Integration im Allgemeinen lag, sondern in der wirtschaftlich orientierten Einbettung der Ausländer am Arbeitsmarkt, was Aznar selbst allerdings als positiven Aspekt des Programms betonte. (Relaño Pastor 2004, S. 117 – 118)

3.4.2 Die erneute Ausweitung der Kompetenzen der administrativen Kräfte im ‚Ley de Extranjería' im Jahr 2003 als letzte migrationspolitische Maßnahme der konservativen Regierungsära und die darauf folgende Liberalisierung der Ausführung des ‚Ley de Extranjería 2003' als erste Antwort der ab 2004 sozialistischen Regierung

In den folgenden zwei Jahren nach der Verabschiedung des *Ley Orgánica 8/2000* war es um die rechtlichen Grundlagen in der Migrationspolitik eher ruhig bestellt, bis am 20. Juni 2003 von der konservativen Regierung das Projekt zu einer neuerlichen Reform des *Ley de Extranjería* vorgestellt wurde, wobei die Betonung auf lediglich technischen Korrekturen für eine hinkünftig raschere bürokratische Abwicklung lag und den Inhalt somit in keiner Weise beeinflussen würde. (El Mundo, 20. 05. 2003; El País, 30. 06. 2003) Nichts desto trotz kann definitiv festgestellt werden, dass in fünf größeren Themenbereichen subsumierend sehr wohl inhaltliche Abänderungen vorgenommen wurden: (1) Allen voran wurden die verschärften Kontrollen an den Außengrenzen Spaniens gesetzlich verankert, (2) zusätzlich wurde das Abschiebungsprocedere so modifiziert, dass eine einfachere und schnellere Erledigung möglich werde (El Periódico Mediterraneo, 18. 12. 2003) und (3) schließlich gab es auch Änderungen, was die Kompetenzen der Polizei in Immigrationsbelangen betraf – diese wurden zugunsten der Polizei ausgeweitet.
Was nun tatsächlich die technischen Verbesserungen des Gesetzes betraf, (4) so wurden administrative Wege im Allgemeinen verbessert und effizienter gestaltet. (5) Das bereits am 20. März desselben Jahres

vereinbarte Urteil des Obersten Gerichtshofes betraf wiederum auf inhaltlicher Ebene hauptsächlich die Familienzusammenführung, der eine Erweiterung der dafür notwendigen Voraussetzungen für eine Umsetzung angehängt wurde. (Ministerio del Interior 2003, S. 7 – 12)
Mit 254 für, 14 gegen und 12 enthaltenen Stimmen wurde die Reform von der *Partido Popular*, der *Partido Socialista Obrero Español* und der *Coalición Canaria* unterstützt. (Relaño Pastor 2004, S. 130 – 133)

Vom Vorstellen des Projektes bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes am 20. November 2003 kamen heftige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien, der Kirche, welche nun ebenfalls aktiv Stellung bezog und sich gegen die Reformen aussprach, und weiteren Institutionen und NGOs in Gange. Hauptkritikpunkt war, dass die neue Verfassung des Gesetzes im Endeffekt eine Erweiterung der Befugnisse der Exekutive und der Polizei war. Die Opposition sprach vom Etablieren eines Polizeistaates während von NGOs hauptsächlich die Titulierung des Gesetzes 11/2003 ‚Bürgerliche Sicherheit, häusliche Gewalt und soziale Integration der Ausländer' stark kritisiert wurde, weil der Ausländer in dieser Auslegung mit einem Verbrecher gleich gestellt werde und auch die Rechte der Ausländer mit denen von Verbrechern gleich kommen würden.
Seitens der Regierung wurde argumentiert, dass diese Restriktionen insofern von Nöten seien, da die irreguläre Situation in Spanien und die steigende Anzahl von Einwanderern insgesamt dringend eingedämmt werden müsse. (Villena Rodríguez 2004, S. 47 - 51)
Die Änderung jenes Gesetzespunktes mit den meisten Konsequenzen für die Jahre danach war, dass Ausländer nicht mehr (wie bisher) für die maximale Dauer von fünf Jahren eine Arbeitserlaubnis mit temporärer Aufenthaltsgenehmigung beantragen konnten. Diese mittelfristige Option wurde mit weiteren Auflagen und Bedingungen verschärft, die neuerliche maximale Dauer betrug drei Jahre. Die Möglichkeit der Regularisierung von Immigranten existierte daraufhin de facto nur mehr am Papier, in der Realität wurde sie aber kaum mehr angewendet. (Villena Rodríguez 2004, S. 47 - 51) Greift man in der Chronologie weiter vor auf das Jahr 2005 und denkt an die größte bisher da gewesene Regularisierungsaktion, die dann unter der 2004 sozialistisch gewählten Regierung stattfand, so wird sichtbar, dass die Restriktionen der konservativen Regierung zwar in Statistiken die Anzahl der

legalen Einwanderer zwar nicht höher werden ließen, die irreguläre Situation aber große Ausmaße annahm.
Auch die Familienzusammenführung betreffend koppelte die Regierung die Möglichkeit einer Zusammenführung mit Familienmitgliedern im erwerbsfähigen Alter an eine Arbeitsgenehmigung, welche beantragt und gestattet werden musste, bevor man sich für eine Aufenthaltserlaubnis bewerben konnte. Diese Restriktion wurde seitens der Opposition und den NGOs insofern am Häufigsten kritisiert, als dass sie von einer damit entstehenden Verletzung der spanischen Verfassung und der Menschenrechte nach der UN-Charta von 1948 argumentierten. (Villena Rodríguez 2004, S. 50)

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2004 wartete man in Spanien zunächst zögerlich auf Veränderungen der Gesetzesgebung. Vorerst sah die Regierung keine Änderung des Gesetzes vor, wobei Ende des Jahres 2004 dann doch ein Erlass verabschiedet wurde, der eine liberalere Ausführungsverordnung des *Ley de Extranjería* vorsah.
In dem Erlass wurde die verstärkt mögliche Einreise durch die Bindung an eine Arbeitsaufnahme genauso wie die leichte Liberalisierung der Regeln für eine Familienzusammenführung vermerkt. Das Vorgehen gegen irreguläre Beschäftigung hingegen wurde deutlich verschärft.
Aufgrund der außer Kotrolle geratenen Situation der irregulären Immigranten in Spanien schien also die im darauf folgenden Jahr bisher mit Abstand größte stattgefundene Regularisierungsaktion in Spanien (und in Europa) unumgänglich und wurde seitens der sozialistischen Partei, um auf ihr Bewusstsein für den Integrationsansatz zu verweisen, betont ‚Normalisierungsaktion' genannt.
Zusätzlich zu dem in nächstem Kapitel veranschaulichten *Proceso de normalización de trabajadores extranjeros* traten im selben Jahr 2005 wieder Regelungen in Kraft, die eine individuelle Regularisierung über den Nachweis von ‚Verwurzelung' im Land ermöglichten.

3.4.3 Die Regularisierungsaktion 2005 – kritische Betrachtung einer migrationspolitischen Maßnahme wirtschaftspolitischen Ursprungs

Im Jahr 2005 unternahm nun die spanische Regierung mit dem *Proceso de normalización de trabajadores extranjeros* dem ‚Normalisierungsprozess von ausländischen Arbeitern' die bisher in derartigem Umfang noch nicht da

gewesene Regularisierung illegaler Einwanderer. Die Aktion wurde in erster Linie mit der enorm gestiegenen Zahl von Ausländern ohne legalen Aufenthaltstitel begründet, wobei nun nicht mehr die Dauer des Aufenthaltes in Spanien, sondern die Stellung der betroffenen Personen auf dem Arbeitsmarkt – und hier reichte beispielsweise ein zumindest dreimonatiges Beschäftigungsverhältnis in der Landwirtschaft – ausschlaggebend war. So sollte mit der Aktion ein Teil der Schattenwirtschaft und des schwarzen Arbeitsmarktes bekämpft werden. Des Weiteren erwartete sich die Regierung unter José Luis Zapatero einen Anstieg der Geburtenrate, welche in Spanien eine der tiefsten in ganz Westeuropa darstellte. Zudem rechnete die Regierung mit der zusätzlichen Finanzierung von Sozialversicherungen durch legale und angemeldete Beschäftigungsverhältnisse. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 02. 2005) Um letzt genannte Maßnahme zu unterstützen, wurden außerdem schärfere Kontrollen bei den Arbeitgebern, vor allem in den Branchen Bau, Landwirtschaft und Textilindustrie, angekündigt. (El Mundo, 13. 05. 2005)
Zapatero erwartete sich bei der dreimonatig angelegten Normalisierungs-aktion etwa 800.000 illegale Einwanderer, die sich melden sollten. Nachdem die Zahlen zunächst unter den Erwartungen blieben, wurden die Antragsbedingungen etwas gelockert. Schließlich ließen sich knapp 700.000 illegale Einwanderer legalisieren, wobei geschätzt wurde, dass ungefähr 80 bis 90 % der illegalen Ausländer Gebrauch von der Möglichkeit machten. Mit 21.670 Anträgen wurden ca. 3,1 % aller Anträge noch während der laufenden Aktion abgelehnt. Zum Zeitpunkt der unmittelbaren Analyse der Normalisierungsaktion rechnete man mit weiteren 400.000 Familienangehörigen, die von der Familienzusammenführung Gebrauch machen würden. Die meisten Antragsteller stammten in dieser Reihenfolge aus Ecuador, Rumänien und Marokko. Etwas mehr als die Hälfte der Gesuche wurden von Männern (58,7 %) eingereicht; knapp ein Drittel der Antragsteller arbeiteten als Hausangestellte (31,7 %), ein Fünftel war im Bau tätig (20,5 %) und knapp 15 % kamen aus der Landwirtschaft. (Bundesamt für Migration 2005, S. 2 – 6)

Sah man das Normalisierungsprogramm zunächst auf internationaler Ebene im Großen und Ganzen als innovativ, wurden nach der Durchführung rasch kritische Stimmen seitens der konservativen Opposition, diverser NGOs und sämtlicher EU-Länder laut.

Die konservative Opposition befürchtete, dass das Programm eine Sogwirkung für weitere Einwanderer hatte. Die *Partido Popular* argumentierte, dass Spanien innerhalb kürzester Zeit wieder viele Illegale im Land haben werde. Zudem wurde die Sorge dargelegt, dass es zu Spannungen zwischen den einzelnen Regionen Spaniens kommen würde, weil diese unterschiedliche und teilweise limitierte Aufnahmeressourcen besäßen. (Die Welt, 11. 05. 2005) Kurz- und mittelfristige Beobachtungen in Spaniens Migrationsprofil nach der Normalisierungsaktion bestätigten die Befürchtungen der *PP* insofern, als dass nach den politischen Maßnahmen weiterhin – und verstärkt - eine unkontrollierte Zuwanderung erfolgte. (Elrik 2008, S. 6)

NGOs hingegen befanden das Normalisierungsprogramm als zu restriktiv und berichteten von weiteren bis zu 800.000 illegalen Einwanderern, die aufgrund der hohen Hürden keinen Antrag hätten stellen können. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 05. 2005)

Auf der EU-Ebene schließlich waren die Kritiken vor allem aus Deutschland und aus den Niederlanden bereits zum Zeitpunkt der Ankündigung der Normalisierungsaktion laut geworden. Die weiteren EU-Staaten äußersten ebenfalls die Befürchtungen, dass die legalisierten Einwanderer aufgrund der offenen Binnengrenzen innerhalb der EU weiterziehen würden. Deshalb wurde die eigenmächtige und ohne Absprache mit den übrigen Mitgliedstaaten gehandelte Aktion stark kritisiert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 05. 2005) Dem entgegen kommentierte die ‚Internationale Organisation für Migration' *International Organisation for Migration IOM* allerdings, dass Zuwanderer, die bereits einen Arbeitsvertrag in Spanien besitzen und die Sprache ansatzweise beherrschen, das Land kaum verlassen würden. Zudem bestünde in der EU seit 2003 die Richtlinie, wonach Arbeitsmigration von ‚Legalisierten' innerhalb der EU erst nach fünf Jahren möglich sei. Gegenteilig versuchten illegale Immigranten aus Frankreich, Deutschland und Italien Ende April 2005 nach Spanien zu gelangen, um ebenfalls von der Normalisierungsaktion profitieren zu können. (Deutsche Welle, 12. 05. 2005)

Den Kritiken an der Normalisierungsaktion ist hinzuzufügen, dass sich gegen Ende des Programms die Berichte über zweifelhafte Antragsfälle, über die von Fälscherbanden gegen Bezahlung ausgestellte falsche Papiere und über die von einzelnen Arbeitgebern illegal verkauften

Beschäftigungspapieren häuften, wobei keine Dokumentation über Betrügereien im großen Stil vorliegt. (Deutsche Welle, 12. 05. 2005)

Land	Jahr	Zahl der regularisierten illegalen Ausländer
Belgien	1985/86	43.800
	1991	110.000
	2000	52.000
Spanien	1985/86	43.800
	1991	110.100
	1996	21.300
	2000	163.900
	2001	234.600
Frankreich	1981/82	121.100
	1997/98	77.800
Griechenland	1997/98	371.000
	2001	351.000
Italien	1987/88	118.700
	1990	217.700
	1996	244.500
	1998	217.100
	2002	634.700
Portugal	1992/93	39.200
	1996	21.800
	2001/02	179.200

Tabelle 10: Auswahl an nach Ländern und Jahren gegliederten Regularisierungsaktionen in Europa (bis zur Regularisierungsaktion 2005 in Spanien) (aus: Kommission der europäischen Gemeinschaften 2007[2], S. 7; Schweizerische Eidesgenossenschaft – Bundesamt für Migration BFM 2005, S. 6 – siehe Internetzitate)

In der Tabelle auf der vorhergehenden Seite finden sich die bis zum Zeitpunkt der spanischen Normalisierungsaktion 2005 durchgeführte größere Regularisierungsprogramme im europäischen Raum wieder. (Kommission der europäischen Gemeinschaften 2007[2], S. 7) Betrachtet man Spanien im europäischen Kontext, so wurden relativ häufig Regularisierungsaktionen durchgeführt. Lediglich das in Italien 2002 durchgeführte Programm kommt zahlenmäßig an jenes in Spanien heran, wobei auch in Griechenland im Zuge zwei aufeinander folgender Aktionen eine beträchtliche Anzahl an Illegalen einen legalen Aufenthaltstitel erhielten. Italien wird in der facheinschlägigen Literatur immer wieder im Kontext von Spaniens Migrationsthematik genannt, weil diese beiden südeuropäischen Länder eine fast übereinstimmende Migrationsgeschichte und eine sehr ähnliche Migrationspolitik aufweisen. Mit Griechenland als weiterem Akteur in den Spitzenreiterrollen, was Regularisierungen anbelangt, wird mit einem dritten südeuropäischen Land der räumliche Bezug (zu nordafrikanischen Ländern) belegt.

Weil der *Proceso de normalización de trabajadores extranjeros 2005* einer der größten und auf internationale Ebene am meisten debattieren migrationspolitischen Handlungen in Spaniens Geschichte ist, soll im

Folgenden eine Auswahl an veröffentlichten und zum Teil bereits zitierten Zeitungsberichten[*] aus nationaler, europäischer sowie internationaler Presse in chronologischer Reihenfolge aufgelistet werden, wobei bereits anhand der Überschriften der Artikel der Verlauf und die Resonanz zum Programm in den einzelnen Ländern sehr gut zu erkennen ist:

01. 02. 2005: Spanien lässt Einwanderer legal arbeiten (Financial Times Deutschland)
07. 02. 2005: Chance für Spaniens illegale Immigranten (Die Tageszeitung)
08. 02. 2005: Amnestie für Illegale (Süddeutsche Zeitung)
09. 02. 2005: Spanien holt Hunderttausende Einwanderer aus der Illegalität (Die Welt)
17. 02. 2005: Spaniens Einwanderer stabilisieren die Finanzen (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
15. 03. 2005: Starke Kritiken an Madrids Integrationspolitik (Le Figaro)
13. 04. 2005: Mit dem heutigen Tag wird die Marke von 100.000 Anträgen für den Erhalt eines legalen Aufenthaltes in Spanien erreicht (El Mundo)
02. 05. 2005: Hastige Legalisierung (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
09. 05. 2005: „Beispielloser Erfolg“. Etwa 700.000 Ausländer wollen sich in Spanien legalisieren lassen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
11. 05. 2005: Eine Million neue Bürger auf einen Streich (Die Welt)
12. 05. 2005: Grüne nennen Spanien als Vorbild (Süddeutsche Zeitung)
13. 05. 2005: Illegale Beschäftigung. Seitens des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten wird es schärfere Kontrollen in den Branchen Bau, Landwirtschaft und Textilindustrie geben (El Mundo)
16. 05. 2005: Spaniens ungewöhnlicher Schritt in Immigrationsangelegenheiten (El País)
24. 05. 2005: Irreguläre Einwanderer. Der Arbeitsminister Jesús Caldera bestätigt, dass sich 10 % der Ausländer weiterhin im irregulären Status in Spanien aufhalten (El Mundo)
25. 05. 2005: Spanien steht zur Amnestie für Immigranten (BBC News)
31. 05. 2005: Das Arbeitsministerium hat bereits 42 % der Regularisierungsanträge beschlossen (El País)

[*] Eine erste Auswahl an themenspezifischen Artikeln bietet sich aus einem Dokument der Schweizer Eidesgenossenschaft, die für das Jahr 2005 einen Statusbericht in Migrationsbelangen für Spanien erstellt hat und dabei die mediale Ebene als eine primäre Informationsquelle herangezogen hat. Einzusehen ist das Dokument auf der Homepage www.bfm.admin.ch. Nähere Literaturangabe siehe S. 289)

3.4.4 Die ersten großen Schritte in Spaniens Integrationspolitik

3.4.4.1 Einführung des Integrationsfonds 2005

Zeitgleich mit der Liberalisierung des Gesetzes und mit der Regularisierungsaktion führte das Minsterium für Arbeit und soziale Angelegenheiten im Jahr 2005 den *Fondo de Apoyo para la Acogida e Integración de Inmigrantes*, den ‚Fond für die Hilfe bei der Aufnahme und Integration von Migranten', kurz Integrationsfond, ein. Seit der Verabschiedung des ‚Plans für soziale Integration der Einwanderer' im Jahr 1994 kann zwar prinzipiell von einem Bewusstsein der spanischen Politik für eine Integrationspolitik gesprochen werden, als erste grundlegende Maßnahme ist aber die Vorliegende zu nennen.

Im Einführungsjahr 2005 dotierte die Regierung diesen Fond mit 120 Millionen Euro, wobei ein Hauptaugenmerk bei der Finanzierung der Bildung und Ausbildung von Immigranten liegen sollte. Zu einer öffentlich einsehbaren Dokumentation der Aktionen, die mit diesen Mitteln finanziert werden, wurde das Amtsblatt *Boletín del Fondo de Apoyo para la Acogida e Integración de Inmigrantes* ins Leben gerufen, deren Erscheinung von der Anzahl der finanzierten Projekte abhängig gemacht wurde.
Im Jahr 2005 beispielsweise wurden in Andalusien 23 *Boletínes* veröffentlicht, in denen neben der Unterstützung der Finanzierung der Auffanglager an den südlichen Küsten und auf den Kanaren und neben der Finanzierung sämtlicher Bildungsprogramme auch von themenspezifischen Kulturprojekten wie Lesungen, Theateraufführungen, Empfängen, etc., die mit diesen Mitteln möglich waren, berichtet wurde.

(http://www.juntadeandalucia.es, 11. Nov. 2008)

Grundsätzlich teilten sich die zu fördernden Bereiche aus dem Integrations- und Bildungsfond in folgende Bereiche: (1) Aufnahme und Erstversorgung der Immigranten, (2) Bildung und Ausbildung, (3) Beschäftigungsverhältnisse, (4) Wohnen, (5) Soziale Einrichtungen, (6) Gesundheit, (7) Kindheit und Jugend, (8) Gleichberechtigung und Kampf gegen Diskriminierung, (9) Frauen, (10) Förderung der Teilnahme in Politik, Gesellschaft und Kultur, (11) Sensibilisierung der Gesellschaft auf den Wandel zu einem multikulturellen Spanien und schließlich (12) die

Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2006, S. 7 – 15)

2008 belief sich der dotierte Betrag auf 200 Millionen Euro, wovon wiederum mit 40 % großer Bedacht auf die Förderung von Bildung und Ausbildung gelegt wurde. Weitere 45 % wurden der Aufnahme von Immigranten mit besonderer Berücksichtigung der irregulären Situation im Süden gewidmet und neu war, dass mit 5 % des Betrages speziell eine Hilfestellung für minderjährige Immigranten ohne erwachsene Begleitung gewährleistet werden soll.
Um den Fokus für Bildung zu sichern, nannte sich der Fond in erweiterter Ausführung *Fondo de Apoyo para la Acogida e Integración de Inmigrantes y el Refuerzo Educativo, ,*Fond für die Hilfe bei der Aufnahme und Integration von Migranten und für deren nachhaltige Förderung in (Aus-) bildungsangelegenheiten', kurz Integrations- und Bildungsfond. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2007[2], S. 1; Ministerio de Trabajo e Inmigración 2008, S. 3 – 24)

Insgesamt wurde der Integrations- und Bildungsfond seitens der spanischen Regierung und deren unterstellten Provinzen positiv aufgenommen, zumal dieser Fond auch als ein grundsätzlich gelungenes Pilotprojekt interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen innerhalb Spaniens gesehen werden kann. Auch die Europäische Union hieß den Fond willkommen und bezeichnete Spaniens Integrationspolitik als eine mit innovativem Charakter. Im Einzelnen waren es wiederum vor allem die Niederlande und Deutschland, die den Integrations- und Bildungsfond grundsätzlich sehr begrüßten, allerdings hinzufügten, dass dies eine notwendige Maßnahme nach der vorangegangenen, stark kritisierten Regularisierungsaktion sei, die nun von Spanien gewissermaßen erwartet werden konnte. (Kommission der europäischen Gemeinschaften 2008, S. 1; El País, 02. Mai 2007)
Lediglich die Autonomiegebiete Catalunya und El País Vasco hatten in zweierlei Hinsicht Einwände im Bezug auf die finanzielle Zusammenstellung des Fonds. Zum einen forderten sie den Fokus auf minderjährige Immigranten - einem Kritikpunkt, dem auch stattgegeben wurde – und zum anderen bemängelten sie, dass seit der Einführung des Fonds die rasante Zunahme der Anzahl an Immigranten nicht in Relation zur vergleichsweise

geringen Erhöhung des Fondbetrags stünde. (La Vanguardia, 07. Februar 2007)

3.4.4.2 Der strategische Plan zur bürgerlichen und sozialen Integration von Einwanderern 2007 - 2010

Im Juni 2006 wurde von Spaniens Regierung ein 366 Seiten langer strategischer Integrationsplan, *der Plan Estratégico Ciudadanía e Integración 2007 – 2010*, vorgestellt, der neben der finanziellen Unterstützung nun verstärkt eine verbindliche Orientierung für alle administrativen Ebenen in Sachen Integrationspolitik darstellen soll. Eine besondere Herausforderung war es, einen Plan zu entwerfen, der eine Basis sowohl für die lokalen administrativen Einrichtungen, als auch für die Autonomiegebiete und für den Staat im Allgemeinen bietet. Im Hinblick auf die Grundgedanken der Europäischen Kommission sollte der Plan nicht nur einen Leitfaden für die erfolgreiche Integration von Einwanderern aus Drittstaaten liefern, sondern auch die Problematik einer stark heterogenen, multikulturellen Gesellschaft behandeln und somit auf die Bipolarität des Themas verweisen. War der Integrationsfond 2005 in erster Linie ein quantitativer Schritt in Richtung Integrationspolitik, so wollte man nun mit diesem Aktionsplan in qualitativer Hinsicht nachkommen.
Grundlagen für die Entwicklung des Planes waren neben der Spanischen Verfassung in erster Linie die von der Europäischen Kommission verabschiedeten ‚Grundlegenden Prinzipien für eine Integrationspolitik in der Europäischen Union' aus dem Jahr 2004.
Was die Struktur betrifft, so teilte sich der Plan grundsätzlich in zwei Teile mit jeweils fünf Kapiteln, wobei die Kapiteln 1 - 5 hauptsächlich die aktuelle Situation auf politischer, gesellschaftlicher und auch wirtschaftlicher Ebene darlegten. In einer vorangegangenen Einführung wurden die Ziele des strategischen Plans formuliert, zu deren genaueren Ausführung es dann in den Kapiteln 6 – 10 kommt. Neben einer normativen Beschreibung der Philosophie der Politik, bis hin zu konkreten Aktionen, die getätigt werden sollten, fanden auch die nachhaltige Kontrolle und die konkrete Vorausschau auf die Jahre 2008 – 2010 ihren Platz. Die Ziele, die der Strategieplan verfolgt, wurden in zehn Punkten wie folgt zusammengefasst: (1) Garantie der Berücksichtigung der Menschenrechte für alle Bürger und Immigranten, (2) Abstimmung der öffentlichen Einrichtungen auf eine multikulturelle Gesellschaft, vor allem im Bereich der Bildung, (3) Garantie des Zugangs

auf öffentliche Einrichtungen für Immigranten, (4) Entwicklung eines profunden Aufnahmesystems für Immigranten, (5) Förderung der Darlegung der Werte der Europäischen Union für Immigranten, (6) Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus, (7) Entwicklung einer aktuellen, der Lage entsprechenden Integrationspolitik, (8) Förderung einer Zusammenarbeit mit den Ursprungsländern, (9) Förderung der Integrationsbereitschaft spanischer Bürger und (10) Förderung der Umsetzung des strategischen Plans auf den einzelnen administrativen Ebenen des Staates.
Eine besondere Beachtung fand die interdisziplinäre Kooperation, es wurden für die Ausarbeitung des Planes nämlich nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch nichtstaatliche soziale Einrichtungen und NGOs herangezogen. Am 16. Februar 2007 schließlich wurde der ‚Strategische Plan zur bürgerlichen und sozialen Integration von Einwanderern 2007 – 2010' als verbindliche Orientierung für alle administrativen Ebenen von der Regierung eingeführt. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2007[3], S. 19 – 23 und 39 – 41)

Für die Realisierung des Plans sah die Regierung für die vier betreffenden Jahre beachtliche 2.000 Millionen Euro (!) vor, wobei – wie auch beim Integrationsfond, der als weiteres integrationspolitisches Instrumentarium bestehen blieb – ein Hauptaugenmerk auf die Bildung gelegt werden sollte. In den Medien fand im Bezug auf die Einführung des Plans der starke Fokus der Regierung auf die Ausarbeitung einer Integrationspolitik Erwähnung, so betonte (die ohnedies *PSOE*-geneigte) La Vanguardia beispielsweise, dass die *PP*-Regierung im Vergleich dazu in ihrer Regierungszeit nur 7 Millionen Euro für die Integration von Immigranten vorgesehen hatte. (La Vanguardia, 20. 04. 2007) Was nun die finanzielle Darstellung betrifft, ist allerdings zu verweisen, dass die zwar beträchtlich geringere Bereitstellung von monetären Mitteln für eine Integrationspolitik seitens der PP durchaus einen Wahrheitsgehalt hat, man allerdings auch Einflussgrößen wie die Anzahl der Immigranten, die in den letzten Jahren beträchtlich anstieg, oder bereitgestellte Subventionen durch die EU, welche ebenfalls um ein deutliches erhöht wurden, bedenken muss.
Auf EU-Ebene wurde die Höhe des finanziellen Beitrags des strategischen Plans zum Teil[*] insofern kritisiert, als dass der Plan eine Einladung für eine

[*] Kritische Stimmen kamen hauptsächlich aus Deutschland und den Niederlanden (El País , 02. Mai 2007)

Einwanderung darstellen würde. Die *PP* forcierte diese Kritiken und denunzierte die *PSOE*, eine ignorante Politik ohne Absprache mit anderen EU-Ländern zu betreiben, woraufhin die *PSOE* wiederum entgegnete, dass derartige Maßnahmen deswegen notwendig seien, weil die in der Zeit der *PP*-Regierung entstandenen Defizite aufgehoben werden müssten. (El País , 02. Mai 2007)

3.4.5 Spaniens Migrations- und Integrationspolitik im Jahr 2008 – eine aktuelle Bestandsaufnahme

Grundsätzlich ist zu sagen, dass erst einmal abzuwarten bleibt, inwieweit die getroffenen Maßnahmen der sozialistischen Regierung die Entwicklung der spanischen Migrations- und Integrationspolitik lenken. Zwar beendete die *PSOE*-Regierung im Jahr 2008 ihre erste Regierungsperiode, doch wird sich aufgrund des erst gegen Ende hin veröffentlichen Strategieplans zeigen, inwieweit die darin dargelegten Ziele in den dafür vorgesehenen Jahren Fuß fassen werden. Erste Resümees im Bezug auf den Strategieplan aus dem Jahr 2007 bleiben deshalb aus, weil der Plan erst in eben diesem Jahr verabschiedet und der normative Teil hauptsächlich für die drei darauf folgenden Jahre ausgerichtet wurde.
Es kann aber bereits gesagt werden, dass neben den zwei politisch-instrumentarischen Maßnahmen Integrationsfond 2005 und Strategieplan 2007 – 2010 sich die verbindliche Möglichkeit einer Regularisierung mit einem Arbeitsplatz als Voraussetzung als eine sehr positive Wendung in der Gesetzeslage herausgestellt hat. (Kreienbrink 2008, S. 8 – 9)

Zudem ist eine verstärkte mediale Präsenz seitens der Regierung in Sachen Integrationspolitik zu erkennen. Neben der Veröffentlichung von einer Reihe von themenspezifischen Publikationen auf der für die Bürger zugängliche Internetseite des Ministeriums für Arbeit und Immigration www.mtas.es, wird im Fernsehen und mittels Plakaten aktiv für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Integration geworben.
Mit der Umbenennung des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten *Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales* in Ministerium für Arbeit und Immigration *Ministerio de Trabajo e Inmigración* vollzog die Regierung schließlich auch einen symbolischen Akt, der unter anderem das Bewusstsein der dringlichen Lage durch die Regierung deutlich machen sollte.

Mit einer Reihe an Veröffentlichungen über die Situation der Immigration verbunden mit dem spanischen Arbeitsmarkt wird zudem auf eine intensivere Zusammenarbeit dieser beiden dem Ministerium unterstellten Bereiche hingewiesen. (beispielsweise Bardají Ruiz 2006, Pajares 2008)

Bereits im Jahr 2006 wurde mit dem Dekret 3/2006 das dem Arbeitsministerium untergeordnete *Foro para la Integración Social de los Inmigrantes*, das ‚Forum für die soziale Integration der Immigranten' errichtet, indem auch der Integrationsfond und der Strategieplan eingebettet wurden. Die Integrationspolitik erhielt somit eine neue Dimension. 2008 wurde vom Integrationsforum nach 2007 zum zweiten Mal ein Bericht veröffentlicht, der insofern von besonderer Bedeutung ist, als dass er erste Evaluierungsberichte aus dem Jahr 2007 beinhaltet.[*]

Neben diesen Evaluierungsberichten, der Aufschlüsselung des Integrationsfonds und der Präsentation des Strategieplans ist ein weiterer Teil der Publikation von themenspezifischen Monographien durch außerpolitische Institutionen gewidmet, wobei ein Hauptaugenmerk auf den aktuell relevanten Themen wie Familienzusammenführungen, Beschäftigungsverhältnisse und der Diskriminierung von weiblichen Immigrantinnen liegt. Die Publikationen[**] können auf der Homepage des Arbeits- und Immigrationsministeriums eingesehen werden. Zusätzlich werden im Bericht 2008 die Vorhaben der Regierung für die neue Legislaturperiode vorgestellt, welche sich in ihren Grundzügen nicht von den bisherigen unterscheiden und noch stärker an die Vorstellungen der

[*] Wegen der Abstinenz der Evaluierungsberichte anderer Parteien und außerpolitischer Institutionen erscheinen die Evaluierungen in der Berichterstattung für das Jahr 2007 unvollständig und werden deshalb nicht näher ausgeführt. Nicht zu verwechseln ist der Ausschluss der außerpolitischen Institutionen in der vorliegenden Evaluation mit dem interdisziplinären Ansatz überhaupt. So sind jene Monographien, die in nachfolgender Fußnote genannt werden, ausschließlich von außerpolitischen Institutionen verfasst worden und durch die Aufnahme in den Leitfaden des Integrationsforums kann von einer Steigerung des Einflusses jener Institutionen in das politische Geschehen gesprochen werden.

[**] Im Jahr 2008 wurden folgende Veröffentlichungen als Leitlinien des Integrationsforums aufgenommen:
1. Die lokale Verwurzelung (Alarcón Mohedano, Ignacio: *El arraigo local*) - Federación Española de Municipios y Provincias FEMP
2. Die Familienzusammenführung (Serrano Villamanta, José, et al: *La reagrupación familiar*) - Asociación de Solidaridad con los Trabajadores Inmigrantes ASTI
3. Beschäftigungsverhältisse (Corral Juan, Ana: *Empleo*) – Unión General de Trabajadores UGT
4. Diskriminierung von weiblichen Immigrantinnen (Bakea Aonso Fernández de Avilés: *Violencia contra las mujeres inmigrantes por razón de género*) – Consorcio de Entidades para la Acción Integralcon Inmigrantes CEPAIM – Instituto de la Mujer – Red Acoge
5. Asyl (*Asilo*) – Asociación Comisión Católica Espaõla de Migración (ACCEM)

Europäischen Union* gekoppelt sind. So wird einerseits der Ausbau der Integrationspolitik, genau so wie umgekehrt die weitere konsequente Eindämmung der irregulären Migration gefördert. (Ministerio de Trabajo e Inmigración 2008[3], S. 7 – 10; Kreienbrink 2008, S. 9)

Die Gründung jenes Integrationsforums lässt erahnen, dass Spanien – durchaus als Vorreiterrolle in der Europäischen Union – ein Bewusstsein für den integrativen Ansatz der Thematik hat. Dass die Regierung ihren eigenen Mix aus Konzentration auf Integrationspolitik gepaart mit stärkeren restriktiven Kontrollen an den Grenzen in Frage stellen könnte, macht eine ungewöhnliche Handlung der *PSOE* deutlich, welche auf internationalem Boden mit überraschender Haltung aufgenommen wurde.

Im Juni 2008 verkündet die spanische Regierung nämlich eine Maßnahme zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosenzahl, die als eine ungewöhnliche Wendung in der Migrationspolitik beschrieben werden kann. Bereits ab Juli konnten/können sich Einwanderer, deren Job aufgrund der Wirtschaftskrise gefährdet ist, ihre Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung auszahlen lassen, um sich im Heimatland eine neue Existenz aufzubauen. Dabei betonte die spanische Regierung, dass dieser Betrag in vielen Herkunftsländern reiche, um sich eine Zukunft in Wohlstand zu sichern.
Der neue Arbeits- und Einwanderungsminister Celestino Corbacho rechnet inklusive der Arbeitslosen** und ihrer Familien eingeschlossen mit bis zu einer Million Einwanderer, die von diesem Angebot Gebrauch machen würden. Eine Garantie zur Wiedereinreise erhalten die Immigranten nicht, weiters darf erst nach einem mindestens dreijährigen Aufenthalt außerhalb Spaniens erneut ein Antrag auf Rückkehr gestellt werden. 40 Prozent des Geldes soll den Immigranten vor der Abreise, der Rest einen Monat nach der Ankunft im Ursprungsland ausbezahlt werden. Um möglichen Antragstellern die Entscheidung zu einer Rückkehr in ihr Heimatland zu erleichtern, vergibt der spanische Staat, wenn notwendig, zusätzlich kleine Kredite als weitere finanzielle Unterstützung für den Aufbau einer Existenz im Ursprungsland. Das Angebot der Regierung unter Zapatero gilt für 20 Nicht-EU-Länder, mit denen ein entsprechendes Abkommen zur

* Die Spanische Migrationspolitik im Kontext der Europäischen Union und ihren Interessen, Konflikten und Herausforderungen wird in nachfolgendem Kapitel 3.4.7 näher behandelt.

** Aktuell werden von 2.2 Millionen Immigranten aus Nicht-EU-Staaten berichtet, wovon sich ungefähr 170.000 in Arbeitslosigkeit befinden. (Die Süddeutsche Zeitung, 18. 07. 2008)

Anerkennung von Sozialversicherungsansprüchen besteht. So können Bolivianer oder Senegalesen von dieser Rückkehrhilfe nicht Gebrauch machen. Vizeregierungschefin Fernández de la Vega verwies bei der Kundmachung des Angebots auf den bipolaren Aspekt der Maßnahme, denn die Initiative helfe den Immigranten gleichermaßen wie dem spanischen Staat und seiner Wirtschaft.
Bis dato fand diese Maßnahme grundsätzlich Anklang bei den dabei betroffenen Akteuren, wobei Vertreter der größeren Einwanderungsgruppen, wie der Marokkaner und Ecuadorianer, auf die schwierige Umsetzung verweisen. Zudem wurde der Verdacht geäußert, dass mit dieser Regelung wahrscheinlich in vielen Fällen den Immigranten nicht wirklich in ihrer wirtschaftlichen Lage geholfen werden könne.
Des weiteren ließ die Regierung verlautbaren, dass die Einwanderungspolitik in einzelnen Punkten strengere Kriterien bekommen müsse, wobei die ersten Vorschläge sogar als strikter als die in Brüssel auf EU-Ebene unterbreiteten Richtlinien gesehen werden. So sollen beim Familiennachzug Großeltern hinkünftig nicht mehr berücksichtigt werden. (Die Welt, 15. 06. 2008; Die Süddeutsche Zeitung, 18. 07. 2008)

Seitens der NGOs ist als eine zentrale Publikation der von *Amnesty International España* veröffentlichte Jahresbericht *Informe Anual* zu nennen, der die Hauptherausforderungen und die bedenklichen Umstände jährlich aufs Neue kritisch beleuchtet. Im Jahr 2008 beinhaltet der Bericht neben den der Migrationsthematik direkt zugeordneten Themengebiete der irregulären Einwanderung im Süden Spaniens und der Gewalt gegen Frauen und hier speziell gegen weibliche Immigrantinnen auch eine Analyse der Lage der politischen Flüchtlinge (aus dem Bürgerkrieg und dem Franquismus) und der aktuellen Situation im Umgang mit der ETA. Die durchwegs starke Konzentration auf Einwanderungspolitik macht ersichtlich, dass sich *AI España* diesem Thema in zentraler Art und Weise widmet. (www.es.amnesty.org/paises/espana, 19. Nov. 2008[1])
Was die Migrationsfrage betrifft, so macht *AI España* in erster Linie auf den vorherrschenden Rassismus aufmerksam und veröffentlicht aktuell im April 2008 zu dieser Position den Artikel *Entre la desgana y la invisibilidad* ‚Zwischen Unwollen und Unsichtbarkeit'.

(www.es.amnesty.org/paises/espana, 19. Nov. 2008[2])

Die *Comisión Española de Ayuda al Refugiado CEAR* ‚Die spanische Kommission für Hilfestellungen für Flüchtlinge *CEAR'* hingegen konzentriert sich in ihrer Arbeit auf integrationsspezifische Maßnahmen. Im Juni und Juli 2008 veranstalteten die CEAR Informationstage in den größeren Städten Spaniens, bei denen sich Immigranten über ihre Möglichkeiten, Rechte und Pflichten erkundigen konnten. Außerdem wurde im Juli 2008 ein groß angelegtes Kinofestival organisiert, bei dem Filme zum Thema Migration gezeigt wurden, womit der spanischen Bevölkerung die Einwanderungsproblematik näher gebracht werden sollte. (http://www.cear.es/home.php, 19. Nov. 2008)

Des weiteren publizieren zahlreiche NGOs, unter denen die *Inmigración Extranjería – Derechos sin fronteras, derechos para todos* ‚Einwanderung – Rechte ohne Grenzen, Rechte für alle', die *Asociación Pro Derechos Humanos de Analucía* ‚Die Menschenrechtsvereinigung Andalusien' und *Integra Local* ‚Lokale Integration' ebenso zu den Größeren des Landes gehören.
Die Berichterstattung, Veröffentlichung von Statistiken und die Migrations- und Integrationsarbeit der NGOs insgesamt spielen in Spaniens aktueller Geschichte insofern eine große Rolle, als dass sie in der Politik zunehmend an Stimmen gewinnen und (zum Teil, wenngleich noch geringen) Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Hauptkritikpunkt der meisten NGOs sind die menschenrechtswidrigen Vorgehensweisen an den Außengrenzen Spaniens und aktuell wird im Bezug auf die neue Wendung durch das Auswanderungsförderprogramm bekundet, dass man Immigranten, die sich aufgrund ihres Schicksals in traumatischen Zuständen eine neue Existenz aufzubauen versuchten, nicht auf mindere finanzielle Beträge reduzieren könne. (El País, 20. Sep. 2008)
Der Sprecher der NGO *Asociación Hispano-Ecuatoriana Rumiñahui* ‚Ecuadorianisch-Spanische Vereinigung Rumiñahui', Raúl Jiménez, berichtet außerdem aktuell von seinen Befürchtungen, dass sich die Zahl der irregulären Einwanderer immens erhöhen würde, wenn die Möglichkeit, einen Arbeitsvertrag einzugehen, weiterhin restriktivere Ausmaße annimmt. Diese Kundgebung war eine Antwort auf die von Arbeitsminister Corbacho kurz zuvor angekündigte Maßnahme, dass die Möglichkeit der Arbeitsvertragsregularisierung mit 2009 überhaupt abgeschaffen werden solle. (El Universo, 5. Sep. 2008) Die *CEAR* argumentierte, dass sich das

Nachhauseschicken von Immigranten überhaupt negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens auswirken würde und daher in mehrfacher Hinsicht eine nicht sinnvolle Maßnahme sei. (Diario Vasco, 01. 07. 2008)

Die aktuelle restriktive Haltung der spanischen Regierung sorgt momentan insgesamt für große Unruhen in den Lagern der einzelnen Akteure. Während sich die Regierung gezwungen sieht, auf die anhaltende Steigung der irregulären Migration zu reagieren und dabei im Sinne der Vorstellungen der Europäischen Union zu handeln versucht, scheinen ebendiese Handlungen (noch) etwas undefinierte Experimente zu sein. Inwieweit sich diese durchsetzen und vielleicht doch noch eine klare Linie bekommen und inwieweit sich die Regierung in ihrer zweiten Periode seit 2008 in Migrationsangelegenheiten profilieren kann, gilt es zu beobachten.

3.4.6 Spanische Migrations- und Integrationspolitik im internationalen Kontext und im Spannungsfeld europäischer Politik

Was die Einbettung Spaniens in die europäische Migrationspolitik betrifft, so publiziert das Ministerium für Arbeit und Immigration auch hier eine detaillierte Zusammenschau[*], welche sich in Form eines 230 Seiten langen Berichtes widerspiegelt. Die Publikation teilt sich dabei in drei Teile, wobei (1) die aktuelle Lage der Zusammenarbeit zwischen Spanien und der EU und (2) die darin bestehenden Differenzen analysiert werden. Weiters werden in einem letzten Teil (3) der politische Diskurs seit Beginn der europäischen Gemeinschaft und seine Entwicklung dargestellt. (Zapata-Barrero et al 2008, S. 9 – 11)

Weil die aktuellen Beziehungen der EU mit Drittländern in Einwanderungsfragen ein zentraler Bestandteil der jüngst veranschlagten Migrationsarbeit sind, bietet ein Überblick über die in den letzten Jahren stattgefundenen Tagungen und Programme[**] einen Einblick in die

[*] Das hier zitierte Dokument *El Discurso Político en torno a la Inmigración en España y en la UE* 'Der politische Diskurs im Bezug auf die Immigration in Spanien und der EU' ist nur eines von einer ganzen Reihe an vom Ministerium für Arbeit und Immigration publizierten Dossiers die EU-Ebene und Spanien betreffend, kann jedoch als Hauptpublikation gesehen werden.

[**] Weil in vorliegender Arbeit die europäische Dimension zwar für das Wirkungsgefüge in Spanien grundlegend ist, dennoch aber aufgrund des nationalen bzw. in weiterer Hinsicht regionalen Fokus' (auf Catalunya) 'lediglich' eine Facette darstellt, findet sich hier keine umfassende Darstellung der europäischen Migrationspolitik.

Tätigkeiten der umfassenden Migrationspolitik der EU. Als Leitsatz wird von der Europäischen Kommission das Ziel, die Vorteile der legalen Migration zu optimieren und die illegale Migration und den Menschenhandel zu bekämpfen, genannt. (www.ec.europa.eu, 19. Nov. 2008[1])

Nach dem informellen EU-Gipfel am 27. Oktober 2005 in Hampton Court, bei dem alle Staats- und Regierungschefs der EU tagten und vorrangige Maßnahmen zur Lösung von Migrationsproblemen Gegenstand der Zusammenkunft waren, wurden die geplanten Tätigkeiten noch Ende des Jahres in die Arbeit der Europäischen Kommission und der einzelnen Staaten aufgenommen. Gefordert wurden dabei insbesondere eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern und regionalen Organisationen außerhalb der EU auf unterschiedlichen Gebieten (legale und illegale Migration, Entwicklung, Flüchtlingsschutz und Menschenhandel) und die Koordinierung verschiedener Politikbereiche wie Außenbeziehungen, Entwicklung, Beschäftigung, Justiz und Inneres. Im Konkreten sollten die ersten Maßnahmen die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern, der Dialog mit Afrika und mit den Nachbarländern im Mittelmeerraum sein.

Bei dem UN-Dialog auf hoher Ebene über internationale Migration und Entwicklung im September 2006 in New York und bei der ersten EU-Afrika-Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung in Tripolis wurde erneut auf einen nach wie vor und dringend notwendigen Ausbau der Kooperationen zwischen den Staaten verwiesen. Des Weiteren kamen die sich daraus ergebenden Tätigkeitsfelder Migrationssteuerung, Frieden und Sicherheit, Humanressourcen und Menschenrechte zur Sprache und mit der Idee, gemeinsam eine Basis für das Wohlergehen der Menschen schaffen zu wollen, wurde in symbolischer Manier ein positiver Auftakt für künftige Zusammenarbeiten geschaffen. Dass in beiden Tagungen allerdings die Politik der Sicherheiten, welche vor allem von den USA und Europa forciert wird, eine Erweiterung in ihren Anwendungskompetenzen erfuhr, lässt die Stärkenverteilung der teilnehmenden Akteure erahnen. Im Anschluss an das so genannte Troika-Treffen[*] im Jahr 2006, bei dem die Migration ein Hauptthema darstellte, wurde seitens der EU der bilaterale Dialog mit

[1] In einem sehr groben Überblick können in Ergänzung folgende Verabschiedungen und Programme als Grundmeilensteine für die europäische Migrationspolitik gesehen werden: (1) der Maastrichter Vertrag 1992, (2) der Amsterdamer Vertrag 1997, (3) das Tampere-Programm 1999 – 2004, (4) das Haager Programm 2005 – 2010, (5) der Gesamtansatz zur Migrationsfrage 2005 und schließlich (6) der Vertrag von Lissabon. (Angenendt 2008, S. 8)

[*] 10. Treffen der Wirtschaftlichen Vereinigung der Westafrikanischen Staaten ECOWAS und der EU am 16. Oktober 2006 in Niamey, Niger (www.consilium.europa.eu, 19. Nov. 08 2008)

Mauretanien und Senegal eröffnet. Zudem stand die Errichtung eines Netzes regionaler Verbindungsstrukturen an der Tagesordnung. Das ILO-Netz sollte gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten, der Frontex, der Europol und den Kommissionsdelegationen in den afrikanischen Ländern zu einer größeren Informationstransparenz beitragen.
Für das Jahr 2007 stellten der EU-Afrika-Gipfel (im Dezember) und der im Zuge dessen verabschiedete Aktionsplan einen grundlegenden Schritt in der europäischen Migrationspolitik dar. Schließlich wurde neben den bilateralen Kooperationen auch die Angleichung der Migrationspolitiken in den Mitgliedsstaaten weiter forciert und Ende des Jahres 2007 von der Kommission die Mitteilung ‚Schritte zu einer gemeinsamen Einwanderungspolitik' veröffentlicht. (www.ec.europa.eu, 19. Nov. 2008[2])

Ein sicherlich wesentlicher Punkt, der auf europäischer Ebene diskutiert wird, ist die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und des illegalen Aufenthalts im europäischen Raum, wobei in dem von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Jahresbericht über Migration und Integration deutlich wird, dass eine restriktive Agenda der Abwehr, Einschränkung und Kontrolle von Zuwanderung dominieren soll. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2007, S. 1 – 4) Grundsätzlich wird im dem Jahresbericht, der seit 2005 erscheint und somit im Jahr 2008 zum vierten Mal publiziert wird, aktuell festgestellt, dass die europäischen Länder aufgrund der schrumpfenden und zugleich alternden Bevölkerung auf Zuwanderung angewiesen sind und deswegen eine aktive Integrationspolitik gefördert werden soll. Nichts desto trotz wird der Hauptteil des Berichtes der erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der irregulären Migration gewidmet. (Vogel, Cyrus 2008, S. 4) Die politische Linie einer Intensivierung der Migrationskontrolle zieht sich gewissermaßen durch alle einschlägigen Dokumente der Europäischen Kommission. 2006 wird eine Mitteilung veröffentlicht, in der nach der im Jahr zuvor eingeführten europäischen Grenzpolizei Frontex zusätzlich ein System von e-borders angelegt werden soll, bei dem mittels elektronischer, biometrisch gestützter Verfahren eine automatisierte Registrierung der Ein- und Ausreisen erfolgen soll. (Bendel 2006, S. 123 – 134) Ein derartiges Kontrollsystem findet schließlich in der Inbetriebnahme des Schengener Informationssystems statt, hinsichtlich dessen bis 2011 in allen EU-Pässen und EU-Visas biometrische Daten enthalten sein sollen. (Angenendt 2008, S. 12)

Bei Betrachtung der einzelnen nationalen Migrationspolitiken wird grundsätzlich ersichtlich, dass sie innerhalb der Europäischen Union eine sehr heterogene Struktur aufweisen, was wiederum für die Europäische Kommission als Motor für eine gemeinschaftliche Migrationspolitik eine besondere Herausforderung darstellt. Vor allem die erheblichen Unterschiede bei den nationalen Interessen können als Hindernis für eine schnellere Vergemeinschaftung gesehen werden, zumal diese Vereinheitlichung von den einzelnen Staaten insofern verzögert wird, als dass sie diese lediglich dann fördern, wenn sie ihren eigenen Interessen entspricht.
Die vielfältige und in den einzelnen Staaten unterschiedlich entwickelte Migrationspolitik kann für eine europäische Handhabe in kritischer Hinsicht auch als intransparent und zum Teil widersprüchlich gesehen werden, was eine Vergemeinschaftung und die darüber hinaus gehende Legitimierung auf internationalem Boden natürlich erschwert.

Die Europäische Kommission hat, was die Erstellung eines Einheitskonzepts angeht, eventuell auch etwas hastig reagiert, in dem sie bisherige Migrations- und Integrationskonzepte einzelner Staaten schnell als gescheitert beurteilte und mit der Einführung neuer Programme quasi eine bürokratisch kaum übersehbare Landschaft bildete.
Als bisher positiv zu vermerkende Aspekte können durchaus die Öffnung neuer Zuwanderungsmöglichkeiten, die Betonung auf Integration und Kooperation und die Verbindung von Asyl mit Migration genannt werden, wobei allerdings Kritikpunkte wie die nach wie vor existente Fokussierung auf die Grenzsicherung und Begrenzung, die Wahrnehmung von Migration als Risiko und nicht als Chance und die Nachordnung der menschenrechtlichen Aspekte und des Flüchtlingsschutzes im Vordergrund stehen.

Wie auch auf spanischer Ebene stellen die demographischen Veränderungen (wie der Rückgang der Geburtenrate) und die ökonomische Situation (wie beispielsweise das Arbeitskräftepotential) im Zusammenhang mit migrationspolitischen Strategien eine besondere Herausforderung für die Zukunft dar. (Angenendt 2008, S. 16 – 26)

Wirft man nun einen Blick ‚dahinter' - hinter die seitens der Europäischen Union geförderten Kontrollmaßnahmen, so stellt sich die Frage, ob die restriktive Ausführung in der Anwendung, in der sie praktiziert wird, auch den gewünschten Output erzielt.
Ein erster und wesentlicher Kritikpunkt ist sicherlich, dass die Europäische Kommission in seinen Vorhaben keine Evaluation der Wirtschaftlichkeit und Effektivität der Migrationskontrollen vorgesehen hat. So hängten sich Innenminister einiger Mitgliedsstaaten an die vom deutschen Innenministerium dringend geforderte Petition, den erheblichen Forschungsbedarf zu decken, da die Ausweitung der Kontrollen sonst unnötige Bürokratie und Ausgaben öffentlicher Mittel erfordere, ohne dass möglicherweise das erklärte Ziel der Reduzierung der Anreize zu illegaler Einwanderung erreicht werde. (Vogel/Cyrus 2008, S. 4) Aufgrund dieses Fehlens von Nachhaltigkeits- und Evaluierungsberichten lassen sich im weiteren Verlauf nur Vermutungen anstellen, was die kritische Betrachtung der europäischen Migrationspolitik betrifft.

In dem von Vogel und Cyrus 2008 veröffentlichten Kurzdossier (S. 7ff) werden die theoretischen Kritikpunkte treffend subsumiert und sollen im Folgenden kurz dargestellt werden: Durch den Ausbau der Grenzkontrollen werden die Risiken und Kosten einer irregulären Einreise erhöht. Zwar könnte dies potentielle irreguläre Migranten abschrecken, andererseits könnten allerdings strikt geschlossene Grenzen die überzogenen Vorstellungen von Lebensqualität und Verdienstmöglichkeiten nach einer erfolgreichen illegalen Einreise genährt werden.
Die verstärkten Kontrollen im Inland führen weiters dazu, dass die angemeldeten Beschäftigungsmöglichkeiten für Zuwanderer ohne Status eingeschränkt werden und illegale Einwanderer daher in weiterer Folge ein irreguläres Beschäftigungsverhältnis eingehen. Zum einen ist diese Maßnahme aufgrund der Konsequenz fragwürdig, zum anderen stellt die Gruppe der irregulären Migranten in angemeldeten Beschäftigungsverhältnissen ohnedies eine Minderheit dar, was nun wiederum die Überlegung anstellen lässt, ob derartige Kontrollmaßnahmen im Inland tatsächlich Zentrum des Interesses in der Bekämpfung der irregulären Migration sein sollen. Insgesamt ist zweifelhaft, ob die Art und das Ausmaß der vorgeschlagenen Kontrollen im Inland in der Umsetzung zu realisieren sind, denn nach gegenwärtigem Erkenntnisstand liegt vor allem ein

Vollzugsdefizit vor, weil die Sanktionen gegen Arbeitgeber nicht effektiv durchgesetzt werden.

Bettet man diese Kritikpunkte in eine konstruktive Vorausschau für die Migrationspolitik auf europäischer Ebene, so bleibt abzuwarten, ob in den Leitlinien 2008 der Forderung nach Evaluierung und Reflexion genauso wie der Nachfrage nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und einer intensiveren Aufklärungsarbeit in den Zielländern nachgekommen wird. Aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen der Europäischen Kommission ist in jedem Fall davon auszugehen, dass die restriktive Kontrollpolitik in keinen Punkten durch alternative Maßnahmen ersetzt oder eingeschränkt wird, sondern der qualitative Ansatz (wenn überhaupt) lediglich in einer additiven Funktion Erwähnung findet.

Im Bezug auf Spanien ist zu der Richtung, die auf europäischer Ebene verfolgt wird, in erster Linie zu sagen, dass eine wechselseitige Beziehung existiert. Auf der einen Seite wird Spanien oft als Vorreiterbeispiel in integrationspolitischen Belangen genannt, wobei hier besonders auf die Einführung des interdisziplinären Strategischen Plans 2007 - 2010 und auf die Zusammenstellung der für eine Regularisierung notwendigen Voraussetzungen verwiesen wird. Auf der anderen Seite versucht Spanien innerhalb der Europäischen Union unentwegt klar zu machen, dass es auf die Hilfe für eine Reduzierung der illegalen Einwanderung angewiesen ist. Die kontrollorientierte Migrationspolitik, die seitens der Europäischen Union gefördert und finanziert wird, sieht nun in den südeuropäischen Ländern und somit in Spanien einen besonderen Handlungsbedarf, was wiederum auch eine verstärkte Präsenz der Frontex erklärt.

3.5 Exkurs: Festung Europa mit Spanien als Tor – eine Zusammenschau von Spaniens Migrationspolitik im Hinblick auf die Europäisierung als strukturelles Ziel

Weil zu Beginn des nun dargelegten Kapitels 3.4 *Migrationspolitik seit 2000 – neue Ideen im neuen Jahrhundert?* über die Migrationspolitik Spaniens in einem Stimmungsbild bereits ein umfassender Überblick gegeben wurde und die Kapitel 3.4.5 und 3.4.6, welche die aktuelle Situation in nationaler und in europäischer Hinsicht behandeln, bereits ein kritisches Resümee und eine Vorausschau für die Zukunft beinhalten, soll anstelle einer Zusammenfassung in einem Exkurs die spanische Migrationspolitik mit jener anderer europäischer Staaten verglichen werden.
Zunächst aber soll mit der Darlegung einer durchgeführten Umfrage, die im Mai 2004 nach den Terroranschlägen in Madrid im März 2004 durchgeführt wurde, die Komponente der Wahrnehmung der Einwanderung als aktuelles und sich fest verankerndem Phänomen der Gesellschaft durch die spanischen Bürger Erwähnung finden.

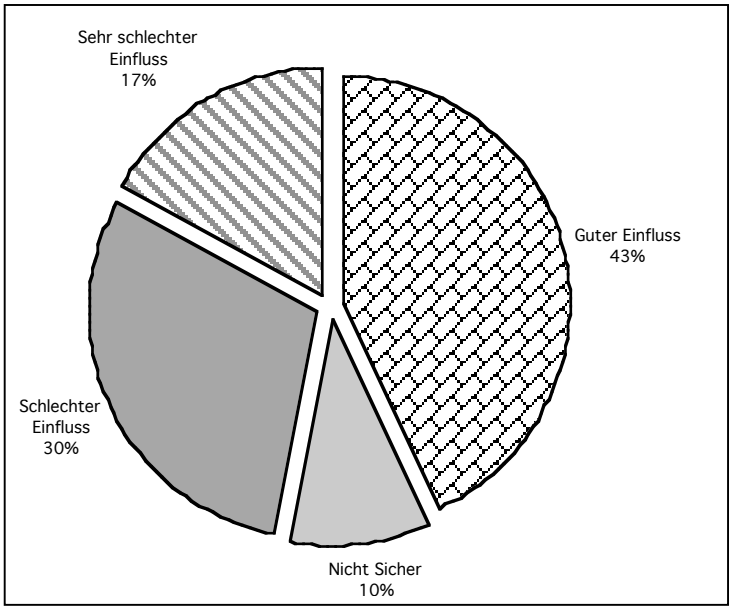

Diagramm 03: Umfrage „Welchen Einfluss haben Immigranten in Spanien?“, durchgeführt an 1.000 Personen, wodurch sie eine Fehlerquote von 3 Prozentpunkten aufweist (aus: Agencia Associated Press, 20. 05. 2004)

Vom 7. bis zum 15. Mai 2004 führte das Meinungsforschungsinstitut IPSOS[*] nach den Anschlägen in Madrid[**] eine Umfrage durch, derzufolge fast die Hälfte der spanischen Bevölkerung befin-det, dass Immigranten eine negative Auswirkung auf ihr Land ausüben. (Agencia Associated Press, 20. 05. 2004)

[*] IPSOS: Internationales Institut für Marktforschung, Werbeforschung und Sozialforschung (www.ipsos.de)

[**] Bei einer Anschlagsserie am 11. März 2004 kamen in einem voll besetzten Pendlerzug 191 Menschen ums Leben und weitere 1.800 wurden verletzt. (aus: www.tagesschau.de, 17. 04. 2004)

Die dargestellte Statistik zeigt auf, dass in Integrationsfragen die großen Pläne und Programme der Regierung scheinbar nur sehr stark begrenzt die spanischen Bürger erreichen und von einem Vorfall wie jenem in Madrid in seiner Wirkung immens geschwächt werden kann.
Weitere Überlegungen, die hinsichtlich der denkwürdigen Statistik angestellt werden können, sind zum einen, dass mit den Vorfällen am 11. September 2001 und am 11. März 2004 das Thema der kulturellen Vielfalt und der sich daraus ergebenden Integration (vs. Rassismus) eine neue Dimension erreicht hat und zum anderen, dass sich Spanien im Vergleich zu anderen Ländern in einer derartigen Umfragestatistik ‚immerhin' im Mittelfeld bewegt und beispielsweise in Großbritannien die Akzeptanz von Ausländern noch weniger gegeben ist, was wiederum die Integrationsbereitschaft der europäischen Bevölkerung im Allgemeinen in ein bedenkliches Licht rückt. (Agencia Associated Press, 20. 05. 2004)

Parallel zu den Herausforderungen der einzelnen Staaten, die Migrationssituation laufend zu regulieren, gibt es nun von europäischer Ebene die Anforderung, eine Vereinheitlichung der einzelnen Politiken anzustreben. Seit der in Tampere in Finnland festgelegten grundlegenden Ziele für die Herstellung einer Europäischen Union von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit sind nun im kommenden Jahr 2009 immerhin 10 Jahre vergangen. In den ersten Jahren wurden die nur zögerlichen Handlungen der einzelnen Staaten damit argumentiert, dass die schwierige Vereinheitlichung einer derartig heterogenen Ausgangslage sich eben nur als ein mittelfristig zu entwickelnder Plan etablieren könne. Ein Jahrzehnt später ist die Lücke zwischen den Vorhaben und den tatsächlichen Umsetzungen allerdings immer noch beträchtlich, weswegen von der Europäischen Kommission eine auf diesen problematischen Umstand angepasste Erarbeitung von Alternativen dringend gefordert werden kann.
Ein grundlegendes Ursprungsproblem sind hier sicherlich die unterschiedlichen institutionellen Dimensionen, in denen Politik betrieben wird. Während die Makroebene, also die EU ihre Ziele formuliert, tun sich auf der Mesoebene, also den einzelnen Staaten, bereits Schwierigkeiten auf, weil die Linie der Europäischen Union auf unterschiedlichste nationale Politiken trifft und eine Angleichung so in den einzelnen Fällen verschiedene Weiten annimmt, zumal aber ohnedies oft die Bereitschaft seitens der Staaten fehlt, Veränderungen, die nicht den Vorstellungen des Staates

entsprechen, auch wirklich durchzuführen. Auf der Mikroebene schließlich, also den politisch regionalen Instanzen, kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu, nämlich das Lenken und die Kontrolle der Migration in den nun auf dieser Ebene zu bearbeitenden individuellen Fällen. Grundsätzlich sollen diese mit den Vorstellungen und Leitlinien der EU gelenkt werden, im regionalen Kontext seitens der dort befindlichen Akteure wie die Migranten selbst, den spanischen Bürgern, politischer Einrichtungen, NGOs, etc. liegen aber oft ganz andere Interessen zu Grunde, was eine Anpassung beider Seiten sehr schwierig und oft unmöglich macht. Eine interessante Fragestellung, die im Verlauf der Arbeit noch behandelt wird, ist also sicherlich jene, inwieweit die Autonomieregion Catalunya mit Barcelona als Hauptstadt mit den Vorstellungen der Migrationspolitik der EU zu Rande kommt, wie weit sie diese vielleicht sogar begrüßt oder negiert, ob bis dato Umsetzungen im Sinne der EU passiert sind und wenn ja, inwiefern diese bisher zu einer erfolgreichen bzw. doch erfolglosen Regulierung der Migrationssituation in Catalunya beigetragen haben.

Abschließend für das Kapitel 3 *Migrations- und Integrationspolitik in Spanien* verdeutlicht nun eine kurze Zusammenschau ausgewählter nationaler Migrationspolitiken europäischer Staaten[*] die viel diskutierte Diversität der einzelnen politischen Schienen. Mit Österreich beginnend kann als ein besonderer Aspekt seiner Migrationspolitik hervorgehoben werden, dass die Regierung mit den eingeführten Integrationsvereinbarungen, der im Grunde den Nachweis von Deutschkenntnissen umfasst, einen maßgeblichen Schritt in Richtung Selektion und Forderung einer aktiven Integration der Antragsteller vollzogen hat. Restriktiven Charakter hat die österreichische Migrationspolitik nicht zuletzt auch, weil der Anspruch auf Sozialbeihilfe, Arbeitslosengeld bis hin zur Aufenthaltsgenehmigung unmittelbar ihre Berechtigung verliert, wenn man diesen eingeführten Voraussetzungen nicht nachkommt. (Bundesministerium für Inneres 2005, S. 3)
Auch in Dänemark müssen Ausländer einen Sprachtest absolvieren und sofern sie die dänische Staatsbürgerschaft beantragen wollen, kommt ebenso eine Staatskundeprüfung hinzu. Neue Verabschiedungen brachten zudem eine Verschärfung der Familienzusammenführungsgesetze und eine

[*] Die im Folgenden vorgestellten Bedingungen, (Kontroll)maßnahmen und Restriktionen der einzelnen EU-Länder betreffen in allen Fällen jene Ausländer, die nicht aus EU-Ländern, der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein oder Island stammen.

Erweiterung der Ausweisungskompetenzen von Flüchtlingen und Immigranten.

Deutschland brachte sich mit dem im Sommer 2004 verabschiedeten, stark den ökonomischen Anforderungen angepassten und im Nachhinein heftig umstrittenen Immigrationsgesetz letztendlich aus der immer wieder kritisierten Position, keine bzw. eine sehr veraltete Migrationspolitik zu haben. Hauptänderung durch das Gesetz war die Förderung der Immigration von qualifiziertem Personal in den IT-Bereichen und im Gesundheitswesen.

Die Niederlande stellen im Kontext insofern eine größere Ausnahme dar, als dass sie in der Anpassung an die europäischen Vorstellungen zumindest beim restriktiven Part sehr fortgeschritten sind. Die Kontrollmaßnahmen wie die sofortige Verweisung des Landes von Asylbewerbern und Einschränkungen der Möglichkeiten, Aufenthaltsgenehmigungen zu erhalten, wurden deutlich ausgeweitet, sodass in diesem Fall von einer totalitären Abwehrhaltung gegenüber neuer Immigration gesprochen werden kann.

Auch Portugal nimmt in der Zusammenschau eine Sonderstellung ein, denn die Regierung gibt die Kompetenz der Regulierung der Migrationsströme hauptsächlich an die regionalen Verwaltungsgebiete weiter. Diese sollen je nach Angebot und Nachfrage selbst entscheiden, ob die wirtschaftliche Lage eine Aufnahme oder einen Aufnahmestopp von Immigranten fordert. Eine restriktive Maßnahme kontrolliert die Einwanderung auf nationaler Ebene insofern, als dass Immigranten ausnahmslos bereits im Herkunftsland ein Visum beantragen können und so im Vorfeld die mögliche Ausstellung eines Visums bearbeitet wird.

Während in Italien schließlich die Regularisierungsbestimmungen gelockert wurden, wurden die südlichen Außengrenzen völlig geschlossen, weil man so der wie in Spanien auch in Italien zu einem zentralen Thema gewordenen irregulären Migration Herr werden wollte. (Angenendt 2008, S. 10ff)

Das berühmte ‚Bossi-Fini'-Gesetz'[*] in Italien, die immensen Reformen in der spanischen Ausländergesetzesgebung (drei Verabschiedungen von

[*] Das Gesetz Bossi-Fini wurde im Juli 2002 in Italien eingeführt, um unter anderem die Schwarzarbeit zu regulieren. Es stammt vom Lega-Nord Vorsitzenden Umberto Bossi und dem rechten Alleanza Nazionale Politiker und jetzigen Parlamentsvorsitzenden Gianfranco Fini. Dem Gesetz zu Folge bekommt nur derjenige, der einen Arbeitsvertrag hat, eine Aufenthaltserlaubnis von zwei Jahren. Wer seine Arbeit verliert darf weitere sechs Monate bleiben, dann wird er ausgewiesen. Einwanderer ohne Ausweis werden sofort ausgewiesen. Haushaltshilfen und Hilfen in der Kranken- und Altenpflege werden registriert, das heißt sie arbeiten nicht mehr schwarz und bekommen einen festen Vertrag. (Barone 2008, aus: http://politik-gesellschaft-italien.suite101.de/article.cfm /fehlende_zuwandererpolitik, 12. 12. 2008)

Organgesetzen und zwei Ausführungsverordnungen in nur vier Jahren![*]) oder das wirtschaftlich geprägte Ausländergesetz in Deutschland zeigen, dass die europäischen Staaten nach wie vor in erster Linie ihre eigenen Interessen vertreten und in weiterer Folge auch eine Strafverordnung seitens der Europäischen Kommission bei Nichtvollzug der Vorgaben hinnehmen.

Die fehlende Angleichung macht sich aber nicht nur am Scheitern der Verbesserung der irregulären Situation bemerkbar, sondern auch am Integrationskonzept, das in theoretischer Hinsicht eigentlich der demographischen, gesellschaftlichen und aktuellen Situation angepasst scheint und durch den interdisziplinären und für die Langfristigkeit angesetzten Charakter als positiv bewertet wurde, aber aufgrund der fehlenden Einheit und chaotischen Vielfalt Schwächen aufweist. Insgesamt kann aufgrund der vorherrschenden Problematik des Rassismus ohnedies subsumiert werden, dass in allen Integrationskonzepten das Ziel, in Migration eine Chance zu sehen und daher einen sozialen Frieden herzustellen, zu wenig Beachtung bekommt und wegen der fehlenden Initiativen und Programme keine ausreichende Aktionsbreite zugeschrieben bekommen. Weil die Wichtigkeit des Integrationsansatzes auch viel zu spät erkannt wurde, wird es wohl auch noch einige Zeit dauern, bis diese Schwäche behoben wird, wobei dies auch weitere Komponenten, wie das Elaborieren eines der Aktualität und Realität angepassten Konzeptes fordert. In einem Europa der Regionen und Vielfalt muss den einzelnen Staaten ein gewisser individuell abgestimmter Umgang zugesprochen werden. Allerdings besteht die Schwierigkeit darin, dass die europäische Migrationspolitik in einem supranationalen System durch eine gemeinsame Leitlinie eine Basis haben muss, auf die in ideologischer, politischer, aber auch finanzieller Hinsicht zurückgegriffen werden können muss. Mit einer derartigen Leitlinie ist gemeint, dass beispielsweise eine Einigung über die Definition von Integration und über die darin betroffenen Bereiche, Ausmaße und Wirkungen dringend hergestellt werden sollte, denn nur so wäre ein Dialog zwischen den EU-Ländern nicht mehr von Missverständnissen geprägt, was wiederum ein kompetenteres Auftreten gegenüber Drittländern nach sich ziehen und letztendlich eine globale Zusammenarbeit erleichtern würde. Dem vorangestellt ist als zusätzliche Herausforderung die vorläufige Kenntnisnahme und dringende Forderung nach einer Neubearbeitung der

[*] siehe Kapitel 3.4

Integrationskonzepte in Europa, die aufgrund des bestehenden Rassismus als Niederlage bezeichnet werden müssen.
Zwar gilt diese Kritik auch für das in Spanien veranschlagte Integrationsprogramm, weil hier der Konnex zwischen dem theoretischen Konzept und der Praxis fehlt und durch fehlende Maßnahmen und Einrichtungen nur sehr eingeschränkt eine Wirkung der Theorie in der Alltagswelt hergestellt werden kann, doch immerhin scheint der Integrationsansatz in Spaniens Migrationspolitik Inhalte zu haben, die für einen mittel- und langfristigen Lösungsweg durchaus brauchbar sein könnten.

4. Katalonien – Auffanglager für Immigranten oder Vorzeigebeispiel für qualitativ funktionierende Migrationspolitik?

4.1 Exkurs: Position des Autonomiestaates in Spanien und in der EU: *el calor polític, el cava i el català*[*] – Politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte im Allgemeinen

Was die Besonderheiten, aber auch Eigenheiten der Regionen Europas betrifft, steht kein Gebiet in derartig eigensinnigem Licht wie Spaniens Nordosten, allgemein bekannt unter dem Namen Katalonien, kurz und zu Deutsch für *Comunitat Autònoma de Catalunya*. Die Herausforderungen, welche die Europäische Union seit ihrem Bestehen hat, nämlich einerseits durch das Auftreten als Einheit mit gemeinsamen Interessen und Zielen für die Repräsentation einer Union auf internationalem Boden zu sorgen, aber andererseits ein Europa der Vielfalt und Regionen mit Bedacht auf die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Interessen zu fördern, beschäftigen Spanien schon seit langer Zeit.

Allen voran gilt es einen Einklang mit Katalonien und dem Baskenland *[span. País Vasco; bask. Euskal Herria]* als Autonome Gebiete mit Sonderstatus zu finden, aber auch mit Galicien[**] *[span. Galicia; galic. Comunidade Autónoma de Galicia]* und Andalusien *[span. Andalucía]* als dem spanischen Territorium zugehörige Gebiete, die zum Teil eine differenzierte politische Stellung, sprachliche Diversität und eigene kulturelle Besonderheiten, wie die unterschiedlich festgelegten Feiertage aufweisen, machen immer wieder auf ihre Sonderstellung aufmerksam und schaffen so eine heterogene administrative Landschaft. Jedes Gebiet ist hier für seine eigene Handhabe bekannt, wobei durch die laufenden Terroranschläge der baskischen Untergrundorganisation ‚Baskenland und Freiheit' *Euskadi Ta Askatasuna ETA* die Abnabelungsversuche des Baskenlandes wohl am populärsten sind.

Wie kommt es aber nun, der Nation[***] Katalonien das Attribut ‚besondere Region' zuzuschreiben? Zum einen sind Kataloniens Unabhängigkeits-

[*] Das vorliegende Kapitel soll nicht nur Zahlen und Fakten des Autonomiegebietes im Allgemeinen wiedergeben, sondern auch in individueller Manier ein Gefühl für die katalanische Kultur und ihren Diskrepanzen auf nationaler Ebene vermitteln. Aus diesem Grund wird das Kapitel als Exkurs geführt. Die kursiv geschriebenen Worte in der Überschrift bedeuten auf Katalanisch: 'die politische Hitze', 'der Cava' (katalanischer Schaumwein) und 'das Katalanisch'.

[**] Nicht zu verwechseln mit der Landschaft Galizien im Süden Polens und im ukrainischen Westen.

[***] Hier wird bewusst die Bezeichnung Nation gewählt, um darauf zu verweisen, dass in einem Europa der Regionen die Kulturfrage und ihre Verankerung durchaus keine Neue ist. Als gewisses Vorbild, ohne dabei nun in die Tiefe zu gehen und die dennoch vorhandene Problematik zu

bestrebungen seit jeher mit einer unvergleichlichen Vehemenz und Kontinuität geführt worden, viel mehr aber verblüfft die Art und Weise, mit der das heute autonom angeführte Gebiet in den Unabhängigkeitsbestrebungen auf sich aufmerksam machte.

Historische und wissenschaftliche Institutionen Kataloniens verweisen immer wieder darauf, dass sie den Fortbestand ihrer Geschichte nicht durch Krieg und Terror zu sichern versuchten[*], sondern sich der Kultur, der Dichtung, der Poesie wie auch der Gründung von Vereinen und Institutionen zur Sicherung der regional verankerten, kulturellen Landschaft bedienten. (Die Welt, 12. 06. 2007)

Der Fall von Barcelona Anfang des Jahres 1939 kündigte das Ende des Spanischen Bürgerkrieges 1936 bis 1939 an und zwang Tausende von Spaniern ins Exil. Unter ihnen waren viele katalanische Dichter und Schriftsteller, die im Ausland weiterhin in ihrer Muttersprache eine Fülle von Werken verfassten, die sich heute als ‚Poesie aus dem Exil' in Kataloniens Literaturgeschichte wieder finden. (Carrion 2007, S. 3) Auch in Darstellungen der politischen Geschichte Kataloniens wird die Literatur im Exil als ein grundlegendes Element für den Fortbestand der Sprache während der Diktatur unter Franco genannt. (Jardí 2008, ohne Seitenangabe)

Der Literatur ihre Rolle in Kataloniens Geschichte nicht absprechend, ist es die 2007 in Frankfurt gehaltene Buchmesse, bei der nach einem Auftritt der Autonomen Region[**] als Gast im Kulturbereich einer Messe in Mexiko im Jahr 2004 Großes erwartet wurde. (www.frankfurt2007.cat, 08. 12. 2008) Wie stark aber die Debatten abseits der Buchmesse an sich über die Identität und Position des Autonomiegebietes waren, konnte im Vorhinein keiner erahnen und dass sich die öffentlichen Diskussionen selbst in die politischen Riegen ziehen würden und die katalanische Nation gewissermaßen spalteten, machte nun endgültig klar, wie verletzlich Katalonien nach wie vor ist und reagiert, wenn es um ihre ‚Souveränität'

behandeln, kann Großbritannien genannt werden. Die Bürger Großbritanniens haben sich darauf verständigt, von der Existenz der britischen Nationen auszugehen, die über ihren verschiedenen Nationalitäten steht, ohne sie auszulöschen. (Giner 2004, S. 28)

[*] In vorliegendem Text wird bewusst nicht direkt auf den Vergleich mit dem Baskenland, welches mit der ETA eine terroristische Vergangenheit besitzt, die bis heute reicht, eingegangen, weil durch eine hier fehlende Darstellung der sehr unterschiedlichen Geschichten der beiden Regionen und der nicht zu vergleichenden Beziehungen zu Spanien eine Bezugnahme nicht fundiert erscheint. Nichts desto trotz wird genau auf diesen Aspekt seitens katalanischer Akteure aus Politik und Geschichtsforschung immer wieder (mit Stolz) verwiesen.

[**] Weil im vollen Eigenname Kataloniens ‚Autonomes Gebiet' steckt, wird die Bezeichnung im weiteren Verlauf in vorliegender Arbeit mit Großbuchstaben geschrieben.

geht. Josep Bargalló, Direktor des katalanischen Kulturinstitutes *Institut Ramon Llull*, eröffnete die Rede in Frankfurt mit einem prägenden Satz, nämlich, dass es keine katalanische Kultur gäbe, würden die Katalanen nicht ihre eigene Sprache sprechen. Damit positionierte er sich in der im Vorfeld viel diskutierten Auseinandersetzung, ob bei der Buchmesse ausschließlich in katalanischer Sprache verfasste Literatur vorgestellt werden soll, oder ob auch katalanische Autoren, welche die spanische, kastilische Sprache als ihre Arbeitssprache wählten, in das Programm aufgenommen werden sollten. Zwar entschied man sich im Endeffekt für zweitere Option, doch die zahlreichen Debatten darüber reichten für ein Schüren der verschiedenen Identitätslager, die – ob sie für erstere oder für zweitere Option waren – scheinbar oft nicht mehr den ursprünglichen Grund der Einladung nach Frankfurt, nämlich die Präsentation ihrer Kultur in einer Welt der Vielfalt und Regionen, sahen. Vielmehr wurden die Auseinandersetzungen über den ‚katalanischen Status quo' wie ein politischer Diskurs gehandhabt. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 06. 2007; Die Welt, 12. 06. 2007; Der Standard, 04. 12. 2007)

Dabei hatte Katalonien durch die Einladung zur Frankfurter Buchmesse ohnedies den ersten Platz in einem in der Problematik ‚Regionales Europa vs. nationales Katalonien' durchaus themenverwandten Ranking belegt, denn erstmals ist eine Region und kein Staat Themenschwerpunkt bei der Buchmesse gewesen. (Die Welt, 12. 06. 2007) Zu guter Letzt schloss ein stolzes Katalonien trotz heftiger Diskussionen das Kapitel ‚Frankfurter Buchmesse' mit einem erfolgreichen Resümee, war es doch jene Buchmesse mit noch nicht da gewesenem Besucherrekord. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 06. 2007) Was die Spitzenreiterpositionen des Autonomen Gebietes in Sachen Unabhängigkeitsbestrebungen betrifft, so kann Katalonien mit einigen weiteren Siegerplätzen aufwarten. Pioniersstellung erreichte das Autonomiegebiet nämlich auch bei der Vergabe von Internetdomains, als 2005 den ständigen Bestrebungen, die eigene Domain ‚.cat' zu bekommen, stattgegeben wurde. Katalonien war somit die erste Region der Welt, die eine Internetdomain besaß. (Gerrand 2006, S. 2 – 7)

Um in der Darstellung der doch zum Teil eigenwilligen Maßnahmen für Unabhängigkeitsbestrebungen fortzufahren, darf die Erwähnung der eigenen polizeilichen Abteilung für die Aufrechterhaltung der Zweisprachigkeit im öffentlichen Raum nicht fehlen. Bemerkt man, dass eine öffentliche, wie zB

bildnerische, gastronomische oder medizinische Einrichtung auf katalanischem Territorium nicht in katalanischer und spanischer Sprache geführt wird, werden strafrechtliche Konsequenzen gezogen.[*] (Eurasisches Magazin, 30. 05. 2006)

Neben der Sprache als politisches und kulturelles Medium verweist die Nation auf eine eigene kunstgeschichtliche Laufbahn mit Salvador Dalí, Antoní Gaudí, Joan Miró, Montserrat Caballé wie auch dem Regisseur Carlos Saura (mit Barcelona als Wahlheimat), dem zeitgenössischen Künstler Antoni Tàpies und dem international hoch gelobten wie auch umstrittenen Architekten Santiago Calatrava[**] als Hauptrepräsentanten. Für den kulturellen Bereich kann subsumiert werden, dass Katalonien sich besonderen Stolzes erfreut, wenn es um die internationale Anerkennung spanischer Künstler, die oft aus dem Autonomen Gebiet im Nordosten Spaniens stammen, geht.

Obwohl Katalonien in Debatten um ihren autonomen Status sehr gerne auf die individuelle kulturelle Geschichte verweist, sind es vor allem wirtschaftliche und politische Komponenten, die auf nationaler und europäischer Ebene Gewichtung bei der Erarbeitung und Anerkennung der besonderen Autonomiestatuen haben. In Diskussionen haben es die Katalanen also sehr schnell verstanden, mit ihrer Wirtschaftskraft und ihrem abseits der spanischen Staatsführung geführten (und um ihre Worte zu verwenden ‚innovativen',) politischen Diskurs zu argumentieren und die kulturelle Individualität lediglich als Draufgabe zur Betonung ihrer eigenen Geschichte zu erwähnen.

Bei einem genaueren Blick auf die wirtschaftliche Situation Kataloniens scheint die Argumentation, dass Katalonien der Wirtschaftsmotor Spaniens ist, durchaus gerechtfertigt. Im Jahr 2006 wurde immerhin ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes Spaniens von Katalonien erwirtschaftet. (Generalitat de Catalunya 2007, S. 3)

[*] "Die Bevölkerung ist gehalten, Anzeigen beim Konsumentenschutz oder bei den so genannten Sprachgarantiebüros zu erstatten gegen Geschäfte und Betriebe, die der im Sprachpolitik-Gesetz verankerten Pflicht zum Anschreiben auf Katalanisch nicht nachkommen" (Neue Züricher Zeitung, 10. 12. 2005)

[**] Santiago Calatrava stammt zwar ursprünglich aus Valencia, doch die Katalanen schmücken sich gerne mit ihm als Aushängeschild für international ‚hoch gelobte, aber auch umstrittene' (um hier im Detail an die Reputation Kataloniens anzuknüpfen) Architektur, zumal sich einige politische Parteien ohnehin nach einem Katalonien mit Valencia und den Balearen eingeschlossen 'sehnen'.

Im Vergleich zur EU lag das BIP Kataloniens seit 2000 durchgehend über dem Durchschnitt, während das BIP Spaniens, in das jenes aus Katalonien selbstverständlich eingerechnet ist, deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag. In der Wirtschaft Kataloniens ist der industrielle Sektor besonders stark (2006: 35 % aller Erwerbstätigen in Katalonien im Vergleich zu Spanien: knapp 30 % aller Erwerbstätigen in Spanien), wobei hauptsächlich Fabriken in den Bereichen Textilindustrie, Maschinenbau und Chemie vertreten sind. (Generalitat de Catalunya 2007, S. 3) Mit der in La Coruña *[A Coruña]* ansässigen Textilgruppe Inditex, welche die barcelonesische Textilindustrie zum Großteil übernommen hat, weicht die Monopolstellung in diesem Industriebereich aber in andere Teile Spaniens. (Bolz 2002, S. 19) Die Bauwirtschaft hat in den letzten Jahren einen großen Bereich des 2. Wirtschaftssektors ausgemacht, weil aber die katalanische Küste großteils zugebaut ist und die Bauentwicklung in den Städten Kataloniens ebenfalls einigermaßen fortgeschritten ist, kann in den nächsten Jahren von einer Stagnation ausgegangen werden.

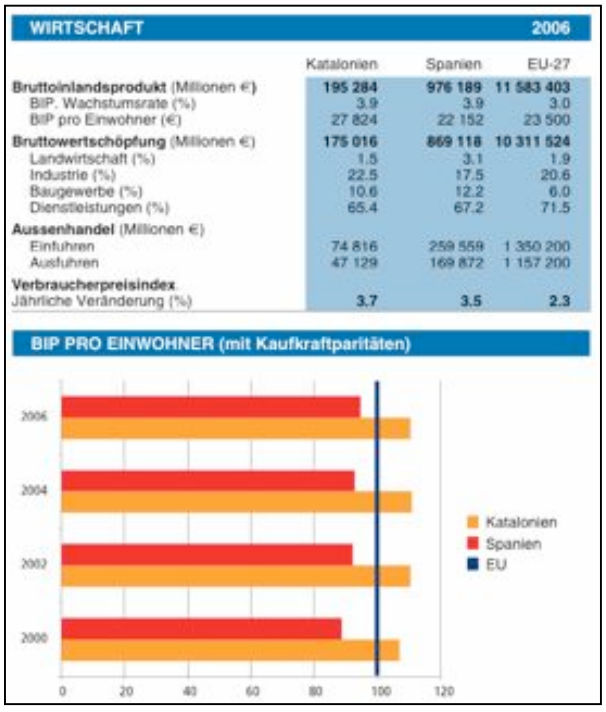

Abb. 06: Wirtschaft Kataloniens 2006 im Überblick (aus: Generalitat de Catalunya 2007, S. 3)

Der Dienstleistungssektor, der im Vergleich zu Madrid und zu den touristischen Anziehungspunkten Andalusien, Kanarische Inseln und Balearen immer weniger ausgeprägt war, hat in den letzten Jahren stark aufgeholt und ist in jüngster Zeit noch vor dem Industriesektor nun zu dem führenden Bereich der katalanischen Wirtschaft avanciert (2006: 63 % aller Erwerbstätigen). Im landwirtschaftlichen Sektor (2006: knapp 10 % aller Erwerbstätigen) sind vor allem die Agrarbetriebe im Süden im Ebrodelta und im Norden in der Berglandschaft der Pyrenäen erwähnenswert. (Generalitat de Catalunya 2007, S. 3)

Die Wirtschaftskraft Kataloniens zeigt sich auch in der Arbeitslosenquote wieder, die im Vergleich zu Spanien im Jahr 2005 insgesamt mit 2,2 Prozentpunkten weniger bei 7 % lag. (Mlady 2006, S. 2 und 5) Auch im Jahr 2006 macht sich ein Unterschied zwischen Katalonien und Spanien deutlich bemerkbar, denn während die Arbeitslosenquote bei 6,6 % in Katalonien (und somit unter dem EU-27-Durchschnitt bei 7,9 %) lag, waren es in Spanien immer noch 8,5 %. (Generalitat de Catalunya 2007, S. 3) Die letzten vom Statistikamt IDESCAT veröffentlichten Bezugsdaten aus dem Jahr 2008 zeigen, dass sich zwar eine überraschende Wendung in der Arbeitslosenquote auftut – denn waren es zu Beginn des Jahres noch 7,6 %, endete das Jahr 2008 mit einer Arbeitslosenquote von immerhin 9,0 % – im nationalen und übernationalen Vergleich ist die Quote aber immer noch geringer. (IDESCAT 2008, statistisches Onlinearchiv)

Für den Beginn des Jahres 2009 prognostiziert die *El País* für Katalonien überhaupt 10,1 %, die höchste Quote seit dem Jahr 2002. Im Vergleich zu der Quote für Spanien (13,1%) oder für Andalusien als wirtschaftsschwache Region Spaniens (mit 19,3 %) ist die Arbeitslosigkeit allerdings immer noch vergleichsweise niedrig.[*] (El País, 25. 11. 2008)

Die Arbeitslosenstatistik, welche in Katalonien einer ähnlichen Schwankungsbreite unterlegen ist wie in Spanien oder der EU, eignet sich als Beispiel für die sehr wohl vorhandene reziproke Beziehung zwischen Katalonien und ihrem ‚Überstaat' Spanien bzw. mit der EU. Somit bleibt an dieser Stelle zwar die Problematik der Beziehungen auf nationaler und europäischer Ebene vorerst offen, Tatsache ist aber dennoch, dass Kataloniens Wirtschaft sozusagen ein Anker für die spanischen Wirtschaftszahlen ist, wirtschaftliche Tiefgänge auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene aufgrund der vorherrschenden Abhängigkeit und Beziehungen aber auch Katalonien betreffen.

Die Pioniersstellung Kataloniens in Spaniens Wirtschaftslage ist nicht nur anhand von Statistiken ersichtlich. Auch in wahrnehmungspolitischer

[*] Auf eine genauere Differenzierung der Arbeitslosenrate (nach Geschlecht, Alter, etc.) wird hier nicht eingegangen, weil in vorliegendem Kapitel lediglich ein Auszug aus Kataloniens wirtschaftlicher Lage wiedergegeben wird. Die kausalen Zusammenhänge für einen Anstieg in der Arbeitslosenrate, welche nicht nur in Katalonien oder Spanien für das Jahr 2009 prognostiziert werden, liegen wohl auf internationaler Ebene und können mit der aktuell diskutierten Weltwirtschaftskrise in Verbindung gebracht werden. Bedenkt man die Arbeitslosenzahlen Österreichs, die sich in den letzten Quartalen immer zwischen 4 und 5 % bewegten, so ist festzustellen, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien und auch in Katalonien im EU-Vergleich deutlich höher sind. (http://iambweb.ams.or.at, Statistisches Onlinearchiv des AMS Österreich)

Hinsicht kann die Geschichte des Cavas, dem katalanischen Schaumwein, als Beispiel für die Wirtschaftsgeschichte herangezogen werden. Die Produktion des katalanischen Schaumweines ist trotz des nahe gelegenen und viel populäreren Konkurrenten in der französischen Champagne seit jeher erfolgreich gewesen und selbst der Verweis der Franzosen, die auf die ausschließliche Bezeichnung *ihres* in gleichnamiger Region produzierten Schaumweines bestanden, führte in Katalonien lediglich zu einer noch stärker verankerten Identifikation mit ihrem eigenen Schaumwein. Der Cava aus Katalonien ist somit in den letzten Jahren zum kulinarischen Markenzeichen für das Autonome Gebiet geworden, zudem wird in der Önologie in facheinschlägiger Literatur immer darauf verwiesen, dass der Cava zu 99 % in Katalonien produziert wird.*

Möchte man in Kataloniens Politik, welche für das Migrationsprofil und der damit verbundenen politischen Maßnahmen relevant ist, einen passenden Einstieg finden, so scheint eine Darlegung der jüngsten politischen Entwicklungen mit der Beschreibung der einzelnen Fraktionen und ihren Interessen und Differenzen (untereinander und zur spanischen Regierung) interessant und auch ausreichend. Einleitend soll eine durchaus selbstbewusste und durch ihre eigenwilligen Ideen bestechende Partei Erwähnung finden.

Die ‚Republikanische Linke Kataloniens' *Esquerra Republicana de Catalunya ERC* konnte 2004 als Teil des spanischen Bündnisses ‚Europa der Regionen' *Europa de los Pueblos* zusammen mit der baskischen Regionalpartei ‚Baskische Solidarität' *Eusko Alkartasuna EA* ins Europäische Parlament einziehen, wobei sie allerdings jeweils nur mit einem Abgeordneten vertreten sind. Ihre Wurzeln hat die Partei in den Anfängen der spanischen Demokratie nach dem Tod Francos, als in der Zeit des politischen Umbruchs wieder an der Vorkriegsidee der Einführung von Autonomiestatuten angeknüpft wurde. Innerhalb Kataloniens stieg die *ERC* zur drittstärksten Partei auf, ist allerdings im spanischen Abgeordnetenhaus mit nur wenigen Sitzen vertreten. Im Jahr 2003 konnte sie insgesamt 23 von 135 Sitzen des katalanischen Regionalparlaments gewinnen und löste gemeinsam mit der ‚Initiative für Grüne Kataloniens' *Iniciativa per Catalunya Verds ICV* und der ‚Partei der Sozialisten Kataloniens' *Partit dels Socialistes de Catalunya PSC* die bisherige konservative Regierungspartei

* In wenigen aragonesischen Gemeinden wird der Schaumwein ebenfalls produziert.

Convergència i Unió CiU ab. Mit den Forderungen nach einer Neubearbeitung der Autonomiestatuten überraschte die neue Regierungskoalition die Öffentlichkeit, weil ihr nun eingeschlagener Diskurs wesentlich deutlicher in Richtung Unabhängigkeit ging als die ihrer konservativen Vorgänger. Am 30. September 2005 übernahm die Mehrheit des katalanischen Parlaments schließlich einen Textentwurf für ein neues Statut an, das die Katalanen nach baskischem Vorbild von einer Nationalität zur ‚katalanischen Nation' aufwertete.[*] Des weiteren wurden Kompetenzerweiterungen in Steuerfragen festgehalten, einige Gesetzgebungen von der spanischen an die katalanische Regierung und Legislative übergeben und schließlich die eigene Staatsbürgerschaft eingeführt. (Riedel 2006, S. 23 – 24)

Die Juristen bestanden vehement auf eine Verfassungswidrigkeit, weil der Begriff ‚katalanische Nation' dem Begriff ‚Nation' für Spanien im Weg stehe und die unauflösbare Einheit der spanischen Nation so angreife. (Neue Züricher Zeitung, 03. 11. 2005) Das Bestehen der *ERC* auf die volle Anerkennung ihres Entwurfes mitsamt ihrer Vorstellungen der Autonomiestatuten und das Abprallen bei der in den übrigen Punkten kompromissbereiten spanischen Regierung unter Zapatero führte zu einem vorzeitigen Ende der Koalition und zu Neuwahlen am 01. November 2006. Nach den Wahlen stellten wieder die drei Parteien *PSC*, *ERC* und *ICV* die Regierung, die *CiU* baute ihren Vorsprung seit 2003 allerdings aus und konnte mit zwei zusätzlichen Sitzen im Parlament in die Opposition gehen. Regierungschef war aber nicht mehr der 2003 gewählte *PSC*-Abgeordnete Pasqual Maragall, sondern José Monilla aus der gleichnamigen Partei, der nun seit 2006 die Führung der *Generalitat* über hat. (Däumer 2006, S. 1)

Grundsätzlich vergibt das katalanische Parlament 135 Mandate, wodurch die absolute Mehrheit bei 68 Sitzen liegen würde. Nach der Wahl im Jahr 2006 wurden der *CiU* als stimmenstärkste Partei 48 Sitze zugeschrieben. Die drei regierenden Parteien erhielten jeweils 37 (*PSC*), 21 (*ERC*) und 12 (*ICV*) Mandate, während die *PP* mit 14 Stimmen ins Parlament einzog. Abschluss bildete die neu gegründete Partei ‚Bürger Kataloniens' *Ciutadans de Catalunya C's*, die mit immerhin 3 Sitzen im Regionalparlament vertreten

[*] In katalanischen Medien wurde über die Änderung der Autonomiestatuten euphorisch berichtet. Höhepunkt der Ereignisse war die von der *ERC* initiierten Manifestation, welche unter dem Motto 'Wir sind eine Nation' *Som una nació* die ablehnende Haltung der *PP* bezüglich der Statuten kritisieren sollte. Laut der Polizei beteiligten sich an dieser Manifestation 125.000 Personen, die *ERC* berichtete von 700.000. Seit dieser Manifestation am 18. Februar 2006 gab es unzählige Demonstrationen, Manifestationen und öffentliche Veranstaltungen, die mit dem Slogan *Som una nació* die Ausdehnung der Autonomiestatuten fordern. (La Vanguardia, 03. 12. 2007)

waren. Der Erfolg der antinationalistischen Kampagne um die neue Partei zeigte auf, dass der katalanische Nationalismus nicht nur Freunde in Katalonien hatte. (Däumer 2006, S. 2; Riedel 2006, S. 23ff)

Überlegt man sich zu den stattgefundenen Ereignissen in Kataloniens Politik, welche Position dabei Spanien einnahm, so sei an erster Stelle die durchaus nervöse Haltung der Regierung zu erwähnen, die mit Zapatero an der Spitze inständig hoffte, dass es nicht wieder zu dem bereits gehabten Dreierbündnis an der Regierungsspitze Kataloniens kommen würde. Dabei wollte Zapatero keinesfalls ein Risiko eingehen und nicht nur als Zuseher fungieren, weswegen die Oppositionspartei *CiU* jegliche Unterstützung von ihm erhielt. Gestärkt mit dem nationalen Boden witterte die *CiU* ihre Chance und stieg mit lauten Angriffen gegenüber der aktuellen Regierungskoalition fulminant in den Wahlkampf ein. So wurde als Beilage zu allen Tageszeitungen nur wenige Wochen vor der Wahl eine DVD der *CiU* beigelegt, in der die Kritiken gegenüber der Regierung in scharfer und keinesfalls diskreter Manier zusammengefasst dargestellt wurden.

Nun lohnt es sich, die zwiespältige Situation der Parteien auf unterschiedlichen Ebenen und ihre unvereinbaren Interessen einmal zu Gemüte zu führen. Bedenkt man, dass die *PSOE*-Regierung unter Zapatero in der katalanischen *PSC* eigentlich einen sozialistischen Partner sah, scheint die Konsequenz, sich mit der *CiU* zu vereinen schon pikant. Aber um welche Konsequenz aufgrund von welchen vorangegangenen Ereignissen handelte es sich hierbei? Zapatero wollte also keinesfalls erneut mit der mit 21 Stimmen im Regionalparlament vertretenen Partei *ERC*, die von 2003 bis 2006 mit überaus selbstbewussten Forderungen auf sich aufmerksam machte, zusammenarbeiten. Dass genau dieser Fall eintrat, erleichtert die Zusammenarbeit auf nationaler und übernationaler Ebene natürlich nicht, was für die großen Herausforderungen, zu denen mit einer dringlichen Priorität die Regulierung der Migrationsentwicklungen zählen, insofern zu einem Problem werden kann, als dass sich Spanien in Zeiten des übernationalen Zusammenwachsens (durch die EU, aber auch durch die Globalisierung insgesamt) auf internationalem Boden behaupten muss, allerdings erst einmal innerstaatliche Diskrepanzen, die sich scheinbar nicht in nächster Zeit lösen werden, aus der Welt zu schaffen hat.

Dass es Spaniens Regierung mit Katalonien mit einem besonders großen Brocken zu tun hat, lässt sich spätestens mit jenem weiteren Aspekt aufzeigen, als dass Zapatero in der *CiU* durch die kurze Annäherung

während des Wahlkampfes 2006 noch lange keine Freundschaft gefunden hat. Auch – oder vor allem – die *CiU* ist letztendlich an einer völligen Autonomisierung Kataloniens interessiert und kurzfristige Bündnisse auf nationalem Boden könnten als zwischenstationäre taktische Vorgehensweisen bezeichnet werden. (Däumer 2006, S. 2 - 3; Riedel 2006, S. 25ff)
Inwieweit nun auf diesem doppelt heterogenen Boden in der Migrationspolitik Fuß gefasst wird und welche Positionen Katalonien darin vertritt, wird nach einer umfassenden Darstellung der inner- und überregionalen Migrationsentwicklungen und des sich daraus ergebenden demographischen Profils erläutert.

Fasst man die vorliegend beschriebenen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte zusammen, so steht zweifelsfrei die Debatte um den durchaus fortgeschrittenen Autonomisierungsprozess im Vordergrund. Für die Migrationspolitik in Spanien und vorrangig in Katalonien ergeben sich insofern besondere Herausforderungen, als dass Immigranten aus Drittländern auf eine gesellschaftlich nicht nur vielfältige, sondern auch gespaltene Region treffen, deren Vorzüge allerdings die kulturelle Blüte und vor allem die wirtschaftliche Antriebskraft sind. Geht man durch die Straßen Barcelonas, so reicht ein Spaziergang entlang nur einer von vielen Wandmauern, an denen mit Graffitis die unzähligen Interessen der einzelnen kulturellen Gruppen angebracht sind. Nur zu oft werden katalanische Eigenarten außerhalb der Autonomen Region etwas verblüfft aufgenommen und genauso verwunderlich ist es, dass das Zusammenleben der ‚proautonomen' Katalanen, der ‚antiautonomen' Minderheit an Katalanen und der immer mehr werdenden Katalanen ohne politisch aktivem Interesse mit Zuwanderern aus anderen Provinzen Spaniens und aus Drittländern unterschiedlichster Art dennoch nicht so schlecht zu funktionieren scheint.
Weil sich der Katalane um seine wirtschaftliche Situation noch nie allzu große Sorgen gemacht hat und sich an die innerpolitischen Wellengänge scheinbar gewöhnt hat, kann es im Endeffekt wieder die für die Katalanen so wichtige kulturelle Komponente sein, mit der sich ein Immigrant sozusagen selbst aussucht, ob er im *Comunitat Autònoma de Catalunya* mit offenen Armen empfangen wird. Wenn man den Werbungen der *Generalitat* glaubt, scheint es ein schlichtes ‚Guten Tag' *Bon día!* auf Katalanisch möglich zu machen, denn dass die katalanische Sprachpolitik natürlich auch in

Immigrationsfragen eine zentrale ist, ist auf Kataloniens Straßen an den unzähligen Plakaten für kostenfreie Sprachkurse leicht erkennbar.

4.2 Migrationsgeschichte Kataloniens und gegenwärtiger demographischer Status

4.2.1 Kataloniens Weg zu einem der Protagonisten der Immigrationszielorte in Spanien

Möchte man spezifisch für die Migrationsgeschichte Catalunyas eine markante Migrationswelle als Einstiegszeitpunkt wählen, so könnte prinzipiell die Immigration der Franzosen im 16. und 17. Jahrhundert, welche die demographische Beschaffenheit Catalunyas maßgeblich verändert hat, ein brauchbarer Bezugspunkt sein. (Majoral et al 2002, S. 141) Barcelona wurde im Zuge der industriellen Revolution als aufstrebende, kosmopolitische Stadt wahrgenommen und auch im 18. und 19. Jahrhundert prägte der massive Zustrom von Einwanderern das katalanische Bürgertum. (Giner 2004, S. 31) Für die vorliegende Arbeit sei aus dieser Entwicklung allerdings lediglich betont, dass sich Migration seit jeher als wichtiger Bestandteil in der Bevölkerungsentwicklung Kataloniens bemerkbar macht. Wurde auch schon bei der Darstellung der Migrationsgeschichte Spaniens mit einer genaueren Darlegung aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts begonnen, so soll auch hier in der Ausführung der Chronologie mit diesem Zeitraum eingesetzt werden.

Den maßgebendsten Bestandteil der Migrationen in Catalunya machte grundsätzlich die innerstaatliche Migration aus anderen spanischen Regionen aus. Schätzungen zufolge sollten zwischen 1901 und 1980 2.370.000 Personen aus spanischen Provinzen in den katalonischen Autonomiestaat emigriert sein. Nichts desto trotz stellt die Immigration aus Drittstaaten in den letzten Jahrzehnten das Zentrum des Interesses im Verlauf der Migrationsgeschichte dar, die Binnenwanderung wurde von der internationalen Migration sozusagen substituiert. Während – mit Vorbehalt einer Dunkelziffer von sich irregulär aufhaltenden Personen[*] – im Jahr 1970 sich die Anzahl an Ausländern laut dem Innenministerium auf 32.000 belief, waren es 1990 bereits 66.000 Immigranten und schließlich, nach einem explosionsartigen Anstieg in den folgenden 10 Jahren, belief sich die

[*] Die Statistiken der demographischen Situation (die Immigrationszahlen betreffend), soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich die Zahlen des Innenministeriums von denen des kommunalen Melderegisters *Padron municipial* stark unterscheiden, was auf einen beachtlichen Anteil an irregulären Einwanderern zurückzuführen ist. Während das spanische Innenministerium die im 1985 im Gesetz verankerten und 2000 aktualisierten Parameter heranzieht, rechnet das *Padron municipal* eine durch Studien eruierte Dunkelziffer mit ein. (Rivera Álvarez 2000, S. 120; Generalitat de Catalunya 2005, S. 8)

Bevölkerung aus Drittstaaten zur Jahrhundertwende auf 215.000 Personen. Zwar verzeichnete ganz Spanien einen Anstieg an Immigranten, doch die größte Anziehungskraft übte Katalonien aus, was sich – den Anteil der ausländischen Bevölkerung in den einzelnen spanischen Autonomien betreffend – seit 1990 mit einem Anstieg von acht Prozentpunkten auf 24 Prozent im Jahr 1998 bemerkbar machte. (Majoral et al 2002, S. 142 – 143) Betrachtet man die Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf die einzelnen Autonomen Gebiete Spaniens nun näher, so macht sich eine starke Differenzierung der Zielgebiete bemerkbar. Gleich vorweg soll hier Erwähnung finden, dass im Vergleich zu 2000, als ein Viertel der katalanischen Bevölkerung Ausländer waren, sich diese Zahl in den letzten Jahren wieder etwas zurück entwickelt hat. Während im Juni 2006 in Katalonien 21 % Ausländer gezählt wurden, waren es in Madrid 20 % und in Andalusien und in Valencia jeweils 13 %. Die anderen Gebiete wurden im Vergleich weit weniger oft aufgesucht, so entfielen 6 % auf die Kanaren, 5 % auf Murcia, 4 % auf die Balearen, jeweils 3 % auf Aragón und Castilla-La Mancha. Auf die übrigen Gebiete kamen jeweils weniger als 3 % der Immigranten. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2007[3], S. 57) In dieser statistischen Aufzählung ist offensichtlich von besonderem Interesse, dass Katalonien noch vor Madrid den 1. Platz einnimmt.

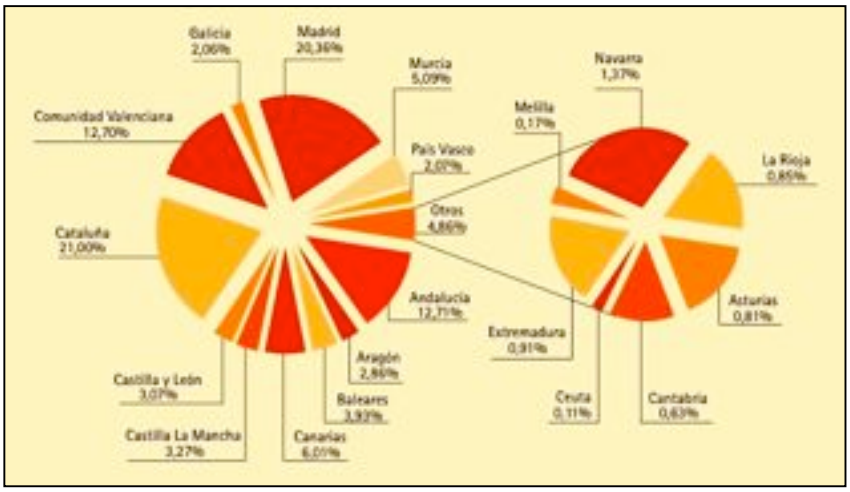

Abb. 07: Sich in Spanien aufhaltende Ausländer – Prozentuelle Verteilung nach Autonomen Gebieten (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2007[3], S. 58)

Wenn man in Ausländer aus der EU und in Ausländer aus Nicht-EU-Staaten unterscheidet, wird deutlich, dass eine differenzierte Betrachtungsweise der Statistiken auch unterschiedliche Ergebnisse erzielt.

Nichts desto trotz erweisen sich Madrid und Katalonien in den meisten Fällen als größte Magnetpunkte für Immigranten. So verschiebt sich die Reihung bei den Anteilen an Ausländern aus der EU, bei der jeweils 13 % auf Madrid und Katalonien entfallen und je 20 % der Ausländer sich in Andalusien und Valencia aufhalten. Auf den Kanaren finden sich 11 % der EU-Ausländer und auf den Balearen schließlich 7 %.
Wenn man letztendlich in die prozentuellen Anteile der ausländischen Bürger an der spanischen Bevölkerung differenzieren möchte, teilt sich Katalonien gemeinsam mit La Rioja den 6. Platz. In beiden Autonomiegebieten machen rund 8 % der Bevölkerung die Immigranten aus. Auf den Balearen und in Murcia sind es jeweils ungefähr 11 % der dortigen Bevölkerung, in Madrid 9 % und auf den Kanaren fast 9 %, welche den Ausländeranteil an der gesamten Bevölkerung bilden. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2007[3], S. 57)

Grundsätzlich machte Katalonien alle migrationsgeschichtlichen Etappen, die Spanien durchlebte, mit. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein beträchtlicher Teil der katalanischen Bevölkerung (vor allem) nach Lateinamerika auswanderte, waren es vor allem Bewohner aus Andalusien, Murcia und Galizien, für welche Katalonien nach der Weltausstellung 1929 in Barcelona und dem ersten profunden Ausbau der Infrastruktur zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine interessante Region für einen dauerhaften Aufenthalt darstellte. (Agència de Salut Pública de Barcelona 2008, S. 31)
Zur Zeit des Bürgerkrieges, vor allem aber während der Diktatur Francos flohen viele Menschen aus Katalonien, weil die Bestrebungen der Errichtung eines Autonomen Staates Kataloniens ganz und gar nicht den Vorstellungen eines einheitlichen Staates von Franco entsprachen und das katalanische Territorium somit besonders unsicher war.
Nach dem Sturz Francos kehrte sich das Migrationsgeschehen in den 1970er Jahren vorerst zögerlich, im darauf folgenden Jahrzehnt aber umso schneller um, weil in Spanien neben Madrid vor allem Barcelona große Fortschritte in Wirtschaft, Städtebau und Infrastruktur verzeichnete. (Bolz 2002, S. 8) 1970 wurden 32.000 Ausländer und im Jahr 1980 knapp 39.000 Einwanderer aus Drittstaaten gezählt, was auf einen leichten Anstieg der dargestellten demographischen Gruppe hinweist. (Majoral et al 2002, S. 142)

Ihren Höhepunkt erreichte die Immigration im 20. Jahrhundert in den 1990er Jahren, war doch 1992 *das* Jahr für Spanien. Die Entdeckung von Amerika vor 500 Jahren wurde gefeiert, zeitgleich beherbergte Sevilla die Weltausstellung und Madrid wurde zur Kulturhauptstadt Europas ernannt. Für Barcelona aber kam noch hinzu, dass 1992 die Olympischen Spiele in der katalanischen Hauptstadt ausgetragen wurden und die Städtestruktur daher erneuert werden musste. Das Olympische Dorf wurde direkt neben dem Zentrum der Stadt errichtet, weiters sanierte man die Strandpromenade und nicht zuletzt hatte die barcelonesische U-Bahn ihre Geburtsstunde. All das waren Maßnahmen zur Anpassung der Stadt an die Moderne, weswegen Barcelona für Immigranten aus Drittländern nun natürlich in besonders attraktivem Licht stand. Nichts desto trotz weisen die internationalen Migrationssalden aus den 1990er Jahren negative Zahlen für Katalonien auf, was damit zu begründen ist, dass sich auch viele spanische Bürger aus den anderen Provinzen für eine dauerhafte Übersiedlung nach Katalonien entschieden und die Binnenmigration zu dieser Zeit kurzfristig jene der internationalen Migration stark übertraf. (Bolz 2002, S. 8 - 9) 1990 zählte das Innenministerium fast 66.000 Ausländer, also 1,1 % der Gesamtbevölkerung, diese Zahl vervielfachte sich bis zum Jahr 2000 auf beachtliche 215.000 Personen, was hier als wesentlich repräsentativere Statistik als die Darstellung der negativen Migrationssalden erscheint. Diese 3,46 % der gesamten katalanischen Bevölkerung ausmachenden Immigranten berücksichtigen zusätzlich noch keine sich irregulär in Katalonien aufhaltenden Personen. (Majoral et al 2002, S. 142ff)

4.2.2 Von der Industrialisierung zur Globalisierung – ein Schlagwortabtausch zu Beginn des 21. Jahrhunderts

War es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die Industrialisierung, die viele Immigranten in den Nordosten Spaniens lockte, so ist die Globalisierung gleichermaßen der Ursprung für die Entwicklung von einer Immigration hin zu einer Massenimmigration zu sehen. Die starke Diversifizierung der Herkunftsländer der Immigranten in Katalonien sprechen für das ‚Schrumpfen' der Welt - die geographische Komponente spielt zwar nach wie vor eine Rolle, wird aber durch die Technologie und das damit verbundene, global nutzbare Angebot (in Form von Flügen, Internet, etc.) abgelöst.

Laut den Daten des Innenministeriums stieg der Anteil der ausländischen

Bevölkerung 2000 bis 2005 von 3,5 % auf 6,9 %, wobei die Daten vom kommunalen Melderegister, dem *Padron Municipal* überhaupt besagen, dass 11,5 % der Bevölkerung die Ausländer repräsentieren. (Generalitat de Catalunya 2005, S. 14)

Jahr	Innen-ministerium	Padron municipal
2000	214.997	-
2001	280.167	-
2002	328.461	460.282
2003	383.874	689.349
2004	462.046	765.825
2005*	470.991	806.062

Tabelle 11: Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltstitel in Catalunya 2000 – 2005 (aus: Observatori Permanent de la Immigració 2005/Secretaria per a la Immigració 2005) *Daten bis zum März 2005 (!)

Ein weiteres Phänomen, das sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts auftut, ist die Auseinanderentwicklung der Anzahl der an aufgenommenen und im Melderegister verzeichneten Migranten, *empadronats* genannt, und der Anzahl an Einwanderern, die einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhielten. Die Differenzierung ist auf das große gesellschaftspolitische Problem der irregulären Migration zurückzuführen, welches in der heutigen Zeit überhaupt die größte Herausforderung – auch für Katalonien – darstellt. (Generalitat de Catalunya 2005, S. 15)

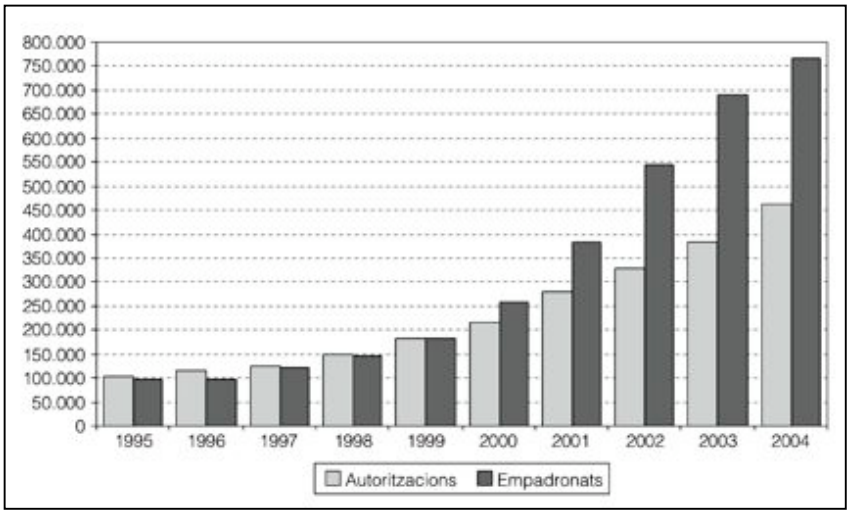

Abb. 08: Vergleich der Anzahl der *empadronats* mit der Anzahl der Immigranten mit Aufenthaltsgenehmigung 1995 – 2004 (hellgrau: dauerhaft; dunkelgrau: *empadronats*) (aus: Observatori Permanent de la Immigració 2005/Secretaria per a la Immigració 2005)

Um nun auf die aktuelle Situation zu kommen, belief sich dem Innenministerium zufolge im Jahr 2007 der Ausländeranteil auf beachtliche 16,2 %, was immerhin ein Sechstel der katalanischen Bevölkerung ausmacht. (Agència de Salut Pública de Barcelona 2008, S. 31) Betrachtet man die aktuellen politischen Diskurse, so ist vorerst nicht mit einer derartigen Steigerung der ausländischen Bevölkerung wie bisher zu

rechnen, weil aufgrund der fehlenden Kapazitäten vorerst eine Politik der Ausweisungen und Kontrollen die Migrationsströme unter Kontrolle bringen soll.[*] Für die nächsten Jahre wird in erster Linie interessant sein, inwieweit sich nun die in den wenigen Jahren der aufgetretenen Massenimmigration angesiedelten Ausländer dauerhaft in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft niederlassen bzw. welche Regionen und Städte Spaniens langfristig im Ranking Spitzenreiter in Sachen Zielorte sein werden.[**]

4.2.3 Junges, arbeitsames Katalonien – das demographische Profil des Wirtschaftsmotors der Iberischen Halbinsel

Betrachtet man die Ursprungsländer der Immigranten, so sind es hauptsächlich marokkanische Menschen, die für eine dauerhafte Niederlassung nach Katalonien kommen. Diese Rolle als Protagonist im Aufkommen von Ausländern wurde aber durch eine Erhöhung der ecuadorianischen und rumänischen Bevölkerung in den letzten Jahren etwas relativiert. Im Zeitalter der Globalisierung diversifizierte sich die

Ursprungs-region	Innen-ministerium	Padron municipal
EU	72.833	113.336
Restliches Europa	33.132	79.503
Afrika	170.535	224.827
Lateinamerika	137.271	306.753
Nordamerika	2.921	6.028
Asien	53.860	74.811
Ozeanien	264	527
Nicht zugehörig	174	277
INSGESAMT	470.991	806.062

Tabelle 12: Anzahl der Immigranten in Catalunya am 31. 03. 2005 nach Herkunftsländern
(aus: Observatori Permanent de la Immigració 2005/Secretaria per a la Immigració 2005

Heterogenität allerdings so sehr, dass der *Generalitat de Katalonien* zufolge von 180 sich aufhaltenden Nationalitäten, welche eine linguistische Vielfalt von 200 gesprochenen Sprachen mit sich brachten, ausgegangen werden kann. (Agència de Salut Pública de Barcelona 2008, S. 31)

Führt man sich nun schließlich die Statistik aus 2005 im Vergleich zu den Zahlen aus dem Jahr 2007 zu Gemüte, so spricht der immense Anstieg an

[*] Hier ist die Steigerung der ausländischen Bevölkerung, die im Melderegister aufgenommen werden, gemeint und behandelt nicht den möglichen, rasanten Anstieg der Irregulären.

[**] Bis Ende des Jahres 2008 lagen weder auf nationaler Ebene beim INE, noch auf europäischer Ebene bei Eurostat und auch nicht beim regionalen Statistikamt *Institut d'Estadística de Catalunya IDESCAT* Daten über das aktuelle Jahr vor.

Zuwanderern aus den einzelnen Kontinenten für sich und begründet erneut die massiven Ausmaße der statt findenden Massenwanderung.

Ursprungs-region	IDESCAT
EU	204.055
Restliches Europa	28.104
Afrika	266.542
USA	3.014
Lateinamerika	266.853
Asien	91.408
Ozeanien	319
Rest	280
INSGESAMT	860575

Tabelle 13: Ausländer mit Aufenthalts-genehmigung nach Ursprungs-regionen ohne Einbezug eines irregulären Anteils 2007 (aus: IDESCAT 2008, Statistisches Onlinearchiv)

Aufgrund dessen das kommunale Melderegister einen geschätzten Anteil an irregulären Immigranten in ihre Statistik aufnimmt, ist ein Vergleich der Daten aus 2007 (IDESCAT) mit jenen vom Innenministerium 2005 veröffentlichten Zahlen sinnvoll. Die Evolution der ausländischen Bevölkerung betrachtet, ist ein starker Anstieg an lateinamerikanischer Bevölkerung festzustellen, welcher grundlegend auf die Wirtschaftskrisen in Lateinamerika zurückgeführt werden kann. Der Verlauf der europäischen Nicht-EU-Bürger im Verhältnis zu Ausländern aus anderen Ursprungskontinenten verhält sich in seinem Wachstum relativ gering. Zwar machen beispielsweise die Rumänen einen zahlenmäßig großen Anteil der Immigranten aus, wenn man in Nationen differenziert, doch der negative Migrationssaldo weiterer Länder aus Osteuropa hält die Anzahl der gesamten Region insgesamt gering.

Eine immer zentralere Rolle bekommt der asiatische Raum beigemessen, was im weiteren Verlauf der Arbeit vor allem im regional schon sehr spezifisch abgehandelten Raum, dem Stadtteil El Raval in Barcelona eine genauere Erwähnung finden wird. Nicht zuletzt ist es Afrika, welches einen maßgeblichen Teil ausmacht, was aufgrund der viel diskutierten themenspezifischen Debatten logisch nachvollziehbar scheint. Ein erwähnenswertes Detail ist jedoch, dass ein beachtlicher Teil der sich in Katalonien aufhaltenden Afrikaner nicht über Ceuta, Melilla oder die Kanarischen Inseln und im Weiteren über den inneren Landweg die Autonome Region aufsucht, sondern auf direktem Seeweg nach Katalonien kommt. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen afrikanischen Ländern und der Hafenstadt Barcelona geben eine Basis für irreguläre Übertritte, wobei diese jedoch im Vergleich zu den Problematiken im Süden des spanischen Staates weitaus geringer sind. (Generalitat de Catalunya 2005, S. 18)

Möchte man in Herkunftsnationalitäten differenzieren, so stellen die Marokkaner mit 211.475 Personen mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung bis zum 31. 12. 2007 (IDESCAT 2008, S. 117) die größte Einwanderungsgruppe dar, wobei der starke Anstieg in den letzten Jahren in erster Linie mit der Familienzusammenführung zu begründen ist. Die marokkanischen Immigranten nehmen zudem die größte Präsenz am Arbeitsmarkt und in den Schulen ein.

Das Aufkommen lateinamerikanischer Personen hat sich im Zeitraum von 2000 bis 2004 verfünffacht und bis 2007 nochmals verdoppelt, wobei ein Großteil davon Immigranten aus Ecuador, Kolumbien und Argentinien sind. In jüngster Zeit sind es außerdem Einwanderer aus Peru, die ebenfalls eine große Gruppe darstellen. Viele Lateinamerikaner finden sich in urbanen Zentren wieder, in Barcelona sind es vor allem die Ecuadorianer, die sich dauerhaft niederlassen.

Aus dem asiatischen Raum sind es in erster Linie chinesische Immigranten, die sich zu 90 % in Barcelona aufhalten, aber auch die pakistanische – hauptsächlich männliche – Volksgruppe ist noch vor den Einwanderern aus Indien nennenswert. Von den Philippinen kamen in den letzten Jahren vor allem Frauen, was sich wie bei der marokkanischen Bevölkerung in Katalonien mit der Familienzusammenführung erklären lässt.

Interessant scheint, dass die Zahl der subsaharischen Afrikaner nach der Jahrhundertwende insgesamt angestiegen ist, wobei seit 2000 mit 7 % subsaharischen Bevölkerungsanteil ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Die Motivation dieser Einwanderungsgruppe für eine Emigration nach Katalonien ist insbesondere die Betätigung im landwirtschaftlichen Bereich (vorrangig in Girona). Als Pioniere werden Einwanderer aus Gambia verzeichnet, sie machen auch den größten Teil an subsaharischer Bevölkerung aus. In Lleida beispielsweise sind hauptsächlich Senegalesen oder auch Personen aus Mali und Nigeria ansässig, die so den prozentuellen Anteil hinter Gambia führen. Insgesamt sind es überwiegend junge, allein stehende, sich auf der Suche nach Arbeit befindende Männer, die nach Katalonien kommen.

Europäische Immigranten kommen in erster Linie aus Rumänien, der Ukraine und aus Russland. Mit Ausnahme von russischen Einwanderern herrscht eine weibliche Mehrheit an europäischer Bevölkerung in Katalonien. (IDESCAT 2008, S. 9 – 25 und 117; Generalitat de Catalunya 2005, S. 19)

Ein für Katalonien aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung zum restlichen Spanien wichtiger demographischer Aspekt ist die Verteilung der ausländischen Bevölkerung auf den ruralen und den urbanen Raum. Während sich in dem Autonomen Gebiet Madrid beispielsweise die Immigranten fast ausnahmsweise in der Stadt Madrid niederlassen, spielen in Katalonien neben Barcelona auch Girona, Lleida, Tarragona und Torres de l'Ebre eine führende Rolle. Ebenfalls signifikante Zuwanderung aus Drittstaaten verzeichnen die Städte Besos und Maresme im Norden, Eje del río und Llobregat im Süden und in weiterer Folge Sabadell, Terrasa und Mataró. (Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 6; IDESCAT, S. 112 – 114)

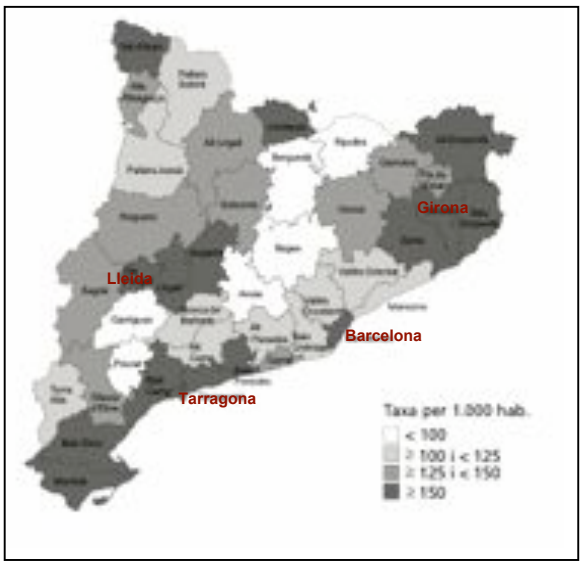

Abb. 09: Räumliche Verteilung der Immigranten in Katalonien 2007 (Dunkelgrau: ab150 Ausländer auf 1.000 Einwohner; mittelgrau: 125 bis 150 Ausländer auf 1.000 Einwohner; hellgrau: 100 bis 125 Ausländer auf 1.000 Einwohner; weiß: bis 100 Ausländer auf 1.000 Einwohner; Überarbeitung: rote Hervorhebung der urbanen Anziehungspunkte) (aus: IDESCAT 2007, S. 15; Überarbeitung: eigene)

Etwa 61 % der Ausländer halten sich in Städten mit einer Einwohnerzahl über 50.000 auf, wovon wiederum ca. zwei Drittel in Barcelona ansässig sind. Das Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Zielgebieten verhält sich interessanterweise seit 2000 gleich, was mit den unveränderlichen Gründen und Zielsetzungen der Immigranten zu tun haben kann. Lediglich durch die Familienzusammenführungen, die bei Immigranten im ländlichen Raum eher forciert werden, gibt es immer wieder kleine Abweichungen in der Verteilung. Wenn man die Stadt-Land-Verteilung näher betrachtet, muss natürlich in Ausländer je nach Ursprungsregion unterschieden werden. Lateinamerikanische und asiatische Bürger halten sich vornehmlich in urbanen Zentren auf, während sich die afrikanische Bevölkerung relativ ausgeglichen in Ansiedelungen in urbanen und ruralen Gegenden aufteilt. In allen Fällen wird nun schließlich hauptsächlich von wirtschaftlichen Gründen als Motivation zur Auswahl des Ortes

ausgegangen, wobei nachkommende Immigranten zur Familienzusammenführung ausgenommen zu betrachten sind. (IDESCAT 2008, S. 9 – 25 und 15; Generalitat de Catalunya 2005, S. 18 – 20)

Wie bereits erwähnt, stellen neben der Migration aus dem Ausland die Binnenwanderungen einen weiteren entscheidenden Bereich für die Bevölkerungsentwicklung Kataloniens dar. Im Folgenden wird in Kürze ein demographisches Profil erarbeitet, welches in Verbindung mit einer chronologischen Entwicklung der Binnenwanderungsstatistiken eine Zusammenschau bieten soll.
Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts lediglich 33.000 Binnenwanderer verzeichnet wurden, folgte in der Zeit von 1911 bis 1930 eine Zahl von 550.000 Immigranten aus verschiedenen spanischen Provinzen, allen voran aus Aragón, Castellón, Murcia, Almería und auch von den Balearen. Diese massenartigen Verhältnisse hatten natürlich Auswirkungen auf das demographische Profil, in erster Linie verjüngte sich Kataloniens Bevölkerung, weil insbesondere Menschen im arbeitsfähigen Alter sich vom Wirtschaftsmotor Katalonien angezogen fühlten. Im Zensus von 1930 waren fast 40 % in Spanien, aber nicht in Katalonien geborene Personen festgehalten. Im darauf folgenden Jahrzehnt entwickelte sich die Einwanderungsziffer zurück auf 110.000, was unter anderem mit den ins Exil gehenden und auch einer gewissen Anzahl an rückkehrenden Personen zu begründen ist. Von 1940 bis 1950 war eine ähnliche Tendenz zu erkennen, die sich gegen Ende hin wieder in einen Aufschwung verwandelte. Im nächsten Viertel des Jahrhunderts, von 1950 bis 1975 kamen sage und schreibe 1.400.000 nicht in Katalonien geborene Spanier in die Autonomieregion, was die dortige Einwohnerzahl nach einem Rückgang der Geburtenrate während des Bürgerkrieges wieder zum Ansteigen brachte. Vorerst waren es hauptsächlich Arbeitssuchende im Alter von 15 bis 34 Jahren, diese Selektion hob sich aber mit der Zeit auf und alle Altersgruppen waren vertreten. In linguistischer Hinsicht bedeutete diese Massenimmigration für Katalonien auch eine Veränderung, da eine beachtliche Anzahl von Menschen, dessen gefestigte Muttersprache das Spanische war, nun auf ein zweisprachiges Gebiet traf, dessen Minderheitensprache Katalanisch für ein Leben in der Autonomie ‚nicht zwingend' erlernt werden musste. Durch die Ölkrise, den daraus steigenden Ölpreisen und der resultierenden Wirtschaftskrise kam es nicht nur zu einer

Abnahme der Immigrantenzahl, sondern auch zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im Jahr 1980 verzeichnete Katalonien sogar zum ersten Mal in dem Jahrhundert einen negativen Migrationssaldo, die interregionale Immigration kam für kurze Zeit zum Stillstand. Diese Tendenz sollte auch die folgenden zwei Jahrzehnte prägen, durch neue Trends, der Globalisierung oder der größer werdenden Kluft zwischen hoch und weniger hoch entwickelten Ländern kam es aber wieder zu einem Aufschwung und zu weiteren Einwanderungen. Im Jahr 1996 belief sich der Prozentsatz an nicht in Katalonien geborenen, aber dort lebenden Spaniern auf 29 %, wovon der größte Anteil aus Andalusien kam. (Majoral et al 2002, S. 145 – 147) Zwar fand der Höhepunkt der Binnenwanderung in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts statt, doch auch von 2000 bis 2006 waren es immerhin 534.611 Einwanderer aus anderen spanischen Gebieten. Im Jahr 2006 belief sich der Anteil an spanischer Bevölkerung in Katalonien auf 27 %. (IDESCAT 2008, Statistisches Onlinearchiv)

Die internationale und die interregionale Migration waren weiters auch von Wanderungen innerhalb des Autonomiestaates Katalonien begleitet. In den 1960er und 1970er Jahren wurden jährlich 50.000 bis 60.000 Migranten, die ihren Lebensort innerhalb Kataloniens änderten, gezählt. Zum einen war eine starke Land-Stadt-Orientierung zu erkennen, zum anderen zwang der immer kapitalistischer gerichtete Wirtschaftsmarkt zu Änderungen des Wohn- bzw. Arbeitsortes. Zunächst spielten die Arbeitswanderungen die wichtigste Rolle, welche dann vom totalen Wohnortswechsel als beliebteste Konsequenz abgelöst wurde. Gründe hierfür waren der immer teurer werdende Immobilienmarkt in den Städten, die Änderung des Zweitwohnsitzes in den Erstwohnsitz bzw. die Suche nach einer anderen, besseren Lebensqualität. In erster Linie vollzogen junge Paare (mit oder ohne Kinder) diesen Lebenswandel, aber auch ältere Personen wanderten tendenziell in die Nähe von urbanen Zentren, um dort die sozialen Einrichtungen besser in Anspruch nehmen zu können. Daraus resultierte ein Rückgang an Migrationen in die Städte, vielmehr siedelten sich die Migranten in der Nähe von Städten an, was die Dezentralisierung der urbanen Zonen, aber eine Urbanisierung ländlicher Zonen in Katalonien maßgeblich beeinflusste. Zudem war eine Erhöhung der Bevölkerungsmobilität die Folge, in Barcelona gab es zB einen Rückgang an Wohnsitzmeldungen, im Verhältnis wurden aber keine Arbeitsstellen frei, was auf ein steigendes – und nun mehr in Katalonien konstantes –

Pendleraufkommen schließen ließ. Während es 1981 484.000 Pendler (27 % der Beschäftigten) gab, zählte man 1996 bereits knapp eine Million (42,1 % der Beschäftigten). (Majoral et al 2002, S. 145 – 147)

Diese vielfältigen Arten von Migration bewirken also auch eine demographische Veränderung[*], die im Folgenden einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Die Geburtenrate ausländischer Mütter hat sich in der Autonomieregion von 2000 auf 2003 auf 16,4 % verdoppelt, zusätzlich ist allerdings auch ein Anstieg der Abtreibungen anzumerken. 2003 waren von allen ausländischen Kindern ungefähr ein Drittel marokkanische und ca. 13 % ecuadorianische Kinder. Chinesische Geburten mit 5,7 % stehen zwar an dritter Stelle, obwohl der Anteil schon relativ gering ist. Die Zahl der ausländischen Mütter bzw. ausländischer Eltern ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Waren es 1996 5 % Kinder mit ausländischen Müttern, so erhöhte sich der Prozentsatz bis 2003 auf 16 %. Im Falle ausländischer Eltern liegt für 1996 der Prozentsatz von 3 % und für 2003 ein Anstieg auf 13 % vor. Auch im Bereich der gemischten Ehen kann von einer nennenswerten Erhöhung gesprochen werden, 2003 waren es 12,2 % aller Verehelichungen, welche zumindest einen ausländischen Partner einschlossen. Die Heirat eines spanischen Mannes mit einer ausländischen Frau kam in 7,7 % der Verehelichungen vor, umgekehrt – also eine spanische Frau und ein ausländischer Mann – waren es 4,5 %. (Generalitat de Catalunya 2005, S. 19) Die Geburtenrate insgesamt ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen und belief sich im Jahr 2006 auf 11,7 % (Generalitat de Catalunya 2007, S. 2)

Was die Geschlechterverteilung betrifft, so liegt ein Schwerpunkt bei den maskulinen Einwanderern, wobei der weibliche Part in den letzten Jahren nachholt und die Differenz in Richtung Ausgleich verläuft. Neben der Familienzusammenführung als Grund dafür sind es in jüngerer Zeit auch Frauen, die den ersten Schritt machen und in weiterer Folge ihre Familie nachholen. Zudem ist, was die Erhebung dieser Daten betrifft, zu beachten,

[*] Weitere Daten (zu jenen, die vorliegend dargestellt werden) bezüglich der demographischen Situation der Immigranten in Katalonien können der Homepage des nationalen Statistikamtes IDESCAT www.idescat.cat entnommen werden, wobei unter der Rubrik *població* für 'Bevölkerung' hier relevante Daten wie zB die Beteiligung der ausländischen Kinder an den Schulen, die Anmeldung der Immigranten bei der Sozialversicherung, etc. entnommen werden können.

dass die Immigrantinnen besonders von sich in regulärem Modus befindender Präsenz ausgenommen sind, der Einbezug der Dunkelziffer so vielleicht zu einem tatsächlichen Ausgleich führen würde. Der Anstieg der Frauen als einwandernde Personen ist auch auf die Förderung der Frau am Arbeitsplatz zurückzuführen, wo sie in erster Linie im häuslichen Bereich eine Beschäftigung finden. Differenziert man die weibliche Einwanderungspopulation in Nationen, ist in manchen Fällen – zB Frauen aus der Dominikanischen Republik, aus Kuba, Venezuela oder Peru – eine klare Mehrheit erkennbar. Bei der afrikanischen, sowohl maghrebischen als auch subsaharischen Bevölkerung sind die Männer die Vorreiter, ein kleiner Ausgleich passiert durch Familienzusammenführung. (IDESCAT 2008, S. 19 – 25; Generalitat de Catalunya 2005, S. 19)

Durch das hohe Immigrationsaufkommen kam es vor allem im jungen und arbeitstechnisch aktiven Alter zu einem Anstieg, wobei in diesem Altersbereich mehr Männer als Frauen zu verzeichnen sind; auf 125 arbeitsfähige Männer kamen im Jahr 2005 100 Frauen. Immigranten im Alter von 28 Jahren stellten die größte Gruppe dar, das Durchschnittsalter liegt – im Vergleich zum katalanischen Durchschnittsalter von 41, 5 Jahren – bei 31 Jahren. Gerade in diesem statistischen Vergleich macht sich der Unterschied des in- bzw. ausländischen demographischen Profils sehr gut bemerkbar. Ab dem Alter von 40 Jahren sinkt der Anteil rapide ab, 70 % aller Immigranten waren 2005 zwischen 15 und 44 Jahre alt. Eine demographische Umverteilung und ein Ungleichgewicht machen sich insgesamt, aber auch in den einzelnen Bereichen bemerkbar, beispielsweise sind es doppelt so viele Männer als Frauen, die aus afrikanischer Herkunft Katalonien als neue Heimat aufsuchen. Zudem sind diese Immigranten äußerst jung, während aus Lateinamerika etwas mehr Frauen als Männer kommen und sich generell im arbeitsfähigen Alter bewegen. Schließlich sind es ungefähr zwei Drittel asiatische Männer im Verhältnis zu einem Drittel an asiatischen Frauen, die ebenso im arbeitsfähigen Alter sind, aber auch einen großen Teil an jüngeren Einwanderern aufweisen. (IDESCAT 2008, S. 19 – 25; Generalitat de Catalunya 2005, S. 20)

Blickt man auf die umseitige Alterspyramide, so ist ersichtlich, dass die weibliche ausländische Bevölkerung (gelb-orange Seite) tendenziell jünger als die männliche (blaue Seite) ist. Insgesamt wird aufgezeigt, dass sich seit

2000 bis heute die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung um ein Deutliches verjüngt hat.

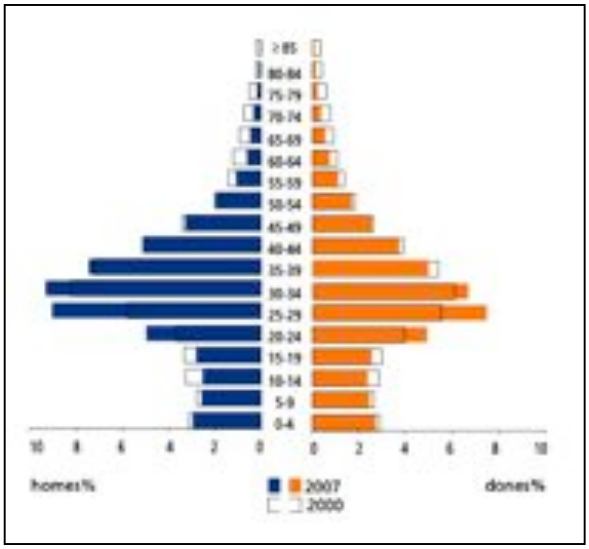

Abb. 10: Ausländische Bevölkerung in Altersgruppen (aus: IDESCAT 2008, S. 15)

Was die wirtschaftlichen Sektoren betrifft, so wurde bereits vorangegangen erwähnt, dass Männer hauptsächlich in der Landwirtschaft und in der Industrie beschäftigt werden, während ausländische Frauen in erster Linie dienstleistungs-orientierten Tätigkeiten nachgehen. (Generalitat de Catalunya 2005, S. 21) Dem ist hinzuzufügen, dass eine Verschiebung der Tätigkeiten in den einzelnen Bereichen insofern passiert, als dass die irregulären, männlichen Einwanderer ebenso oft im Dienstleistungssektor arbeiten und so von einer ausgewogenen Aufteilung der männlichen, ausländischen Arbeiter in diesen Wirtschaftsbereichen berichtet wird. (Agència de Salut Pública de Barcelona 2008, S. 31) Grundsätzlich ist bemerkbar, dass sich die Immigranten tendenziell in jenen Berufen wieder finden, die eine geringere Qualifikation zur Voraussetzung haben, wobei hier die Dienstleistung und das Baugewerbe die führenden Beschäftigungsbereiche für latein-amerikanische und afrikanische Immigranten bilden. Europäische und asiatische Einwanderer arbeiten tendenziell in höher qualifizierten Berufen. (IDESCAT 2008, S. 21 – 25)

4.3 Migrationspolitik Kataloniens

4.3.1 Das Aufkommen der Migrationspolitik als regionalspezifisch zu behandelnde Herausforderung in Katalonien

Obwohl an Spaniens Migrationspolitik gut zu erkennen ist, dass es um eine laufende Entwicklung der Migrationspolitik im europäischen Kontext genauso wenig umhin kommt, wie es zur Zeit der Einführung der Demokratie überhaupt eine an die spanische Situation adjustierte Migrationspolitik einzuführen hatte, wurde im Kapitel 2 ‚Migrations- und Integrationspolitik Spaniens' noch nicht auf die innerstaatlichen Differenzen und Ausgangspositionen der einzelnen Autonomen Gebieten eingegangen, welche natürlich eine Erarbeitung eines adäquaten Regulierungssystems für Migration zu einer besonders schwierigen Aufgabe machten.
Der spanischen Migrationspolitik wurde in jüngster Zeit immer wieder angelastet, dass durch zu wenig Nachhaltigkeitsarbeit, Forschung und Umfragen in der Gesellschaft gar keine Politik gemacht werden könne, welche die neue heterogene Gesellschaft Spaniens auch tatsächlich berühre. (siehe Kapitel 3.4.6) Dem entgegen ist Katalonien zu Gute zu halten, dass es eine Reihe von wichtigen Schritten in der Öffentlichkeitsarbeit gab, bevor tatsächliche eigene migrationspolitische Instrumente in der *Generalitat* aufgenommen wurden. In kritischer Hinsicht kann aber für die migrationspolitische Entwicklung Kataloniens vorausgeschickt werden, dass die letzten Jahre Kataloniens Politik der Fahrt in einer Hochschaubahn gleichen (vgl. dazu 4.2.1, vor allem aber 4.2.2) und die einzelnen politischen Arbeitsbereiche wie Migrationspolitik, aber auch Sozialpolitik im Allgemeinen, eher Hilfsmittel im großen Streit um den Autonomiestatus Kataloniens waren und die eigentlichen Interessen in den einzelnen Bereichen vielleicht an manchen Stellen unberücksichtigt blieben.

Mit der Einführung des Sekretariats für Immigration *Secretaria per a la Immigració* im Jahr 2000 institutionalisierte Katalonien erstmals die regionale Bearbeitung der Migrationsproblematik und der sich daraus ergebenden Forderung nach Regulierung in der Regierung – einem Schritt, dem allerdings politische Verankerungen ab dem Jahr 1993 vorausgingen. Vor allem das 1985 in Spanien verabschiedete *Ley de Extranjería* zu einem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Instabilität sorgte für reichliche Diskussionen über die kontroverse und polemische Situation, wie man Migration regeln

wollte. Besonders in Katalonien ergab sich so eine Reihe von Publikationen seitens der katalanischen Regierung, aber auch seitens einiger NGOs, welche auf die Schwierigkeit der Durchführbarkeit des Gesetzes verwiesen. (Solé Aubia 2002, S. 12) Insofern können die nach 1985 folgenden Jahre als erste Schritte in einer sich von Spanien abspaltenden Sichtweise, wie Migrationspolitik ausschauen könnte, festgelegt werden.

Aus dieser Abwehrhaltung gegenüber der spanischen Migrationspolitik entwickelte sich in Katalonien schnell ein relativ gut koordiniertes Netzwerk an Fachleuten, welche sich mit der konkreten, aber von Spanien losgelösten Positionierung in Sachen Migrationspolitik beschäftigten. Die Publikation ‚Tagung in Girona: 50 Vorschläge zur Immigration' *Informe Girona: 50 propuestas sobre inmigración*, welche im Juli 1992 publiziert wurde, war zu dieser Zeit das wohl ausschlaggebendste Dokument, weil in umfangreicher Weise die genauen Vorstellungen, wie Migrationspolitik aussehen sollte, präsentiert wurden. (Garreta Bochaca 2006, S. 2) Dies umfasste die Darlegung der Notwendigkeit einer auf die Region abgestimmte Politik, die Forderung nach den dafür benötigten administrativen Einrichtungen, das Aufzeigen der nicht minder wichtigen Reflektion über Migration und Integration und der damit verbundenen Aufklärung von Diskriminierung und Rassismus und schließlich beinhaltete die Publikation Vorschläge für eine konkrete Einbindung von Immigranten in das katalanische Leben in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Sozialität. (Solé Aubia 2002, S. 12ff)

Für die *Generalitat* waren die Inhalte des *Informe Girona* keine unwichtige Vorlage bei der Einrichtung der administrationsübergreifenden ‚Kommission zur Koordinierung und Verfolgung von Immigrationsangelegenheiten' *Comissió Interdepartamental pel seguiment i la coordinació de les actuacions en matèria d'immigració*, eine Kommission, welche acht Abteilungen der Regierungen umfasste und als erste Aufgabe die Veröffentlichung eines Leitfadens hatte, der die Vorstellungen der *Generalitat* definieren sollte. (Garreta Bochaca 2006, S. 2 – 3)

Dieser Plan *Plan Interdepartamental de Inmigración* erschien wenig später, am 28. September 1993 und enthielt überraschenderweise und sehr für die fortschrittliche Haltung Kataloniens sprechend jene Inhalte, welche als ‚persönliche und soziale Entwicklung für die Immigranten' beschrieben wurden und als Integrationspolitik zusammengefasst werden können. (Garreta Bochaca 2006, S. 3) War es also in Spanien der Integrationsplan 1994, der als innovativer, politischer Schritt wahrgenommen wurde, so

existierte in Katalonien bereits ein von der regionalen Regierung publiziertes Dokument, das genau auf diese Herausforderung einging. In Katalonien war der Plan aus dem Jahr 1993 für die folgenden sieben Jahre ein maßgebliches, aber nicht verbindliches Dokument.

4.3.2 Einführung des Sekretariats für Immigration ‚Secretaria per a la Immigració' und die Veröffentlichung des Leitfadens zum migrationspolitischen Diskurs Kataloniens ‚Plan interdepartamental d'immigració 2001 - 2004'

Im Jahr 2000 wurde also das Sekretariat für Immigration eingerichtet, die interdisziplinäre Kommission aus dem Jahr 1993 sozusagen aufgewertet und zu einer eigenen Abteilung in der *Generalitat* ernannt. Auch eine Neuauflage des Immigrationsplans ließ nicht lange auf sich warten und im Jahr 2001 wurde der für die kommenden drei Jahre ausgelegte Plan *Plan interdepartamental d'immigració 2001 – 2004* vorgestellt.

Grundsätzlich ähnelten sich die Pläne in ihren Vorstellungen über Migrationsangelegenheiten, die Definition der Grundeinstellung der katalanischen Regierung wurde aber wesentlich deutlicher dargestellt (Solé Aubia 2002, S. 13), was auch auf die nunmehrig tiefere Verankerung der Thematik im politischen Court Kataloniens schließen lässt.

Der Vorsitzende des Sekretariats für Immigration, Artur Mas, sprach von einem ‚katalanischen Weg der Integration' *vía catalana de integración*, der sich aus einem Gleichgewicht von Respekt gegenüber der Vielfalt der Ursprungskulturen, aber auch und nicht minder dem Respekt gegenüber der Zielkultur, die als Einheit weitergeführt werden solle, ergibt. Ein weiterer Grundgedanke, der mit dem Plan im Jahr 2001 vorgestellt wurde, war die Forderung an die Immigranten, die demokratische Idee der katalanischen Regierung zu akzeptieren und in Folge die katalanische Sprache und Kultur zu respektieren und wertzuschätzen, weil diese in vollem Ausmaß den Ursprung und die Identität der Zielkultur prägen und definieren. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 7 – 8 und 117)

In dem Leitfaden wurden die Rechte der Immigranten, vor allem für die Bereiche Gesundheit, Bildung und soziale Dienstleistungen, festgelegt und des weiteren auf die Möglichkeit der Familiennachholung verwiesen, wobei stets auf die gesetzliche Landschaft auf nationalem Boden Rücksicht genommen wurde. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 127) Vor allem im Bereich der Familienzusammenführung machte sich die Diskrepanz

zwischen dem spanischen und katalanischen Diskurs bemerkbar, denn während Katalonien die Familienzusammenführung in vollem Maße unterstützen wollte (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 130), gab es seitens der nationalen Ebene Einschränkungen, auf die Bedacht gelegt werden mussten. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2000[1], S. 58)

Was den gesetzlichen Aktionsradius Kataloniens anbelangte, so wurde seitens Spaniens dem Autonomen Gebiet eine völlig freie Hand in Integrationsfragen gegeben. In migrationspolitischen Angelegenheiten, wie der Visumspolitik, der Arbeitsgenehmigungen und der Familienzusammenführung, musste sich Katalonien jedoch auf die spanische Gesetzgebung berufen. Aus diesem Grund beinhaltete der Leitfaden 2001 auch eine detailliert dargelegte Forderung nach grundlegenderen Kompetenzen, weil die Integrationspolitik als Plattform, den regionalen Vorstellungen von Migrationspolitik nachzukommen, nicht ausreiche und daher auch gesetzliche Grundnormen von Katalonien selbst festgelegt werden sollten. Hauptkritikpunkt seitens der *Generalitat* war, dass mit der einerseits restriktiven Haltung bei der Abgabe von Kompetenzen in der Migrationspolitik und der andererseits liberalen Haltung bei der Handhabe von Integrationspolitik der spanische Staat zwei eigentlich unzertrennliche Bereiche auf administrativer Ebene spalte und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Durchführung von Migrations- und Integrationspolitik für sich selbst sprechen würden. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 7 – 8 und 133)

Weil diese Problematik bereits im Vorfeld diskutiert wurde und die spanische *Cortes* den Kritikpunkten der katalanischen *Generalitat* zum Teil Recht gab, kam es bereits vor Veröffentlichung des Leitfadens in Katalonien im *Ley Orgánica 8/2000* (siehe Kapitel 3.4.1.1) zu einer gesetzlichen Neuverfassung der Kompetenzaufteilungen zwischen Spanien und Katalonien. Demzufolge konnten von nun an die Autonomen Gebiete der spanischen Regierung Anträge und Dokumente mit den notwendigen regionalspezifischen Vorstellungen und Notwendigkeiten unterbreiten. Von diesen Anträgen ausgehend könnte die spanische Regierung dann im Detail bei der laufenden Festlegung von Kontingenten (für Visa, Arbeitsgenehmigungen, etc.) eingehen und Rücksicht nehmen. Im Konkreten bedeutete diese Abänderung im *Ley Orgánica 8/2000*, dass die katalanische der spanischen Regierung rechtzeitig von dem notwenigen Ausmaß an Arbeitsgenehmigungen für Immigranten unterrichtete, was zwar

tatsächlich eine Erweiterung der Kompetenzen in migrationspolitischen Belangen bedeutete, seitens Katalonien aber eine rein wirtschaftspolitische Maßnahme Spaniens war, die zudem einen nur kleinen Teil der breiten Problematik erfasse. (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales 2000[1], S. 58ff)

Des Weiteren wurde im Plan 2001 festgehalten, dass man bei Katalonien als wichtige Immigrationsregion in Spanien unmittelbar die sich aus der Einwanderung ergebenden Vorteile in der demographischen Veränderung der Gesellschaft erkenne und schätze. Auch die wirtschaftliche Komponente und die Möglichkeit der katalanischen Gesellschaft, einer kulturellen Vielfalt gegenüber zu stehen, wurden an dieser Stelle als positive Konsequenzen der Immigrationsgeschichte angegeben. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 7 – 8 und S. 127)

Die Abgabe von Kompetenzen, welche die *Generalitat* von den *Cortes* verlangte, wurde von Katalonien an der Verteilung der Aufgaben an die einzelnen katalanischen Provinzen und Gemeinden vorgemacht. Eine Präsentation der 133 Programme, die zu einer Integration der Immigranten in ganz Katalonien führen sollten, bildete einen Hauptteil des Leitfadens 2001. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 131ff)

Schließlich wurde auch die finanzielle Komponente diskutiert, welche erneut einen großen Kritikpunkt an der Haltung des spanischen Staates beinhaltete. Für die *Generalitat* war bei der Finanzierung der Integrationspolitik eine Förderung seitens des spanischen Staates unabkömmlich. Die *Cortes* gaben den Forderungen auch statt, würden aber laut des Leitfadens 2001 von Katalonien in einer konkreten Umsetzung der Aufstellung eines Finanzierungsplanes nachlässig sein. (Secretaria per a la Immigració 2001, S. 121)

Der *Plan interdepartamental d'immigració 2001 – 2004* sollte keinesfalls eine Kriegserklärung an den spanischen Staat darstellen und der Ton, der ja bekanntlich die Musik macht und der die Konversationen zwischen Katalonien und der spanischen Regierung prägte, ließ schlichtweg darauf schließen, dass eine differenzierte Haltung in politischen Belangen eine viel längere Geschichte als jene der Migrationspolitik im Speziellen hat und die vorliegend diskutierten migrations- und integrationspolitischen Problematiken lediglich ein Fragment des instabilen Kartenhauses mit Überschrift ‚Beziehungen zwischen Katalonien und Spanien' waren. Während sich die Katalanen eine direkte und offensive Sprache bei den

Forderungen der Kompetenzerweiterungen erlaubten, schienen die spanischen *Cortes* den ‚aufmüpfigen Wind aus dem Nordosten' bereits gewohnt zu sein. In der Literatur- und Medienlandschaft entsteht aus der Zeit 2000 bis 2004 der Eindruck, als seien es die Katalanen, die gestärkt durch den zwischen den katalanischen Parteien relativ einheitlichen Vorstellungen über Migrationspolitik, unaufhörlich Forderungen an den spanischen Staat stellten, der wiederum zum einen allem voran damit beschäftigt war, die Diskrepanzen zwischen der EU und Spanien zu verringern und so nur bedingt auf diese innerstaatlichen Forderungen einging und des Weiteren schon gar nicht dazu kam, dem katalanischen Autonomiegebiet genaue Vorstellungen einer Zusammenarbeit seinerseits zu formulieren, was schließlich und endlich einen ausgewogenen Dialog zwischen den beiden Ebenen gestaltet hätte.

Neben dem Leitfaden, der als Grundlage für den politischen Weg in der Zeit von 2000 bis 2004 gesehen werden kann, wurde vom Sekretariat für Immigration im Jahr 2003 zusätzlich das Dokument ‚Debatten zur Immigration in Katalonien' *Debates para la Inmigración en Cataluña* veröffentlicht, welche die genauen Vorstellungen der *Generalitat* und der einzelnen administrativen Einheiten in den Provinzen in Zusammenhang mit Migrations- und Integrationspolitik zusammenfasste. Dieses Dokument war zusätzlich eine Antwort auf die intraregionale Vielfalt an Publikationen seit 2000, die das rege Interesse und die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Autoren (wie zB der Regierungsinstitutionen, der NGOs, der wissenschaftlichen Akteure der Universitäten, etc.) zusammenfassen sollte, weil man das Abdriften in ein migrations- und integrationspolitisches Chaos verhindern wollte. (Garreta Bochaca 2006, S. 4; Secretaria per a la Immigració 2003)
Mit dem Vorwort, dass man bei einem Katalonien im Jahr 2020 an ein Katalonien der Integration und Vielfalt denken wolle und nicht die Probleme des Ausschließens und der Segregation Überhand nehmen sollten, wurden folgende Vorschläge und Notwendigkeiten seitens der katalanischen Autonomieregion festgelegt: (1) mehr Kompetenzen, (2) aktive Migrations- und Integrationspolitik seitens der katalanischen Regierung, (3) nachhaltige Migrations- und Integrationspolitik seitens der katalanischen Regierung, (4) Konzentration auf die Bürger und Bürgerinnen Kataloniens in Form von mehr Rücksichtnahme in den politischen Diskursen (vor allem die Aufnahme

der nichtstaatlichen Organisationen, die sich mit Immigration und Integration beschäftigen) und (5) die mit Immigration in engem Zusammenhang stehende Regulierung des Arbeitsmarktes. (Secretaria per a la Immigració 2003, S. 5 – 20)

4.3.3 Der katalanische Regierungswechsel – neuer Diskurs in migrations- und integrationspolitischen Angelegenheiten?

Der Regierungswechsel im Jahr 2004 und die Koalitionsbildung zwischen den drei Parteien *PSC*, *ERC* und *ICV* bewirkte zunächst eine leichte Wendung in migrationspolitischen Angelegenheiten. Weil die neue Regierung vorerst mit einer Neustrukturierung der *Generalitat* beschäftigt war, welche bis hin in die untersten Reihen vorgenommen werden sollte und weil die Neudefinition der Dialoge zum spanischen Staat (die im Kapitel 4.1 als überraschende Wendung durch die Forderung einer Ausweitung des Autonomiestatus' beschrieben wurden) im Vordergrund standen, hatte die Überarbeitung der migrations- und integrationspolitischen Grundlagen scheinbar keine Eile. Zudem war die relativ einheitliche Haltung der einzelnen politischen Fraktionen Grund für die nicht vorhandene Prioritätenstellung dieses Themas.

Nichts desto trotz wurde noch vor der Veröffentlichung eines neuen migrations- und integrationspolitischen Leitfadens eine wichtige Veränderung im Bildungsbereich vollzogen, die auch für die Zuwanderer und ihre soziale Integration eine große Rolle spielten. Mit dem ‚Plan für einen sozialen Zusammenhalt durch Sprache' *Plan de Lengua y Cohesión Social* der Abteilung für Bildung und Wissenschaft *Departamento de Educación*, welcher im Jahr 2004 vorgestellt wurde, führte die *Generalitat* konkrete Maßnahmen und Hilfestellungen für eine Bildung mit Bedacht auf die kulturelle Vielfalt in Katalonien ein. (Garreta Bochaca 2006, S. 4 – 5) Die konkreten Maßnahmen umfassten dabei vor allem die Neustrukturierung der Unterrichtspläne, die Ausbildung der Lehrer und die Erweiterung des Bildungsangebotes insgesamt. (Departament d'Educació 2004, S. 2 und S. 48ff) Der Erfolg des Bildungsleitfadens blieb zwar einige Zeit aus, stellte sich aber mit der Zeit und in Kombination mit den weiteren Maßnahmen der Integrationspolitik, die im Weiteren verabschiedet wurden, ein. (Garreta Bochaca 2006, S. 5)

Die Überarbeitung des Leitfadens für Immigrationsfragen aus den Jahren 1993 und 2001 wurde dann in weiterer Folge im Jahr 2005 präsentiert, wobei auf die vorhergehenden Pläne insofern Bezug genommen wurde, als dass ihre Erfolge, aber auch die sich ergebenden Einschränkungen und Misserfolge evaluiert wurden.

Allen voran wurde die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen politischen Ebenen Kataloniens gelobt, weil auch die unteren Ebenen durch den aktiven Einbezug in die Erarbeitung der Programme das Interesse entwickelten, für eine Umsetzung in die Realität zu sorgen. Dennoch wurde hier darauf verwiesen, dass eine kontinuierliche Bemühung der Realisierung von Migrations- und Integrationsvorhaben aufgrund des Prinzips der Freiwilligkeit ganz besonders von Nöten sei. Die allgemein festgehaltenen Ziele der Politik, vor allem die Integration der Zuwanderer in den katalanischen Alltag, wurde ebenfalls als eine erfolgreiche Linie subsumiert, wobei als kritischer Unterpunkt die fehlenden Instrumente, Mechanismen und Indikatoren für eine umfangreiche Evaluation genannt wurden. (Secretaria per a la Immigració 2005, S. 33)

Ein weiterer kritischer Ansatz war jener, dass die allgemeinen Ziele, wie auch die Programme für eine tatsächliche Umsetzung für sich beide sehr gut waren, durch eine fehlende Verbindung zwischen Theorie und Praxis es allerdings zu Verständnis- und Einbettungsproblemen der Migrations- und Integrationsarbeit kam. Nicht zuletzt wurde bemängelt, dass es den bisherigen Programmen und Leitfäden an einer Prioritätensetzung fehle, denn nur so könne auch effektiv in einzelnen Bereichen angefangen werden, tatsächlich Integrationsarbeit zu leisten. Dem wurde hinzugefügt, dass es den einzelnen Programmen oft an einer präzisen Zeit- und Ortsangabe fehlte. Dem Fehlen von Daten wurde nicht zuletzt auch die mangelhafte Dotation der Programme zugefügt, wobei hier insofern auf die Prioritätenstellung verwiesen wurde, als dass die mangelnde Finanzierung oft die tatsächliche Bremse für die Verzögerung oder gar das Scheitern einzelner Projekte verantwortlich gewesen sei. (Secretaria per a la Immigració 2005, S. 43)

Aus den Kritiken der bisherigen Pläne ergab sich in erster Linie die Erweiterung der Kompetenzen, weil das Konkretisieren der Programme nicht selten mit der Regularisierung von Ausländern zu tun hatte und diese Aufgabe letztendlich nach wie vor in den Händen des spanischen Staates lag. Die *Generalitat* verwies in der Evaluierung darauf, dass der

katalanischen Autonomieregion die Hände in Sachen Migrations- und Integrationspolitik so lange gebunden seien, bis eine realistischere, flexiblere und effizientere Kompetenzaufteilung seitens des spanischen Staates vorgenommen werden würde. (Secretaria per a la Immigració 2005, S. 57)
Als grundlegende Prämissen für die kommenden Jahre wurden im Endeffekt folgende festgelegt: (1) die Anerkennung der kulturellen Diversität als unvermeidliche historische Komponente, (2) die Anerkennung der Menschenrechte und der Individualität des Menschen, (3) die Universalität der Politiken aufgrund der Individualität der Menschen, (4) die Sicherheit und Stabilität der katalanischen Gesellschaft, (5) die Verteidigung und Aufrechterhaltung der katalanischen Identität und Sprache, wie auch die Identitäten und Sprachen der sich dauerhaft aufhaltenden Immigranten, (6) die Koordination, Kooperation und gegenseitige Verantwortung in Migrations- und Integrationsfragen und schließlich die (7) Integrationspolitik auf Basis der europäischen Vorstellungen. (Secretaria per a la Immigració 2005, S. 57 – 106)
Im Konkreten umfassten die Prioritäten des Sekretariats für Immigration die Aufnahme, die Gleichberechtigung und die Unterbringung von Zuwanderern, wobei die Kompetenzzuordnungen zwischen dem ‚Integralen Programm für die Aufnahme von Immigranten' *Programa integral de acogida PIA* und den lokalen Plänen der einzelnen Provinzen und Gemeinden definiert werden sollten. (Secretaria per a la Immigració 2005, S. 57 - 90)

Aus dem Plan 2005 – 2008 ist klar ersichtlich, dass die *Generalitat* bereits eine viel konkretere Position über die Richtung, welche die Regierung von Katalonien einschlägt, einnimmt. Eine entwickelte Definitionslage, Hierarchie und Prioritätenstellung ist zudem eine direkte Antwort auf die bisherigen Pläne und die Kritiken.

Blickt man nun auf die Zeit seit 1993 zurück, so ist im Bezug auf die Immigrationspolitik in Katalonien im Prinzip in drei Phasen einzuteilen. Bis zur Einführung des Sekretariats für Immigration im Jahr 2000 herrschte in Katalonien hauptsächlich eine beobachtende Stimmung, zumal ohne das Sekretariat schlichtweg die administrative Basis für ein tatsächliches Handeln gefehlt hat. Für diese erste Zeit kann also von einer ‚Phase der Beobachtung' gesprochen werden, während mit dem Sekretariat und in den von ihm publizierten Artikeln eine plötzliche und dringliche Notwendigkeit an

Definitionen, Maßnahmen und Koordination zwischen den einzelnen Ebenen Kataloniens formuliert wurde. Die ‚Phase der Beobachtung und Organisation' ging dann bis zur Veröffentlichung des Plans 2005 – 2008, der mit Kontenance eine viel tiefer verankerte Intervention in punkto Finanzierung und Koordinierung der Programme forderte, weswegen genau die Ebene der Intervention in die Phase ab 2005 aufgenommen werden muss und so von einer Etappe der ‚Beobachtung, Organisation *und* Intervention' gesprochen werden kann. Ein Beispiel für das Einsetzen von Intervention ist die Einrichtung von Fonds für die Integration, die auf Initiative des Plans 2005 – 2008 ins Leben gerufen wurden. (Garreta Bochaca 2006, S. 7[*])

In Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung und der anschließend wieder in der selben Konstellation führenden *Generalitat* im Jahr 2006 ergaben sich nun wesentliche Veränderungen in den Autonomiestatuten Kataloniens, welche auch für die Immigrationsangelegenheiten nicht unbedeutend waren. Nach wie vor sind diese Statuten der Bezugspunkt schlechthin und aufgrund der starken Erweiterung der Kompetenzen schaffen sie für Katalonien den seit langem geforderten größeren Handlungsspielraum.
In dem Autonomiestatut aus 2006 *Estatut d'autonomia de Catalunya 2006* wird in Absatz IV Kompetenzbereiche *Títol IV De les competències* Kapitel II Themenfelder *Capítol II Matèries de les competències* in Artikel 138 Immigration *Article 138 Immigració* der genaue Kompetenzbereich dargelegt, wobei die *Generalitat* von nun an die ausschließliche Verfügung über die Aufnahmekompetenzen der Einwanderer inne hat. Auch in den Bereichen Integration, Erstversorgung, Regulierung und Gründung von neuen Institutionen für eine Teilnahme der zuwandernden Personen am sozialen Leben bekam Katalonien weitere Verantwortungsbereiche zugeschrieben. Nicht zuletzt erhielt die *Generalitat* neue Verfügungsrechte im Bereich der Exekutive und beim Ausstellen von Arbeitsgenehmigungen, wobei im Bezug auf die Einreise und den Aufenthalt eine nach wie vor enge Kooperation mit dem Staat verlangt wurde. Der Zusammenarbeit mit dem Staat wurden aber in reziproker Art und Weise Erneuerungen hinzugefügt, so erhielt Katalonien auch mehr Mitspracherecht bei den Entscheidungen

[*] Die Benennung der Einteilung der Phasen wurde von Garreta Bochaca 2006, S. 7ff übernommen, die dazu angestellten Überlegungen stammen aus eigener Hand.

und Festlegungen auf staatlicher Ebene. Der für das Autonomiegebiet Katalonien in dieser Sache wichtigste Punkt war sicherlich das Aufsetzen der Kontingente für ausländische Arbeiter, die aufgenommen werden sollten, weil aufgrund der aufstrebenden Wirtschaftslage in Katalonien diese Regulierungsmaßnahme eine große Rolle spielte.
(http://www.gencat.net/generalitat/cat/estatut/titol_4.htm#a138, 13. 12. 2008)

Insgesamt ist seit 1993 festzustellen, dass Katalonien seit dem Bestehen der Gespräche über Migrations- und Integrationspolitik bemüht ist, dem spanischen Staat zu vermitteln, dass die totalen Kompetenzen in Sachen Integrationspolitik zwar eine grundlegende Voraussetzung für den Umgang mit Immigration seien, dass aber nur eine ebenso totalitäre Erweiterung im Bereich der Migrationspolitik auch zur einer zufrieden stellenden Entwicklung beitragen könne und ohne diese Kompetenzen Katalonien wohl nicht aus der Warte- und Beobachtungsposition herauskäme und die Hürde zu einer aktiven Interventionspolitik nicht zu überwinden sei. Seitens des spanischen Staates ergaben sich aber mit dem Autonomiestatut von 2006 ungeahnte und teils verblüffende Abänderungen, eine absolute Übertragung der Migrationspolitik auf die katalanische *Generalitat* käme aber einem Zugeständnis, die katalanischen Bestrebungen zu einem unabhängigen Staat zu fördern, gleich, weswegen den Forderungen ein utopischer Charakter zugeschrieben werden kann.

4.3.4 Die Verwaltungsbezirke und lokalen Administrativen als Protagonisten in der Migrations- und Integrationspolitik Kataloniens

Der Ursprung der Aufnahme der intraregionalen Verwaltungsebenen Kataloniens findet sich im Jahr 1997, als die ‚Verwaltungspläne für die Integration von Immigranten' *Planes Comarcales de Integración de los Inmigrantes* veröffentlicht wurden und als Hauptziel die Festlegung der Teilnahme aller im Autonomiegebiet befindlichen administrativen Ebenen hatte. (Grup de Recerca en Immigració i Innovació Política 2003, S. 5) Im Konkreten waren hier die 24 der *Generalitat* unterlegenen Verwaltungsbezirke *comarques* gemeint.
Grundsätzlich wurde mit der Veröffentlichung dieses Dokuments auf die bis dato unübersichtliche Lage der teilnehmenden politischen, aber auch nicht politischen Institutionen und die nicht definierten Zuständigkeitsbereiche verwiesen. Als additive Forderungen wurden die Sensibilisierung der

Bevölkerung auf die neue Heterogenisierung der Gesellschaft und die Koordination der bereits bestehenden Mittel gestellt. (Grup de Recerca en Immigració i Innovació Política 2003, S. 20)

Weil nun aber die einzelnen Verwaltungsbezirke mit unterschiedlichen Herausforderungen im Bezug auf Immigration konfrontiert waren, wollte man die Veröffentlichung des Dokuments bewusst im Plural halten und so darauf verweisen, dass trotz einer gemeinsamen Grundsatzlinie jeder einzelne Verwaltungsbezirk auf seine individuelle Situation einzugehen hat. Bei der Darlegung der einzelnen migrations- und integrationspolitischen Verwaltungshistorien und sich daraus ergebenden Aufgaben wird ersichtlich, dass selbst oder gerade im intraregionalen Bereich die unterschiedlichsten Auffassungen von funktionierender Integrationspolitik existieren. Während einige *comarques* von einer Förderung der Pluralität der Kulturen im gemeinsamen Lebensraum als Rezept für funktionierende Integration ausgehen, sehen andere Verwaltungsbezirke in der zusätzlichen Sensibilisierung der Immigranten für die Zielkultur eine Chance für ein langfristiges Miteinander. Bei der differenzierten Haltung über Integrationspolitik ist grundsätzlich bemerkbar, dass die Meinungen mit der Anzahl der sich im Bezirk aufhaltenden Immigranten eng im Zusammenhang stehen. (Grup de Recerca en Immigració i Innovació Política 2003, S. 20ff)

Was die Städteverwaltung betrifft, so haben es diese Administrativen mit einer viel komplexeren Herausforderung, Integrationspolitik zu betreiben, zu tun. Daraus ergibt sich eine homogenere Haltung der einzelnen Städteverwaltungen, welche allesamt mehr finanzielle Mittel von der *Generalitat* fordern, um weiterhin eine für alle Beteiligten adäquate Lebensqualität garantieren zu können. Unterschiede sind allerdings in den Forderungen nach mehr Kompetenzen von der *Generalitat* an die einzelnen Städteverwaltungen bemerkbar, denn während einige Städte dringlich für eine Kompetenzerweiterung plädieren, berichten andere Verwaltungen von ausreichend Verantwortungsraum, der ihnen beigemessen wird. Einig sind sich die Repräsentanten der Stadträte, dass eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Stadtverwaltungen, den *municipios* und der *Generalitat* zu einer besseren Basis für die praktische Umsetzung von Migrations- und Integrationspolitik führen würde. (Maluquer 1997, S. 279 – 319)

Auf die Forderung nach einer engeren Verbindung zwischen den einzelnen administrativen Ebenen und einer funktionierenden Gesprächsbasis mit der katalanischen Regierung, aber auch auf die Problematik der starken Heterogenität der einzelnen Verwaltungsbezirke und der daraus resultierenden unterschiedlichen Bedürfnisse und Herausforderungen antwortete die *Generalitat* im Jahr 2006 mit der Veröffentlichung der ‚Präsentation des Fonds für die Aufnahme und Integration von Immigranten: eine Zusammenschau der Bürger- und Immigrationspolitiken in Katalonien. Jahr 2005' *Presentación del Fondo para la acogida y la integración de personas inmigradas: un nuevo panorama en las políticas de ciudadanía e inmigración en Cataluña. Año 2005*. (Secretaria per a la immigració 2006)
Dieses Dokument sollte einen neuen Grundstein für die Koordinierung der einzelnen vorherrschenden Immigrationspolitiken darstellen, wobei die *Generalitat* ihre Kooperations- und Kompromissbereitschaft für eine Zusammenarbeit mit den lokalen Verwaltungseinheiten deutlich äußerte. Um eine weitere ineffiziente Arbeit zu vermeiden, wollte man in erster Linie die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen *comarques* an sich festlegen und in weiterer Folge die für eine interregionale Zusammenarbeit notwendigen Arbeitsbereiche festlegen. Eine halbwegs übersichtliche und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen 40 Verwaltungseinheiten und zusätzlichen 89 Stadträten gelang im Endeffekt nur, weil sich die Definition der Zuständigkeitsbereiche aus der Festlegung der Subventionen und finanziellen Mittel überhaupt ergaben. Eine neue Aufmerksamkeit wurde in dieser Zusammenarbeit dem Regularisierungsprozess gegeben, der auf katalanischer Ebene wie auch auf spanischer Ebene unter der Bezeichnung Normalisierungsprozess geführt wurde. Zusätzliche Themenfelder ergaben sich auch in der Neuaufnahme der Ausnahme- und Dringlichkeitsfälle, mit welcher der Integrationspolitik ein individueller Charakter zugeschrieben wurde. (Secretaria per a la immigració 2006, S. 9)

Weil sich aus der Kompromissbereitschaft der *Generalitat* eine deutliche Kompetenzverteilung in der Hierarchie nach unten ergab und so den individuellen Vorstellungen der einzelnen *comarques* und *municipios* stattgegeben wurde, könnte – um wieder auf die Phasen der Migrations- und Integrationspolitik zu kommen – nun von einem Beginn der Phase der Intervention gesprochen werden, wobei abzuwarten bleibt, was die

Verwaltungsbezirke und Stadträte tatsächlich aus ihren neuen Verantwortungsbereichen schöpfen.
Grundsätzlich, um an die Diskrepanzen zwischen dem katalanischen und spanischen politischen Diskurs anzuknüpfen, scheint eine derartige Dezentralisierung der politischen Kompetenzen ihre Motivation auch darin zu finden, den spanischen *Cortes* vorzuleben, dass eine Abgabe von Kompetenzen durchaus zielförderlich sein kann.

Zusammenfassend für das ganze Kapitel 4 *Katalonien* kann gesagt werden, dass die Begutachtung der Migrations- und Integrationspolitik Kataloniens im regionalen, nationalen und europäischen Kontext einer ziemlichen Gratwanderung unterliegt. Verschiedene Thesen können aufgestellt werden: Ist Katalonien innovativ? Sind die Abwehrhaltung gegenüber dem spanischen Staat und/oder die regionale Anknüpfung an Europas Vorstellungen von Migrations- und Integrationspolitik begründbar? Was für ein Ausblick gibt sich daraus für Katalonien?
In einer zusammenfassenden Feststellung könnte der Migrations- und Integrationspolitik Kataloniens prinzipiell das Adjektiv ‚fleißig' zugeordnet werden, denn die zahlreichen Veröffentlichungen seitens der politischen, aber auch nicht-politischen Institutionen zeigen, dass mit der Thematik an sich viel gearbeitet wird. So ist der *Generalitat* grundsätzlich auch zuzugestehen, dass sie bei der Verabschiedung von Regelungen oft den Mut zeigt, neuen Ideen gegenüber offen zu sein. Die starke Einbindung der lokalen Administrativen ist hier sicherlich das treffendste Beispiel.
Im Bezug auf die Beziehungen zu der spanischen Regierung könnte die Frage in den Raum gestellt werden, ob Katalonien in Spanien nicht eine ihr übergeordnete administrative Ebene sieht, sondern sich viel mehr als gleichgestellter Verhandlungspartner empfindet. Spätestens auf europäischer Ebene, auf der nicht nur die einzelnen Staaten, sondern auch innerstaatliche und grenzüberschreitende Regionen ein Mitspracherecht für sich beanspruchen können, nimmt Katalonien als eigenständige Region die Gelegenheit wahr, sich als unabhängige Einheit zu präsentieren. Die Mitgliedschaft in der überregionalen Arbeitsgemeinschaft ‚Vier Motoren für Europa', welche im Jahr 1988 von den vier Regionen Lombardei, Rhône-Alpes, Baden-Württemberg und Katalonien unterzeichnet wurden und die Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Ausweitung des politischen Einflusses innerhalb der EU zum Ziel haben, zeigt die grundsätzliche

Interessenshaltung Kataloniens auf, also als eigenständiger Protagonist auf der europäischen Bildfläche wahrgenommen zu werden.
Diese vielschichtige Ausgangslage, mit der sich nun das Altstadtviertel Raval in Barcelona, um das es im weiteren Verlauf der Arbeit gehen soll, konfrontiert sieht, zeigt einmal mehr auf, dass sich aus dieser Basis heraus ganz sicherlich eine Pluralität an Herausforderungen, Problematiken oder aber auch Erfolgsverbuchungen ergeben hat.

5. El Raval – Die vielfältigen Seiten eines Altstadtteils Barcelonas im Fokus einer kritischen Beleuchtung mit Berücksichtigung von (Im)migration als Bezugspunkt der Fallstudie

5.1 Ciudad Vella und Barcelona – Einordnung des Ravals in die Altstadt und die Hauptstadt Kataloniens

Bevor dem Stadtteil Raval[*] endgültig die Hauptrolle in vorliegender Arbeit zugeschrieben wird, soll zuvor eine Darlegung der migrationsgeschichtlich und migrationspolitisch relevanten Aspekte Barcelonas vorgenommen werden. So wie bei der Geschichte der spanischen Migrationspolitik Querverweise auf andere europäische Staaten gemacht wurden und auf katalanischer Ebene Vergleiche mit weiteren spanischen Regionen Erwähnung fanden, wird hier zudem eine Erarbeitung der themenspezifischen Unterschiede zwischen Barcelona und der ihr aufgrund der Größe und Wirtschaftskraft einzig vergleichbaren spanischen Stadt, der Hauptstadt Madrid, vorzufinden sein.

Um gleich zu Beginn bei dem Vergleich zwischen Madrid und Barcelona zu bleiben, kann als erste Gemeinsamkeit die ähnliche Entwicklung der Anzahl an ausländischen Immigranten genannt werden. In den beiden wichtigsten urbanen Zentren Spaniens hat sich die Zahl der registrierten Ausländer in den letzten Jahren vervielfacht, wobei sowohl in Barcelona als auch in Madrid im Jahr 2003 von mehr als 100.000 registrierten Menschen berichtet wurde. (INE 2003, www.ine.es[**]) Im Jahr 2007 wird in Barcelona bereits von einer 7fachen Steigerung der Ankunft von Immigranten in den letzten 10 Jahren berichtet, wobei hier zugleich die Verjüngung der Bevölkerung als positive Konsequenz erwähnt wird. (El País, 04. 05. 2007)

Barcelona, wie auch Madrid, erreicht mit diesen Zahlen schließlich die europäische Entwicklung, was den Zuwachs an ausländischer Bevölkerung angeht, denn Städte wie London, Paris, Brüssel, Berlin oder Frankfurt

[*] Wird im weiteren Verlauf der Arbeit vom Raval gesprochen, so wird immer von der Beschreibung einer eingenordeten Karte ausgegangen. Auf der Karte im Anhang (Kapitel 6.1.2, S. 245) ist sehr gut zu erkennen, dass der Raval ein Teil der Altstadt Ciudad Vella ist, deren einzelne Viertel alle mit dem Meer verbunden sind.

[**] Auf der Homepage des nationalen Statistikamtes Instituto Nacional de Estadística http://www.ine.es/jaxi/menu.do?type=pcaxis&path=%2Ft20%2Fe245&file=inebase&L=0 kann man mittels Onlineprogramm eigens spezifizierte Daten abrufen. Für die hier erwähnten Bezugsdaten erscheinen aus dem Jahr 2003 die letzten Zahlen auf. (13. 12. 2008)

weisen mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von bis zu 30 Prozent eine maßgebliche demographische Veränderung des Bevölkerungsprofils auf. Der hohe Prozentsatz ist auf die Integrationsprozesse in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen, wobei bereits in den 1950er und 1960er Jahren in der Nachkriegszeit erhebliche Einwanderungszahlen verzeichnet wurden. Die Einwanderungsgeschichte der westeuropäischen Städte ist also eine wesentlich längere, während die der spanischen Städte Barcelona und Madrid erst im letzten Jahrzehnt massive Anstiege feststellen konnte. (Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 1 – 2) Dass sich der Trend des kurzen, aber intensiven Anstiegs von Immigranten in Spaniens Städten durchgesetzt hat, wird alleine schon mit acht in Katalonien befindlichen Städten, die im Jahr 2008 jeweils mehr als 30 % Immigranten verzeichneten, aufgezeigt. (La Vanguardia, 04. 02. 2008)

Was die Ursprungsländer betrifft, so ähnelt das Profil Barcelonas jenem von Katalonien insgesamt. Für eine vollständige Darstellung sollen die Herkunftsnationalitäten in der Reihenfolge der Anzahl derer, die aus jenen Staaten stammen, dennoch nochmals aufgelistet werden: Die Ecuadorianer mit knapp 23.000 Einwanderern im Jahr 2008 bilden gefolgt von der italienischen Bevölkerung mit knapp 21.000 Einwanderern und Bolivianern mit ca. 18.500 Immigranten, die Spitze. Weiters sind es Pakistanis, Peruaner, Marrokaner und Kolumbianer, die Barcelona als Zielort wählen und deren Anzahl sich zwischen 14.000 und 17.000 Einwanderern bewegt. Nicht minder erwähnenswert sind die Chinesen, die mit 13.000 Immigranten ebenfalls eine wichtige Bevölkerungsgruppe darstellen. An dieser Stelle sei vorgegriffen, dass sich ein Großteil der chinesischen Bevölkerung im Raval niederlässt, weswegen dieser Stadtteil oftmals auch *barrio chino* ‚chinesisches Viertel' genannt wird. Ungefähr genauso viele Franzosen wie Chinesen werden in Barcelona verzeichnet; die Argentinier, Brasilianer, Dominikaner, Deutschen, Philippinen, Rumänen und Briten machen jeweils unter 10.000 Einwohner Barcelonas aus. Interessant scheint hier, dass allen voran die italienische Bevölkerung in den letzten Jahren stark zugenommen hat - gefolgt von den pakistanischen und bolivianischen Einwanderern, bei denen ebenfalls ein beträchtlicher Anstieg festzustellen ist. (La Vanguardia, 29. 04. 2008)

Um den hohen Prozentsatz an registrierten Ausländern im Raval einzuordnen, kann als weiterer maßgeblicher Unterschied vorerst die räumliche Verteilung der Ausländer im Zentrum bzw. in den Einzugsgebieten und Vororten näher betrachtet werden. Während in Madrid lediglich knapp 3 % der Einwanderer im Zentrum der Stadt gemeldet sind, sind es in Barcelona beachtliche 13 %. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Barcelona nicht von den westeuropäischen Städten, in denen der Ansiedlungsgrad im Zentrum ebenfalls relativ hoch ist. (Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 4)
Was die räumliche Verteilung der Einwanderer betrifft, ist Barcelona allerdings als eine Ausnahme zu erwähnen, da ungefähr die Hälfte der Einwohner in der Stadt selbst vorzufinden sind. Diesem Phänomen sei allerdings als Begründung vorangestellt, dass Barcelona fast nicht über Vororte und Einzugsgebiete verfügt, denn dort, wo man sie vermuten würde, grenzen bereits andere Städte wie Besòs, Maresme oder Llobregat an, denen in Statistiken die dortige Ansiedelung von Ausländern zugerechnet wird. Im Gegensatz dazu ist in Madrid, genauso wie in anderen europäischen Städten sehr wohl ein hoher Grad an Suburbanisierung der Immigranten festzustellen.

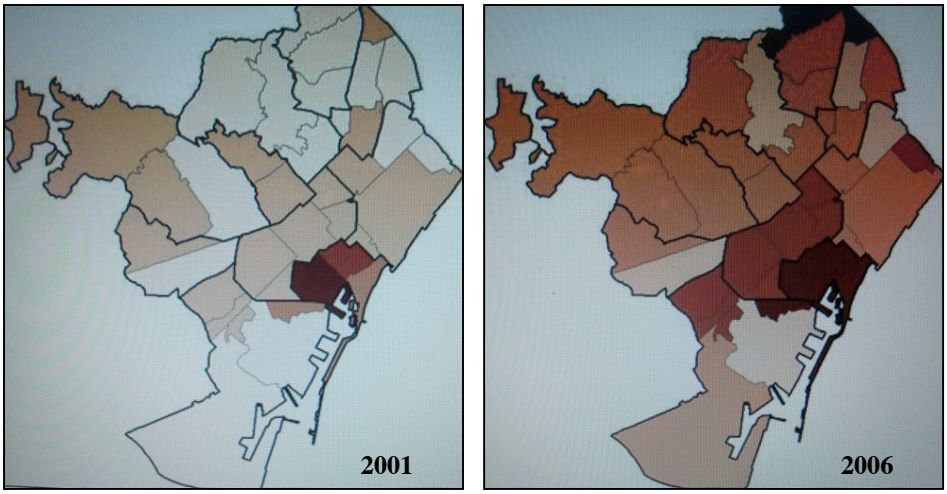

Abb. 11 und 12: Anteil der ausländischen Bevölkerung in Barcelonas Bezirken in Prozent; hellrot: < 5 %, dunkelrot: > 20 % [eigene Anm.: Karte nicht eingenordet] (aus: Bayona i Carrasco 2007, www.ub.es/geocrit, 18. 12. 2008)

Betrachtet man obenstehende Abbildungen, welche die Siedlungsdichte der ausländischen Bevölkerung in Barcelona wiedergeben, so ist bereits 2001 in der Ciudad Vella, der historischen Altstadt, eine große Dichte vorzufinden. Im Jahr 2001 fiel das nordwestlich von der Ciudad Vella gelegene Eixample zwar noch nicht durch eine große Einwanderungsdichte auf, in den letzten Jahren entwickelte sich dieses Viertel allerdings ebenfalls zu einem

Anziehungspunkt. Ganz im Norden, in den Nou Barris, hat es aktuell auch starke Entwicklungen in Richtung hohe Ausländeranteile gegeben, welche als Suburbanisierungsprozesse, die in Barcelona im Allgemeinen nur sehr schwach ausgeprägt sind, eingeordnet werden können.
Bereits im Jahr 2004 wurden in allen Stadtteilen mehr als 5 % Ausländer, die gemeldet sind, verzeichnet. (Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 9) Aktuell sind es knapp 40 % im Stadtteil Ciudad Vella, womit das Zentrum der Stadt mindestens 20 Prozentpunkte Vorsprung gegenüber allen anderen Bezirken erreicht. (La Vanguardia, 29. 04. 2008)

Hinsichtlich der Verteilung in den einzelnen Bezirken nach Ursprungsländern ist prinzipiell festzustellen, dass sich die Lateinamerikaner und Marokkaner in allen Bezirken gleichermaßen niederlassen. Das heißt, dass sie – wie in der Ciudad Vella – auch in den anderen Bezirken sehr stark vertreten sind. Allen voran ist es die argentinische Bevölkerung, welche die größte territoriale Streuung innerhalb der Stadt aufweist. Markant ist weiters, dass sich die asiatischen Immigranten sehr wohl in spezifischen Stadtteilen niederlassen, so sind es in der Ciudad Vella und hier im Raval hauptsächlich die Pakistanis und Philippinen, welche die höchste Konzentration aufweisen. Man könnte meinen, dass auch die Chinesen hauptsächlich im Zentrum der Stadt vertreten sind, doch in diesem Fall wird ebenfalls von einer breiten Streuung in der ganzen Stadt berichtet. (Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 10 – 11)

Grundsätzlich ist für die vorliegende Arbeit von besonderer Relevanz, dass es dem Zentrum Barcelonas an besonders großer Attraktivität für Einwanderer nicht fehlt. Die oben genannten Autoren Riol Carvajal und Janoschka (2004, S. 11 – 12) vermuten hier als Begründung die billigen Mietpreise für die zum Teil sehr renovierungsbedürftigen und kleinen Wohnungen, die in der Ciudad Vella in großem Ausmaß zur Verfügung stehen.
Ein weiteres zentrales Merkmal für die Stadt Barcelona ist jenes, dass es keinen Bezirk in der Stadt gibt, der nicht zumindest einen signifikanten Anteil an ausländischer Bevölkerung (also mindestens 5 %) aufweist. Nichts desto trotz ist in keinem Bezirk die Konzentration der Immigranten so groß, dass von einem ethnischen Viertel oder einem Ghetto gesprochen werden kann. Zwar haben sich die Pakistanis und Philippinen in Barcelona hauptsächlich

im Raval niedergelassen, doch aufgrund des Aufkommens vieler anderer Nationalitäten hat sich hier keine Segregation gebildet. In Madrid, um hier bei dem Vergleich zwischen den beiden Städten anzuknüpfen, ist ebenfalls kein Entstehen von Ghettos festzustellen und die Entwicklung, die in Barcelona im Raval stattfindet, kann in Madrid mit den Marokkanern im Zentrum der Hauptstadt Spaniens verglichen werden.
(Riol Carvajal/Janoschka 2004, S. 10 – 13; Bayona i Carrasco 2007, www.ub.es/geocrit, 18. 12. 2008)

Hätte Barcelona in den letzten Jahren nicht derartige Zuwächse an Immigranten aus Drittstaaten, die sich dauerhaft niederlassen, verzeichnet, würde die demographische Entwicklung der Stadt ganz anders aussehen. Die Geburtenrate ginge stark zurück, die Sterberate stiege leicht an und um bei Tatsachen zu bleiben, bewirkt die intraregionale Migration, die in Katalonien durchaus auch als signifikant bezeichnet werden kann, ohnedies einen Abgang von Barcelonas Einwohnern in die umliegenden urbanen Zentren. War im letzten Jahrhundert, sowohl vor als auch nach der Diktatur Francos die Binnenwanderung der Hauptgrund für den kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs in Barcelona, so ist es seit der Jahrhundertwende sicherlich die internationale Migration, die das Bevölkerungsbild Barcelonas maßgeblich beeinflusst. Neben den genannten Niederlassungsfrequenzen in den einzelnen Bezirken und den Herkunftsländern sind es nun aus migrationstheoretischer Hinsicht zwei Entwicklungen, die es zu untersuchen gilt. Zum einen kann in Barcelona insofern von einer geographischen Segregation gesprochen werden, als dass sich manche Immigrantengruppen konzentriert in bestimmten Bezirken niederlassen. Eine derartige Trennung ist aber nicht in einer Ausschließlichkeit zu erkennen. Ähnlich verhält es sich mit der sozialen Segregation. Zwar bilden sich vor allem in den Vierteln mit sehr hohem Einwanderungsgrad oft Interessensgruppen, eine Interaktion zwischen den einzelnen Kulturen wird aber nie ausgeschlossen. (Bayona i Carrasco 2007, www.ub.es/geocrit, 18. 12. 2008) Weder die geographische noch die soziale Segregation können als Folgeerscheinungen in vollem Ausmaß beurteilt werden, was wiederum den nächsten Schritt, nämlich den der Integration erleichtert. Dass die Kommunikation und das soziale Miteinander zwischen den einzelnen Gruppen für das multikulturelle Leben mit Sensibilisierung auf die Herkunftskulturen genauso wie auf die Zielkultur eine wichtige und

fruchtende Basis ist, macht sich an der Vielzahl der interkulturellen Aktivitäten und Veranstaltungen, die in Barcelona stattfinden, bemerkbar. (Bayona i Carrasco 2007, www.ub.es/geocrit, 18. 12. 2008)

Um in den Aspekten, die Barcelona im Bezug auf das große Feld der Immigration weiterhin in ein spezielles Licht rücken, fortzufahren, ist aus Literatur, Medien und den für die Arbeit durchgeführten Interviews sehr stark zu erkennen, dass sich das Konzept der *multiculturalidad*, das ‚multikulturelle Konzept' in der städtischen Politik und Gesellschaft gewissermaßen zu einem Paradigma entwickelt hat, welches politische Debatten nicht selten lenkt. Die Rolle, die viele Parteien und die große Anzahl an NGOs und Vereinen dabei einnehmen, wird oft als demütig beschrieben. Damit ist gemeint, dass die lokalen Akteure, die sich mit der Einwanderung beschäftigen, mit einer Kontinuität betonen, dass es aus der Sicht eines entwickelten Landes einfach scheint, ein Konzept zu verfolgen, das ein multikulturelles Zusammenleben für möglich hält. Aus diesem Grund wird eine kontinuierliche Sensibilität für die Auseinandersetzung mit der Thematik gefordert. Einen diesem Ansatz vorangegangen Aspekt könnte dabei das neutral konnotierte Wort *extranjero* für ‚Ausländer' bieten; viel kritischer wird dabei die Bezeichnung *el otro* ‚das/der Andere' als Umschreibung für einen Immigranten oder eine andere Kultur betrachtet und sehr wohl als negativ empfunden. (Magrinyà Torner, Maza Gutierrez 2001, S. 12 – 13)

Was die Verwendung einiger Schlüsselbegriffe das Thema betreffend angeht, so ist eine kurze Erwähnung der Problematik an dieser Stelle insofern von Relevanz, als dass genau diese Herausforderung immer wieder im Zusammenhang mit der Integration von Ausländern in Barcelona diskutiert wird. So beinhaltete eine Rede des von 2003 bis 2006 amtierenden Bürgermeisters Pasqual Maragall jene Aufforderung, dass das Wort *inmigrante* ‚Immigrant' trotz seiner nicht negativ behafteten Bedeutung nicht mehr für barcelonesische Bürger verwendet werden dürfe, die in Katalonien bzw. Spanien geboren sind und dort auch ihre Schulbildung erhielten. Damit machte er auf die Problematik aufmerksam, dass in Barcelona oft Kinder und Kindeskinder von Immigranten aus Drittländern immer noch als Immigranten bezeichnet wurden. Dass also selbst in der 3. Generation Personen mit ausländischen Vorfahren das Attribut ‚Migration'

zugeschrieben wird, scheint bemerkenswert. (Magrinyà Torner, Maza Gutierrez 2001, S. 14)

Um dieser klassifizierenden Differenzierung Abhilfe zu verschaffen, werden in der Politik Barcelonas fast ausschließlich die Wörter *gente* für ‚Leute' und *ciudadanos* für Stadtbürger verwendet und alle Personen, die diesen Raum bewohnen, damit gemeint. Im Grunde wird vom Stadtzentrum Barcelonas, der Ciudad Vella, insofern von einem Erfolgsbeispiel gesprochen, als dass mit dem bewussten Umgang mit dem Vokabular in Verbindung mit einer ausgeprägten Städteforschung und –entwicklung, welcher Politiker, Intellektuelle und Architekten beiwohnen, das Nebeneinander von Einheimischen und Immigranten erfolgreich in ein Miteinander umgewandelt wurde. Zwar ist diese sprachliche Bewusstseinswerdung für eine tatsächliche und umfassende Immigration ein grundlegender Stein, doch was die Beurteilung von Barcelona als erfolgreiche Stadt in Integrationsbelangen angeht, gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Während die Politik auf die wichtige Rolle der Architektur und der Gründung von Kulturinstituten, öffentlichen Plätzen, etc. verweisen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der Politik betonen, sehen verschiedene Interessensgemeinschaften genau in diese Maßnahmen eine bewusste Marginalisierung der Immigranten.

5.2 Ein Spaziergang

Gemeinsam mit den Stadtvierteln Barrí Gòtic, Parc/Born und Barceloneta bildet der Raval das Herz, die Ciutat Vella, der katalanischen Metropole Barcelona, die wiederum in den letzten Jahren, ganz bestimmt aber seit 1992 weltweit als kulturelles, völkerverbindendes, kreatives und pulsierendes urbanes Zentrum wahrgenommen wird. Dieses Kapitel soll bewusst einer Ode an die Stadt gleichen, denn der Flair, die Atmosphäre und schlichtweg die Einzigartigkeit dieser Stadt tragen nicht minder am Verständnis für Barcelona als kultureller Melting pot bei.
Was ist es, was die Menschen seit jeher an diesem kleinen Fleck auf der Erde so fasziniert, denn die Spuren der Wanderungen in den Raval reichen bis hin zu den Mauren, Westgoten und nicht zuletzt zu den Römern, die diesen Stadtteil im Zuge der Entdeckungen und Eroberungen maßgeblich geprägt haben? In der heutigen Zeit sind aus aller Herren Länder Menschen und ihre Kulturen vertreten, besonders aber Süd- und Mittelamerikaner, Afrikaner sowohl aus den Maghreb- als auch aus den Subsaharastaaten und nicht wenige Anrainer der Mittelmeerländer haben das Stadtviertel geprägt. Die nicht abreißend wollende Kontinuität an Einwanderung (um hier bewusst auf das spanische Wort *inmigrante* zu verweisen, das auch die Einwanderer aus dem Süden Spaniens umfasst) gibt dem Raval zwar endgültig das Attribut, immer schon ein Anziehungspunkt für die dauerhafte Niederlassung gewesen zu sein, die Begründungen dafür sind damit aber immer noch nicht gefunden.
Setzt man über eine der Seitenstraßen der bekannten Rambla, die vom zentralen Plaça Catalunya, der nördöstlich zudem einen Abschluss des Viertels Raval bildet und an ebendiesem Stadtteil östlich bis hin zum Meer verlauft, einen Fuß in den Raval, so scheint abseits möglicher Arbeitsplätze, Statistiken und Familiennachholungen der unvergleichliche Charme, der oftmals auch als chaotisch beschrieben wird, eine erste Antwort auf die Begründung für eine derartige Anziehungskraft für Migranten zu sein. Chaos ist der Nährboden des Kreativen, heißt es und der Raval könnte eine Bestätigung dafür sein, denn aus den vielen Kulturen, die hier aufeinander prallen, scheint jede für sich einen Platz in dieser liebevoll gemeinten Unordnung zu finden. Neuzeitliche, gotische, verfallende, neu renovierte, verschnörkelte und puristische Bauten wechseln sich hier in einem scheinbar genauen Mischungsverhältnis und ergeben so ein Stadtviertelbild,

das einer Kinderzeichnung gleicht – bunt, etwas wirr und manchmal vielleicht nicht ganz nachvollziehbar.

Doch mit der eigenwilligen Raumordnung des Viertels, des *barrios*, und ihrer vielseitigen Architektur ist es noch nicht getan, wenn es darum geht, in den Flair des Ravals einzutauchen. Nicht minder besonders für diesen Ort sind die Gerüche und Düfte, die einem ganz gleich wie in einem orientalischen Suq verraten, wo man sich gerade aufhält. Der Bezugspunkt zum Orient ist in diesem Fall auch nicht so weit hergeholt, denn je weiter man Richtung Meer spaziert, umso mehr taucht man in jenen Raval ein, der einen mit den dort befindlichen Bazaren, Bäckereien und Märkten in die Welt von Chaitee, Kardomon und vielen weiteren Gewürzen bringt. Das Herz dieser Oase bildet die Rambla de Raval, also der vierteleigenen Rambla, die auch nach dem Schließen der Märkte zu einem Besuch in eines der vielen dort befindlichen orientalischen oder auch karibischen Restaurants einlädt. Dass es dem Raval an demographischer Vielfalt nicht fehlt, macht sich nicht zuletzt bemerkbar, wenn man seinen Rundgang schließen möchte und wieder Richtung Norden spaziert. Kommt man zum Plaça dels Angels, wo sich auch die beiden größten zeitgenössischen Museen MACBA und CCCB befinden, so schwirrt einem eine Wolke aus unzähligen Sprachen entgegen, die ihren Ursprung bei den Skatern findet, die den neu asphaltierten Platz für ihre Kunstwerke nutzen. So geht es dort meist um die Bewertung der gemeisterten Sprünge, doch in welcher Sprache sie sich auch verständigen, es scheinen immer mindestens 5 verschiedene auf einmal zu sein.
Die Wände, entlang derer die Jugendlichen mit ihren Gefährten gleiten, sind durchaus auch als eine Facette der bunten und kulturreichen Gegend zu beschreiben, denn wenngleich sie vielleicht irgendwann einmal in einer Farbe gestrichen wurden, so sind sie heute das Ergebnis von Wandmalereien, Graffitis und Sprüchen, die sich immer wieder aufs neue überlagerten und so ein Stimmen- und Bildergewirr ergeben, das sehr oft als Ausdruck für die Befindlichkeit der Migranten in dem Viertel identifiziert werden kann. Um bei der Einteilung in Kontinente zu bleiben, so könnte dieser nordöstliche Teil als ‚kleines Europa' beschrieben werden, denn viele europäische junge Menschen und Studenten, die für eine Zeit in Barcelona leben möchten, wählen diese Gegend als Lebensraum.
Nun könnte man durch die Seitenstraßen der Rambla, durch die dieser kleine Rundgang durch den Raval auch eingeleitet wurde, wieder hinaus in

den Rausch des Großstadtfeelings, welches sich im Raval vollends verliert, treten, doch man würde mit dem Teil, in dem hauptsächlich Lateinamerikaner vorzufinden sind, einen nicht minder wichtigen Stadtteil versäumen. Begibt man sich also vom genannten Plaça dels Angels Richtung Westen in eine wieder sehr eigenwillige Ansammlung von Straßen und Gassen, so darf man sich hier nicht wundern, wenn man bei der Bestellung einer Tortilla nicht das für Spanier geläufige Omelett aus Kartoffeln und Eiern bekommt, sondern plötzlich ein Fladenbrot à la mexicana gefüllt mit Faschiertem, Bohnen, Salat und Sauce in Händen hält.
Gerade in den letzten Jahren ist allerdings dieser nordwestliche Teil des Ravals ein Beweis dafür geworden, dass der Raval allen voran ein Schmelztiegel aus vielerlei Kulturen wurde, denn neben den lateinamerikanischen Tortillas kann man zwei Geschäfte weiter ein paar Baklavas für das Dessert danach erstehen. Und dass zwischen dem lateinamerikanischen und orientalischen Geschäft sich eine Tür öffnet, aus der drei europäische Erasmusstudentinnen kommen, um gemeinsam mit ihren nordamerikanischen Freundinnen in die Sprachenschule drei Straßen weiter zu gehen, ist längst zu einem vertrauten Bild geworden.
Erst jetzt, im Norden des Ravals angelangt, kann behauptet werden, dass man einen halbwegs vollständigen Eindruck dieses Viertels bekommen hat. Beim Verlassen des Viertels stößt man hier im Übrigen auf den Plaça Universitat mit der dahinter befindlichen Hauptuniversität *Universitat de Barcelona*, die wiederum im Zentrum des Ravals mit der Bibliothek *Sant Pau-Santa Creu,* ein Herzstück der katalanischen Kultur, eng zusammenarbeitet, und in der nicht zuletzt eine Vielzahl an Literatur über die Einwanderungsgeschichte zu finden ist.

Um diese virtuelle Reise zu schließen, soll mit jenen Worten die durchaus hier etwas durch die rosarote Brille geblickte Darstellung geschlossen werden, als dass Barcelona nicht nur ein Fleck auf dem Atlas, sondern ein Ort voller Geschichten, Schicksalen, Freude, Trauer und Vielfalt ist und ein sehr großes Kapitel darin der Migrationsgeschichte beigemessen werden kann.
Im weiteren Verlauf der Arbeit soll nun dieser Teil Barcelonas genauer unter die Lupe genommen werden und einer Untersuchung im Bezug auf ihre Migrationsgeschichte unterzogen werden.
Im Raval angekommen werden zunächst die themenrelevanten Statistiken

und besonderen Merkmale vorgestellt, wobei auch sozialgesellschaftliche Besonderheiten näher beleuchtet werden. Als Beispiele sind hier Besonderheiten, wie spezielle Schulversuche für den Erhalt von Kulturenvielfalt, und Problematiken, wie die sich aus der Einwanderung ergebende Prostitution, zu nennen.
Abschließend findet sich in einer Analyse die kritische Beleuchtung der Migrationspolitik auf europäischer und auf den nationalen Ebenen wieder, in dem anhand vom Stadtviertel Raval geschaut werden soll, inwieweit Migrations- und Integrationspolitik, die global angelegt wurde, im individuellen Fall funktioniert.

5.3 Historische Entwicklung des Ravals – für die Migrationsgeschichte relevante Ereignisse seit dem 16. Jahrhundert

Bis zum 16. Jahrhundert lag der Raval, dessen Name von dem arabischen Wort *rabad* für ‚Vorort' stammt, außerhalb der Stadtmauern Barcelonas und war mit dicht aneinander gedrängten Feldern und Häusern ein typischer Vorort damaliger Städte. Zwar wurde der Raval im 16. Jahrhundert dann von den Stadthaltern als offizieller Teil der Innenstadt anerkannt, nach wie vor trennte aber die Stadtmauer das Viertel von dem angrenzenden Zentrum. Für die Städter aus dem Zentrum rückte der Raval aber mit dieser Veränderung in ihrer Wahrnehmung näher, was sich mit dem Bau von Spitälern und der Ansiedelung von für das Zentrum wichtigen Betrieben bemerkbar machte. (Alba Sargatal 2001, S. 3)
Dieses erste Attribut, das der Raval seitens der Stadtverwaltung zugeschrieben bekam, also zwar zum Zentrum zu gehören, aber auch die „lästigen, notwendigen Einrichtungen" (Alba Sargatal 2001, S. 3) zu beherbergen, ist auch für die heutige Zeit eine gute Beschreibung für das Viertel. Obwohl sich der Raval heute wirklich im Zentrum der Stadt befindet, macht sich mit der vermehrten Ansiedelung von Spitälern, Sozialeinrichtungen, Asylantenheimen, etc. aber nach wie vor die Aufgabe als ‚Aushilfsviertel' bemerkbar.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts begann schließlich die Industrialisierung. Zwischen Kirchen, Gärten und Stadthalterhäusern siedelten sich Fabriken an und für den Raval kann die Zeit zwischen 1770 und 1840 als Höhepunkt dieses Entwicklungsprozesses gesehen werden. Vor allem Fabriken aus der Textilbranche waren nun im Raval vorzufinden und mit der Niederlassung von Betrieben wurde auch die erste Immigrationswelle verzeichnet. Das demographische Profil des Ravals veränderte sich schlagartig, denn eine Vielzahl von jungen Männern aus dem restlichen Katalonien war es, die in der Industrialisierungswelle eine Chance auf Arbeit witterte. Eine Besonderheit war, dass der Raval plötzlich zu einem der dicht besiedeltsten Stadtvierteln in Europa wurde, was die gleichzeitige Unterbringung der Immigranten in den Fabrikshäusern, in den Stockwerken über den Produktionshallen, zu Grunde hatte. (Alba Sargatal 2001, S. 7)
Und auch hier kann wieder ein direkter Vergleich zum heutigen Raval gezogen werden, denn die Anzahl der Pendler, die von außerhalb in den Raval kommen, um dort ihrer Arbeit nachzugehen, ist verschwindend gering.

Der Großteil der Menschen, die im Raval arbeiten, lebt auch dort. (Prau i Monet 2008, Interview I)
Diesem Prozess der drastischen Erhöhung der Einwohnerdichte ist hinzuzufügen, dass in Barcelona im Vergleich zu anderen Städten wie Paris, London oder Amsterdam in den folgenden 4 Jahrhunderten seit dem 15. Jahrhundert keine neuen Stadtvierteln mehr errichtet wurden. Trotz des Anstiegs der Einwohnerzahlen und der Industrialisierung bildeten sich also keine weiteren Vierteln, sondern die bereits bestehenden wurden einer Veränderung unterzogen.[*] (Bernecker 1990, S. 320)

Ein weiterer interessanter Aspekt ist, dass die Urbanisierung zu dieser Zeit weitgehend in privaten Händen blieb. Die reiche Bourgeoisie kaufte viele Häuser im Raval auf und vermietete sie privat weiter. Außerdem wurde eine Reihe von so genannten Fabrikshäusern erbaut, für die neben den darin enthaltenen Wohngelegenheiten der Innenhof als wichtige Produktionsstätte ein bedeutendes Merkmal ist. Weil die reiche Schicht ihre Häuser vermietete, stellte sich sehr schnell eine heterogene Bevölkerungsschicht im Raval ein, weil so auch Bewohner aus der Mittelschicht die Möglichkeit hatten, im Zentrum zu leben und zu arbeiten. (Alba Sargatal 2001, S. 7)
Dass diese Charakteristika sich in der heutigen Zeit bemerkbar machen, zeigt den hohen Anteil an Privatbesitz, in dem sich die Häuser im Raval befinden. Zwar ist diese Tendenz allgemein in Spanien festzustellen, aber dennoch haben sich im 19. Jahrhundert in vielen Städten und ihren Stadtteilen Errichtungen seitens der Stadtverwaltung dazugesellt, die zum einen im Besitz der Stadt blieben und zum anderen an die ärmere Schicht vermietet wurden. (Prau i Monet 2008, Interview I)
Der Heterogenität des Viertels wurde sozusagen in baulicher Hinsicht insofern ein Boden geschaffen, als dass mit der Errichtung von sozialen Einrichtungen für ältere und kranke Menschen eine Art Legitimation für den Aufenthalt hilfsbedürftiger Menschen geschaffen wurde. (Prau i Monet 2008, Interview I)

Den vermeintlich chaotischen und auch charismatischen Charakter, den das Stadtbild des Ravals heute bildet, hat seine Ursprünge ebenso in der Industrialisierungs- und Urbanisierungswelle, die über viele europäische

[*] Lediglich der sehr kleine Stadtteil Barceloneta wurde im 18. Jahrhundert gegründet. (Bernecker 1990, S. 320)

Städte hereinbrach. Weil, wie erwähnt, keine neuen Stadtvierteln gegründet wurden, veränderten sich die bereits bestehenden und im Raval als florierendes wirtschaftliches Zentrum bediente man sich einer wenngleich etwas unvernünftigen Handhabe. Die Besitzer der Häuser im Raval witterten mehr Geld in mehr zur Verfügung stehendem Raum, weswegen sie trotz der maximalen Erlaubnis von 5 Stockwerken einen sechsten oder sogar siebten anbauen ließen. Religiöse Einrichtungen, Klöster, Kirchen und Gärten wurden aufgekauft und in Fabrikshäuser umgewandelt. Zu dieser Zeit, um das 18. Jahrhundert, war im Raval fast kein öffentlicher Platz vorzufinden. Innenhöfe wurden verbaut, überall, wo es ging, noch ein kleiner Raum hinzugefügt und mit dem planlosen Verbauen des Viertels stieg die Zahl der Immigranten, die immer noch zumeist aus Katalonien kamen, weiter an. Lediglich ein paar enge Gassen machten das Durchqueren des überfüllten Bezirks noch möglich. (Alba Sargatal 2001, S . 8; Kahn 2008, Interview V)
Trotz des Fokus' auf die wirtschaftliche Entwicklung im Raval konnte sich das Viertel nicht von seinem Ruf als ‚Aushilfsviertel' für das Zentrum innerhalb der Stadtmauern erholen. Dieser Charakter wurde endgültig manifestiert, als die Übersiedlung des Stadtgefängnisses in den Raval im 18. Jahrhundert vorgenommen wurde. (Alba Sagatal 2001, S. 8) Der anrüchige Charakter, der dem Raval unter anderem dadurch verliehen wurde, ist bis heute aufrecht erhalten.
Im 18. Jahrhundert war der Raval ein sozial sehr heterogenes Viertel. Wenige Straßen, die im Übrigen bereits von den Römern mittels Sanierung und Renovierung zu wichtigen strategischen Straßen innerhalb des Viertels auserkoren wurden, wurden von der reichen Schicht im Raval bewohnt und rund herum siedelte sich die Arbeiterschicht an, die zumeist aus Immigranten bestand.[*] (Kahn 2008, Interview V)

Die Stadtmauern blieben bis 1859 erhalten und das Wegfallen dieser Expansionsbeschränkung brachte immense Veränderungen mit sich. Der Ausbau der Stadt wurde vorangetrieben, was Barcelona nicht nur im territorialen Sinn größer machte. Auch die barcelonesische Bourgeoisie streckte ihre Fühler über die ursprünglichen Grenzen der Stadtviertel hinaus und investierte in neue Bau- und Wirtschaftsprojekte in den neuen Vororten Barcelonas. So taten es auch die reichen Leute im Raval. Gleichzeitig

[*] Dieses Merkmal, dass sich ärmere Schichten direkt neben den reichen Leuten ansiedeln, ist übrigens ein den Inhalten der Chicagoer Schule zuzuordnendes Attribut.

bewirkte dieser Prozess eine umgekehrte Veränderung, denn mit dem plötzlichen Auftauchen neuer Investoren im Raval wurde eine Machtmonopolstellung der wenigen, bisher im Raval regierenden Schicht verhindert. (Alba Sargatal 2001, S. 8)
Mit dem Bau von großen, weitläufigen Straßen und pompösen Häusern im neuen, dem Raval angrenzenden Viertel Eixample, wurde im 19. Jahrhundert ein moderner Bezirk geschaffen, der seit dieser Zeit als wahres Zentrum Barcelonas fungiert. Große Banken, wichtige Geschäfte und die neue Oberschicht siedelten sich dort an. Damit blieb der Raval im Grunde weiterhin in der Peripherie des Zentrums als Arbeiterviertel bestehen. (Kahn 2008, Interview V)

Um die Jahrhundertwende vom 19. aufs 20. Jahrhundert verzeichnete der Raval, wie auch die ganze Stadt Barcelona, weitere Immigrationswellen, die auf das vermehrte Arbeitsangebot durch die Weltausstellungen in den Jahren 1888 und 1929 zurückzuführen waren. Auch der 1. Weltkrieg brachte viel Arbeit und der Raval als industrialisiertes Viertel konnte von diesen Entwicklungen besonders profitieren. (Bernecker 1990, S. 235) So schätzte der französische Historiker und Geograph Pierre Vilar die Einwohnerdichte im Raval in den 1930er Jahren auf 103.060 Personen/km^2. (Alba Sargatal 2001, S. 9)
Weil der Raval nicht nur Arbeits-, sondern auch Wohnviertel war, etablierte sich parallel zu den Fabrikshäusern ein breites Freizeitangebot, welches sich durch eine Vielzahl an Tavernen, Theatern, Cafes und Bordellen bemerkbar machte. Die Prostitution als ein wesentlicher Bestandteil des Ravals hatte also zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Anfänge.
Eine Einteilung in den südlichen und den nördlichen Raval, welche heute nach wie vor bemerkbar ist, hatte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt, denn während der nördliche Raval, der am Eixample angrenzt, ein strukturiertes, mittlerweile geplantes Stadtbild abgab, war der südliche Raval nach wie vor dem scheinbar herrschenden Chaos untergeben. Von der Straße Hospitalet bis zum Meer bot das Stadtbild ein merkliches Durcheinander an Häusern und Straßen, in denen auch der Großteil der Freizeiteinrichtungen zu finden war. (Kahn 2008, Interview V)
Der südliche Raval wird zudem seit 1925 als *Barrio Chino*, ‚chinesisches Viertel' bezeichnet, weil ein Journalist damals die Merkmale dieses Stadtteils aus den berühmten Chinatowns in New York, Buenos Aires oder Moskau zu

kennen vermeinte. Die Publikation eines Artikels gab dem südlichen Raval endgültig den Namen *Barrio Chino*, der heute oftmals als Synonym für den gesamten Raval verwendet wird. (Bernecker 1990, S. 240; Kahn 2008, Interview V) Heute erfährt diese Bezeichnung zusätzlich eine Konnotation, die sich aus aktuellen Entwicklungen ergibt. Dabei geht es um den starken zahlenmäßigen Anstieg an asiatischer Bevölkerung im Raval in den letzten Jahren.

Der tiefe Einschnitt in die spanische Geschichte, der Bürgerkrieg 1936 - 1939 , führte auch im Raval zu einer erneuten Änderung der Bevölkerungsstruktur. Vorerst stieg die Zahl der Immigration weiter stark an, weil nach wie vor die spanischen Bürger vom Land in die Stadt zogen, um dort Arbeit zu finden. Der Raval war ein beliebter Zielort, denn zum einen war er zentral gelegen, zum anderen waren die Mietpreise relativ günstig. Die Konzentration auf das neue, reiche Zentrum, das Eixample, brachte nämlich auch einen gewissen Verfall der Häuser im Raval mit sich, was zugleich wiederum auch die niedrigen Mietpreise sicherte. Bis in die 1950er Jahre entwickelte sich in einer Eigendynamik eine neue Bevölkerungsschicht, welche immer noch hauptsächlich aus Arbeitern und Immigranten bestand. Neu war jedoch, dass die reiche Schicht nicht mehr im Raval vorzufinden war, sondern von außen ihre Besitztümer im Raval regierte. Aufgrund dessen sie nun selbst nicht mehr im Viertel lebten, waren sie an einer Sanierung und Aufrechterhaltung eines sauberen Stadtbildes nicht interessiert. Auch die Regierung unternahm vorerst nichts, bis schließlich in den 1960er Jahren eine völlige Kehrtwende in der Entwicklung des Ravals stattfand.
Die Stadtverwaltung erkannte die mittlerweile katastrophalen Standards im Raval und – wie auch in anderen spanischen Städten – bediente man sich der Promotion der neuen Vororte, der Peripherie. Dort wurden mit Geldern der Regierung zahlreiche Wohnhäuser aus dem Boden gestampft, die für jedermann leistbar waren. Ein Großteil der Bevölkerung, die im Raval aufgrund des Verfalles des Viertels keine Zukunft sahen, nahmen die Gelegenheit wahr und zogen in die Peripherie Barcelonas. Nunmehr waren im Raval lediglich jene Einwohner vorzufinden, die aufgrund ihrer Arbeit nicht wegziehen konnten oder jene, die schlichtweg nicht wollten. (In Kahn 2008, Interview V) Während im Raval in den 1960er Jahren noch 105.122 Einwohner pro km^2 verzeichnet wurden, waren es 1980 nur mehr 48.326

Personen, was einen Verlust an Einwohnerdichte von beachtlichen 54 % bedeutete. (Alba Sargatal 2001, S. 9)

Zwar gab es einige Versuche seitens der Stadt, das Viertel zu sanieren, im Grunde dominierte aber die heruntergekommene, chaotische und zum Teil auch gefährliche Atmosphäre. Der Drogenhandel entwickelte sich in den 1950er Jahren zu einem der Hauptprobleme des Ravals, sicherlich hervorgerufen durch die labyrinthhaften Straßen, in denen das verbotene Geschäft einfach durchzuführen war. Diese Aktivität, die den Raval maßgeblich beschrieb, war bis in die 1980er Jahre ein großes Problem, das auch die Sanierung des Bezirks maßgeblich hinderte. Mit der Einführung einer demokratischen Regierung und schließlich und letztendlich mit der Nominierung Barcelonas zum Austragungsort für die Olympischen Spiele im Jahr 1992 fühlte sich die Stadt sozusagen verpflichtet, den Raval aus seiner Untergangsstimmung zu holen und der Zeit angepasst zu revitalisieren. (Kahn 2008, Interview V)

Architekturprojekte, die bei ersten Versuchen der Reorganisation des Viertels bereits 1930 eingereicht wurden, wurden wieder ausgegraben und schnell umgesetzt. Die Renovierung von Kirchen und Gärten, die Einrichtung eines Sportzentrums und eines Studentenwohnheims, die Sanierung und Neustrukturierung des Asylantenheimes *Caridad*, sind neben den populären Beispielen, wie der Errichtung der zeitgenössischen Museen oder der Revitalisierung des Zentrums durch Renovierungsmaßnahmen auf öffentlichen Plätzen, nur wenige der vielen Initiativen, die plötzlich durchgeführt wurden. (Kahn 2008, Interview V)

Weil nun aber diese Maßnahmen einheimische und gut situierte Bürger in das Viertel lockten, entwickelte sich erneut eine sehr heterogene Einwohnerschaft, bei denen die Immigranten in dieser Form sogar eine längere Geschichte als die Einheimischen aufweisen. Dass der Raval sowohl für Einheimische als auch für Immigranten aus Drittstaaten heute ein beliebter Wohnort ist, hat sicherlich mit der zwiespältigen Geschichte des Viertels zu tun.

Schließlich belegen Zahlen die immense Heterogenität, welche die Einwohner hier aufweisen. Ein Beispiel für die Diversität der Herkunftsländer ist die Pflichtschule Collaso y Gil, die im Jahr 1993 (!) bei ihren Schülern 26 verschiedene Ursprungsnationen protokollierte. (Kahn 2008, Interview V)

5.4 Öffentliche Plätze als Indikatoren für Entwicklungen in Migrations- und Integrationsbelangen

Nun war es also in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine besondere Herausforderung, das in den Abgrund geratene Viertel Raval wieder zu einem vitalen, florierenden Bezirk des Zentrums umzufunktionieren. Bauliche Maßnahmen im öffentlichen Bereich spielten hierbei eine besonders wichtige Rolle und inwieweit diese die Entwicklung der Migrations- und Integrationsprozesse im Raval beeinflussten, soll Gegenstand des vorliegenden Kapitels sein.

5.4.1 Die Macht des Raumes: Tauziehen zwischen Urbanisierungsmaßnahmen im Raval und sozialer Integration von Immigranten

Im letzten Jahrhundert unterzog sich der Raval ständig in mehr oder weniger intensiven Phasen inter- und intranationalen Migrationsströmungen. Der signifikanteste Anstieg der Anzahl an Migranten in den letzten Jahrzehnten nach der Diktatur Francos wurde zwischen 1986 und 1997 verzeichnet, als sich in ganz Barcelona die Immigration um 20 bis 25 % erhöhte und davon im Raval wiederum beachtliche 84 bis 86 % niederließen. (Magrinyà Torner/Maza Gutierrez 2001, S. 14)

Dieser Tendenz ist hinzuzufügen, dass sich parallel dazu die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen um ein Vielfaches verringert hat. Auch hier ist erneut die enge Zusammenschau zwischen dem sozialen Phänomen der Immigration und dem architektonischen und raumordungstechnischen Aspekt der Urbanisierung, der im Zentrum Barcelonas mit dem Anspruch, eine Metropole zu werden, einer besonderen Motivation widerfährt, zu erwähnen. Seit den 1980er Jahren wurden im Raval weit mehr als 2000 Wohnungen entfernt. Zum einen wurden größere und mit höheren Standards versehene Wohnungen errichtet[*], zum anderen wurden Wohnhäuser für den Bau von öffentlichen Plätzen und kulturellen Einrichtungen, wie Museen und Theater, abgerissen. Dass sich diese Tendenz mitten in seiner Entwicklung befindet, ist an den unterschiedlichen Stadien im Raval sehr gut zu erkennen. Während der Plaça dels Angels mit den beiden zeitgenössischen Museen MACBA und CCCB einen pompösen, puristischen Flair in das Viertel der engen und verschachtelten Gassen

[*] Während 2001 in Barcelona ungefähr 30 % der Wohnungen kleiner als 60 m2 waren, betrug der Anteil der Wohnungen mit maximal dieser Größe im Raval nur 1 %. (Prau i Monet 2008, Interview I)

gebracht hat, sind die Abrissarbeiten etwas südlicher, um die Rambla de Raval, voll im Gange.

Dabei sieht sich im Raval die Stadtführung einer zusätzlichen Herausforderung konfrontiert, nämlich die der Hausbesetzerszene, die in Barcelona eine lange Geschichte hat. Sowohl Immigranten als auch katalanische Bürger widersetzen sich dem Prozess der Transformation des Viertels. Seit Jahren ist daher etwas südwestlich der Rambla de Raval eine brache Gegend vorzufinden, weil eine Reihe von Häusern abgerissen wurde. Inmitten dieser Brachlandschaft stehen allerdings drei Wohnhäuser, die zumindest bis dato erfolgreich vor einem Abriss verteidigt werden konnten. (Prau i Monet 2008, Interview I)

Ob das Weichen einer Vielzahl von Wohnhäusern für die Entstehung von kulturellen und öffentlichen Plätzen langfristig für den Integrationsaspekt und das Ziel des Zusammenlebens vieler Kulturen förderlich ist oder nicht, wird auf politischer und wissenschaftlicher Ebene gleichermaßen diskutiert. Lokale Universitätsfakultäten wie die *Facultad de geografía e historia* ‚Fakultät für Geographie und Geschichte' oder die Soziologie und alle nichtpolitischen Einrichtungen sind sich allerdings einig, dass mit der Entwicklung von Urbanisierungsplänen keine Alternativen für die Menschen, die in den abgerissenen Häusern gelebt haben, entwickelt wurden, was insofern zu einer Verschlechterung der Wohnverhältnisse geführt hat, als dass heute viele Familien auf sehr engem Raum wohnen bzw. sich im südlichen Teil des Ravals eine große Szene an Menschen gebildet hat, die auf der Straße lebt.

In einem Artikel von Magrinyà Torner und Maza Gutierrez (2001, S. 15) fassen die Autoren jenen Prozess als Versuch zusammen, den Raval aus einem kulturellen Ghetto zu holen, dabei aber den Fall in ein soziales Ghetto fördern. Bohigas Oriol prophezeite bereits 1987 (S. 4), dass der Versuch, Barcelona in kurzer Zeit und intensiver Manier zu urbanisieren, eine noch größere Schere zwischen die ‚1. Welt', also die Einheimischen und die ‚4. Welt', also die Immigranten, die unter der Armutsgrenze leben, bringen würde. Fehlende nachhaltige Ersatzprogramme oder mit den Urbanisierungsprozessen einhergehende Integrationskonzepte würden eine gewisse autonome, ungelenkte und nicht verantwortbare Entwicklung der sozialen Einbindung von Ausländern im Raval mit sich bringen. (Bohigas Oriol 1987, S. 4ff) Bohigas selbst und lokale NGOs bestätigen diese

Vorausschau heute. (El periódico, 08. 10. 2000; Martinez Luna 2008, Interview IV)

Was an dieser Stelle eher als Mutmaßung anstatt eines ausformulierten Kritikpunktes in Erwägung gezogen werden könnte, ist die etwas engspurige Konzentration auf architektonische und graphische Belange, was den Urbanisierungsprozess der Altstadt Barcelonas angeht. Dabei sind es aber nicht Pädagogen und Soziologen, die den Raval aus der Verwahrlosung der Integration im raumordnungsspezifischen Sinn wieder herausholen sollten, sondern vielmehr ein interdisziplinärer Pool an Fachleuten, bei denen Pädagogen, Soziologen, Geographen, Architekten und Politikwissenschaftler gleichermaßen vertreten sein sollen. (Prau i Monet 2008, Interview I)

Dabei soll nun aber keinesfalls der Eindruck entstehen, dass Barcelona bei dem Urbanisierungsprozess sein Hauptaugenmerk auf die Altstadt legte. Im Gegenteil, in den 1970er Jahren wurden die baulichen Veränderungen der Stadt mit einer Umfahrungsstraße in den nördlichen, äußeren Bezirken initiiert. Die Urbanisierungsprozesse hatten aber in keinem Viertel wie in der Altstadt derartige Auswirklungen auf die soziale Struktur der Bevölkerung, die sich im Raval allen voran durch das Verschwinden vieler Wohnhäuser mit einer besonderen Herausforderung konfrontieren mussten. (Magrinyà Torner 2005, S. 4)

5.4.2 Die Macht des ser humano – des Menschen: Öffentliche Orte als Schauplätze für soziale Entwicklungen im Raval[*]

Nun ist also deutlich, dass bauliche Maßnahmen im Zentrum Barcelonas die Entwicklung der Niederlassung und Integration von Migranten immens verändert hat. Diesem Prozess ist aber eine nicht minder bedeutende, reziproke Umkehr anzufügen. So wie die Anrainer auf die baulichen Änderungen reagierten – und hier ist allen voran die intralokale Wanderung vom nördlichen in den südlichen Raval zu nennen –, haben die Bewohner durch ihre Reaktionen auf die Veränderungen den neuen Räumen ebendiesen genauso neue Attribute gegeben. Die populärsten Beispiele dafür sind zwei öffentliche Plätze, die durch die Urbanisierungsmaßnahmen einem totalen Umbau unterzogen wurden.

[*] Die Inhalte dieses Kapitels ergeben sich aus eigenen Gedanken und aus den Inhalten eines geführten Interviews mit Enric Prau i Monet im Juli 2008 (siehe 6.2.1, S. 245)

Der *Plaça dels Angels* ist nicht nur räumlich zentral im Raval gelegen, sondern bekam mit den neuen kulturellen Einrichtungen, dem *Museo de Arte Contemporáneo de Barcelona* MACBA und dem *Centro de Cultura Contemporánea de Barcelona* CCCB auch eine zentrale symbolische Bedeutung. In mehrerlei Hinsicht kann der Platz als Ort der Kontraste beschrieben werden. Zum einen ist es eben ein zentraler Ort, der durch die Einrichtung der kulturellen Stätten auch weiterhin diesen Status beigemessen bekommen wird. Zum anderen ist es ein Ort der Bewegung, weil er das Zentrum vom peripheren Teil des Ravals abgrenzt. Für eine Vielzahl von Menschen ist dieser Ort ein Ort der Transition – eine Brücke zwischen verschiedenen Welten. Dies impliziert auch gleich den zweiten Kontrast, der zwischen Moderne und dem Armenviertel. Auf Grund der architektonischen Sensibilisierung auf diesen Kontrast, wird die Vereinigung dieser beiden Gegensätze von den politischen Akteuren als ein Erfolgsbeispiel angesehen. So lebt neben den alten eingesessenen Einwohnern, zu denen auch die Migranten früherer Jahrzehnte zählen, die neue, junge Szene. Das Wort *conviviencia* – ‚Zusammenleben mehrer Kulturen' fällt in diesem Kontext für den Raval sehr oft. Nun ist der Plaça dels Angels für die Migranten durchaus ein wichtiger Platz, weil im symbolischen Sinn dieser Ort letztendlich das Tor in das europäische Barcelona ist. Dass sich die Stadt in diesem Fall auf den bewussten Weg der Aufrechterhaltung der Kontraste eingelassen hat, zeugt von gewissem Mut und einer offenen Haltung gegenüber neuen Ideen. Genauso mutig war es, die baulichen Veränderungen vorzunehmen und in weiterer Folge die Anrainer den neuen Ort ‚belegen' zu lassen. Aus dieser liberalen Haltung und dem Fehlen einer nachhaltigen Verankerung und Führung der Veränderungen resultierte die rasch sich auftuende Notwendigkeit des verstärkten Einsetzens von Polizei und Wachpersonal vor den kulturellen Einrichtungen. (Prau i Monet 2008, Interview I)

Im Jahr 2000 wurde mit der *Rambla del Raval* ein weiterer öffentlicher Platz restauriert und in seiner Struktur völlig verändert wieder offiziell in das Stadtbild verankert. Architektonisch gleicht die Rambla del Raval einer mit südländischem Flair versehenen Promenade, die in anderen südlichen Städten durch Restaurants und Cafes belebt wird. Was die Stadtverwaltung allerdings zum Zeitpunkt der Restaurierung dieses Platzes nicht bedacht hat, war, dass die Bevölkerung die immensen Auswirkungen der bereits vorangegangenen Veränderungen anderer Plätze noch nicht ‚verdaut' hat

und sich erst wieder eine neue Wohnstruktur aufzubauen hatte. Die vehemente Abwehr gegenüber der neuen Rambla del Raval äußerte sich in einer völligen Vereinsamung des Platzes. Weder von der jungen Szene, noch von den alten, bereits ansässigen Einwohnern wurde der Platz als neuer öffentlicher Ort anerkannt, was wiederum zu einer interessanten Wendung im Stadtbild führte. Die Hausbesetzerszene gelangte in den Jahren darauf zu einer Reihe von Häusern, die sich direkt am Platz befinden und in den letzten Jahren teilt sich diese Szene nun den Platz mit einer immer stärker werdenden pakistanischen Einwanderungsgruppe. Diese siedelten sich – im Vergleich zu den Hausbesetzern – nicht nur zum Wohnen um die Rambla del Raval an, sondern eröffneten zusätzlich Geschäfte, Restaurants und Cafes, die den Platz schließlich mit einer starken zeitlichen Verzögerung belebten. Mit dieser Entwicklung hat sich also für die Immigranten im Raval eine Besonderheit entwickelt, nämlich die starke räumliche Verankerung. Um an die Überschrift des vorliegenden Kapitels anzuknüpfen, wurde also mit diesem Platz in zweierlei Hinsicht die Macht des Menschen besonders deutlich. Erstens hat die Bevölkerung im Raval den neuen, öffentlichen Platz trotz seiner zentralen Lage völlig negiert und zweitens hat sich aus dieser ersten Leere für die Immigrationsbevölkerung ein wichtiges Wohn- und Arbeitszentrum ergeben. Dass dem Platz nicht minder an symbolischer Bedeutung beigemessen wird, wurde an der Demonstration gegen die schlechten Konditionen für Migranten *sin papeles* ‚ohne Papiere' deutlich, deren Kundmachung bewusst an diesem Ort abgehalten wurde.

Um in einer Darstellung der Rolle von öffentlichen Plätzen für Immigranten weiterzugehen, ist zudem zu betonen, dass der öffentliche Raum vielmals mit dem Besetzen durch Immigranten konnotiert wird. Eine Reihe weiterer öffentlicher Plätze im Raval, aber auch im Barrio Gótico, dem Altstadtteil auf der anderen Seite der bekannten Ramblas, erfahren dieses Phänomen. Dem ist aber hinzuzufügen, dass im Vergleich zu der nun dargestellten Rambla del Raval bei diesen Plätzen lediglich eine ‚oberflächliche Einvernahme' der Orte stattfindet. Damit ist gemeint, dass die Immigranten in den seltensten Fällen direkt auf diesen öffentlichen Plätzen Wohnungen besitzen oder ihren Arbeitsplatz haben. Vielmehr sind die öffentlichen Plätze ein Ort der Zusammenkunft und – um ein negatives Beispiel zu nennen, welches in Barcelona in einer Vielzahl von öffentlichen Orten vorkommt – ein Umschlagplatz für Drogen und Prostitution. (Prau i Monet 2008, Interview I)

Was nun die öffentlichen Plätze betrifft, so gibt es im Raval nicht nur die Form der völligen architektonischen Änderung und anschließenden – scheinbar willkürlichen – Akzeptanz und Besiedelung durch die Menschen. Einige Plätze werden in ihrer baulichen Grundstruktur belassen und lediglich durch kleine Umstrukturierungen reformiert. Ein Beispiel dafür ist der Plaça de las Caramellas, der, obwohl keine baulichen Veränderungen vorgenommen wurden, im Jahr 1990 neu eröffnet wurde. Weil dieser Platz hauptsächlich von Asylantenheimen und anderen Hilfseinrichtungen umgeben ist, sah sich die Stadtverwaltung hier insofern mit einer besonderen Herausforderung konfrontiert, als dass man die ‚soziale Verwahrlosung' des Platzes verhindern wollte. Man bediente sich restriktiver Elemente und führte für den Platz Öffnungszeiten ein. Damit wurde der Aufenthalt in der Nacht verboten, zudem wurden zwei der vier Eingänge zum Platz des nächtens zugesperrt. Ein Eingang bleibt nach wie vor den größten Teil des Tages ebenso geschlossen. Mit diesen Veränderungen wurde der Platz zu einem beobachteten Raum, den sich die untere Einkommensschicht und darunter viele Immigranten aufgrund der Zentralität um ihren Wohn- und Arbeitsraum herum, nicht nehmen ließen. Heute gleicht der Platz einem Innenhof, der untertags sehr belebt ist und von den Bewohnern als Ort der Zusammenkunft und des Austausches wahrgenommen wird. (Prau i Monet 2008, Interview I) Es wird auch festgestellt, dass die Interaktion zwischen den einzelnen, länderspezifischen Einwanderungsgruppen höher als in anderen Gegenden im Raval ist.

5.5 Migration prägt! – Hervorhebung aktueller sozioökonomischer Ergebnisse und Konsequenzen aus migratorischen Entwicklungen im Raval

Aus den empirischen Forschungen und der vorhandenen Literatur für die vorliegende Arbeit ergibt sich grundsätzlich eine Vielfalt an wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen, die das Bild des Ravals maßgeblich prägen. War nun in vorhergehendem Kapitel der Raum eine maßgebliche Komponente, soll hier ausschließlich der Mensch im Vordergrund stehen. Im Folgenden werden einige markante Besonderheiten näher ausgeführt. Gleich vorweg kann bemerkt werden, dass die für den Raval sich ergebenden sozialen und ökonomischen Strukturen zumeist in ihrer Entwicklung einem prägnanten migratorischen Einfluss unterlegen waren. Das Stadtviertel Raval, so wie wir es heute sehen und wahrnehmen, ist also durch die hohe Zahl an Immigration in allen wichtigen Bereichen, wie soziale Einrichtungen, Raumplanung, Architektur, dominante Wirtschaftszweige, etc. geprägt worden. Die reziproke Antwort auf die starke Einwanderung, nämlich die Abwanderung von Einheimischen – wie es im Raval sehr auffällig zu betrachten ist – zeigt, dass das Stadtviertel von allen ambivalenten, in Migrationsprozessen festzustellenden Entwicklungen betroffen ist und die Prägungen durch die Immigration nur eine Facette sind.

Eine Bestandsaufnahme der heutigen Situation und ein Blick in die Zukunft lohnen insofern, als dass sich durch eine vorherrschende Institutionalisierung von sozialen Einrichtungen und NGOs im Raval eine gewisse Lobby gebildet hat, die fest verankert ist. Gerade im gesellschaftssozialen Bereich versucht man, beispielsweise im Bildungsbereich, durch Reformen der Gesetze und Renovierungen der pädagogischen Diskurse den Boden für eine kulturelle Integration und eine Basis für das Zusammenleben der nächsten Generation – vielleicht schon mit einem gemeinsamen Nenner in der Identitätsbildung – zu schaffen.

Nichts desto trotz bleibt nicht nur aufgrund der multikulturellen Diversität auf engstem Raum und den sich daraus ergebenden unterschiedlichen Interessen ein Konfliktpotential vorhanden. Auf lokaler Ebene sind es die vielfältigen Forderungen der einzelnen Akteure, ob aus politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bereichen, die der Basis für ein Konfliktpotential noch einmal mehr Raum geben. Es sind gerade die unterschiedlichsten Formen von Institutionalisierungen, die unabdingbar sind, denn im Hinblick auf die nationale Ebene ergibt sich bereits die

nächste Herausforderung, nämlich im lokalen Bereich mit dem auf nationaler Ebene geschaffenen, legislativen Rahmen zu arbeiten.

5.5.1 Der Großhandel – ein fest verankerter Wirtschaftszweig in den Händen der Immigranten

Einer der für die Immigranten in der Altstadt Barcelonas maßgeblichsten Wirtschaftszweige ist jener des Großhandels. In den letzten beiden Jahrzehnten hat der Großhandel das Stadtbild maßgeblich geprägt und verändert, wobei seine Ursprünge im angrenzenden Barrio Gótico festzumachen sind und diese Entwicklung erst in den letzten Jahren im Raval zu fruchten beginnt. Dort wo Großhandel betrieben wird, siedelten sich deren Geschäftseigentümer mit ihren Familien seit jeher auch an, wodurch eine Konzentration von ansässigen Immigranten innerhalb eines Viertels durch wirtschaftliche Gründe also einhergeht.
Nun gilt es diesbezüglich zwei Prägungen besonders zu erwähnen: Die Entwicklung von einzelnen Zentren des Großhandels mitten in der Altstadt als Interessensbildung wirtschaftlicher Natur durch die Immigranten geht grundsätzlich einmal nicht mit den Vorstellungen der Einheimischen einher und auch auf administrativer Ebene sind die Konzepte für die Altstadt mit anderen Absichten besetzt. Wieso aber hat es eine Gruppe von Immigranten geschafft, sich gegen die Vorstellungen der Einheimischen und der Administrativen durchzusetzen? Diese Fragestellung ist mit der zweiten, maßgeblichsten Prägung für eine derartige Entwicklung zu beantworten, nämlich mit dem vorangegangenen Altstadtsterben – einem Phänomen, das nicht nur in Barcelonas Altstadt festzustellen ist. Im Grunde hat die Entstehung einer ökonomischen Großhandelslandschaft die Altstadt Barcelonas, sowohl im Barrio Gótico, als auch im Raval vor dem Verfall einiger Zonen innerhalb der Viertel bewahrt. Weil die Verkaufsflächen und die darüber liegenden Wohnbereiche leer standen, war es für die neuen Wirtschaftstreibenden nicht schwierig, sich dort niederzulassen, zumal die städtische Verwaltung in dieser Entwicklung vorerst eine willkommene Maßnahme zur Verhinderung des Aussterbens vom Altstadtleben sah. Dass sich der Großhandel durch Immigranten allerdings in so rascher Zeit so fest verankern würde, bedachte man dabei nicht und aus diesem Grund sehen sich die Einheimischen, die nun marginalisiert nach wie vor Einzelhandel betreiben, und die administrative Verwaltung sozusagen in eine passive Haltung gedrängt, in der nur mehr eine gewisse Regulation des bereits

vorhandenen Phänomens möglich ist. Trotz der kritischen Haltung dieser Akteure kann aber zusammenfassend gesagt werden, dass den Immigranten die erfolgreiche Revitalisierung bereits heruntergekommener und verlassener Zonen in der Altstadt gelungen ist. (Valdés 2008, Interview III)

Trotz der Revitalisierung mancher Teile des Ravals durch den Großhandel, wird der Prozess, der eine Aufwertung der verlassenen Gegenden mit sich brachte, nicht als ein derartiger wahrgenommen. Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass im Spanischen und Katalonischen für die Bezeichnung ‚Großhandel' auch gerne ‚Ethnischer Handel' verwendet wird, der in der Perzeption der Bevölkerung auch die ethnische Marginalisierung von Immigranten beinhaltet. Obwohl also Teile der Stadt durch die Ansiedelung von Großhandel aufgewertet wurden, ist die Wahrnehmung jene, dass der Großhandel in jenen Gegenden des Ravals angesiedelt ist, der eine niedrigere soziale und wirtschaftliche Schicht aufweist. Dass diese nach wie vor entwicklungsschwacheren Zonen vor der Ansiedelung und Revitalisierung größtenteils vor dem totalen Zerfall standen, ist nicht im Wahrnehmungsbild der Bevölkerung und der Administrativen enthalten. (Valdés 2008, Interview III)

Was die einzelnen Sektoren innerhalb des Großhandels anbelangt, so wirft sich weiters die Frage auf, inwieweit in umgekehrter Weise nun auch die Immigranten selbst zu einer segregierten Perzeption ‚ihrer' Viertel im Raval beitragen. Ein soziokulturell maßgeblicher Aspekt birgt sich nämlich in der Betrachtungsweise der Produkte, die in den Großhandelsbetrieben angeboten werden. Ein nicht zu übersehender Teil der Angebotspalette der einzelnen Betriebe ist nämlich direkt auf die kulturell spezifischen Nachfragen und Interessen der Immigranten ausgerichtet, was natürlich auch die Marginalisierung in der Wahrnehmung der Bevölkerung fördert. Konkret sind es vor allem Fleischereibetriebe, Geschäfte, die Zubehör für Friseursalons verkaufen und Telekommunikationsgesellschaften, die verbilligt Telefonate ins Ausland anbietet, so genannte *locutorios*, die dort zu finden sind. Auch was den Import von Produkten anbelangt, macht sich eine verstärkte Bindung zu den Herkunftsländern der sich ansiedelnden Immigranten bemerkbar. So gibt es zum Beispiel eine Reihe von

Großhandelsbetrieben, die Schmuck, Taschen und weitere Accessoires – aus China importiert – zum Verkauf an Einzelhandelsbetriebe anbieten und sich durch ihre niedrig gehaltene Preispolitik profiliert. (Valdés 2008, Interview III)

Obwohl die lokal bereits ansässigen Einzelhandelsbetriebe die nun sich ansiedelnden Großhandelsbetriebe zum Teil akzeptierten und auch Gebrauch davon machten, gab es eine Gruppe von Einheimischen, die der Entwicklung mit Skepsis entgegenblickte und sich mit der *Asociaión de Vecinos y Comerciantes* ‚Vereinigung von Nachbarn und Händlern' 1996 schnell institutionalisierte. Die mit ihrem Handel bereits fest verankerten Immigranten antworteten auf die Forderung, den Großhandel in äußere Bezirke der Stadt zu verlagern, mit der zusätzlichen Niederlassung von Einzelhandelsbetrieben. Eine noch stärkere regionale Verankerung seitens der Immigranten war also das Ergebnis. (Valdés 2008, Interview III; Aramubur 2002, S. 7)

Aus dieser Entwicklung und den unterschiedlichen Interessensvertretungen ist insgesamt sehr gut erkennbar, dass der Großhandel nicht nur ein Phänomen des migratorischen Prozesses im Raval ist, sondern auch einen Nährboden für Marginalisierung, Segregation und zum Teil Rassismus bietet. Diese Ambivalenz bleibt bis heute bestehen und unter dem Deckmantel ‚Einzelhandel vs. Großhandel' wird laufend das eigentliche Thema ‚Einheimische und Immigranten im ökonomischen Clinch' diskutiert.
Was das Stadtbild betrifft, so ist hinzuzufügen, dass sich zwischen dem Raval und dem Barrio Gótico große Unterschiede bemerkbar machen. Im Raval sind die Großhandelsbetriebe hauptsächlich im Süden, also dem Meer angrenzend, angesiedelt, was eine tatsächliche Marginalisierung mit sich bringt. Im Barrio Gótico ist der Großhandel ebenso im Süden vorzufinden, jedoch machen die angrenzenden Viertel Born und Barceloneta die Großhandelszonen zusätzlich zu einem Verbindungsglied zwischen den Vierteln, weswegen diese Straßen sich auch großer Belebtheit erfreuen. Für den Raval ergäbe sich hier also nicht nur die Herausforderung, den in der Wahrnehmung der Bevölkerung an den Rand gedrängten wirtschaftlich maßgeblichen Bereich für eine soziale Integration aus seiner Position zu holen. Auch eine zumindest ansatzweise Abschaffung der territorialen

Marginalisierung wäre für den Integrationsprozess der Immigranten im Raval förderlich. (Valdés 2008, Interview III, Aramburu 2002, S. 8 – 9)

5.5.2 Kritisch-sensible Beleuchtung eines florierenden Gewerbes im Raval: die Prostitution

Mit der Behandlung der Thematik ‚Prostitution' im Kontext der Immigration im Raval bedarf es eines kurzen Vorwortes, das von besonderer Wichtigkeit ist. Handelt es sich bei den Immigranten bereits um eine nicht dominante Gruppe, so spezifizieren sich die nun nicht dominanten Akteurinnen (also die Prostituierten im Vergleich zu den Zuhältern) innerhalb dieses Gewerbes durch eine weitere Unterordnung: die Frauen. Das ‚Nicht Dominante' ist hier also in dreifacher Hinsicht gegeben, weswegen die Beleuchtung der vorliegenden Thematik eine besonders sensible Art und Weise benötigt. Weil dieser Aspekt im Kontext der Arbeit nur in Ansätzen behandelt werden kann und nicht in seinem vollen Umfang dargelegt wird – was im Übrigen für eine tatsächliche sensible Beleuchtung notwendig wäre – soll hier betont werden, dass von einer Darlegung mit besonderem Respekt und Feingefühl ausgegangen wird.[*]

Bei einem ersten Aspekt handelt es sich bereits um eine umstrittene Aussage, denn – davon ausgehend, dass die weiblichen Immigranten, die als Prostituierte im Raval arbeiten, hauptsächlich lateinamerikanischer und osteuropäischer Herkunft sind – mit der Einführung dieses Gewerbes hat sich schnell eine Enklave entwickelt, weil das Geschäft mittlerweile nicht mehr nur von inländischen dominanten Akteuren, also hier Zuhältern, geführt wird. Mit der herkunftsnationalen Spezifizierung der Frauen, die nun hauptsächlich aus Lateinamerika und Osteuropa stammen, sind auch Männer aus diesen Staaten in das Gewerbe eingestiegen, was letztendlich zu einer Marginalisierung des Erwerbszweiges innerhalb des Viertels geführt hat.

Die rasche Entwicklung zu einem stark verankerten Wirtschaftsbereich im Raval ist auf einfache, den Grundbedürfnissen des Menschen direkt zuzuordnenden Gründe zurückzuführen, weil die Akteurinnen in diesem

[*] Im Zuge dessen möchte ich mich weiters für die Möglichkeit zu einem Interview mit einer Akteurin aus diesem Bereich bedanken, deren Aufzeichnungen ich auf Wunsch dieser Person allerdings nicht zitieren und abdrucken möchte. Einzelne Aspekte, die sich aus diesem Interview ergaben, werden allerdings doch im weitesten Sinn in die Darlegung dieses Kapitels einfließen. Dabei handelt es sich dann um Inhalte, mit denen ich konform gehe. Um den Wunsch der Akteurin zu wahren, erfahren die Inhalte keine Differenzierung in der Zitation.

Gewerbe rasch zu gutem Geld kommen, sich weiters mit diesem Geld in der neuen Heimat verankern wollen und dann auf einen anderen Job im Dienstleistungsbereich hoffen. Die Akkumulation von ‚so viel wie möglich Geld in so wenig Zeit wie möglich' ist ein Phänomen, das sich bei vielen Immigranten als Zielsetzung durchzieht, weswegen sicherlich auch die zuvor behandelte rasche Verankerung des Großhandels in diesem Ansatz eine Begründung findet.
In ethischer Hinsicht ist die Prostitution insofern eine heikle Angelegenheit, als dass die Frauen ihren Familien und Angehörigen in den meisten Fällen nicht von ihrer Beschäftigung, der sie nachgehen, erzählen. Diese sich selbst unterdrückende Handhabe* führt in vielen Fällen zu einer Impotenz, aus diesem Gewerbe raus zu kommen und dem ursprünglichen Wunsch, die Prostitution nur als Transitbeschäftigung zu sehen, nachzugehen.
Was die Herkunftsländer betrifft, so sind es an dritter Stelle Prostituierte, die aus Marokko kommen, was im Hinblick auf die Religionsfrage eine besonders zwiespältige Problematik hervorruft und die Integration bzw. die soziale Mindestabsicherung dieser Frauen besonders schwierig macht.
Während Immigrantinnen, die keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, im Verborgenen ihrer Arbeit nachgehen, bleiben Frauen, die schließlich eine Genehmigung erhalten, oft im Gewerbe, offerieren ihre Dienstleistungen fortan aber auf der Straße. Damit wird die Prostitution zu einem Bereich, der zum Gesamtbild des öffentlichen Raumes beiträgt. Der hohe Grad an Institutionalisierung und Gründung von Vereinen im Raval ist durchaus auch in diesem Bereich bemerkbar, weswegen sich zum dauerhaften Niederlassen dieses Gewerbes im Raval auch die dauerhafte Verankerung von sozialen Einrichtungen für Frauen gesellt hat. Für den Raval ergibt sich in dieser Hinsicht insofern eine unmögliche Herausforderung, als dass die Abschaffung des Wirtschaftszweiges ein utopischer Gedanke ist. Das herkunftsspezifische Auffangen von Immigrantinnen bewirkt eine Verschiebung der Ursprungsnationen, was bei den weniger werdenden lateinamerikanischen Prostituierten, an deren Stelle jene aus Osteuropa kamen, bemerkbar wird.

Positiv kann vermerkt werden, dass durch das hohe Identifikationsprofil, dass die *ravaleños*, also die Bewohner des Ravals, ob autochtone oder ausländische Bewohner, aufweisen, im Bezug auf Vereine und Institutionen,

* (sich selbst unterdrückend, weil auch von dominanten Akteuren erzwungen)

die ihre individuellen Interessen verteidigen und unterstützen, grundsätzlich eine elaborierte Plattform gegeben ist (Anm.: im Vergleich zu anderen Städten in Spanien und Europa), die dem Auffangen und der sozialen Absicherung von Prostituierten dienlich ist. So verzeichnen diverse Vereine inoffizielle Statistiken, in denen davon berichtet wird, dass der Erhalt von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsgenehmigungen von Frauen, die ursprünglich oder nach wie vor in der Prostitution tätig sind, im Vergleich zu anderen Vierteln in Barcelona bzw. zu anderen Städten in Spanien besonders hoch ist.

5.5.3 Case study: Die pakistanische Community im Raval

Von 1.603.178 Personen, die das INE im Jahr 2007 für Barcelona zählte, entfielen 46.595 gemeldete Einwohner auf den Raval (von wiederum 113.034 Personen in der ganzen Ciudad Vella). Schaut man sich die Statistik weiter an, so ist eine markante Zahl durchaus jene der Ausländer, die von diesen Einwohnern immerhin 21.499 Personen ausmachen. Diese Zahl mag beträchtlich scheinen, doch mit einem dabei errechneten Prozentsatz von 45,7 % gemeldeten Ausländern im Raval ist die Zahl im Vergleich zum Jahr 2006 (47,2%) sogar rückläufig. (Ayuntament de Barcelona i Padró Municipal d'Habitants 2007, S. 7) Die pakistanische Bevölkerung im Raval hat sich in den letzten Jahren zu der zahlenmäßig größten, ausländischen Gemeinschaft entwickelt und machte mit 4.465 Personen 21 % der gesamten ausländischen Gemeinschaften im Jahr 2007 aus. (Ayuntament de Barcelona i Padró Municipal d'Habitants 2007, S. 7)
Grundsätzlich ist der zahlenmäßig starke Anstieg der Pakistanis im Raval auf zwei populäre Phänomene zurückzuführen. Zum einen ist es der *effecto llamada*, der sogenannte ‚Nachahmungseffekt' und zum anderen die Familienzusammenführung, die im Falle der pakistanischen, männlichen Einwohner, die Barcelona vorerst aufsuchten, sehr oft gegeben war. Nichts desto trotz scheint es verwunderlich, dass Immigranten aus einem Land, mit dem Spanien nie besondere Abkommen, Beziehungen oder aber auch Konflikte hatte, in einer derartig dominanten Zahl vertreten sind. Auch die territorial-geographische Komponente muss in diesem Fall ausgeschlossen werden. (Khan 2008, Interview V)
Pakistanische Einwanderer wurden in Spanien allgemein erstmals in den 1970er Jahren verzeichnet und der Grund dafür war meistens die Arbeit in

Minen in ländlichen Gegenden des Landes. Schnell kam die jüngere, aber immer noch fast ausschließlich männliche Generation von Pakistanis nach und bereits in den 1990er Jahren wurde ein Vielfaches an pakistanischen Einwohnern in Spanien registriert. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts siedelten sich die Einwanderer bereits hauptsächlich in Barcelona an, wobei der Grund auf das nunmehrig fehlende Arbeitsangebot in den Minengebieten zurückzuführen war. Grundsätzlich kann der Anstieg der pakistanischen Bevölkerung mit dem zuvor erwähnten *effecto llamada* begründet werden. (Khan 2008, Interview V)

In demographischer Hinsicht gibt es bei der pakistanischen Community ein interessantes Detail zu berichten. Entgegen der allgemein gültigen Tendenz, dass die ausländische Bevölkerung, die Spanien aufsucht, zumeist aus den niedrigeren sozialen Schichten stamm(t)en, waren es bei den Pakistanis vorerst Personen aus der Mittelschicht, die sich eine Einreise mit dem Flugzeug und die Bezahlung eines Visums leisten konnten. Erst in den letzten Jahren kommen aus Pakistan auch Menschen aus ärmeren Verhältnissen, wobei hier die Pakistanis aus dem ruralen Raum nun in Spanien vorwiegend urbane Zentren aufsuchen. (Khan 2008, Interview V)
Was die Art der Beschäftigung, der sie am Zielort nachgehen, betrifft, so ist das Arbeitsprofil ein sehr heterogenes und in einem Ranking von höher bis niedriger gestellten Berufen sind pakistanische Einwohner überall zu finden. Während einige Kellner, Tellerwäscher oder Küchengehilfen sind, gibt es einen beachtlichen Anteil an Personen, die unmittelbar nach ihrer Ankunft ein Geschäft eröffneten. (Khan 2008, Interview V)
Grundsätzlich ist die pakistanische Community eine maskuline, lediglich ungefähr 10% der Pakistanis sind Frauen, die sich hauptsächlich aus der Familienzusammenführung ergeben. Nicht verwunderlich scheint, dass das Alter von zwei Drittel der pakistanischen Einwohner zwischen 25 und 39 Jahren liegt. Dominantere Altersgruppen sind weiters jene von 15 bis 24 und von 40 bis 64 Jahren, auf die jeweils ca. 7 % entfallen. (Estudi Econòmic i Comercial 2007, S. 7)

Der Grund für eine derartige Konzentration im Raval ist vorerst einmal ein willkürlicher. Die pakistanische Community hat als ein Grundmerkmal ein hohes Identifikationsprofil der einzelnen Personen zu ihrer Gemeinschaft aufzuweisen, weswegen Neuankömmlinge bevorzugt jene Orte aufsuchen,

an denen sich bereits Personen ihres Herkunftslandes aufhalten. Dieses starke Zusammengehörigkeitsgefühl lässt sich sicherlich auch auf religiöse Gründe der muslimischen Gemeinschaft zurückführen. Wieso aber gerade der Raval zum Protagonisten der Zielorte wurde, ist schlichtweg in ökonomischer Hinsicht mit den niedrigen Wohnungspreisen zu begründen. Zu jener Zeit, in der sich die Pakistanis erstmals nennenswert im Raval niederließen, stand das Viertel erst vor seinem Renovierungs- und Aufwertungsboom, der dann – wie bereits erwähnt – für die olympischen Spiele 1992 vorgenommen wurde. (Khan 2008, Interview V)
Eine nächste signifikante Entwicklung, die sich für die pakistanischen Einwohner in Barcelona ergibt, ist, dass sich in den letzten Jahren die Zahl der Pakistanis in den dem Raval angrenzenden Vierteln Sants und Montjüic und Poble-Sec, genauso wie in den entfernter gelegenen Vierteln Sant Martí, Poble Nou und Barri Besós, vervielfacht hat. Für erstere Stadtvierteln liegt die Erklärung in der Nähe zum Ursprungsviertel Raval und für jene, die am Rande Barcelonas liegen ergibt sich die These, dass sich Pakistanis, die den Prozess der Integration bereits durchlebt haben und nun Lebensorte mit besseren Konditionen und Qualitäten aufsuchen wollen, dort ansiedeln.

Obwohl die pakistanischen Einwohner seit den 1970er Jahren eine Geschichte in Barcelona haben, zeigen die demographischen Zahlen – nämlich, dass hauptsächlich Männer im arbeitsfähigen Alter Barcelona und hier den Raval aufsuchen –, dass sich diese Einwanderungsgruppe in einer sehr anfänglichen Phase von Migrationsprozessen insgesamt bewegt. Bemerkbar macht sich dies durch die noch nicht fortgeschrittene Familienzusammenführung, die in den kommenden Jahren sicherlich für einen weiteren, drastischen Anstieg der pakistanischen Bevölkerung im Raval verantwortlich sein wird. Dem entgegen wird interessant sein, wie weit die pakistanische Community ihren Raum gegenüber den Initiativen der Stadt, die da die Renovierung und Urbanisierung sind, Stand halten kann oder im Endeffekt aus dem Zentrum der Stadt in die Randbezirke Barcelonas weicht. Status quo ist, dass die Reformarbeiten der Stadt im nördlichen Teil des Ravals bereits ihre Wirkung gezeigt haben, weil dort wieder ein signifikanter Anstieg an Einheimischen verzeichnet wird. Im Moment befindet sich eine verankerte pakistanische Community im Süden des Viertels und aufgrund von gekauften Wohnungen und Verkaufsflächen ist auf jeden Fall mit einem profunden Widerstand zu rechnen. Doch auch

wenn die Identifikation mit seiner eigenen Community bei der pakistanischen Bevölkerung sehr hoch ist, darf nichts desto trotz nicht vergessen werden, dass sich Migrationsgruppen, die in Prozessen im anfänglichen Status gesehen werden, grundsätzlich eine Schwäche aufweisen. Dies liegt an einer gewissen fehlenden Verankerung ins soziale Leben, die nur mit Hilfe der Familienzusammenführung – und daraus resultierend beispielsweise mit dem Schulbesuch der Kinder oder überhaupt der Geburt von Kindern im Zielland – hergestellt werden kann. (Khan 2008, Interview V; Estudi Econòmic i Comercial 2007, S. 8 – 11)

5.5.4 Konfliktpotential im Raval? – Einfall der Migranten vs. Flucht der Einheimischen und die Macht der Wörter

Während im Raval in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg an Einwanderern registriert wurde, zeichnete sich zudem die vermehrte ‚Flucht' von Einheimischen aus dem Bezirk ab. Daraus resultiert die nahe liegende Fragestellung, inwieweit diese beiden Phänomene in einem Ursache-Wirkung-Gefüge zueinander stehen und somit tief greifende Aussagen über das Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren von Zusammenleben und Integration im Viertel aussagen könnten.
Schaut man sich die Entwicklungen der Zu- und Abwanderung im Raval von den 1970er bis 1990er Jahren an, so ist ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren als unbegründet zu bezeichnen. Die Abwanderung der einheimischen Bevölkerung aus den Altstädten Spaniens wurde in den 1970er Jahren weitreichend festgestellt und Gründe hierfür können in den neuen Vorstellungen von Stadtbildern und ihrer Funktion gelegen haben. So erhielten die Randbezirke mit dem Bau von neuen Wohnungen und der Ansiedlung von Betrieben eine neue Bedeutung und gewissermaßen eine Aufwertung. Dem entgegen waren die Altstadtteile plötzlich verlassene Gegenden, um die sich niemand kümmerte. Durch die rasche Abwanderung vieler Einheimischer konnte sich so auch kein autonomdynamischer Prozess – sprich die Anpassung der sozialen Wirkungsgefüge an Abänderungen in einem Raum – entwickeln. Man versuchte mit einer Billigpreispolitik die Wohnungen in der Altstadt attraktiv zu gestalten und genau zu dieser Zeit setzte die Immigration von Menschen aus Drittstaaten ein. Wären in den 1970er Jahren die Wohnflächen am Rande der Stadt die preisgünstigeren gewesen, hätte sich das soziale Bild der Stadt vermutlich in eine völlig andere Richtung entwickelt. Ingesamt kann also betont werden, dass die

Abwanderung von Einheimischen und die Zuwanderung von Ausländern zumindest in ihren Ursprüngen in keinem Ursache-Wirkung-Gefüge standen. Sehr wohl ist aber in den letzten Jahren eine gewisse Beziehung zueinander zu erkennen, was in erster Linie mit der Perzeption der Einheimischen über die Ausländer als ‚niedrige Schicht' zu tun hat. In diesem Kontext wird in der spanischen Soziologie vom *inmigrante degradante*, vom ‚erniedrigten/ erniedrigenden Immigranten' gesprochen, wobei hier die Macht der Bezeichnung[*] ersichtlich ist und die Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Bevölkerung eine logische Konsequenz sind.

Was also an diesem Aspekt einmal mehr deutlich wird, ist, dass eine funktionierende Integration und ein konfliktloses Zusammenleben vieler Kulturen auf sehr engem Raum nur dann möglich sind, wenn von allen beteiligten Gruppen eine Bereitschaft dafür vorhanden ist. Dass das Phänomen der Abwanderung als eine Antwort auf die Einwanderung gesehen wird, obwohl tatsächlich genau die umgekehrte Entwicklung stattfand, zeigt, wie gefährlich die Perzeption und ihre Verankerung durch Medien, Literatur, Politik, Gesellschaft, etc. ist.

Zwar wurde bereits erwähnt, dass das Wort *extranjero* für Ausländer im Spanischen mit keiner negativen Konnotation belegt ist, jedoch bedienen sich die Einheimischen anderer, abstrakter gehaltener Begriffe wie *los otros* für ‚die Anderen' oder *los demás* für ‚die Übrigen'. Dass selbst in öffentlichen Diskursen diese Wörter eine rege Anwendung finden, zeigt, dass die tatsächliche Bedeutung der Wörter, die als sehr negativ und abgrenzend zu verstehen sind, in gewisser Hinsicht verdrängt wird.

Die Marginalisierung der Immigranten in Spanien, in Barcelona, im Raval beginnt also schon bei der Sprache. Einmal mehr macht sich für die spanische Kultur jenes Phänomen bemerkbar, nämlich das der willkürlichen Verbindung von totaler Aufgeschlossenheit und vehementer Ignoranz. Während sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene sehr oft mit innovativen Ideen und deren Umsetzung verblüfft wird, herrscht auf der anderen Seite ein traditionell verankertes System vor, in dem selbst die kritischsten und fragwürdigsten Gegebenheiten nicht verändert bzw.

[*] Was die Macht der Bezeichnung betrifft, so sei noch einmal mehr darauf verwiesen, dass bei dem Wort *degradante* nur aus dem Kontext ersichtlich ist, ob es ‚erniedrigt' oder ‚erniedrigend' heißt, was wiederum erneut einen fragwürdigen Interpretationsspielraum der Bezeichnung zulässt.

zumindest diskutiert werden. Dass gerade die Sprache in Spanien die Grundlage für eine ignorante Haltung ist, zeigt auch ihr maskulinisierter Charakter.

Während also im Raval in vielerlei Hinsicht zwar eine gute Grundlage für ein erfolgreiches Zusammenleben verschiedenster Kulturen mit der einheimischen Kultur gegeben ist, wäre eine grundlegende Forderung dennoch jene, in der Wahrnehmung der teilnehmenden Akteure verankerte Muster aufzubrechen, um eine größere Bereitschaft für Integration herzustellen. Weil dieser Ansatz im Grunde für viele Orte, an denen Immigration passiert, eine Gültigkeit findet, können sich konkret für den Raval folgende untergeordnete Forderungen ergeben. Im Kontext der Urbanisierung und Renovierung wäre eine stärkere Einbindung der ausländischen Gemeinschaften in die Planungsprozesse wünschenswert, genauso wie von politischen, staatlichen, institutionellen und journalistischen Akteuren unbedingt verlangt werden muss, mögliche Konsequenzen der Wahrnehmung der Rezipienten ihres öffentlichen Diskurses bei der Wortwahl zu bedenken. Im Raval geht es auch hier um die öffentliche Diskussion im Bezug auf die Urbanisierungsprozesse, bei denen die *los otros* und die *los demás* genau jene Abgrenzung erfahren, dem ein Ausschluss aus der Planung zu Grunde liegt bzw. diesen zur Folge hat.

5.5.5 Institutionalisierung des Immigrationsphänomens – die Vereinsvielfalt im Raval

In den soeben für die ausländischen Gemeinschaften im Raval formulierten Forderungen lassen sich klare Positionen erkennen, welche mit den Absichten und Zielen einer Reihe an in diesem Stadtviertel befindlichen Institutionen, NGOs und Vereinen konvergieren. Die Dichte an Interessensgemeinschaften, die sich hier gebildet hat, ist beachtlich und deutet auf ein vorhandenes Bewusstsein für das institutionalisierte Verteidigen, Fordern und Aufrechterhalten von Interessen und Rechten durch unterschiedliche Communities hin.

Abb. 13: Logo der Organisation TotRaval (aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Des Weiteren ist in diesem Bezug die starke Internetpräsenz des Viertels zu nennen. Auf der Seite

www.totraval.org, die auf Katalanisch, Spanisch, Englisch und Arabisch geführt wird, werden die Interessen und Ziele dieser Organisation vorgestellt und zusätzlich sind alle vorhandenen Vereine, NGOs, etc. verlinkt. Die Stiftung *totraval*, was im Übrigen auf Katalanisch 'Alle(s) im Raval' bedeutet, widmet sich hauptsächlich der Aufrechterhaltung der Initiativen, die sich für ein Zusammenleben und die Gleichberechtigung der unterschiedlichsten Interessensgemeinschaften und aber auch Interessen von Einzelpersonen einsetzen. Dass die Organisation nicht nur mittels Geldern von der Stadt und der Autonomen Region Katalonien besteht, sondern auch einen beträchtlichen Betrag an Spendengeldern verzeichnet, zeigt, dass viele Personen der dort ansässigen Bevölkerung durchaus ein Bewusstsein für die Verfolgung dieser Ziele entwickelt haben.

Die Vielzahl an Vereinen und NGOs birgt aber auch eine Herausforderung, nämlich die unzähligen Interessensvertretungen auf kleinem Raum so zu lenken bzw. lenken zu lassen, dass die Relation zwischen den Forderungen nach den jeweiligen Rechten und Interessen mit dem überinstitutionalen und grundlegenden Interesse, welches für den Raval das Bestehen (lassen) einer multikulturellen und –nationalen Gemeinschaft bedeutet, in einer Ausgewogenheit gegeben ist. Dass dieses Interesse in mehrerlei Hinsicht eine Schwierigkeit ist, lässt sich an den bisherig beschriebenen besonderen Merkmalen, Herausforderungen und Problemen, die sich im Raval ergeben, bereits gut erkennen. Neben den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Stiftungen kommt weiters hinzu, dass die Stadtverwaltung Barcelonas, die Verwaltung Kataloniens und letztendlich die nationale Ebene Spanien wiederum jeweils ihre eigenen und vielschichtigen Interessen vertreten. Daraus ergibt sich eine besonders heterogene Ebene, die im Endeffekt, also in seiner Wirkung, das Individuum trifft. Im Folgenden sollen aus dieser heterogenen Ebene die immer noch vielseitige Komponente der Stiftungen und Vereine im Raval herausgenommen und auszugsweise vorgestellt werden. Dabei werden die einzelnen Institutionen an gemeinsamen Merkmalen festgemacht und in diesen Gruppen genannt.[*] Um im Kontext der Arbeit die Immigranten als Akteure hier zuerst zu nennen, sind es einmal verschiedene Assoziationen, die sich grundsätzlich der Repräsentation ihrer Kultur widmen. Dabei gibt es nationale Vereinigungen, genauso wie

[*] Hier muss angefügt werden, dass es sich nicht um eine komplette Aufzählung aller Vereine handelt. Vielmehr soll diese Zusammenstellung einen Eindruck über die Assoziationsvielfalt in Barcelona geben und zudem ein grundsätzliches Gefühl für die einzelnen Interessen, die hier institutionalisiert wurden, gegeben werden.

übernationale, die beispielsweise die Religion als gemeinsamen Nenner haben. Bei all diesen Organisationen steht jedoch der Fakt, Menschen aus Drittländern zu vertreten und zu unterstützen, im Vordergrund. Zunächst seien Vereine erwähnt, die grundsätzlich ihre Zielgruppe in ganz Barcelona oder Katalonien sehen. Gemeinsam haben sie jedoch, dass sich ihre Büros und Vereinsgebäude im Raval befinden.

- *Associació Consell Islàmic Cultural de Catalunya*: Überregionale Vereinigung der islamischen Kultur zur Förderung des Dialogs zwischen den islamischen und katalanischen Entitäten
- *Centro Filipino – Tuluyan San Benito:* Städtische Vereinigung, die sich vor allem auf die Rechte der philippinischen Arbeiter und auf die Integration philippinischer Kinder in den Pflichtschulen in Barcelona konzentriert hat.
- *Casal argentí a Barcelona:* Städtische Vereinigung der argentinischen Community, die sich hauptsächlich auf Aufklärungsarbeit mittels Medien wie Zeitung und Fernsehen für ein Zusammenrücken der argentinischen und katalanischen Kultur spezialisiert hat.
- *Ecuador Llactacaru:* Vereinigung für die Solidarität und Kooperation zwischen den Ecuadorianern in Barcelona, deren bisherige Tätigkeiten vor allem in der Unterstützung für den Erhalt von Aufenthaltsgenehmigungen liegen. (aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Weiters gibt es nun Vereinigungen, deren Tätigkeiten nicht nur vom Raval ausgehen, sondern sich auch für die Interessen des Ravals als Einheit einsetzen.

- *Ravalnet – Xarxa Ciutadana del Raval:* Eine Internetplattform, die sich der Kommunikation zwischen den einzelnen Interessensgemeinschaften des Ravals widmet.
- *Associació d'Amics, Veïns i Comerciants de la Rambla:* Schon der Name dieser Organisation, der da ‚Vereinigung von Freunden, Nachbarn und Händlern auf der Rambla' ist, birgt die Interessen und beschreibt die unterschiedlichen Communities, die sich durch die einzelnen Herkunftsnationalitäten noch einmal differenzieren. Diese Vereinigung arbeitet mit dem angrenzenden Viertel Barrio Gótico zusammen.
- *Fundació Raval Solidari:* Diese Stiftung setzt sich für jene Familien und Einzelpersonen ein, die – um einen Mindeststandard an Lebensqualität zu haben – externe Hilfe benötigen. Dabei wird auf die Verbindung zu humanwissenschaftlichen Akteuren gesetzt, die mit Hilfe medialer Präsenz die Forderungen ihrer Institution kundgeben. Tatsächlich finanzielle Hilfe kann dabei durch Fonds der Stadt gegeben werden. (aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Wie in einem vorangegangenen Kapitel bereits besprochen wurde, ist die pakistanische Community im Raval besonders verbreitet. Dies macht sich auch im Vereinigungswesen bemerkbar, weil die Interessen dieser Gemeinschaft sogar institutionell differenziert vertreten werden. Daraus ergeben sich beispielsweise folgende Stiftungen:

- *Cultural, Educativa i Social de Dones Pakistaneses ACESOP*: Mit der Einführung dieser Vereinigung von pakistanischen Frauen wird klar, dass sich die zwar nach wie vor in der Minderheit befindliche Community der weiblichen Pakistanis in Barcelona mit der Forderung nach sozialer, kultureller und edukativer Gleichstellung eine gewisse Lobby gebildet hat.
- *Associació de Treballadors Pakistanesos*: Diese Vereinigung setzt sich für die Rechte der pakistanischen Arbeiter ein, wobei diese Institutionalisierung in gewisser Hinsicht als Antwort auf die seitens der Stadt und den Einheimischen kommenden Restriktionen gesehen werden kann.
  (aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Der Vertretung von einzelnen nationalen Kulturgemeinschaften stehen nun die Interessen weiterer Vereinigungen, die sich der Förderung von einzelnen Gruppen, die gemeinsame demographische bzw. wirtschaftliche Merkmale aufweisen, gegenüber.

- *Germanes Oblates – El Lloc de la Dona*: In dieser Einrichtung werden Frauen, die sich ihren Lebensunterhalt mit der Prostitution verdienen, betreut und unterstützt. Für den Kontext der vorliegenden Arbeit ergibt sich das Klientel dieser Vereinigung, das hauptsächlich aus Frauen, die ursprünglich aus Drittländern stammen, besteht.
- *Associació de Dones per a la Inserció Laboral – SURT:* Auch bei dieser Vereinigung, deren Ziel die Integration von Frauen ins Arbeitsleben im Raval ist, wird von einer fast ausschließlich aus Ausländerinnen bestehenden Zielgruppe berichtet.
- *Casal dels Infants del Raval:* Bei dieser Organisation handelt es sich um eine Interessensgemeinschaft, die sich für die Lebensqualität der Kinder im Raval einsetzt. Ein Hauptaufgabenbereich ist dabei die Durchsetzung adäquater Schulkonzepte für die Förderung eines Unterrichts in einer multikulturellen Gemeinschaft.
  (aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Zu guter Letzt gibt es eine Reihe von Institutionen, die in erster Linie durch andere Funktionen (meist in einer dominanten Form) im Raval vertreten ist. Bei diesen Vereinigungen im Raval handelt es sich um Kulturinstitute oder um Kultureinrichtungen selbst, die aufgrund der vorliegenden Multikulturalität, mit der sich der Bezirk konfrontiert sieht, in ihrem Leitbild multikulturelle Integration als Teil ihrer Zielsetzung angegeben haben. Dabei sind unter anderem folgende, zum Teil populäre Einrichtungen zu nennen:

- *Fundació Taller de Músics:* Organisation von Musikvereinen
- *La Paloma:* Tanzsaal im Raval
- *Museu d'Art Contemporani de Barcelona – MACBA:* Zeitgenössisches Museum
- *Xamfrà – Centre de Música i Escena:* Musikvereinigung
- *Institut d'Estudis Catalans:* Katalanisches Sprach- und Kulturinstitut
- *Fundació Gran Teatre del Liceu:* Theater

- *Centre de Cultura Contemporànea de Barcelona – CCCB:* Zeitgenössisches Museum

(aus: www.totraval.org, 12. 12. 2008)

Aus der Vielfalt der Interessensgemeinschaften, die sich im Raval institutionalisiert haben, um vor Ort oder überregional zu operieren, ist erkennbar, dass sich das Viertel insgesamt bereits in einer fortgeschrittenen Phase von Migrationsprozessen befindet, weil durch das vorhandene Bewusstsein mittels dieser starken Institutionalisierung Rechte und Interessen vertreten werden, die sich für eine stärkere Einbindung der ausländischen Gemeinschaften im Raval einsetzen.
Aufgrund der beschriebenen Flucht der Einheimischen aus dem Viertel sei aber auch zu erwähnen, dass sich vor allem interdisziplinär verankerte Vereine, wie zB die Theater- und Musikvereinigungen auch sehr stark für eine bessere Einbindung der katalanischen Kultur im Raval einsetzen. Schließlich ist es auch die Verwaltungsebene der Stadt, die beispielsweise mit der Promotion von Katalanischkursen, die für Immigranten gratis angeboten werden, neben dem Bezug zur spanischen Kultur einen Konnex zur katalanischen Kultur bei den Immigranten sicherstellen wollen. Wie auch die Immigranten sich oft in einer Minderheitsposition repräsentieren, haben sie genau diese Eigenschaft mit Katalonien, welches sich allerdings mit tief verankerten Forderungen gegenüber dem Staat Spanien bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befindet, gemein – nämlich die Verteidigung und Sicherstellung des Fortbestandes der eigenen Kultur.
Die Einordnung der katalanischen Kultur als eine ethnische Minderheit (im Vergleich zu einer nationalen Minderheit) ist vor allem seit dem Nationsbegriff, der für Katalonien offiziell anerkannt wurde, nicht mehr legitim, aber der Ursprung als eine regionale Minderheit innerhalb eines Staates könnte als Basis durchaus eine mutbringende Plattform für die Verfolgung der eigenen Interessen der Communities aus Drittstaaten mit sich bringen.

5.5.6 Die nächste Generation – Förderung von multikultureller Identität mit gemeinsamem Nenner an den Pflichtschulen im Raval

In erster Linie aus der Maßnahme der Familienzusammenführung ergibt sich nicht nur im Raval eine völlig neue demographische Beschaffenheit der Immigranten. Waren es in den ersten Jahren der Immigrationsprozesse hauptsächlich die Aufenthaltsgenehmigung und die Arbeitserlaubnis, weil hauptsächlich männliche Einwanderer auf der Suche nach Arbeit nach Spanien kamen, so ergaben sich durch die Nachholung von Frauen und Kindern völlig neue Bereiche, die nicht minder nach einer Diskussion auf gesetzlicher, politischer und sozialer Ebene verlangen.
Nun ist nicht zuletzt der Bildungsbereich jene Plattform, auf der hinsichtlich einer langfristigen Integration von Immigranten sehr viel bewirkt werden kann. Nach einer anfänglichen Vernachlässigung der Aktualisierung bestehender Schulkonzepte auf die neue Beschaffenheit der Bevölkerung, erkannte man in Barcelonas Bildungsverwaltung Ende des letzten Jahrhunderts, dass mit einer Reform von Schulgesetzen und Schulplänen zum einen eine Abstimmung auf die nunmehrig vorherrschende Multikulturalität passieren muss und zum anderen aufgrund der bisherigen Vernachlässigung ein gewisses Auffangprogramm für jene, die bis dato durch das soziale Netz fielen, zu gestalten ist. Damit war vor allem die verstärkte Kontrolle hinsichtlich ausländischer Kinder im Pflichtschulalter gemeint, weil man vermutete, dass eine große Dunkelziffer von Kindern ausländischer Herkunft nicht in die Schule ging. Neben dem Forcieren des allgemein gültigen Zugangs zu Bildung für alle Minderjährigen wurde aber auch eine Reihe von Reformen innerhalb des Bildungssystems durchgeführt. Für den Raval bietet sich hier insofern eine Sonderstellung, als dass vor allem Akteure aus dem Raval sich für eine derartige Entwicklung stark gemacht haben. Im Komitee der Stadtverwaltung, welche die Inhalte der Reform 1994 im Jahr 1999 überarbeiteten, saßen hauptsächlich Lehrer und Vertreter aus dem Bildungsbereich, die im Raval arbeiteten. Daraus lässt sich einmal mehr die Brisanz des Themas der Multikulturalität für den Raval erkennen. An diesem Beispiel wird insgesamt gut deutlich, dass man sich dem schwierigen Thema der Integration auf der Ebene der Bildung in gewisser Hinsicht in fruchtender Form nähert, weil dieses Grundbedürfnis, also Bildung, alle Kulturen umfasst.
Nichts desto trotz ergeben sich für die tatsächlichen Bedürfnisse der multikulturellen Gemeinschaft im Raval nach wie vor gewisse Grauzonen, die es zu klären gilt. Im Rahmen der Schulbildung wurden zwar

Unterrichtsfächer eingerichtet, die der Förderung und der Bewusstseinswerdung von Multikulturalität dienen, doch fordern Akteure aus dem Raval auch eine Ausbildung und Sensibilisierung für die Lehrer, die sich mit dieser neuen Situation konfrontiert sehen und dementsprechend agieren sollen.
Grundsätzlich kann man die aktuelle Situation so beschreiben, dass die Stadtverwaltung Barcelonas zwar auf die Notwendigkeit einer Schulreform mit einer tatsächlichen Umsetzung gehört hat, aber die Pauschalisierung aller Schulen in Barcelona für eine überproportional vorhandene Multikulturalität in den Schulen im Raval dennoch bedeutet, dass die Reformen immer noch zu wenig auf die neue Situation adaptiert sind. Im Endeffekt ist es also den Schulen und den darin aktiv wirkenden Akteuren selbst überlassen, sich mit der spezifischen Situation auseinanderzusetzen. Dieser Freiraum birgt insofern Gefahren, als dass es schnell zu einer Vernachlässigung der Förderung und Unterstützung eines konfliktfreien multikulturellen Zusammenlebens im Schulalltag kommen kann. (Gedankenprotokoll I[*])
Einmal mehr sahen einige Akteure Handlungsbedarf und versuchten, die für den Raval nicht spezifisch genug erarbeiteten Reformen in freiwilliger Arbeit in einem Verein auszuarbeiten. Die *Associació de Mestres Rosa Sensat*, die ‚Vereinigung von LehrerInnen Rosa Sensat', die allerdings für ganz Barcelona steht, hat sich diesem Bereich gewidmet. Mit der Publikation von monatlichen Papers werden die Lehrer im Raval von neuen Methoden und Wendungen in Kenntnis gesetzt. Zwar beruht die Anpassung an die neuen Situationen nach wie vor auf Freiwilligkeit, aber ein Teil der Grauzone ist durch diese Vereinsarbeit sicher als abgedeckt zu sehen. (www.rosasensat.org, 12. 12. 2008)

[*] Die Inhalte dieses Kapitels können größtenteils nicht zitiert werden, da es sich um ein Gedankenprotokoll einer besuchten Veranstaltung der Universidad de Barcelona handelt. Die didaktische Professorin Cruz Mar hilt im Zuge eines Kongresses vom 05. – 12. 07. 2008 einen Vortrag über die Rolle der Multikulturalität an den Schulen im Raval. Gesamtthema des Kongresses waren die Diskussionen über die Unterrichtssprachen, die statuiert werden sollten.

5.6 *La Ley de Extranjería* im Raval – Eine Zusammenschau dominanter Legislativen und subjektiver Aufnahmen auf lokaler Ebene

Wurden in den vorangegangenen Kapiteln die vielschichtigen Facetten, die der Raval im Bezug auf seine aktuelle Situation – hervorgerufen durch Einflüsse aus der Migration und Multikulturalität – vorzuweisen hat, behandelt, so bedarf es nun eines großen Gedankensprunges, um sich die auf der nationalen Ebene des spanischen Staates festgelegte Organisation von Migrationsbelangen wieder in den Blickpunkt zu holen.
Für den Raval im Einzelnen sei abschließend erwähnt, dass sich die aktuelle Bestandsaufnahme sehr gut aus den einzelnen Blickpunkten, wie den Urbanisierungsprozessen, den kommerziellen Tendenzen, den Problematiken zwischen Immigranten und Einheimischen und dem Bildungsbereich als Beispiel für eine notwendige und dringende Anpassungsmaßnahme, ergibt. Im Grunde ist das Altstadtviertel in Barcelona ein sehr gutes Beispiel für die vielschichtigen Konsequenzen, die sich aus einer derartig dichten Multikulturalität ergeben.
Dass es aber bei einer derartigen Entwicklung auch einer Reihe von Auflagen und Bedingungen bedarf, scheint nicht weiter verwunderlich. Wenngleich sich die letzten Seiten der vorliegenden Arbeit auf die Integration von Immigranten konzentrierte, sind es letztendlich die migrationsbedingten Regelungen, die eine Integration als weitere Konsequenz erst möglich machen. Dass auf der Ebene der spanischen Migrations- und Integrationsgeschichte und –politik in erster Linie die gesetzlichen Verfassungen, restriktiven Maßnahmen und grundsätzlich migratorischen Themen im Vordergrund standen, ist keineswegs ein Zufall oder eine subjektive Verschiebung der Themenfelder. Gleiches gilt auch für die Inhalte auf der Ebene Kataloniens und speziell in Barcelona, die neben einer allgemeinen Darstellung der demographischen Merkmale der Immigranten hauptsächlich aus der Integrationsarbeit bestand. Der Grund für die thematische Aufteilung liegt in der Kompetenzenverteilung, die vom Staat Spanien aus eine absolute Monopolstellung in Immigrationsfragen beim Staat selbst sieht, die Integrationsaufgabe mit der gemeinsamen Vergabe von Budgets und Mitteln werden aber fast vollständig an die einzelnen Regionen vergeben.
Daraus resultiert nun jene Realität, dass Immigranten, die einmal die staatliche Hürde überwunden haben, sich in ein beliebiges Integrations-

system in Spanien einfügen können. Für Katalonien ergibt sich dabei insofern eine Herausforderung, als dass ein Großteil der Immigranten, die Spanien aufsuchen, sich zuerst in anderen Regionen des Staates aufhalten und vielleicht sogar erst nach einer Regularisierung ihres Aufenthaltsstatus' Katalonien aufsuchen. Die Einwanderung, deren Verlauf sich aus einer Immigration aus Drittstaaten über eine Binnenwanderung aus einer anderen Region Spaniens zusammensetzt, macht in Katalonien einen maßgeblichen Teil der Immigrantenzahlen aus. Nun sieht sich die Autonome Gemeinschaft in weiterer Folge mit einer hohen Zahl an Immigranten konfrontiert, die aus den sehr wenig bemessenen Mitteln in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben aufgenommen werden sollen.
Betrachtet man die Einwohnerdichte Spaniens im Vergleich zur Einwohnerdichte Kataloniens (siehe Kapitel 6.1, Seite 242), so lässt die absolut höhere Einwohnerdichte in Katalonien vermuten, dass sich die neue multikulturelle Gesellschaft noch dazu einen sehr kleinen Raum teilt. Dieses Phänomen gilt es auch im Raval zu beachten. Am Beispiel der Schulreformen konnte nur in Ansätzen veranschaulicht werden, dass die Mittel für eine akzeptable Lösung viel zu wenig sind, die dringliche Situation aber unbedingt sofortiges Handeln verlangt.
Damit wird also nun als erster Bezugs- und Vergleichspunkt festgemacht, dass eine wichtige Komponente der spanischen Migrations- und Integrationspolitik jene ist, dass ersteres Ressort absolut dem Staat und zweiterer Bereich zum Großteil den Regionen überlassen ist. Dem gegenüber steht weiters der territoriale Aspekt der Einwohnerdichte, der die besondere Herausforderungslage für Katalonien aufzeigen versucht.

Im Bereich der Kompetenzverteilungen auf die einzelnen Ebenen Spaniens ergibt sich weiters das vielschichtige System Spaniens, das angefangen von der nationalen, über die regionalen bis hin zu den lokalen Ebenen sehr unterschiedliche Interessen verfolgt, die aufgrund eines als sehr aktiv zu bezeichnenden Diskurses, den die politischen Akteure, vor allem aber auch die Gesellschaften führen, als sehr schwierig zu bezeichnen ist. Während also der Staat im Bereich der Migration durch den absoluten Beibehalt der Immigrationsangelegenheiten seine Souveränität nicht aus den Händen gibt, üben die einzelnen, zT Autonomen Gemeinschaften insofern Druck auf die Regierung aus, als dass sie die ihnen zugestandenen Bereiche in Integrationsfragen für die Diskussion eines weiteren Ausbaus der

Kompetenzen verwenden. Die Immigrations- und Integrationspolitik wird hier also zum Mittel des Zweckes, die Souveränitäten und Kompetenzen der Gemeinschaften auszubauen.
In etwas abgeschwächter Form ist dieser Prozess auch auf der lokalen Ebene zu beobachten, weil sich die einzelnen Stadt- und Dorfverwaltungen die Kompetenzen in Integrationsfragen direkt aufteilen. Die regionale Ebene gibt somit die Aufgabenbereiche direkt weiter, steht aber in der Diskussion um Kompetenzerweiterung, wie aber auch in der Veranschlagung der Höhe von Mitteln für Integrationsarbeit, an der Front.
Die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Ebenen innerhalb eines Staates sind selbstverständlich auch in anderen europäischen Ländern festzustellen, was allerdings für Spanien maßgeblich ist, ist die aktive Teilnahme der Gesellschaft, die durch den hohen Grad an außerpolitischer Institutionalisierung fest verankerte Positionen in dieser Diskussion erhalten. Vor allem für Katalonien, deren Gesellschaft sich bei dem Kampf um die Autonomisierung durch seinen Aktivismus auszeichnet, ist ein gewisses Überleiten dieser Stimmung und Grundhaltung auf die Interessensvertretungen von Immigranten zu erkennen.
Letztlich ist im Bezug auf die unterschiedlichen Ebenen noch hinzuzufügen, dass sich aufgrund der eigenständigen Kommunikation Kataloniens mit der EU, dessen Grundleitbild auch ein ‚Europa der Regionen' ist und auf das sich Katalonien in den Gesprächen mit der EU stützt, ein gewisser autonomer Diskurs Kataloniens in der EU entwickelt hat.
Für Katalonien ergibt sich zusätzlich in der Ausarbeitung von Integrationsplänen die Wahrung des Grundsatzinteresses, die katalanische Kultur zu schützen und zu fördern, woraus für eine Integration von Immigranten sozusagen ein doppelter Integrationsprozess resultiert.

Für den Raval ergibt sich, die regionale Ebene Kataloniens nun ausgeblendet, insofern ein besonderer Bezugspunkt zur Legislative Spaniens, als dass sich der hohe Anteil an Immigranten fast ausschließlich aus Personen aus Nicht-EU-Mitgliedsländern zusammensetzt. Würde man in Barcelona von einem Ranking an prozentuellen Anteilen von Ausländern in den einzelnen Vierteln sprechen, so wäre es das Eixample, das allerdings nur mit der Beinhaltung von EU-Mitgliedsländer-Personen an der Spitze ist. (Pinyol 2008, Interview II) Die verabschiedeten Inhalte des *Ley de Extranjería*, des Ausländergesetzes, umfassen allerdings in erster Linie

Richtlinien und Restriktionen, was die Immigranten aus Drittstaaten betrifft. Daraus resultiert eine souveräne Position des Staates, mit der sich der Raval insofern in direkter Beziehung sehen kann, als dass das verstärkte Aufkommen von irregulären Immigranten auf den restriktiven Charakter des Gesetzes zurückzuführen ist. Bei einer kritischen Betrachtung dieser Problematik muss man sich aber gar nicht erst auf die Inhaltsebene des *Ley de Extranjería* begeben, denn auch in der fehlenden Kooperation und Kommunikation zwischen legislativer, staatlicher Ebene und politischer, regionaler Ebene liegen womöglich die Ursachen für die Irregularität. Als ein Beispiel ist hier Aufklärungsarbeit als Teil der Integrationsarbeit, die vielleicht im Kontext der Ganzheitlichkeit zu einer Verbesserung der Situation führen würde, zu sehen. Dazu bedürfte es allerdings weitere Mittel, womit sich der Kreis mit den fehlenden Ressourcen wieder schließt und die Problematik der Beziehung zwischen Immigration und Integration festgemacht wird.
Umgekehrt ist es natürlich so, dass Vorkommnisse und Erfahrungswerte, die aus bisherigen Immigrations- und Integrationshistorien geschöpft werden, auch zu einer Veränderung der Legislative führen. In diesem Fall haben aber medienwirksamere Zwischenfälle wie jener von El Ejido oder die der illegalen Übertritte in Holzbooten um die Meeresenge von Gibraltar mehr Gewichtung und fließen so, im Vergleich zu prägenden Entwicklungen in Barcelona, oder im Raval, in die Gesetzgebung ein. Seitens der Kritiker wird damit subsumiert, dass nicht minder tragische Zustände, wie die von schulpflichtigen Kindern, die keine Bildung erfahren, zu wenig erhört werden. Es wird dem Staat also vorgeworfen, dass er sich in seiner Handlung zu sehr auf populäre Themen konzentriert, was scheinbar eine Vernachlässigung nicht minder wichtiger, aber weniger öffentlich diskutierter Bereiche mit sich bringt.

Insgesamt kann die Migrations- und Integrationspolitik Spaniens als für den europäischen Diskurs nicht sehr abweichende Entwicklung gesehen werden. Dabei ist freilich die Rolle eines südeuropäischen Landes in Europa und seine Rolle in der EU gemeint. Was jedoch das große Themenfeld der Migration und Integration in Spanien zu einem besonderen werden lässt, ist die Migrationsgeschichte, die ungeachtet der legislativen Rahmenbedingungen sowohl im nationalen, aber auch im lokalen Bereich oft sehr eigensinnige Wege ging. Zu einer weiteren Besonderheit auf spanischem Boden ist in diesem Zusammenhang außerdem erneut die

aktive Position der spanischen Gesellschaft zu erwähnen, wobei auch hier ein bisschen die Organisation und Übersicht des Systems zu fehlen scheint, denn so überregional angelegten Volksabstimmungen, etc. kam es bislang in keiner nennenswerten Form. Der soziale Aktivismus macht sich viel mehr im lokalen Bereich durch die vermehrte Einführung von Institutionen, die aber hauptsächlich regional und selten national arbeiten, bemerkbar.

Was die aktive Integrationspolitik anbelangt, so kann – wenngleich auch mit umstrittenen Inhalten – Katalonien insofern als Vorzeigebeispiel angeführt werden, als dass mit einem verabschiedeten Integrationsplan 1993 noch ein Jahr, bevor Spanien selbst Ende des Jahres 1994 den *Plan para la Integración de los Inmigrantes* publizierte, ein maßgebliches Dokument veröffentlichte. Katalonien wurde in dieser Hinsicht sozusagen zum Vorreiter, während Spanien lediglich die Gelegenheit hatte, dem nachzukommen. Dass der Winkel der Betrachtung ein Parameter für völlig unterschiedliche Ansichten sein kann, ist mit dem Beispiel, dass Spaniens Integrationsplan 1994 als ein sehr innovatives Projekt auf EU-Ebene wahrgenommen wurde, zu belegen. In der Autonomen Gemeinschaft Katalonien hingehen wurde der Integrationsplan 1994 nicht als ein noch nie da gewesenes Dokument gefeiert.

Für den Raval als eine maßgebliche Wendung in der Gesetzesgebung war die mit der Veröffentlichung des Integrationsplans 1994 zeitgleich revidierte Fassung der Inhalte von Aufenthaltsgenehmigungen. Mit der Neuauflage war es nun möglich, dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen zu erhalten, was wiederum für Immigranten aus Drittstaaten völlig neue Möglichkeiten in punkto Lebensplanung bedeutete. Im Raval wurden weit mehr Immigranten als zuvor gemeldet, noch viel bemerkbarer war aber die geschäftliche Niederlassung durch Immigranten im Raval, die ab 1994 einen beachtlichen Anstieg verzeichnete. Dieser Wendung ist allerdings hinzuzufügen, dass auch die Renovierungsmaßnahmen für die Olympischen Spiele zwei Jahre zuvor eine Wirkung auf neue Städtestrukturen hatte. Durch die Aufwertung des Viertels siedelten sich nun auch Immigranten aus Drittstaaten an, deren sozialer Status zumindest als Mittelschicht bezeichnet werden kann.

Dass sich in den Jahrzehnten zuvor, also in den 1970er und 1980er Jahren der Raval in erster Linie durch seine Verwahrlosung und Vernachlässigung

auszeichnete, ist im weitesten Sinne auch mit den politischen Maßnahmen im Migrationsbereich in Verbindung zu bringen. In Kapitel 3 (S. 96ff) wurde also berichtet, dass der Fokus in Migrationsangelegenheiten hauptsächlich in der Abklärung der Aufnahme von Immigranten galt. Damit wollte man eine innere Stabilität sicherstellen – eine Zielsetzung, die sich im Falle des Ravals nicht bewahrheitet hat. Der Verfall des Viertels und die damit verbundene Möglichkeit, hier in irregulärer Situation abzutauchen, prägen das Stadtviertel bis heute. Bei den ganzen Bemühungen des Staates, sich auf die Abwehr einer Massenimmigration durch restriktivere Maßnahmen in der Aufnahme von Ausländern zu konzentrieren, wurde die bereits Einzug haltende Degradierung von lokalen Bereichen übersehen. Eine Verwahrlosung war vielleicht auch gerade deswegen möglich, weil durch die restriktivere Gestaltung der Legislative durch den Staat, die Zahl der Irregulären in die Höhe schnellte und weil diese nicht von öffentlichen Serviceeinrichtungen Gebrauch machen konnten, entwickelte sich im Raval unmittelbar eine Eigendynamik. Diese Eigendynamik, die in den folgenden Jahren zu einem massiven Problem werden sollte, wurde in gewisser Hinsicht auch von der politischen Ebene der EU legitimiert, die da in einer amtlichen Mitteilung 1995 besagte, dass Integrationsprozesse ablaufen sollen, die „die Schaffung von rechtlicher Stabilität und Anpassung der Regelungen an die Bedürfnisse der multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften“ vorsieht. Der Beisatz, dass dieser Prozess „zum Schutz für diejenigen ist, die sich in rechtlicher Ordnung bewegen“ ließ damals aber genügend Spielraum offen, die sich in irregulärer Situation befindlichen Immigranten hier nicht inkludiert zu sehen. (S. 97ff)

Mit der Verabschiedung des umstrittenen *Ley de Extranjería* im Jahr 2000 (S. 108ff) wurde des Weiteren eine Polarisierung vorangetrieben, die sich auch im Raval sehr stark bemerkbar macht. Der Fokus auf Verstöße, die nun härter bestraft werden sollten, und Sanktionen machte sich im Raval mit einem verstärkten Aufkommen der Polizei bemerkbar (Prau i Monet 2008, Interview I). In diesem Beispiel ist besonders gut erkennbar, was mit dem Öffnen von neuen Türen, die sich innerhalb von Restriktionsprozessen ergeben, gemeint sein kann. Grundsätzlich begrüßte man die polizeiliche Frequenz im Raval insofern, als dass das Viertel mit den intensiven Urbanisierungsprozessen ein neues Prestige erhielt, welches nun zu erhalten gilt. Zahlreiche Institutionen erkannten allerdings die Gratwanderung, die damit beschritten wurde, denn in eine multikulturelle

Vielfalt, die vielleicht einmal eine Gemeinschaft werden sollte, einen restriktiven Charakter zu bringen, bringt folglich auch eine Auf- und Abwertung einzelner Akteure mit sich. Daraus resultierte eine von den Institutionen initiierte Kooperative mit der Polizei, um parallel zu den Restriktionsmaßnahmen auch Aufklärungsarbeit zu leisten. Inwieweit diese Doppelschiene, die damit gefahren wurde, auch funktionierte, sei allerdings dahingestellt. (Prau i Monet 2008, Interview I) Grundsätzlich zeugt diese Entwicklung aber einmal mehr von der aktiven Teilnahme gewisser Teile der Gesellschaft am Prozess der Migration und in weiterer Folge Integration von Ausländern.

Eine fehlende Übereinstimmung zwischen den Prozessen im Raval und auf nationaler Ebene ist seit dem Jahr 2000 insofern zu erkennen, als dass die Ausweitungen der Kompetenzen der restriktiven Kräfte im *Ley de Extranjería* im Jahr 2003 keinen Einfluss auf die ohnedies stark ansteigende Zahl an Immigranten im Raval hatte. Umgekehrt war es aber auch so, dass aus der Regularisierungsmaßnahme im Jahr 2005 ebenso kein noch höherer Anstieg an Immigranten im Raval resultierte. Nun ist es also fraglich, inwieweit derartige Impulse seitens der Regierung bis zu einem gewissen Grad bereits einen Vorbau in der Entwicklung hatten, oder ob in diesen Fällen der Raval schlichtweg als Ausnahme gesehen werden kann. Keiner der Interviewpartner konnte auf diese Frage eine explizite Antwort geben, es wurde lediglich angemerkt, dass die verzeichneten Immigrationszahlen sich auf die *municipios*, also auf die Städteverwaltungen beziehen. Doch auch auf dieser Ebene ist eine ähnliche Entwicklung zu sehen. Außerdem ist eine intraregionale Wanderung als weitere Komponente auszuschließen, weil es sich bei den Immigranten im Raval zumeist aus Personen aus Drittstaaten handelt, die den Raval als ersten Zielort aufsuchen. Es ist also in den meisten Fällen keine erste Registrierung in einer anderen regionalen Verwaltung vorgenommen worden.

Nun bleibt also abzuwarten, wie sich die nächsten Jahre entwickeln, wobei hier besonders an die 2008 stattgegebene Förderung bei der Rückkehr in das Ursprungsland gedacht wird. Auch für den Raval wird sich in den nächsten Jahren sicherlich ein Wendepunkt in der Migrationsgeschichte ergeben, denn mit den aktuellen Höchstzahlen an Bewohnern aus Drittstaaten ist in gewisser Hinsicht das Maximum an Kapazität erreicht. Viel

interessanter als der zahlenmäßige Verlauf wird aber sein, ob die Gesellschaft im Raval in der Identitätsfrage zu einem gemeinsamen Nenner kommt, auf dem aufbauend das ganze Viertel eine immense Aufwertung erfahren könnte. Die energischen Maßnahmen, wie die Renovierung und Urbanisierung mögen sicherlich ein nicht unbedeutender Grundstein in der Vergabe eines neuen Images für das Viertel sein. Aufgrund dessen diese Prozesse aber einen sehr totalitären Charakter hatten, wurden zahlreiche Konflikte hervorgerufen und viele Spuren der Geschichte des Viertels vernichtet. Wenngleich nun der abschließend erwähnte Gedanke etwas radikal erscheinen mag, so hat er doch in zahlreichen Geschichten seine Legitimation: Da wo etwas erbaut wurde, wurde meist zuerst etwas zerstört.
Im Falle des Ravals kann die Phase des Vernichtens in zwei grobe eingeteilt werden. Erstens kam die Phase der autonomen Zerstörung im Sinne von Verfall und Degradierung und, wenngleich dieser Gedanke paradox scheint, war die Zeit der Urbanisierung und Renovierung der zweite Teil der Phase des Zerstörens, weil in dieser Zeit eben beispielsweise Kulturgut zerstört wurde. Nun darf man mit Spannung in die Zukunft blicken, die für das soziale Leben in Barcelona eine baldige neue ‚multikulturelle Gesellschaft mit gemeinsamem Nenner' heißen könnte.

6. Anhang

6.1 Grundsätzliches...

6.1.1 ...zu Spanien

Allgemeines

Amtlicher Name:	Reino de España Königreich Spanien
Hauptstadt:	Madrid
Amtssprache:	español/castellano Spanisch
Anerkannte Regionalsprachen:	aranés, catalán, gallego, vasco Aranesisch, Katalanisch, Galizisch, Baskisch

Größe:	504.645 km^2
Wasseranteil:	1,04 %
Grenzen:	2.032 km
Bevölkerung (2008):	46.157.822
Bevölkerungsdichte:	91,5 EW/km^2
BIP (nominell):	1.439.000 $
BIP:	32.000 $/EW
HDI (13. Stelle):	0,949

Staatsform:	Konstitutionelle Monarchie
Staatsoberhaupt:	Juan Carlos I. (1975 – aktuell) König
Regierungschef:	José Luis Rodríguez (2004 – aktuell) Ministerpräsident
EU-Beitritt	1986

Staatliche Parteien im Parlament

PSOE	Partido Socialista Obrero Español	Sozialdemokraten
PP	Partido Popular	Konservative
IU	Izquierda Unida	Republikanisch
UpyD	Unión Progreso y Democracia	Parlamentarisch

Regional autonome Parteien im Parlament

PSC	Partit dels Socialistes de Catalunya	Sozialdemokraten
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya	Republikanisch
PNV	Partido Nacionalista Vasco	National-zentristisch
CiU	Convergència i Unió	National-zentristisch
ICV	Iniciativa per Catalunya Verds	Grüne
EuiA	Esquerra Unida i Alternativa	Sozialistisch
CC	Coalición Canaria	Nationalistisch-konservativ
BNG	Bloque Nacionalista Galego	Nationalsozialistisch
NaBai	Naforroa Bai	Nationalistisch
PAR	Partido Aragonés	National-regionalistisch
PSM	Partit Socialista de Mallorca	Sozialdemokratisch
UPN	Unión del Pueblo Navarro (UPN)	National-regionalistisch

Bisherige Regierungschefs

Carlos Arias Navarro		1974 – 1976
Adolfo Suárez González		1976 – 1981
Leopoldo Calvo-Sotelo y Bustelo	UCD	1981 – 1982
Felipe González Márquez	PSOE	1982 – 1996
José María Aznar López	PP	1996 – 2004
José Luis Rodríguez Zapatero	PSOE	2004 – jetzt

(aus: www.europa.eu, 15. 01. 2009; Bernecker 2000, S. 10 – 38; www.weltatlas.info, 15. 01. 2009; www.spanien-abc.com, 15. 01. 2009; www.estecha.com, 15. 01. 2009; Abb. 14 – 16: Flagge, Wappen und Landkarte Spaniens; aus: obenstehenden Literaturangaben)

6.1.2 ...zu Katalonien

Allgemeines

Amtlicher Name:	Comunidad Autónoma de Cataluña (cast) Comunitat Autònoma de Catalunya (cat) Autonome Gemeinschaft Katalonien
Hauptstadt:	Barcelona
Amtssprachen:	castellano, catalán, aranés Spanisch, Katalanisch, Aranesisch
Größe:	32.114 km^2
% der Fläche Spaniens:	6,3 %
Einwohner:	7.364.00 (2008)
% der Einwohner Spaniens:	15,97 %

Abb. 17 und 18: Flagge und Wappen Kataloniens. aus: www.vamos-barcelona.de; 05. 01. 2009; www.scgenealogia.com; 05. 01. 2009; Grunddaten aus: www.europa.eu, 15. 01. 2009)

Abb. 19. Landkarte Kataloniens (aus: www.ub.es, 15. 01. 2009)

Abb. 20: Übersichtskarte Katalonien (aus: www.spanienabc.com, 15. 01. 2009)

Abb. 21: Übersichtskarte Raval (aus: Estudi Econòmic i Comercial 2007, S. 5)

6.2 Qualitativ-empirische Studie - Interviews

Die Planung und Durchführung von Interviews kann sicherlich als eine der gängigsten methodisch-empirischen Kulturforschungsformen gesehen werden. Auch für die vorliegende Arbeit erwies es sich für die Sammlung von Informationen als unumgänglich, für das untersuchte Gebiet Raval einige Akteure zu ihren Standpunkten zu befragen.
Grundsätzlich handelt es sich bei allen fünf abgebildeten Interviews um qualitativ-biographische Befragungen. Diese Umschreibung wird der Kategorisierung in die Erhebungsmethode nach narrativem Stil insofern vorgezogen, als dass die Akteure der vorliegenden Interviews ihren professionellen Bezug zum Thema in den Vordergrund stellten.
Weil ich nun diese Interviews vorwiegend für die Erhebung von Informationen geführt habe, gilt es auch das problemzentrierte Interview als mögliche Erhebungsmethode auszuschließen, wenngleich sich manche Interviews durchaus in kritische Gespräche wandelten.
Bei der Transkription der Interviews wurde prinzipiell auf eine ausgangstextnahe Übersetzung geachtet. Aufgrund dessen die Interviews alle auf Spanisch durchgeführt wurden, wird bei der Transkription auch auf die in der deutschen Translationswissenschaft gängigen Kodes verzichtet.
Der Aufbau der Interviews ähnelt in allen Fällen, wobei zum Stimulieren der Gesprächsbasis eingangs immer offene Fragen gestellt wurden. Je nach Gesprächspartner entwickelten sich die Inhalte entweder in einen, den Raval betreffenden, spezifischen Bereich oder behandelten die nationale Gesetzeslage, die wiederum zum Teil im Bezug auf den Raval analysiert wurden. Je nach Themenschwerpunkt gab ich den Interviews im Nachhinein Überschriften.

Im Folgenden werden 5 Interviews in transkribierter Form zu finden sein. Insgesamt wurden 9 Interviews geführt, jedoch nur die Inhalte aus den 5 dargelegten Interviews direkt in die Arbeit eingebaut. Alle 9 Interviews liegen (in Form von Kassetten) bei der Verfasserin der Arbeit auf.

6.2.1 Interview I: Raumwissenschaftliche Aspekte

Rahmenbedingungen

Interviewter:	Enric Prau i Monet
Interviewerin:	Silvia Nußbaumer
Interviewsprache:	Spanisch
Dauer:	42 Minuten
Datum:	08. Juli 2008, 15:00
Ort:	Oficina d'Atenció al Ciutadà del Districte de Ciutat Vella Ayuntamiento Barcelona c/Ramelleres, 17 08001 Barcelona

Transkription

Herr Prau, allen voran möchte ich mich herzlich bei Ihnen für die Möglichkeit bedanken, Ihnen ein paar Fragen zu stellen, die mir für meine Forschungen im Bezug auf die aktuelle Situation der Migranten in Raval behilflich sein könnten. Vorweg würde ich Sie bitten, mir kurz zu erklären, welche Funktion sie ausüben und wie sie eine erste Verbindung zum großen Thema der Migration sehen:

Nun gut. Ich bin für die Stadtverwaltung Barcelona tätig und wie Sie sich bestimmt vorstellen können, sind die Aufgabenbereiche breit gestreut. Hier im Raval gibt es einige Abteilungen, die nicht nur für die Altstadt, sondern auch für die ganze Stadt und ihre einzelnen Vierteln Entscheidungen treffen. Ich selbst bin in den Abteilungen ‚Urbanität' und ‚soziale Belange', welche sich meist nur mit Angelegenheiten aus dem Raval, oder manchmal auch aus den umgrenzenden Vierteln, beschäftigt.

Wie unterschiedlich sehen Sie die Herausforderungen Ihrer Abteilung in den einzelnen Bezirken?

Also dazu ist wirklich zu sagen, dass die Aufgabenbereiche sehr unterschiedlich sind, zumal ich in zwei Bereichen arbeite. Die Abteilung ‚Urbanität' ist etwas jünger und mit allen übrigen Abteilungen verknüpft.

Können Sie mir vielleicht Beispiele für Aufgabenbereiche nennen?

Ja, wenn Sie sich die neuen Stadtviertel direkt am Strand ansehen, dann frage ich mich, wie sich die Stadt das vorstellt. Die Häuser stehen alle leer, die Straßen sind verlassen, kein Mensch ist daran interessiert, dort hin zu ziehen. Dazu muss man aber sagen, dass die Häuser dort schön sind. Neu, schön, renoviert, große Wohnungen, saubere Straßen. Alles vorhanden! Nur leisten kann es sich keiner und die, die es sich leisten können, die leben lieber hier im Zentrum. Also nicht unbedingt hier im Raval, aber oben im Eixample. Obwohl in den letzten Jahren die höhere Schicht durchaus mehr vertreten ist, hier im Raval.

Na gut, und dann müssen Sie sich vorstellen, dass in den Vierteln am Strand die Abteilung für soziale Angelegenheiten mit völlig anderen Aufgaben konfrontiert ist, als wir hier. Während sie dort wahrscheinlich noch die nächsten zehn Jahre auf eine Ansiedelung hoffen können, haben wir hier im Raval ein absolutes Platzproblem. Es werden immer mehr Menschen, immer mehr unterschiedliche Bevölkerungs-gruppen, und auch die Probleme werden mehr. Oder nicht die Probleme, aber die Verankerung der Probleme.

Was ist mit den äußeren Bezirken Barcelonas?

Ja, die äußeren Bezirke sind auch sehr interessant. Oben, in den ‚Neuen Dörfern', wie wir sie nennen, nimmt

die Zahl der Immigranten immens zu. Nur, bei den dortigen Vierteln handelt es sich um eindeutige Vororte mit Fabriken und Arbeit. Es sind sogenannte Arbeiterviertel. Und die Einwanderer, die sich dort ansiedeln, sind in erster Linie wegen der Arbeit dort. Hier im Raval sind es oft Flüchtlinge oder Immigranten, denen noch die Orientierung fehlt oder die sich erst einmal fangen müssen, nach all dem, was ihnen passiert ist. Sagen wir so, in den ‚Neuen Dörfern' ist die soziale Einbindung der Immigranten weit aus nicht so eine Herausforderung, wie wir es hier in der Stadt haben.

Womit wir schon mitten in dem Themenbereich wären, der für mich von besonderem Interesse ist. Wollen Sie mir vielleicht eingangs noch ihre Position zur Migration nennen?

Ich wollte noch zu den Arbeitsbereichen unserer Abteilung hinzufügen, dass nicht alle Büros automatisch hauptsächlich mit der Immigration beschäftigt sind. Dazu gibt es andere Verwaltungseinheiten, wie zum Beispiel das Meldeamt und so weiter. Oder die Einwanderungsbehörde. Nehmen Sie beispielsweise den Bezirk Horta Guinardó her. Die Anzahl der Ausländer ist dort verschwindend gering. Was dort viel eher eine Herausforderung ist, ist der Altersschnitt der dortigen Bevölkerung. Es leben hauptsächlich Pensionisten und ältere Menschen in Horta und die Abwanderung konnte eigentlich nur mit Maßnahmen, wie einer verstärkten Infrastruktur, verhindert werden. Es fahren heute also viel mehr öffentliche Linienbusse in diese Gegend. Auch die Linie 4 der U-Bahnen ist eine wichtige Sache. Sie müssen sich vorstellen, eine Abwanderung innerhalb einer Stadt heißt ja nicht nur, dass in einem Viertel weniger Menschen leben, sondern, dass ein anderes Viertel als Konsequenz immense Zuwächse verzeichnet. Und da wären wir dann wieder bei uns. Der Raval, aber auch das Barrio Gótico oder jetzt der Born, Barceloneta, ist ja nicht nur bei den Immigranten beliebt. Unsere Einwohner hier sind im Schnitt ja wahnsinnig jung. Alle jungen Leute wollen hier runter ziehen. Na gut, auch nach Grácia. Was ja neben Horta liegt und das ist im Übrigen auch die Herausforderung für Grácia. Denn die Abwanderungen aus Horta teilen sich Grácia und die Altstadt. Aber das ist eigentlich ein Phänomen, das im Großen und Ganzen vor einem Jahrzehnt besonders aktuell war. Na gut, aber die Auswirkungen spüren wir heute noch und nach wie vor ist die Tendenz dieselbe.

Man erkennt sehr gut, dass die Aufgabenbereiche der Stadtverwaltung sehr heterogen sind.

Ja, das sind sie in der Tat.

Nun im Bezug auf die Einwanderung. Wie spüren Sie in der Stadtverwaltung das Phänomen der Massenimmigration, von der im Bezug auf den Raval ja durchaus gesprochen werden kann?

Nun, ich spüre das in mehrerlei Hinsicht. In der Arbeit genauso wie im Privaten.

.. und wenn Sie nun an Aspekte in der Arbeitswelt denken?

Also grundsätzlich sind wir hier ja der Ankerpunkt, was die sozialen Belange des Lebens angeht. Bei uns können sich die Einwohner informieren, wie sie zu einer Sozialversicherung kommen, wie sie zu einer Arbeitsgenehmigung kommen, wo das Meldeamt ist und wie das funktioniert. Unsere Abteilung hat also einen sehr sozialen Charakter und oftmals wird das fälschlicherweise mit einem karitativen Charakter verwechselt. Sagen wir in 50 Prozent der Personen, die uns aufsuchen, werden darauf hingewiesen, dass wir keine Hilfseinrichtung sind. Dabei handelt es sich meist um Immigranten. Ich finde allerdings, dass das Informationssystem ausgesprochen gut funktioniert. Mittlerweile geben wir auch direkte Auskünfte, welche Institutionen, NGOs oder Vereine die Personen mit ihren jeweiligen Anliegen aufsuchen müssen. Im Raval sind ja die

einzelnen Interessensvertretungen besonders stark vertreten.
Unser Aufgabenbereich liegt zudem in der Koordination der einzelnen - sagen wir - Fragmente, die die Stadt ausmachen. Ob das jetzt die Universität ist, die ja vor kurzem mit einem großen Gebäude zu uns in den Raval gekommen ist, ob das die Bibliotheken sind, die auch zuhauf hier angesiedelt sind, ob das die Restaurants, Bars, Geschäfte, einzelnen Personen, eben die NGOs, Vereine und Institutionen sind, sei dahingestellt. Auch mit der Polizei arbeiten wir eng zusammen, was insofern wichtig ist, als dass die Kommunikationsbereitschaft
zwischen den Leuten und der Polizei so schon höher ist.
Ich bin nun seit 25 Jahren im Dienst und als ein Hauptaspekt, was die Einwanderung betrifft, kann ich Ihnen sagen, dass die Zahl der Immigranten im Raval sehr stark zugenommen hat, während die Zahl der Einheimischen, die abwandern, auch zugenommen hat. Das Einwohnerbild hat sich also komplett geändert. Wir befinden uns hier aber schon in einem fortgeschrittenen Prozess, denn dieses Problem, oder sagen wir besser diese Herausforderung, haben wir ja nicht erst seit gestern. Die Verankerung der neuen Gesellschaften im Alltagsleben im Raval ist nicht in der Anfangsphase, weil wir haben im Raval etliche Gegenden, die hauptsächlich von Immigranten bewohnt werden und .. und das ist jetzt ein wichtiger Aspekt.. kultiviert werden. Also die Rambla del Raval zum Beispiel würde nicht derartig belebt sein, hätten sich dort nicht die Pakistanis, Chinesen und Marokkaner angesiedelt. Im Grunde hat uns diese Entwicklung davor bewahrt, im Falle von der Rambla del Raval von einem Scheitern zu sprechen. Ich weiß nicht, ob Ihnen im Bilde ist, dass die Rambla del Raval vor – lassen Sie mich überlegen – vor knapp 10 Jahren, also 2000 als ‚der neue Platz' wiedereröffnet wurde. Da dachte sich die Stadtverwaltung, dass sie mit einer Reihe an baulichen Veränderungen eine neue Mitte, ein neues Zentrum im Raval schaffen könnte – im mediterranen Flair, mit den Palmen und allem. Und dann will da keiner hin. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Da verzeichnet der Raval kontinuierlich Zuwächse an Einwohnern und ein Platz mitten im Raval bleibt unbewohnt. So hat das erst einmal ausgeschaut für die nächsten Jahre. Und dann sind die Pakistanis gekommen und haben Geschäfte eingerichtet, Bars eingerichtet und ganz einfach den Platz besiedelt. Langsam aber sicher ist auch eine Verschmelzung der einzelnen Menschengruppen des Ravals zu erkennen. Denn für ein Bier auf der Rambla del Raval zahlt man ungefähr 30 Prozent von dem, was man oben, am Plaça dels Angels und um diese Gegend herum zahlt. Dieser Bereich, auch der Plaza Vincenç Matorell und die Straßen herum, sind in den letzten Jahren ja besonders hip geworden. Vor allem unter den jungen Leuten. Künstler und Studenten haben dem Raval wirklich eine neue Facette gegeben. Früher waren die Künstler ja nur im Born anzutreffen, aber heutzutage sind sie genauso gut hier.
Na gut, wo waren wir. Die Rambla del Raval, ja, die hat eigentlich nur überlebt, weil die Immigranten sich dort angesiedelt haben.
.. was wäre der ursprüngliche Plan für diesen Platz gewesen?
Gut, das ist jetzt eine Mutmaßung, aber ich denke, dass man im Raval ein Pendant zum Plaza Reial im Barrio Gótico schaffen wollte. Wobei man beim Plaza Reial ja auch nicht wirklich vom Zentrum vom Barrio Gótico sprechen kann. Ein Zentrum im Zentrum sozusagen. Und wenn man sich die Rambla del Raval anschaut, dann könnte man sich das ja auch prinzipiell sehr gut vorstellen. An was es gescheitert ist? Ich weiß es auch nicht. Vielleicht hätte man einige öffentliche Institutionen dort ansiedeln sollen.
.. das erinnert mich etwas an die Herausforderungen, die die Stadtviertel am Strand haben.

Da haben Sie Recht. Die Verlassenheit dort muss unbedingt aufgehoben werden. Der Bau des Forums war ja ein Plan. Ein kulturelles Zentrum. Aber so richtig zu funktionieren scheint das nicht. Ich persönlich stehe ja diesem Drang, hohe Gebäude zu bauen, aus der Stadt eine Metropole zu machen, sehr kritisch gegenüber. Aber gut, auf der anderen Seite, da wo kein Platz ist, wird in die Höhe gebaut. Und der Platz in Barcelona ist schon lange verbaut. Da muss man sich dann halt Alternativen überlegen.

Also lassen Sie mich sagen, dass in ihren Argumentationen sehr viele raumwissenschaftliche Aspekte eine Rolle spielen!

(lacht) Ja, das muss wohl an meiner Geschichte liegen. Ich habe nämlich Architektur zu studieren begonnen und mich dann im Zuge meines Studiums für ein Praktikum in der Stadtverwaltung beworben. Und über verschiedene Wege bin ich dann hierher gekommen. Aber das ist interessant, dass Sie das ansprechen. Weil wenn Sie mich persönlich fragen, dann würde ich Ihnen sagen, dass ich genau aus diesem Grund diesen Job bekommen habe. Vor über 20 Jahren müssen sie sich vorstellen. Die wollten hier einfach jemanden sitzen haben, der von raumwissenschaftlichen Aspekten, wie sie das so schön sagen (lacht), eine Ahnung hat. Da wird einem richtig bewusst, was die Stadt schon damals vorhatte. Also für mich ist unsere Stadt ja eine sehr mutige Stadt. Schauen Sie sich unser olympisches Viertel an. Das mag Ihnen vielleicht heute alles nicht sehr innovativ erscheinen. Aber das ist vor 20 Jahren gebaut worden. Vor 20 Jahren, da hatte man noch ganz andere Vorstellungen. Und in Barcelona setzte man solche futuristischen Ideen um.

Sie sprechen von der Stadt Barcelona, als könne sie eigenständig denken.

Hm.. wie meinen Sie das?

Naja, sie meinten, dass die Stadt schon damals etwas vorhatte, beispielsweise... als hätte sie eine Seele.

Hm.. ja, also da haben Sie Recht. Da muss ich kurz überlegen...naja, wenn ich mir das überlege, dann muss ich schon sagen, dass alle Akteure dieser Stadt ein gemeinsames Ziel haben, nämlich die Aufrechterhaltung unserer Kultur. Und ich denke, dass diese Gemeinsamkeit auch bewirkt, dass Barcelona sozusagen eine gewisse Eigendynamik hat.

Ich finde das eh schön.

Also dann würde ich auch gerne bei den raumwissenschaftlichen Aspekten bleiben, wenn das für Sie in Ordnung ist. Zwar habe ich mir gedacht, dass die Inhalte des Interviews in eine andere Richtung gehen, aber das Thema des Raumes würde mich nun schön sehr interessieren.

In welche Richtung haben Sie das gedacht?

Nun ja, ich dachte, dass wir soziale Aspekte der Immigrationssituation in Barcelona besprechen.

Aber da möchte ich Ihnen sagen, dass die räumlichen Veränderungen im Raval ohnedies eine sehr große Rolle spielen. Also mit der Rambla del Raval habe ich das ja schon erklärt. Mit der Sesshaftwerdung von Immigranten, die so auf die baulichen Veränderungen durch die Stadt geantwortet haben. Die sozialen Aspekte dahinter sind ja weitreichend. Das geht bis zur Identifikation mit diesem Ort. Das hat man sehr gut gesehen mit der Demonstration ‚sin papeles', die dort abgehalten wurde. Und stellen Sie sich vor, für die Kinder der Immigranten ist dieser Ort dann die Heimat. Zwar Barcelona. Zwar die Altstadt, also das Zentrum, aber mit pakistanischer, marokkanischer Kultur. Und dann sind wir schon beim Thema Integration.

Und was fällt Ihnen noch im Bezug auf Raumaspekte ein?

Denken Sie an den Plaza dels Angels. Zu dem kann ich Ihnen besonders ausführlich erzählen, weil er ja gleich ums Eck liegt. Da konnte ich also über die Jahre hinweg

beobachten, wie sich das entwickelt. Dieser Platz in seiner Weitläufigkeit ist ja für den Raval etwas sehr, sehr untypisches. Die engen Gassen stehen völlig im Kontrast zu dem, was hier geschaffen wurde. Ein großer, breiter Platz mit zwei Museen. Heute finden sich hier hauptsächlich junge Leute wieder, die ihre Freizeit auf dem Platz verbringen. Touristen sieht man natürlich auch sehr viele, aber Immigranten sieht man da beispielsweise keine. Wenn Sie aber von der Straße Ferlandia auf den Platz kommen, sehen Sie im Hintergrund sehr wohl die eigentliche Stadtstruktur des Ravals. Da verbirgt sich sozusagen die wahre Entwicklung. Es wurde eigentlich ein Platz des Kontrasts geschaffen, der aber von der Bevölkerung relativ gut aufgenommen wurde. Da waren aber auch viele Einheimische dahinter, weil das Bewusstsein für Kultur schon sehr groß ist. Und bei dem Bau der Museen hat eigentlich niemand was dagegen gehabt. Dass jetzt die neue Fakultät der Universität auch direkt dort angesiedelt wurde, trägt natürlich schon zur Verankerung des Platzes bei. Man mischt nun sozusagen Ansässige, also die Studenten, zu den Touristen, die das Bild dieses Platzes schon sehr geprägt haben.

Und die Guardia (öffentliche Polizei)?

Die Guardia ist natürlich auch stark vertreten. Aber genau das meinte ich mit der Kommunikation zwischen den Bewohnern und der Polizei. Die verstehen das schon, dass die vermehrte Kontrolle einfach zur Sicherheit beiträgt. Die Anzahl der Raubüberfälle hat ja um 2000 immens zugenommen. Das war ein Wahnsinn. Unglaublich. Und nun versucht die Stadt, das in den Griff zu bekommen und der Rückgang an Anzeigen spricht eigentlich schon dafür, dass die Polizeigewalt eine unabdingbare ist.

Und die soziale Herangehensweise an die Lösung dieses Problems?

Sie meinen, dass man sich anschaut, wer die Raubüberfälle verursacht und so weiter.

Genau.

Nun ja. Das ist so eine Sache. Auf der einen Seite ist das natürlich eines der grundlegendsten Punkte überhaupt und so weit ich das beurteilen kann, passiert das auch. Das hat nun auch wieder sehr stark mit der Immigration zu tun. Was ich da allerdings bemerke, ist, dass zwischen der Stadt und den Vereinen, die Immigranten unterstützen, eine gewisse Kontraproduktivität herrscht. Die NGOs verlangen grundlegende Veränderungen der Gesetze, die den Immigranten mehr Rechte zugestehen. Das ist ein Hauptfokus der Institutionen. Da gehen halt dann andere Punkte ein bisschen unter. Wie zum Beispiel die tatsächliche Integration. Und die tatsächliche Integration hat auch was mit einer aktiven Teilnahme des Immigranten zu tun. Da sehe ich sehr große Probleme.

Die Präsenz der Polizei auf den Straßen bewirkt natürlich auch was anderes. Die Straßen sind um einiges leerer geworden (lacht). Das ist aber insofern auch eine negative Entwicklung, weil das für unser Stadtbild schon sehr typisch war. Volle Straßen, volle Plätze, ein Leben draußen auf der Straße. Dass man am Plaza dels Angels so viel Beton sieht, ist zum Beispiel überhaupt nicht typisch für die Stadt. Gehen Sie in die Straße Pelai, in der es nur so wimmelt vor lauter Leuten auf der Straße. Das ist typisch. Aber da hat das Getümmel einen anderen Grund, da sind es die Geschäfte, die dort angesiedelt sind. Und außerdem ist die Straße eine wichtige Verbindung zwischen zwei wichtigen Plätzen Barcelonas, dem Plaza Universidad..

und .. Plaza Catalunya.

Genau. Also der Plaza dels Angels ist für den Raval wirklich ein sehr ungewöhnliches Bild.

Fallen Ihnen weitere Aspekte ein, die mit irgendwelchen Plätzen, Straßen und aber auch mit dem Thema der Migration zu tun haben, ein?

Gut, also die Rambla del Raval und der Plaza dels Angels sind schon die beiden herausragendsten Beispiele und ganz einfach auch die

populärsten Plätze im ganzen Raval. Aber Plätze gibt es noch eine ganze Menge. Da haben wir zum Beispiel Els Horts de San Pau. Der Platz war auch einmal voller Leben und jetzt ist er eher verlassen. Das hat aber wieder andere Gründe gehabt. Wenn Sie sich anschauen, was Sie dort finden, dann fallen Ihnen hauptsächlich die Kirche, das Parkplatzgebäude und der Sportplatz ein. Genau, und eine Schule haben wir dort auch noch. Im Grunde hält nur die Schule diesen Platz belebt, weil die Parkplätze werden eigentlich ausschließlich von jenen wahrgenommen, die am Abend dort ins Theater gehen. Dort ist ja ein Theater in der Nähe. Die Kirche ist seit Jahren ein verlassener Ort und der Sportplatz darf seit ein paar Jahren nicht mehr gratis benutzt werden. Da gehen die Kinder natürlich woanders hin spielen. Also im Grunde ist dieser Platz ein verlassener Ort geworden, der in seiner Umgebung auch hauptsächlich Einwanderer als Bewohner verzeichnet. Dass dort übrigens so eine starke Polizeivertretung herrscht, ist für mich allerdings nicht verständlich.

Ein anderes Beispiel, das mir hier noch einfällt, ist der Plaza de las Caramellas. Ja auch ein Platz, der von Immigrantengruppen nur so umgeben ist. Der wird halt jetzt seit Jahren bewacht. Das war so in der Zeit, als das Thema der öffentlichen Bewachung so breit diskutiert wurde. Da hat man das gleich mal am Plaza de las Caramellas eingeführt. Drüben am Plaza Georg Orwell (Anm.: im Barrio Gótico) ist das ja genau dasselbe. Überall Videokameras, aber gut, die Anrainer fühlen sich sicher.

Am Plaza de las Caramellas hält die Stadt ja auch manche Eingänge zeitweise gesperrt.

Das stimmt. Gut, das war ein strategischer Schritt. Ganz klar. Genauso wie auch am Plaza Georg Orwell übrigens. Diese Plätze waren ja bekannt als Drogenumschlagplätze. Und immer, wenn die Polizei Razzien durchgeführt hat, sind die Drogendealer in alle Himmelsrichtungen verschwunden. Das ist jetzt nicht mehr so leicht möglich, wenn nicht mehr alle Eingänge zum Platz geöffnet sind. Auf dem Plaza de las Caramellas ist diese Maßnahme aber schon einige Jahre her und der Platz erfährt nun eine neue Kultivierung. Er ist also wieder belebter. Aber gehen Sie mal zum Plaza Georg Orwell rüber. Der ist wie leergefegt. Da müsste man mal die dort ansässigen Restaurants fragen, wie es ihnen geht. Ich glaube nicht gut.

Ist Ihnen bekannt, dass der Platz eigentlich Plaza Tripi genannt wird? (Anm.: Der Name kommt aus dem Englischen für ‚trip' und wurde deswegen für diesen Platz verwendet, weil er sich zu einem der Hauptumschlagplätze von Drogen entwickelt hat)

Ja, weil dieser Name ja nicht mehr nur in der Szene verwendet wurde. Da sieht man, wie weit es die Stadt kommen hat lassen. Dafür greifen sie jetzt umso mehr durch.

.. mit restriktiven Maßnahmen.

Mit der Kontrolle durch die Polizei..

.. dem Absperren der Plätze.

Ja. Gut, auf der anderen Seite musste die Stadt einfach was dagegen tun.

Also ich bin Ihnen sehr dankbar für die raumtheoretischen Aspekte, die für mich für die Arbeit wirklich von besonderem Interesse sind. Nun möchte ich Sie noch etwas zu gesellschaftssozialen Belangen fragen. In einem Artikel über den Raval war der Autor der Meinung, dass die Stadt zu wenig nachhaltige Maßnahmen getroffen hätte, um die Bewohner, die zum Teil umgesiedelt wurden, bei dem Urbanisierungsprozess, dem der Raval ja nach wie vor unterzogen wird, zu begleiten. Was sagen Sie dazu?

Hm.. Das ist eine schwierige Frage. Also in gewisser Hinsicht muss ich dem Herrn schon Recht geben, weil die Bevölkerungsstruktur im Raval hat sich schon sehr verändert und bei

manchen Veränderungen stellt sich die Frage, wie positiv oder eben nicht positiv diese sind. Da denk ich zum Beispiel an die Anzahl der Personen, die in den Wohnungen gemeldet sind. Die Anzahl ist stark angestiegen und da reden wir noch von keiner Dunkelziffer, die die Zahl sicher noch einmal in die Höhe treiben würde. Grundsätzlich ist im Raval sehr viel passiert, jetzt rein von dem Urbanisierungsprozess. Die Stadt betont ihre Vorhaben ja sehr und ist auch stolz darauf. Und in gewisser Hinsicht kann sie das auch sein, weil diverse Bauprojekte würden in anderen Städten nicht so schnell genehmigt werden. Und im Raval trafen sozusagen die heterogenen Ideen von Bauingenieuren, Architekten und lokalen Politikern auf die heterogene Bevölkerungsschicht. Wenngleich daraus auch viele Probleme entstanden sind, so darf man nicht vergessen, dass die Probleme viel gravierender wären, würde man das ganze Viertel sanieren. Dazu würde dann auch die Auslagerung von Immigranten in die Vororte oder nicht so zentralen Vierteln gehören. Also das wäre ja unvorstellbar, denn die Entwicklung des Ravals als multikulturelles Viertel ist ja auch Teil der Identifikation mit dem Raval geworden. Man darf also auch nicht vergessen, was eine alternative Handhabe mit sich bringen würde. Die Stadt hat also von einer radikalen Lösung abgesehen und damit aber auch einen breiten Boden für Kritik gelegt. Deswegen sind die Kritiken vielleicht auch so laut, weil es einfach verschiedene Probleme gibt. Aber man muss halt auch daran denken, was es bedeutet hätte, wenn man eine radikale Sanierung aller Wohnungen im Raval vorgenommen hätte. Und für sanierte, große Wohnungen im Raval würde sich die dementsprechende höhere Schicht sofort finden. Weil im Vergleich zum Forum am Strand ist der Raval zentral gelegen. Aus dem Raval sozusagen einen Ausläufer des noblen Eixamples zu machen, wäre, rein theoretisch, also jetzt wirklich rein theoretisch, möglich. Aus kultureller Sicht ist das aber natürlich ein völliger Blödsinn. Damit will ich aber nur hervorheben, dass der Weg, den die Stadtverwaltung geht, durchaus kein schlechter ist.

Und dann darf man ja auch nicht vergessen, dass die einzelnen Vierteln untereinander auch sehr gut zusammenarbeiten. Die Drogendealer am Plaza Georg Orwell, die bei Razzien sofort über die Ramblas, wo sowieso schon einmal aufgrund der Menschenmassen ein Untertauchen leicht möglich ist, in den Raval verschwunden sind, sind da ein gutes Beispiel. Da haben die Büros aus den beiden Vierteln sehr gut zusammengearbeitet.

Dann hätte ich noch eine Frage zu den Immigranten selbst. Wie steht es um die Integration der Einwanderer im Raval?

Nun, da ist eine einfache Antwort nicht möglich, weil das hängt sehr stark von den Einwanderern ab. Die Integration muss ja von beiden Seiten forciert werden und bei manchen Einwanderungsgruppen gibt es selbst auf der Seite der Einwanderer schon eigene Institutionen, die ihren Landsmännern zu einer raschen Integration verhelfen wollen. Da denke ich jetzt an sämtliche lateinamerikanische Immigranten. Hier ums Eck sitzt zum Beispiel der Verein der Ecuadorianer. Auch die Pakistanis, die wir vorher schon hatten, haben es relativ leicht. Weil Neuankömmlinge sich mit den bereits Ansässigen zusammentun und so eine Integration fördern. Von der Stadt gibt es auch eine Reihe an Einrichtungen, die für eine Integration der Immigranten sind. Unsere Abteilung ist da nur indirekt ein Ausläufer. Zwar suchen uns vermehrt Ausländer auf, aber das hat was mit der grundsätzlichen Entwicklung des Viertels zu tun. Ja, die Stadt bietet auch Sprachkurse an.

Gibt es für die Zukunft besondere Herausforderungen, die sich die Stadt bzw. besonders der Raval im Bezug auf Migration und Integration stellen muss?

Die gibt es auf jeden Fall, nur die liegen nicht in den Kompetenzen unserer Abteilung. Was im Raval auf jeden Fall passieren muss, ist eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Interessensgruppen. Ansonsten ist schon sehr viel Arbeit passiert. Gut, die Zusammenarbeit mit den anderen Vierteln könnte auch noch ausgebaut werden. In Wahrheit ist es ja meistens die Kommunikation. Aber im Vergleich zu anderen Städten kann Barcelona glaub ich schon ganz beruhigt sein.

Im spanischen oder europäischen Vergleich?

Ich habe jetzt an andere spanische Städte gedacht, aber im europäischen Vergleich wird das sicher auch so sein. Wenn ich an die Probleme in Paris denke. Dort hat die Stadt ja ganz andere Herausforderungen, was die Integration angeht.

Das stimmt. Gibt es noch irgendeinen Aspekt, den Sie erwähnen möchten?

Ich denke, dass wir die wichtigsten Punkte ohnedies besprochen haben, obwohl das Thema an sich natürlich ein sehr breites ist. Und ein sehr wichtiges. Ich würde nur gerne sehen, was sie aus diesen Informationen machen.

Nun, ich schreibe eine Arbeit über die Situation in Spanien im Allgemeinen, weiters analysiere ich dann die Immigrationssituation spezifisch für den Raval um dann wieder zurückgehend auf die nationale Ebene Vergleiche, Herausforderungen, Probleme, etc. herauszuarbeiten. Allerdings schreibe ich die Arbeit auf Deutsch.

Ach so, dann wird das natürlich schwierig!

Dann möchte ich mich nochmals ganz herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeiten im Raval alles Gute!

Danke schön!

Kurze Reflexion

Bei Herrn Prau i Monet war ich besonders glücklich über dieses Interview, weil es sich durch seine Begeisterung ergeben hat, über viele Aspekte zu sprechen. Bei der Anfrage um einen Interviewpartner gab ich zwar an, dass ich gerne mit jemandem aus der Städteverwaltung spreche möchte, der für den Raval und für soziale Angelegenheiten zuständig sei, doch wusste ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass es bereits eine Sektion gab, die sich speziell um Urbanitätsprozesse kümmerte. Deshalb freute es mich sehr, dass ich einen Gesprächspartner bekam, der sowohl die Räumlichkeit, als auch gesellschaftliche Aspekte profund erwähnen konnte.

Grundsätzlich war es mir wichtig, jemanden aus der Städteverwaltung zu interviewen. In wenigen Adjektiven beschreibend, würde ich das Interview als energisch, inhaltsreich und an wenigen Stellen vielleicht etwas schönredend subsumieren.

6.2.2 Interview II: Ein migrationswissenschaftlicher Blick hinter die Fassaden

Rahmenbedingungen

Interviewte:	Gemma Pinyol
Interviewerin:	Silvia Nußbaumer
Interviewsprache:	Spanisch
Dauer:	29 Minuten
Datum:	09. Juli 2008, 09:00
Ort:	Fundació CIDOB – Centro de Investigación de Relaciones Internacionales y Desarrollo c/Elisabets, 12 08001 Barcelona

Transkription

Hallo Gemma! Ich habe mich ja schon am Telefon bei dir bedankt. Nun, ich denke, du hast nicht viel Zeit, deswegen möchte ich gleich beginnen!

Gut.

Eure Institution beschäftigt sich mit internationalen Angelegenheiten. Ich denke, da ist die Migration ein zentraler Begriff. Was fällt dir so spontan zum Thema Migration ein, also welche Gedanken kommen dir sofort ins Gedächtnis?

Für mich ist Migration Bewegung. Und wenn ich ganz schnell daran denke, dann verbinde ich damit auch noch Unsicherheit, Zweifel, aber auch Möglichkeiten. Eine zwiespältige Angelegenheit also.

Du beschäftigst dich in deiner Arbeit hauptsächlich mit der gesetzlichen Lage, ist das wahr?

Ja, also grundsätzlich habe ich alle Bereiche über, in denen die Migration die internationale Entwicklung und die internationalen Beziehungen berührt. Hauptsächlich ist der Verknüpfungspunkt meistens die gesetzliche Lage. Unsere Publikationen sollen in erster Linie dazu dienen, eine Plattform zwischen den einzelnen Ebenen zu schaffen, von denen ausgehend über etwaige Verbesserungen nachgedacht werden kann. Dabei richten sich unsere Schriften aber hauptsächlich an Experten. Oder ausschließlich.

Die spanischen Migrationsgesetze werden sehr oft als restriktiv kritisiert, unter anderem auch, weil es eine verpflichtende Konsequenz aus dem europäischen Diskurs ist. Auf der anderen Seite ist in den Medien oft von der innovativen Richtung, die Spanien einschlägt, zu lesen. Wie siehst du die Entwicklung und den aktuellen Status quo der spanischen Migrationsgesetze?

Ich denke, dass wir grundsätzlich in zwei verschiedene Gesetzesarten, welche die ausländische Bevölkerung betrifft, unterscheiden müssen. Auf der einen Seite haben wir die Gesetze, die die Rechte und Pflichten der Ausländer regeln und in diesem Hinblick ist die Gesetzeslage Spaniens eine der am wenigsten restriktiven in der Europäischen Union. Mit dem Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofes, welche einige Inhalte des vorhergehenden Ausländergesetzes wieder rückgängig machte, haben sich die Rechte der Ausländer eindeutig erweitert und sind heute viel ausgedehnter als in anderen Ländern. Das gleiche passiert mit der Familienzusammenführung und mit den Regularisierungsprozessen, welche diese Kollektive erfahren. In dieser Hinsicht gibt es nun von Seiten der Europäischen Union auf jeden Fall Richtlinien, die dazu beitragen, einen gleichmäßigen Mindeststandard

zwischen den einzelnen Mitgliedsländern herzustellen.
Die andere Art von Gesetzen sind die politischen, sozusagen Formalitäten, die mit der Änderung der Migrationsströmungen insgesamt notwendig sind. Meiner Meinung nach sind diese Regelungen in Spanien durchaus treffend durchgeführt worden. Zwar hat es nicht in allen Belangen zu den Ergebnissen geführt, die man sich wünschte, wie zum Beispiel bei dem Aufstellen und Verteilen von Kontingenten zur Finanzierung der einzelnen Bereiche, aber prinzipiell hat sich beispielsweise das Eingreifen, die Kooperation und der Dialog mit den Herkunftsstaaten um ein Deutliches verbessert. In dieser Hinsicht orientiert sich Spanien an der restriktiven Richtung, welche die EU einschlägt, überlegt aber dennoch an Formulierungen, wie man das Thema aus der Sicht des Staates Spanien neu beleuchten könnte.
Was die innovative Darstellung der spanischen Gesetzeslage betrifft, so möchte ich anmerken, dass beispielsweise die Anwerbung der Rückkehr, welche in den Medien als innovativ beschrieben wurde, keinesfalls eine neue Idee ist. Diese Maßnahme hat es immer schon gegeben und wurde auch immer schon, wenngleich auch in einer kleinen Auflage, praktiziert. Was schon neu daran ist, ist die unmittelbare Regularisierung der Arbeitslosenquote, die damit angestrebt wird. Und aufgrund dieser innerstaatlichen Interessen, die für das spanische Volk primär von Belang sind, erhält diese Maßnahme aktuell eine derartige Popularität.
Dazu ist zu sagen, dass ein Instrument, das im kleinen Stil elaboriert wurde, um auch im kleinen Stil durchgeführt zu werden, kann keine allgemeine Lösung sein. Im Grunde geht es bei dem Projekt darum, ein Leben, in das Geld, Zeit - und in manchen Fällen wie bei der Familienzusammenführung auch andere Personen- investiert wurde, abzudanken. Es wäre ein konzeptueller Fehler, zu denken, dass diese Maßnahme eine globale Lösung sei.
Gibt es irgendein Gesetz, einen Vorfall, ein Abkommen oder dergleichen, das deiner Meinung nach besonders erwähnenswert ist? Mir erscheint das vorangegangene Beispiel schon als ein solches, aber vielleicht gibt es etwas, das dir als Expertin, gepaart mit deiner persönlichen Wahrnehmung bzw. Erfahrung besonders in den Sinn kommt?
Nun, da würde ich dir gerne jeweils zwei verschiedene Beispiele in zwei unterschiedlichen Ebenen geben. Im Jahr 2000 passierte in Lorca ein Unfall mit einem Lieferwagen, in dem sich ecuadorianische, sich irregulär in Spanien aufhaltende Immigranten waren. Dieser Vorfall kam gleichzeitig mit den Vorfällen von El Ejido auf und beide zeigten auf, dass Spanien erstens ein massives Problem hatte und zweitens zu einem Immigrationsland besonderen Interesses wurde.
Als zweites Beispiel auf dieser Ebene ist schlichtweg die Tatsache zu nennen, dass Spanien ein massives Problem mit den illegalen Überschiffungen von Afrika nach Südspanien hat. Vor allem im Jahr 2005 wird von diesen Überschiffungen in Spaniens Medien massiv berichtet. Wenn man aber die tatsächlichen Zahlen begutachtet, so stellt man sehr schnell fest, dass die Kommunikationsmedien die Darstellung insofern abfälschen, als dass die Ankunft von irregulären Immigranten nach Spanien nie über 10 % über dem Meeresweg passierte. Mit der intensiven Medienberichterstattung wollte man in erster Linie auf dieses Problem aufmerksam machen, das nicht nur ein spanisches, sondern auch ein afrikanisches und europäisches sein sollte.
Auf politischer Ebene gibt es nun auch zwei Beispiele, die mit den vorangegangenen Beispielen insofern korrelieren, als dass die Ereignisse jeweils in den Jahren, in denen sich diese Dinge ergaben, korrelieren.

In erster Linie wurde mit dem Gesetz 4/2000 und seiner Entwicklung danach, mit den Urteilsverkündungen des Gerichtshofes eine juristische Debatte generiert.
An zweiter Stelle haben wir die Regularisierung im Jahr 2005, weil diese den Kritikern erlaubte, sich mit dem Argument, dass es im Europäischen Immigrations- und Asylpakt eine Übereinkunft gibt, die das Verbot von Massen-regularisierungen beinhaltet, laut zu machen. Auf der anderen Seite wurde seitens der Europäischen Kommission aber auch verlangt, den Arbeitsmarkt für irreguläre Einwanderer zu bekämpfen, weil dieser ein Hauptanziehungspunkt für diese wäre.
Bei einer Gegenüberstellung dieser beiden Punkte, also Beispiele I und II aus 2000 und Beispiele I und II aus 2005 wird nun sehr gut die Ambivalenz der Thematik ersichtlich. Und diese Ambivalenz ist es, die für mich die Immigrationsgeschichte Spaniens seit ihrem Bestehen ausmacht.
Wenn wir nun auf die regionale Ebene gehen und an die Autonome Gemeinschaft Katalonien denken, habe ich den Eindruck, dass die dafür zuständigen Einheiten ein eigenes System entwickeln, das die Situation der Immigranten auf eine eigene, diversere Art regelt. Dabei denke ich auch an die Aufteilung der einzelnen Städteverwaltungen, die sehr breit gegliedert ist und besonders durch die Kompetenzenaufteilung bis in die untersten Reihen gekennzeichnet ist.
Also hier gibt es einen sehr grundlegenden Unterschied zu machen. Die Organisation der migratorischen Belange unterliegt bis dato der staatlichen Kompetenz, das heißt, die Autonomen Gebiete nehmen an diesen Entscheidungen absolut nicht teil. Hingegen die Organisation der Integration, also der Dienstleistungen, liegt sehr wohl in den Händen der Autonomen Gemeinschaften.
Die Kapazität, einen Immigranten zu reagruppieren, unterliegt keiner Autonomen Gemeinschaft. In diesem Fall muss der Immigrant alle jene Bedingungen erfüllen, die vom Staat Spanien vorgegeben werden.
Auf der anderen Seite ist es allerdings unbedingt wichtig, die Kompetenzen genau aufzuteilen, damit die Aufgabenbereiche klar bleiben. Die Kompetenzen, die die einzelnen Ebenen erhalten, gehen meist allerdings nicht einher mit den Mitteln, die dafür benötigt werden. Und damit schließt sich der Kreis insofern, als dass die Aufgabenbereiche erst recht nicht eindeutig aufgeteilt worden sind, weil ein Abschieben von einzelnen Zuständigkeiten oftmals die Folge ist. Was die fehlenden Mittel betrifft, geht es zum Beispiel um ein Budget für den Bildungsbereich, weil noch nie derartig viele SchülerInnen gemeldet waren. Es geht auch um die sanitären und medizinischen Einrichtungen, die sich zum Beispiel in Katalonien durch eine stark gestiegene Einwohnerzahl als unbedingte Forderung ergeben.
Im Gegensatz zu anderen Autonomen Gemeinschaften hat Katalonien eine durchgehende Geschichte, was Immigration im historischen und im öffentlichaktuellen Kontext betrifft. So gab es den ersten ausgearbeiteten Plan 1993 und auch die Organisation der Immigration ist relativ divers. Insgesamt wäre es besser, wenn sich die einzelnen Autonomen Gemeinschaften über ihre Kompetenzen und die Aufteilung der Mittel besser kommunizieren, weil in den letzten Jahren auch andere Gemeinschaften zu Immigrationszielregionen wurden und beispielsweise von den Erfahrungen, die Katalonien bereits hat, profitieren können. Auch könnte mit einer Vereinheitlichung von einzelnen Maßnahmen und Systemen auf der regionalen Ebene Geld gespart werden.
Katalonien ist nun also vor allem aufgrund seiner wirtschaftlichen Kraft Zielort Nr. 1 bei Immigranten aus Drittstaaten, wie auch aus anderen Regionen Spaniens. Welche besonderen Herausforderungen/ Nachteile/Vorteile ergeben sich daraus?

Katalonien, Madrid, die Balearen und die Gemeinschaft Valencia sind in Spanien die Hauptzielregionen für Immigration. Das bewirkt natürlich eine Stärkung der produktiven Prozesse in diesen Regionen genauso wie schlichtweg die Einwohnerzahl steigt. Das bringt mich wieder zu dem Punkt der öffentlichen Dienstleistungen, die damit auch in verstärkter Form angeboten werden müssen.
Auf der anderen Seite impliziert die Immigration eine Steigerung von Vielfalt und Unterschied und das Hauptziel einer jeden demokratischen Verwaltung sollte sein, diese beiden Entwicklungen, also Vielfalt und Unterschied im Gleichgewicht zu halten.
Ein Zeitungsbericht in der El Pais vom 13. Juni 2003, um nun bewusst einen von vor einigen Jahren zu nennen, berichtet, dass 18,9 % der ausländischen Bevölkerung, die in Barcelona gemeldet ist, in der Altstadt wohnen und davon wiederum 47 % im Raval. Diese Prozentsätze sind immens und wenn ich an meine Hauptstadt Wien denke, dann ist für mich diese Distribution mitten im Zentrum der Stadt eine sehr ungewöhnliche. Wie beurteilst du die Entwicklung der räumlichen Aufteilung der Immigranten in Barcelona und wo siehst du die Gründe für eine Auswahl, in den Raval zu gehen?
Nun, das hat mit der urbanistischen Besonderheit Barcelonas zu tun, denn im Unterschied zu anderen europäischen Städten, in denen das Zentrum der teuerste Wohnort ist, war die Altstadt in Barcelona vor allem in den 70er, 80ern, aber auch noch in den 90ern das degradierteste Viertel der Stadt. Und in dieser Altstadt gab es zuhauf kleine Wohnungen, die aufgrund fehlender Hygienestandards billig zu mieten bzw. erwerben waren. Die erste namhafte Immigrationswelle nach Barcelona ging in die Altstadt und dort hat sich die Immigration auch weiter entwickelt. Erst mit der Renovierung und dem Wiederaufbau des ganzen Viertels zu Beginn der 90er Jahre sind die Wohnungspreise immens gestiegen und als eine logische Konsequenz hat sich dann ergeben, dass sich die Immigration in die Peripherie Barcelonas verlegt hat und dort eine neue Konzentration erfährt.
Grundsätzlich ist das Viertel mit der größten Anzahl an Ausländern das Eixample, wobei hier den Ausländern aus Drittstaaten auch EU-Bürger hinzugerechnet sind. Die hohen Zahlen in der Altstadt und im Raval ergeben sich aus den Ausländern aus Drittstaaten ohne den EU-Bürgern eingerechnet.
Im Raval ist eine große Anzahl an Vereinigungen vorzufinden, die sich direkt oder indirekt dem Thema der Migration bzw. der Integration von Immigranten widmen. Wieso hat sich ein derartig dichtes Netz gerade im Raval entwickelt und was bedeutet das für die Bevölkerung im Raval? (für die Immigranten, genauso wie für die Einheimischen)
Die katalanische, bürgerliche Gesellschaft ist in ihrer traditionellen Art grundsätzlich eine, die sich seit jeher mit sozialen Aktionen und mit Aktionismus ausgezeichnet hat. Natürlich hat das starke Steigen der Immigrantenzahlen im Raval bewirkt, dass sich hier auch eine Reihe von Vereinigungen und Hilfsorganisationen niederlassen. Man kann auch sagen, dass diese Vielzahl an Vereinigungen die Garantie für ein friedliches Zusammenleben zwischen den Ausländern und den Einheimischen ist. Dazu ist zu sagen, dass es in vielen Fällen viel mehr Aufklärungsarbeit auf der Seite der Einheimischen bedarf.
Und wie würdest du das Zusammenleben der Immigranten und der Einheimischen im Alltagsleben im Raval beschreiben?
Grundsätzlich kann man das Zusammenleben als positiv beurteilen. Mittlerweile. In den letzten Jahren hat es punktuell Auseinandersetzungen gegeben. Dabei ging es vor allem um den Handel, der mit dem Erwerb des

Großteils der Geschäfte, Restaurants und Bazaren durch die Pakistanis von diesen belagert wurde. Dabei hat es dann in Folge immer wieder Konflikte gegeben, was die Öffnungszeiten betrifft. Auch andere organisatorische Probleme und Konflikte hat es in diesem Bezug zu lösen gegeben. Ein anderer Konfliktherd waren die öffentlichen Räume, die zwischen den Einheimischen und den Ausländern geteilt werden mussten. Dabei ist es auch immer wieder zu Konflikten gekommen, wobei man insgesamt sagen muss, dass sich alle diese Problematiken im relativ kleinen Bereich bewegen, wenn man bedenkt, dass der Raval innerhalb von nur wenigen Jahren mit einem derartigen Immigrantenzuwachs eine völlig neue demographische Struktur bekam.

Letztendlich sind es die einzelnen Personen, die die verabschiedeten Gesetze durch den Staat ‚leben' müssen. Auf gut ‚Spanisch', ein generelles Reglement trifft auf individuelle Fälle, die mit den Konsequenzen leben müssen. Im Bezug auf Barcelona und auf den Raval, denkst du, dass die nationalen Gesetzgebungen gut umsetzbar sind, oder ergeben sich spezielle Herausforderungen, aufgrund von Divergenzen?

Es kann angenommen werden, dass ein demokratischer Staat bei der Verabschiedung von Gesetzen davon ausgeht, den einzelnen Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt zu stellen. Von dem ausgehend kann der Staat ein soziales Zusammenleben erwarten, das mit der Verabschiedung von Gesetzen einen Rahmen erhält. Deswegen muss man sagen, dass nicht die Gesetze auf das Individuum treffen, sondern die Individuen treffen auf die Gesetze. Grundsätzlich bin ich wenig mit der Gesetzgebung, die noch dazu ein derartig plurales Kollektiv wie die Immigranten als Zielgruppe hat und die in Spanien vorherrscht, einverstanden. In erster Linie sind hier so Punkte wie die erste Aufnahme von Ausländern gemeint. Auf der anderen Seite gilt es aber auch zu bedenken, dass die Legislative alle erfassen muss, also auch die Einheimischen und eine Verabschiedung, die alle Interessensgruppen berücksichtigt, ist schwierig. Von dem ausgehend sollte es im Raval eine besondere Herausforderung sein, sich auf ein funktionierendes Zusammenleben zu konzentrieren. Denn die Sichtweisen, wie das Zusammenleben mit Respekt aussehen könnte, oder besser wäre, werden immer unterschiedlich bleiben. Die rechtlichen Rahmen werden immer maßgeblich sein, aber wenn ein Immigrant einmal Fuß gefasst hat, sollte es vielmehr um die alltägliche Integration und das alltägliche Zusammenleben gehen, das wiederum nicht Gesetze für sein Bestehen benötigen sollte.

In Katalonien spricht man sehr oft über die sprachliche Situation. Als ich nach Barcelona zog, machte ich einen Katalanischkurs und ich muss sagen, dass ich mich schon besonders aufgenommen gefühlt hatte, weil ich der Sprache mächtig war. Was für eine Wichtigkeit würdest du dieser Komponente zuschreiben? Ist sie ein Mittel von vielen, um den andauernden Kampf für eine Autonomisierung Kataloniens fortzuführen oder funktioniert Integration auch ohne Katalanisch?

In den Leitlinien für Immigration, die Katalonien aufgestellt hat und in denen der Zusammenhalt der Gesellschaft ein zentrales Interesse ist, ist auch eine direkte Überleitung zum Thema Katalanisch zu erkennen. Dabei wird mit besonderem Bedacht erwartet, dass eine Aufnahme des Katalanischen als Grundsprache in Katalonien nicht automatisch eine Verachtung oder eine Reduzierung des Gewichts des Spanischen bedeuten soll. Das Katalanische aufoktroyieren ist keine gute Idee, aber den Neuankömmlingen zu vermitteln, dass das Katalanische Teil der Kultur, die sie als Zielkultur gewählt haben, ist, wäre die grundsätzliche Herausforderung und Ziellegung, die in diesem Kontext

wichtig erscheint. Das grundsätzliche Interesse und die Offenheit für die Sprache wären hier ein erster wichtiger Schritt. Wenn das nicht vehement versucht wird, geht man die Gefahr ein den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden, zumal auch ein weiteres Ziel Kataloniens, den Fortbestand seiner eigenen Kultur zu schützen und zu fördern, an Sicherheit und Boden verlieren würde.

Würdest du sagen, dass die Integration als Bereich der Migration genug Bedeutung in Spanien/Katalonien/ Barcelona bekommt?

Im Falle der Autonomen Gemeinschaften und der weiteren Regionen in Spanien, die keine Kompetenzen in der Führung der Thematik haben, wird im Kontext der Integration unentwegt von der höchsten Priorität, die dieser Bereich zugeschrieben bekommen muss, gesprochen. Die starke Präsenz auf den politischen und medialen Diskussionsebenen bedeuten aber nicht, dass die Diskurse mit sehr viel Intelligenz geführt werden.

Würdest du sagen, dass die Integration im Raval als ein Erfolg gesehen werden kann?

Ich verstehe die Integration als einen bidirektionalen Prozess, der nie aufhören wird oder zumindest bis dato noch nicht aufgehört hat. Im Raval verstehe ich den Prozess als eine Konstruktion einer neuen Gesellschaft, wobei hier die Betonung auf ‚eine' liegt. Es wird nicht versucht, zwei, drei oder vier Gesellschaften friedlich nebeneinander leben zu lassen. Dabei wird auch auf institutioneller Ebene Bedacht darauf gelegt, indem der öffentliche Zugang zu Leistungen der Stadt und des Staates für jeden zugänglich sind. Dass jedoch die Mittel für derartige Leistungen fehlen, sei hier nur additional erwähnt. Aufgrund des Versuches, eine Gesellschaft zu formieren, in der die unterschiedlichen Individuen einen Nenner sehen, denke ich, dass man von einem Erfolg im Raval sprechen kann. Nichts desto trotz muss man diese ersten Erfolge mit Demut betrachten und vor allem in Zeiten wie jetzt, mit der Finanzkrise, nicht gleich auf Triumphzug gehen.

Die Prostitution wird in der Literatur gerne als Konsequenz aus der Immigration im Raval gesehen. Welche Herausforderungen ergeben sich dadurch und wie stehst du zu diesem Thema?

Ich verbinde mit der Prostitution in erster Linie das Wort Ausbeutung. Und zwar in dem Sinne, dass Prostituierte aus Drittstaaten sich in einer irregulären Situation befinden und obwohl sie in dieser Rolle schon als Opfer bezeichnet werden können, sie noch einmal mehr in dieser Position zu sehen sind. Vor allem muss hier gegen die ausbeutenden Zuhälter und Menschenhändler vorgegangen werden, weil unbedingt aufgehört werden muss, die sichtbare Akteurin in diesem Prozess, also die Prostituierte, zu bestrafen. Freilich ist es schwieriger, den unsichtbaren Akteur, den Zuhälter, zu bestrafen, aber es ist der einzig sinnvolle Weg.

Der Raval ist nicht nur territorial, sondern auch in seinem Angebot an Kultur das Zentrum der Stadt. Es gibt viele Museen und kulturelle Einrichtungen. Tragen diese Institutionen etwas zur Integration von Immigranten bei?

Bei dem Renovierungs- und Urbanisierungsprozess, den ich vorher kommentiert habe, war auch die Installation von öffentlichen und kulturellen Einrichtungen eine wichtige Maßnahme. Wozu die kulturellen Einrichtungen im Raval in erster Linie beigetragen haben, ist die Aufwertung der Wahrnehmung des Bezirkes, was durch die Einwohner alleine nicht möglich war. Insofern haben die Kultureinrichtungen einen maßgeblichen Beitrag zur Integration und zur Aufwertung des Viertels mit einer diversen Gesellschaft geleistet.

Im CCCB werden ständig Veranstaltungen und Ausstellungen ausgeschrieben, die mit dem Vorstellen von anderen Kulturen zu tun haben. Das hilft den Einwohnern

auch für ein besseres Verständnis der Kulturen, mit denen sie Tür an Tür wohnen. Direkte Aktionen, die sich an die ausländische Bevölkerung richten, hat es aber meines Wissens nicht gegeben.

Möchtest du noch irgendeinen Aspekt hinzufügen?

Ich denke, dass bei diesem komplexen und sensiblen Thema sehr viel Einfühlungsvermögen und Pädagogik verlangt ist, um die Diversität der Gesellschaft im Einzelnen zu wahren. Dabei geht es vor allem um den öffentlichen und politischen Bereich. Darin liegt die Herausforderung für das 21. Jahrhundert und nicht in dem Versuch, schwächere Diversitäten einer stärkeren Kultur unterzuordnen.

Danke für das Gespräch!

Kurze Reflexion

Bei diesem Interview gefiel mir besonders, dass es sich aufgrund der beruflichen Qualifikation der Befragten – sie hat den Bereich Migration über – um ein sehr wissenschaftliches Gespräch handelte. Sehr selten begab sich die Befragte auf die Ebene, persönliche Meinungen mitzuteilen, sondern – so mein Eindruck – repräsentierte die Inhalte der Institution, für die sie arbeitet.

Vor allem für die Erkenntnisse, wie die nationale und die lokale Ebene verbunden sind, ergaben sich besonders interessante Inhalte, die aber für die vorliegende Arbeit dennoch mit vorhandener Literatur verglichen werden. Für die Einarbeitung der Inhalte des vorliegenden Interviews ergab sich also insbesondere jene Herausforderung, die Inhalte aufgrund der Interessenbildung kritisch zu beleuchten.

Weil die Befragte sehr prägnante Antworten gab, war es für mich – als ungeübte Interviewerin – etwas schwierig, tiefer gehende Fragen zu stellen, weil mir das Gefühl vermittelt wurde, dass es nicht mehr dazu zu sagen gäbe. Aufgrund dessen scheinen die Fragen, die ich im Anschluss an ihre Antworten stellte, manchmal etwas aus dem Kontext gerissen.

6.2.3 Interview III: Wirtschaftliche Domäne der ausländischen Community

Rahmenbedingungen

Interviewte:	Nuria Valdés
Interviewerin:	Silvia Nußbaumer
Interviewsprache:	Spanisch
Dauer:	ca. 20 Minuten
Datum:	09. Juli 2008, 16:30
Ort:	Associació d'Amics, Veïns i Comerciants de la Rambla c/La Rambla 88 – 94, 3er. D 08002 Barcelona

Transkription

Liebe Frau Valdés! Allen voran herzlichen Dank, dass ich Ihnen ein paar Fragen stellen kann.
Sehr gerne.
Wie beurteilen Sie die Situation der Händler im Kontext des hohen Immigrantenaufkommens im Raval?
Nun, der Handel im Raval ist aktuell zu ca. 30 % in den Händen von Immigranten, was einen beträchtlichen Teil ausmacht. Daraus ergeben sich verschiedene Problematiken. Wenn man aber die Zahl der rassistischen Vorkommnisse in den letzten Jahren begutachtet, ist zu sehen, dass die Xenophobie in anderen Städten um einiges ausgeprägter ist. Und das bei einem weit geringeren Prozentsatz an kommerzieller Beteiligung durch Immigranten.
In welchen kommerziellen Bereichen siedeln sich die Immigranten besonders an?
Hauptsächlich betreiben sie Fleischereibetriebe, Friseurläden, Telekommunikationsunternehmen, Restaurants und Bars. Alles im Einzelhandelsbereich und alles mit den Hauptkonsumenten aus ihren eigenen Kulturen. Es hat sich aber auch der Großhandel dazugesellt. Damit kamen so Sparten wie Schmuck, Taschen, Friseurbedarf, etc. hinzu.
Großhandel? Interessant..
Ja, der Großhandel ist ein durchaus wichtiger Bestandteil in der Händlerszene im Raval geworden. Aus dem Barrio Gótico ist das schon seit längerer Zeit bekannt und durch die Lage dieses Viertels erfährt die Zone, in der sich die Großhandelfilialen niederlassen, keine Marginalisierung. Was im Raval viel mehr Gefahr ist und zum Teil auch passiert. Der Großhandel, der sich im Raval niedergelassen hat, ist als eine weitere Konsequenz aus den Entwicklungen im Barrio Gótico zu sehen. Die Gründe für eine Niederlassung im Raval liegen also nicht im Raval an sich.
Anders verhält es sich bei den Telekommunikationsunternehmen. Im Barrio Gótico sind nur vereinzelt sogenannte *locutorios* zu finden, während sie im Raval in einer Vielzahl vorhanden sind. Das liegt daran, dass der Raval viel mehr auch Wohnort für Immigranten ist, im Vergleich zum Barrio Gótico. Dort werden zwar auch viele Immigranten verzeichnet, aber diese gehen hauptsächlich ihrer Arbeit im Zentrum nach. Ihren Wohnort haben sie dann wo anders, vielleicht sogar im Raval. Und daraus ergibt sich die Nachfrage für *locutorios* im Raval.
Und wie kommt es zu der Nachfrage nach Großhandelsbetrieben?
Nun, die Nachfrage nach Großhandelsbetrieben ergibt sich daraus, dass der Barrio Gótico wichtige Einkaufsmeilen und –gassen der Stadt beherbergt. In der Gegend um die Corte Inglés (Anm. Einkaufshaus) haben sich sehr viele Einkaufsketten, aber auch Einzelhändler angesiedelt. Die

Gegend des Góticos, die zum Born angrenzt, war hingegen der verlassenere Teil. Also witterten unternehmensfreudige Immigranten eine Möglichkeit und dachten dabei an eine unmittelbare Abdeckung der Nachfrage, die die Einzelhändler vielleicht haben könnten. Sie können sich eine Tasche, die sie in einem Großhandelsbetrieb im Gótico sehen ja zwei Straßen weiter in einem Einzelhandelsgeschäft kaufen. Das ist schon eine etwas kuriose Entwicklung, die da passiert. Denkt man an Großhandel, so stellt man sich den am ehesten in der Peripherie der Stadt vor. Nicht hier bei uns, nicht in Barcelona (lacht).

Und für den Raval ergibt sich daraus..

Nun, dann gibt es noch eine zweite Begründung für die Entstehung eines Großhandelsnetzwerkes. Die Entstehungsgeschichte im Barrio Gótico ist ja durchaus auch maßgeblich für den Raval. Also die zweite Begründung liegt in der Förderung und Unterstützung der landseigenen Bevölkerung in den Herkunftsländern durch die Immigranten in Barcelona. Das heißt, der Immigrant verkauft im Großhandel jene Produkte, die in seiner Verwandtschaft im Ursprungsland produziert werden.

Zu dieser Begründung gesellt sich weiters auch die Argumentation mit den Bedürfnissen der Immigranten, die in Barcelona leben. Bei etwa 50 % der Einwohner, die im Raval Immigranten sind, gibt es auch 50 % Einwohner, deren Bedürfnisse ganz andere als die der Einheimischen sind.

Diese Reihe von Begründungen ergibt ein besonders rasches Wachsen des Netzwerkes von ausländischen Händlern, ob im Großhandel, in der Fleischerei oder in der Gastronomie.

Im Großhandel im Barrio Gótico ergab sich sehr schnell ein Platzproblem, das zu einem Ausweichen der Betriebe in den Raval führte.

Sehen Sie diese Entwicklung problematisch oder als einen positiven Einfluss auf den Raval?

Es ist zweierlei. Ich persönlich finde, dass das verstärkte Teilnehmen am Handel durch die Immigranten sehr positiv ist. Aber ich arbeite auch als Vertretung in dieser Institution und habe das nötige Wissen. Sprich, ich weiß, dass mit der Ansiedlung von ausländischen Betrieben eine gewisse Aufwertung einzelner Teile des Viertels einhergingen. Oder dass mit der Ansiedelung von ausländischen Betrieben auch wieder Einheimische verstärkt diese Gegenden aufsuchten.

Von der Bevölkerung und von den einheimischen Händlern wird das allerdings anders aufgenommen. Das Gefühl, dass einem etwas weggenommen wird, überwiegt. Deswegen ist Aufklärungsarbeit in diesen Punkten wichtig.

Ergeben sich aus diesen Entwicklungen gravierende Änderungen in der Gesellschaft im Raval?

Nun ja, es sind nach wie vor auch Einheimische mit ihren Geschäften im Raval angesiedelt, weswegen ich den tatsächlichen Einfluss geringer sehe, als er tatsächlich wahrgenommen wird. Aber es geht sehr oft darum, dass die Einwohner eine etwas verfälschte Sicht der Dinge haben. Eine gravierende Veränderung hat sich aus diesen persönlichen Sichtweisen ergeben, weil nun mittlerweile schon von ‚ethnischen Märkten' und ‚ethnischem Handel' gesprochen wird. Dass die vermehrte Ausübung von Handel durch Immigranten einen eigenen Namen bekommt, weist darauf hin, dass die Veränderung absolut wahrgenommen wird.

Leider habe ich keine aktuellen Zahlen vorliegen, aber in einer Zählung im Jahr 1997, glaub ich, oder 1998, wurden im Raval 165 Einrichtungen gezählt, die von Ausländern betrieben wurden. Ich würde schätzen, dass sich diese Zahl heute verfünffacht hat. Doch schon 1997 war das Phänomen mit mehr als 150 Einrichtungen ein sehr großes.

Ist es eine falsche Vermutung, dass

die geschäftlichen Einrichtungen sich eher im Süden des Ravals befinden?
Nein. Also dazu ist aber zu sagen, dass sich die Immigranten vor 20 Jahren sehr wohl im Norden des Ravals niedergelassen haben, weil dort zu dieser Zeit auch noch kein Interesse seitens der Stadt für eine anderweitige Verwendung war. Die ausländischen Geschäftsbetreiber wurden dann mit der Zeit in den Süden gedrängt, wo sie heute nach wie vor angesiedelt sind. Obwohl die Immigranten nur mehr in einem gewissen Teil des Viertels hauptsächlich ihre Geschäfte betreiben, haben sie aber insgesamt den Raval aufgewertet.
Wie vertragen sich diese ganzen Entwicklungen mit dem Tourismus?
Gut. Sehr gut. Für den Raval ist der maßgeblichste Anziehungspunkt auf jeden Fall *La Boquería* (Anm. ein sehr bekannter Fisch- und Gemüsemarkt, mit dem Wiener Naschmarkt vergleichbar), der allerdings hauptsächlich von Einheimischen betrieben wird. Das ist einfach ein alt eingesessener Betrieb, den die einzelnen Besitzer nicht so leicht aus den Händen geben. Dahinter spielt sich aber der ganze multikulturelle Bereich ab. Sowohl die Immigranten verstehen es, ihre Zonen unter den Tourismus zu bringen, aber auch die Stadt oder Reiseführer oder wer auch immer schreiben diese Entwicklung unter ‚Charakteristika für den Raval'. Hat man also den Raval besucht, ohne in einem arabischen Geschäft gewesen zu sein, war man nicht wirklich im Raval.
Wie steht es nun in der Beziehung zwischen den Einheimischen und den Immigranten?
Leider muss man hier von diversen Konflikten berichten. Allerdings grenze ich hier ein und spreche nur von den Händlern und nicht von den Familien und den Einwohnern überhaupt. Also es ist sogar soweit gekommen, dass einzelne Vereine gegründet wurden, die die Interessen der jeweiligen Gruppen vertreten sollten. Dann gab es eine weitere Initiative, da wurde eine Vereinigung gegründet, die aus Experten bestand, die für die aufkeimenden Konflikte eine Lösung finden sollten. Ein Lösungsansatz dieser ‚Vereinigung für Nachbarn und Händler' war jener, den Einzelhandel wieder zu fördern und den Großhandel aus dem Raval zu bringen. Dass der Großhandel den Einzelnhandel ersetzt hat, war ein sehr drastisches Phänomen. Wir sprechen hier von hunderten von kleinen Geschäften, die es heute nicht mehr gibt. Es ist allerdings fraglich, ob diese überleben würden, selbst wenn sie noch bestehen würden. Was die ausländischen Händler so stark machte bei der Entwicklung des kommerziellen Ravals war ihre Struktur. Es handelt sich meistens um Familienunternehmen, in denen jeder mithilft und Arbeitsbedingungen, wie Mindestlohn oder maximale Arbeitsstunden sind in solchen Familienbetrieben sowieso nicht von primärem Interesse. Diese Angelegenheit ist übrigens eine sehr grundlegende, mit der sich Barcelona konfrontiert sieht.
Haben Sie ein konkretes Beispiel für so einen Konflikt?
Hm, ich weiß schon, auf was Sie ansprechen wollen. Sie denken, dass es in Wahrheit nur nichtige Gründe sind, die zu Konflikten führen. Es wäre schön, wenn das von den teilnehmenden Händlern, sowohl von den Einheimischen, als auch von den Ausländern, genau so gesehen werden würde. Gut, ein Konfliktbeispiel. Nun, da ging es zum Beispiel sehr oft um die Öffnungszeiten.
Was für ein Zufall, das wurde in einem anderen Interview auch schon genannt. Aber in einem anderen Kontext.
Dieses Beispiel ist auch ein sehr typisches, es wurde auch sehr breit diskutiert. Es ging also darum, dass viele Immigranten ihre Geschäfte einfach länger offen ließen, was natürlich nicht möglich sein soll. Darauf hin kamen Proteste seitens der Einheimischen, die mit der Wahrung der Gesetze und mit der

Wahrung ihrer kulturellen Vorstellungen (Anm.: Die Siesta ist hier nicht unwichtig als Element der traditionellen, spanischen Kultur, das heute noch seine Anwendung findet.) argumentierten. Darauf antworteten die Immigranten, dass auch sie auf die Wahrung ihrer kulturellen Vorstellungen bestehen würden und schon war eine Diskussionsebene entfacht, die aufgrund der soziokulturellen Argumentation sehr schwierig war.

Wie wurde die Situation gelöst?

Im Endeffekt wurde ein Kompromiss gefunden, was meiner Meinung nach auch die einzige Lösung war. Die Geschäftsbesitzer müssen nun angeben, für welches Modell von Öffnungszeiten sie sich entscheiden. Es gibt je nach Betriebsart nämlich unterschiedliche Modelle, die so die Wahrung der kulturellen Vorstellungen möglich machen.

War das für beide Seiten eine akzeptable Lösung?

Letztendlich mussten sich alle damit abfinden. Es ist aber nach wie vor bemerkbar, dass dieses Thema nicht vom Tisch ist. In unseren Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit kommen sehr viele Händler, die nach wie vor dieses Thema auf den Tisch bringen.

Seitens der Immigranten ist ein immer stärker werdendes Bewusstsein für ihre Rechte bemerkbar. Bei den Einwohnern verschwimmt das oft, was schade ist, denn auch die Einheimischen haben eine rechtliche Basis, aufgrund derer sie sich besser aufgehoben fühlen sollten. Von den Einheimischen kommt sehr oft Aggression. Nicht selten kommen einheimische Händler, die den Immigranten vorwerfen, dass sie ihr Leben zerstören würden. Das sind schon harte Worte.

Eine Ebene, auf der Rassismus ausgelebt werden kann?

Leider ja. Es gab auch mal eine Sammelanklageschrift, die bei uns eingereicht wurde und bei der es um Flugzettel ging, welche Immigranten im Raval austeilten. Dabei ging es um den Verkauf von Teppichen, elektronischen Geräten, etc. Auch brachten die Immigranten diese Zettel an den Straßenmauern an. Im Grunde haben sie gegen kein Gesetz verstoßen, denn die Geschäfte, in denen sie die Produkte letztendlich verkauften, waren ganz normal angemeldet. Auf jeden Fall ging dann eine Sammelklageschrift ein, in der Einheimische behaupteten, dass die Immigranten die Straßen einnehmen würden. Sie können sich nicht vorstellen, wie viele Einheimische schriftlich ihre Meinung kundtaten. Schließlich luden wir zu einem Diskussionsforum ein, in dem die Sache aus der Welt geschafft werden sollte. Die Teilnehmerzahl war schwindelerregend hoch und nachdem die Inhalte zu wenig profund zusammengefasst wurden, machten sich einige Einheimische noch einmal laut bemerkbar und meinten, dass es – wenn die Immigranten schon Handel betreiben würden – es nett wäre, wenn sie Kunsthandwerke aus ihren eigenen Ländern verkaufen würden, und nicht elektronische Geräte, etc. Daran ist sehr gut zu erkennen, wie sehr es um die einzelnen Sichtweisen der Personen geht.

[...]

Herzlichen Dank für das Interview!

Kurze Reflexion

Gleich vorweg muss gesagt werden, dass es sich bei den beiden ersten, transkribierten Interviews um die für die vorliegende Arbeit qualitativ hochwertigsten Interviews handelte. Dieses Interview gab einen sehr guten Eindruck in die kommerziellen Aspekte der Immigration im Raval. Dieses Themenfeld konnte in die Arbeit allerdings nur in Kombination mit weiterführender (sehr wenig vorhandener) Literatur einfließen.

Bei diesem Interview wurde auch bemerkbar, dass die Inhaltsebene mit jemandem, der kein Expertenwissen aufweist, viel schwieriger beibehalten wird. Aus diesem Grund wurden ungefähr ein Drittel des durchgeführten Interviews auch nicht mehr transkribiert, weil es sich in erster Linie um individuelle Vorfälle und deren subjektive Wahrnehmung handelte. Diese sollten in der vorliegenden Arbeit nicht genannt werden, weswegen ich mich für eine Kürzung der Transkription entschieden habe.
Das Interview stellte insofern einen wichtigen Inhaltspunkt für die Arbeit her, als dass mit der Niederlassung des Großhandels mitten im Zentrum einer Stadt sich ein Phänomen entwickelt hat, das in jedem Falle beleuchtet werden muss – allen voran, wenn die Immigration als maßgebliche Einflussgröße dabei eine wichtige Rolle spielt.

6.2.4 Interview IV: Ansichten einer NGO

Rahmenbedingungen

Interviewte:	Isabel Martinez Luna
Interviewerin:	Silvia Nußbaumer
Interviewsprache:	Spanisch
Dauer:	17 Minuten
Datum:	03. Dezember 2008, 15:00
Ort:	SOS Racisme c/Hospital, 49 08001 Barcelona

Transkription

Hallo Isabel! Bevor ich dir die Fragen, die ich an dich habe, stelle, möchte ich dir sagen, dass in mancherlei Hinsicht die Antworten vielleicht offensichtlich erscheinen, es mir jedoch in erster Linie darum geht, was du – aus der Sicht einer NGO, die Rassismus bekämpft und als gesellschaftliches Alltagsproblem aufzuzeigen versucht – dazu zu sagen hast.

Sehr gut.

Allen voran würde ich gerne wissen, welche Funktion du in der NGO hast und was deine Hauptaufgaben sind?

Nun, unserer Sektion unterliegen prinzipiell jene Aufgabenbereiche, die sich mit Menschenrechten befassen, wobei wir im Konkreten mit dem Kampf gegen den Rassismus beschäftigt sind. Ich persönlich bin für die Koordination der einzelnen aktiven Mitarbeiter, den Angestellten, wie auch den Freiwilligen, zuständig. Ich koordiniere also die Aktionen, die unsere Einheit laufend organisiert. Außerdem bin ich für die Pressearbeit verantwortlich, weil im Allgemeinen eine große Anfrage für Statements oder Interviews herrscht. Auch diese koordiniere ich und zum größten Teil führe ich sie dann auch selbst durch. Meiner heutigen Koordinationsarbeit geht eine langjährige aktive Teilnahme voraus, weswegen mir alle Arbeitsbereiche unserer Einheit bekannt sind.

Diese Arbeit ist im Grunde sehr einfach mit dem großen Feld der Migration in Beziehung zu setzen. Welche Grundgedanken ergeben sich für dich dabei?

Mal sehen.. Also in Spanien und in Katalonien ergibt sich aus der Immigration seit dem Jahr 2000 bis heute eine wesentliche strukturelle Veränderung der Gesellschaft. Und aus dieser Veränderung resultiert, dass in immer mehr Bereichen auch das Thema Rassismus eine Rolle spielt. Selbstverständlich kann man den Rassismus nicht ausschließlich mit der Immigration in Beziehung setzen, aber es ist schon ein sehr wichtiger Aspekt. Nun gut, im Bezug auf die Immigration haben wir in Spanien erst einmal das Phänomen des institutionellen Rassismus. Die Gesetzgebung, das Ausländergesetz des spanischen Staates und seit dem Jahr 2000 bis heute wurde das Gesetz durch seine Reformen immer restriktiver, was natürlich in erster Linie die immigrierenden Personen traf. Auf der normativen Ebene scheint ebenso Rassismus auf. Dabei denke ich zum Beispiel an die Distribution von sozialen Hilfestellungen, die einer juristischen Apartheid gleicht. Ja, und dieser normative Diskurs wird von dem politischen begleitet und da sehen wir in den letzten Jahren, dass nicht nur die rechts orientierten Parteien zu einer Verschärfung der untragbaren Verhältnisse beitragen. Auch die linken Parteien mischen da mit und spielen sozusagen ein Spiel. Es wird so hin und her diskutiert, aber die linken Parteien haben nicht wirklich

eine Alternative anzubieten, weswegen – auf politischem Diskurs – im Moment und seit den letzen Jahren – ohnedies nur von diesem einen, restriktiven Diskurs Gebrauch gemacht werden kann. Auch das trägt dazu bei, dass im Endeffekt eine Vielzahl an Menschen in die Falle stürzen, aus der es nur schwierig ist, wieder herauszukommen. Welche Falle meine ich? Die Falle, in einem inakzeptablen, vermeintlichen sozialen Netzwerk im Endeffekt nur die Möglichkeit zu haben, sich beispielsweise in irregulärer Situation zu befinden.

Und alle diese Effekte untereinander multipliziert und eingebettet in den Alltag verursachen die kontinuierlich schlechter werdende Situation der Immigranten, der meistens der Rassismus, in egal welcher Form, zu Grunde liegt.

Und wenn wir nun auf der gesetzlichen Ebene bleiben..

Mal sehen.. Na gut, wenn wir in der Chronologie den aktuellsten Fall aufgreifen, dann ist hier beispielsweise an die ‚Rückziehwerbung' für Immigranten aus Drittstaaten zu denken. Diese Maßnahme wurde prinzipiell einmal zu einem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Krise getroffen. Die Hintergründe dafür sind also ganz klar ökonomisch orientiert, weswegen die Darstellung dieser Maßnahme für uns durchaus etwas trügerisch ist. Solche Maßnahmen tragen auch dazu bei, dass die Vorurteile, die gegenüber Immigranten herrschen, vergrößert werden. Man muss sich das so vorstellen. Es leben Menschen in Spanien, in Katalonien, hier, in Barcelona, die hier wohnen, arbeiten und ihre Sozialversicherung zahlen. Sie sind also Bürger Spaniens, Bürger Barcelonas. Und dann kommt die Finanzkrise und plötzlich will der Staat einem Bürger erklären, er würde zuviel kosten. Einem Bürger, der jahrelang die Sozialversicherung eingezahlt hat, wird das dann erklärt. Dass er aufgrund seiner Herkunft sozusagen nicht in das finanzielle Konstrukt Spaniens passt. Unserer Meinung nach ist diese Herangehensweise sehr oberflächlich und berührt nicht den eigentlichen Ursprung des Problems. Und einmal mehr befinden wir uns mitten in der Klassentrennung, in der Rassentrennung, in der Apartheid.

Und wo siehst du konkret Verbesserungsmaßnahmen auf gesetzlicher Ebene, um die Situation für Migranten zu verbessern?

Nun, von unserer Seite, und das ist auch, was wir immer wieder sagen, ist eine grundsätzliche Forderung die totale Abschaffung des Ausländergesetzes. Es ist in Ordnung, wenn gewisse Strömungen auf dieser Ebene diskutiert und reguliert werden, aber es kann nicht sein, und zwar in keinster Weise, dass das Leben von Menschen, die hier leben, hier zur Wirtschaft beitragen, hier die Diversität der Kulturen aufrechterhalten, von einem derartigen Gesetz gesteuert werden. Und im Falle des spanischen Ausländergesetzes handelt es sich für alle Menschen, die daran gebunden sind, um ein Gefängnis. Wenn, und ich sage das wirklich betont, wenn derartige Kompetenzen schon auf staatlicher Ebene diskutiert werden, dann muss allen voran eine Abklärung der Menschenrechte passieren. Dann wird jeder einzelne Paragraph und jeder 2003 hinzugekommene Absatz direkt in Bezug zu den Menschenrechten zu setzen sein. Würde man das mit dem aktuellen Gesetzestext machen, dann würden wir vor einem Buch mit leeren Seiten stehen. Und das wäre vorerst einmal ein Schlüsselschritt hinsichtlich der Verbesserung der Situation von Migranten.

Welche Rolle schreibst du in dieser Debatte Katalonien zu?

Das Problem ist, dass Katalonien in seiner Handlungsweise eingeschränkt ist. Im Bezug auf die Integration wurde nun kürzlich ja ein Vertrag unterschrieben, der auch tatsächlich irgendwo die gesetzlichen Grundlagen verbessert. Auch der neue Plan für die Aufnahme von Immigranten beinhaltet einige

Aspekte, die zuvor nicht in die Inhalte aufgenommen wurden. Aber was passiert? Dass die Inhalte dieser Reformen, die auf katalanischer Ebene verfasst wurden, nicht durchführbar sind. Obwohl Katalonien den Bereich der Integration über hat, sind ihm die Hände gebunden. Wieso? Weil das Ausländergesetz 2000 mit der nachgegangenen Reform 2003 in den Inhalten, wie sie heute gültig sind, unüberwindbar sind und für die Ausführung der Ideen aus den Integrationsreformen eine zu große Hürde darstellen. Das ist, was passiert und was die Rolle zwischen Katalonien und Spanien beschreibt. Selbst wenn Katalonien, sagen wir, durchaus in Ansätzen akzeptable Inhalte verabschiedet – und die sind im Übrigen auch selten akzeptabel –, werden die Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaft kurz gehalten. Das Traurige daran ist, dass es Politiker gäbe, die sich um eine Aktualisierung, um eine Reformierung kümmern wollen, und auch hier sei noch dahin gestellt, wie sich die Inhalte dann niederschlagen, aber es ist ihnen ohnedies nicht möglich, tatsächlich Veränderungen zu bewirken.

[...]

Was ich mich erinnern kann, schreibst du eine Arbeit über den Raval, oder?

Ja.

Nun, der Raval stellt sich für dieses Defizit als ein besonders maßgebliches Beispiel heraus. Wenn man sich die Situation hier anschaut, dann kann einem dazu nur einfallen, dass an der Art und Weise, wie diese Menschen an das Gesetz gebunden sind, sofort etwas geändert werden muss. Die unüberwindbare Hürde des Ausländergesetzes ist hier, in den Straßen des Ravals sehr gut zu erkennen. Denn sie veranlasst viele Immigranten, sich gar nicht erst mit Registrierung, Anmeldung, etc. zu beschäftigen. Diese Menschen ziehen die Irregularität vor, aber nicht, weil sie diesen Status genießen, sondern weil der Zugang zu sozialen Leistungen, zu Bildung, zu Arbeit, etc. durch das Ausländergesetz eben unmöglich ist.

In den medialen Debatten heißt es immer, der Raval sei eine Ausnahmeerscheinung, was das neue strukturelle Profil anbelangt. Dazu müssen wir sagen, die Probleme, die sich aus der spanischen Gesetzgebung ergeben, sind nicht nur im Raval zu erkennen. Im Raval hat lediglich eine andere Bewusstseinswerdung für die Immigration als neuer Prozess, was die Veränderung der Gesellschaft betrifft, stattgefunden. Hier haben auch die Freizeitgestaltung und die dafür notwendigen Einrichtungen, die geschaffen wurden, zu einer strukturellen Veränderung der Gesellschaft geführt. Aber im Grunde sind die Probleme in allen Vierteln gleich zu erkennen.

Mit dem Raval ist es in Barcelona aber durchaus zusätzlich so, dass mitten im Zentrum eine Entwicklung passiert, die, wenn nicht bald entsprechende Arbeit geleistet wird, entgleist. Was meine ich damit? Mit der gleichzeitigen Ansiedelung einer Freizeitgesellschaft ist auch der öffentliche Diskurs des Ravals wichtiger geworden. Der Bezirk steht mehr in der Öffentlichkeit als je zuvor. Mit jeder Austellungseröffnung eines Museums im Raval, von der im Fernsehen berichtet wird, rückt das Viertel mehr in das Zentrum des Interesses. Bedenkt man, dass in anderen Städten Europas das Zentrum einer Stadt meistens ein behüteter Ort ist, dann ist das für Barcelona sehr weit hergeholt. Was allerdings passiert ist, dass mit der Darstellung des Ravals als vielseitiger Bezirk oft die Konnotation einer medial tickenden Zeitbombe einhergeht und das ist untragbar. Ganz sicherlich krönt sich Barcelona in öffentlichen Darstellungen nicht mit dem Raval als Teil des Altstadtzentrums. Hier hat eben Gott sei Dank mit der Freizeitgesellschaft, nennen wir sie so, ein gewisser Gegenprozess angefangen zu wirken.

Weil du gerade ‚tickende Zeitbombe' gesagt hast, in wie weit hindert ein

gewisser Sprachgebrauch das Zusammenrücken von Kulturen und das Bekämpfen von Rassismus?
Das ist gut, dass du das ansprichst, weil dieses Problem sehr profund ist. In Diskussionen um Immigration, Rassismus oder dergleichen heißt es immer wieder ‚wir' und ‚die', ‚wir' und ‚die'. Ein Beispiel: Ein Muslime eröffnet ein *locutorio* (Anm. ein Telekommunikationsgeschäft) in einer Straße im Raval und die Meinungen darüber sind gespalten. In den Diskussionen darüber geht es um ‚wir' und ‚sie', obwohl die richtige Bezeichnung ‚Nachbarn für die Errichtung des Geschäftes' und ‚Nachbarn dagegen' wäre. Zwischen dieser Bezeichnung und der tatsächlichen Benennung liegen allerdings Welten. Für diesen Bereich ergibt sich aber vor allem die Forderung, dass Politiker und Akteure im öffentlichen Bereich sich dieser Sprache bedienen. Eine Forderung, die seit langem besteht und vehement ignoriert wird.
[...]
Wo siehst du für die nächste Zukunft die besonderen Herausforderungen?
Das fundamentalste Ziel ist, dass auf gesetzlicher Ebene in erster Linie eine Anerkennung der Immigranten als gleichwertige Bürger passiert. Auf der anderen Seite muss eine profunde Aufklärungsarbeit passieren, denn viele Immigranten wissen nicht über ihre rechtliche Situation bescheid. Diese Zielsetzungen sind einmal grundlegend und bedürfen auch einer laufenden Bearbeitung, die sich nicht erst seit jetzt ergibt.
Weiters müssen einige politische Diskurse, die von rechten Parteien geführt werden und absolut als rassistisch einzustufen sind, sofort unterbunden werden. Gewisse Positionen entfachen das Feuer des Rassismus jedes Mal mehr und dadurch wird unsere Arbeit um einiges erschwert. Der Wert von Antirassismus als ein gesellschaftliches Konstrukt von friedlichem Zusammenleben muss noch mehr in das Bewusstsein der Menschen kommen. Antirassismus soll eine Selbstverständlichkeit werden, die aus einer Nichtselbstverständlichkeit, also der jetzigen Situation resultiert, und daher mit Respekt und Demut behandelt wird.

[...]
Isabel, vielen Dank für das Gespräch!

Kurze Reflexion

Aus dem Interview mit dieser NGO sind prinzipiell zwei Sachen zu erwähnen. Erstens ähnelten die besprochenen Inhalte sehr denen, die schon im Interview mit Gemma Pinyol fielen, jedoch – und darin ist der interessante Aspekt in diesem Interview zu sehen – positionierte sich Isabel Martinez Luna eindeutig in einer Contrahaltung, was die Regierung, die Politik und die darin verabschiedeten Gesetze betrifft.
Plakative Wortwahl genauso wie absolutistische Aussagen kennzeichnet die Arbeit der Akteurin. In mancherlei Hinsicht beurteile ich die Aussagen der Interviewten als zu wenig begründet, jedoch ist die kritische Sichtweise maßgeblich in die vorliegende Arbeit eingeflossen.

6.2.5 Interview IV: Zwei Fliegen mit einer Klappe

Rahmenbedingungen

Interviewte:	Roshanara Khan
Interviewerin:	Silvia Nußbaumer
Interviewsprache:	Spanisch/Englisch
Dauer:	55 Minuten
Datum:	15. Juli 2008, 11:00
Ort:	Associació Cultural, Educativa i Social de Dones Pakistaneses – ACESOP (Dachorganisation: Tot Raval) Pl. Caramellas, 8 08001 Barcelona

Transkription

Frau Khan! Herzlichen Dank, dass Sie mich empfangen!
Sehr gerne. Wenn ich Ihnen eine Hilfe bin!
Ich möchte gleich mitten in das Thema einsteigen und Sie fragen, ob Sie mir eine grundsätzliche Position zu der Rolle der Pakistanis in Barcelona und speziell im Raval geben können?
Nun, die Immigration hat hier in der Stadt Barcelona in den letzten Jahren überdimensional zugenommen und von den Völkern, die nach Spanien kommen, sind die Pakistanis eine nicht unbedeutend große Gruppe. In vielen Statistiken scheinen wir mittlerweile als größte Gruppe auf, das kommt aber immer auf den Bezugspunkt an. Auf spanischer Ebene sind wir das nicht, aber hier im Raval schon.
Gleich vorweg kann ich Ihnen sagen, dass es weder in der Geschichte Spaniens noch in der Geschichte Pakistans Anzeichen dafür gibt, dass eine besondere Beziehung zwischen den beiden Ländern bestünde. Das hat mich etwas stutzig gemacht, weswegen ich die Immigrationsgeschichte sehr genau studiert habe. Da kann ich Ihnen auch sehr viel erzählen. Vor allem hab ich mich speziell auf die Geschichte des Ravals konzentriert, weil unsere Kultur hier besonders stark vertreten ist. Es stellt sich natürlich die Frage, woher das rührt und vor allem für jemanden, der sein eigenes Land verlässt, ist es besonders wichtig, die Wurzeln zu finden. Und da unsere Gemeinschaft sich diesen Ort auserwählt hat, schauen unsere Wurzeln auch anders aus.
Inwiefern haben Sie die Geschichte des Ravals studiert?
Nun, ich habe mich als außerordentliche Hörerin an der Universität einmal in Vorlesungen gesetzt, die von Belang sein könnten. So bin ich mit Professoren in Kontakt getreten, die mir wiederum Literatur empfahlen. Auch hier in der Sant Pau-Bibliothek ist sehr viel darüber zu finden. Natürlich ist es schwierig, die Informationen, die wichtig sind, zu filtern und ich habe eigentlich immer versucht, meine Herkunft als einen Hauptfilter zu sehen. Was die Studie der Geschichte anbelangt. Das ist nun aber schon sehr lange her und mittlerweile bin ich von den Universitäten schon zu Vorträgen eingeladen worden.
Ich bin beeindruckt!
Wissen Sie, es ist unheimlich wichtig, dass man Wissen hat. Denn Wissen verleiht Stärke und ich vertrete immerhin die pakistanischen Frauen im Raval und in Barcelona. Ich möchte Rede und Antwort stehen können, wenn diese Frauen auf mich zukommen und Fragen im Bezug auf die Kultur hier, auf ihre Kultur, die Verbindung, die sich daraus ergibt, haben. Vor allem für Frauen ist eine gewisse Absicherung wichtig, denn die erste Schwächung ihrer Position ist bereits durch den Status der Immigrantin passiert. Dann sind sie Frauen. Das ist sehr schwierig. Umso wichtiger ist es, hier eine Basis zu schaffen, die diesen Frauen eine Sicherheit gibt. Durch mein Studium habe ich ja eine sehr kritische Sichtweise bekommen, was die einzelnen Kulturen anbelangt. Ich finde es sowohl in meiner Herkunftskultur, als auch in der spanischen Kultur unzuträglich, welche Rolle der Frau beigemessen wird. Und keine der beiden Kulturen ist besser. In beiden passiert Diskriminierung, nur in

unterschiedlichen Formen. Und für die pakistanischen Frauen kommt diese Diskriminierung in doppelter Wucht auf sie zu. Deswegen ist es so wichtig, dass es unser Kollektiv gibt.

Danke schön! Nun, ich würde gerne ein bisschen etwas über die pakistanische Community wissen, aber auch der migratorische Prozess im Raval interessiert mich sehr. Wäre es für Sie möglich, wenn wir beide Themen anschneiden?

Aber natürlich! Mit Vergnügen! Ich nehme an über die allgemeinen Daten bezüglich der Immigration in Spanien sind Sie im Bilde?

Ja.

Auch über die demographischen Eckpunkte?

Ja, auch. Mich würde konkret zu der pakistanischen Community interessieren, wie es zu so einer starken Verankerung im Raval gekommen ist. Wenngleich sich die Begründungen auch nicht in der Geschichte festmachen lassen, würde ich gerne wissen, wie die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten ausgesehen hat?

Ja. Nun, die ersten Pakistanis kamen in den 1970er Jahren nach Spanien. Hier sei betont, dass sie nicht Barcelona oder eine andere Stadt aufsuchten. Die ersten Pakistanis waren Männer mittleren Alters auf der Suche nach Arbeit. Klassische Arbeitsmigranten. Vor allem in den ländlichen Provinzen im Norden und im Süden Spaniens wurden Arbeiter für die Minen gesucht. So begann die Geschichte der Pakistanis. Nach wenigen Jahren, noch in den 1970er Jahren, kamen ein paar wenige Pakistanis nach Barcelona, die Zahl ist aber verschwindend gering. Ich möchte dies nur erwähnen, weil eine sehr große Arbeit, mit der sich verschiedene Menschen beschäftigt haben, war, die Spuren der Pakistanis in Barcelona bis in ihre Anfänge zurückzuverfolgen. Nun, und da ergeben sich die späten Jahre der 1970er, wo sie zum ersten Mal dokumentiert wurden.

Bis in die 1990er Jahre vervielfachte sich die Zahl der Pakistanis, die nach Barcelona kamen und schon konnte man von einer Gemeinschaft sprechen. Die Gründe hierfür liegen in der Kommunikation zwischen den einzelnen pakistanischen Menschen. Sie müssen wissen, in unserer Kultur ist mündliche Kommunikation wesentlich wichtiger als hier. Damit meine ich, dass bei uns auch mündliche Verträge gemacht werden, die dieselbe Gültigkeit wie schriftlich aufgesetzte haben. Das ist hier unvorstellbar, aber in Pakistan normal. Und nun stellen Sie sich vor, ein pakistanischer Einwanderer, der hier Arbeit gefunden hat und seiner Familie regelmäßig Geld schicken kann, ruft an, und sagt: „Familie! Freunde! Hier gibt es noch mehr Arbeit!“ Das ist der Grund, wieso sich die Zahl der Immigranten vervielfachte. Im Übrigen ist das aber eine Entwicklung, die nicht nur die pakistanische Gemeinschaft durchgemacht hat. Aber es ist schon interessant, weil der zahlenmäßige Anstieg der pakistanischen Immigranten ist sicherlich auf die Kommunikation nach Pakistan und den Nachahmungseffekt zurückzuführen. Viel interessanter und bis dato unbegründet ist aber, wie dieses Phänomen entstanden ist. Denn es gab seitens Spaniens in den 1970er Jahren keine, sagen wir, Ausschreibung in Pakistan, die besagte, dass Minenarbeiter gesucht werden würden. Dass natürlich pakistanische Männer aufgrund der landschaftlichen Gegebenheiten in Pakistan dieser Arbeit besonders mächtig waren, könnte ein Grund sei. Das ist allerdings eine Mutmaßung. Wir sind im Moment auch bei der Ausarbeitung einer Studie. Das wird sehr interessant und wir kooperieren mit der Universität. Anhand von Befragungen an die ersten pakistanischen Immigranten in Spanien soll das Profil vervollständigt werden.

Was mich nun verwundert ist, ob Einwohner, die ursprünglich im ruralen Gebiet in Pakistan gelebt haben, nun hier in Spanien die Stadt aufsuchen?

Jein. Ein besonders typisches Merkmal für die pakistanische Community in Barcelona ist, dass die Immigranten nicht vorwiegend aus den niedrigeren sozialen Schichten unseres Landes kommen. Es gibt sehr viele Menschen, die in Pakistan der reichen Schicht angehört haben und sich nun hier in Spanien in der Mittelschicht bewegen. Bei einem Blick durch den Raval ist durchaus bemerkbar, dass eine Vielzahl an Geschäften in den Händen unserer Gemeinschaft ist. Der Großteil der Pakistanis ist auch mit dem Flugzeug nach Spanien gekommen und einen Flug kann sich nicht jeder leisten. Auch das ist ein gewisser Indikator für die Schicht, in der sich die pakistanischen Immigranten bewegen. In den 1990er Jahren kostete einem Pakistani eine Immigration nach Spanien ungefähr 9.000 Euro. Entweder mit dem Erwerb eines Touristenvisums oder mit einem

Zwischenstopp, beispielsweise in Großbritannien.
In den letzten Jahren hat sich aber auch die Zahl der Pakistanis, die aus niedrigeren Schichten kommen, erhöht. Bei diesen Gruppen ist das größte Problem das, dass sie sich so sehr auf die Einreise nach Spanien konzentrieren und dann, einmal hier angekommen, sozusagen gezwungen sind, in Armut zu leben. Für mich ist diese Entwicklung eine logische Konsequenz der Globalisierung. Die Welt rückt näher zusammen und so tun es auch die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten. Sie verschmelzen zwar nicht ineinander, aber sie rücken näher zusammen.
Welcher Arbeit gehen die Pakistanis, die kein Geschäft besitzen, nach?
Ach, das sind ganz klassische Berufe für Immigrationsgemeinschaften.
Hauptsächlich arbeiten sie in der Gastronomie, als Kellner, als Tellerabwäscher oder als Küchengehilfen. Auch in den Textilfabriken sind Pakistanis zu finden. Naja, diejenigen, die weniger Glück hatten, gehen mit Blumen durch die Restaurants oder verkaufen Erfrischungsgetränke und Kleinigkeiten zu essen am Strand. Diese Verkäufer, die sie am Strand sehen, sind fast ausschließlich Pakistanis. Da hat sich eine Gemeinschaft entwickelt, die sogar – inoffiziell – dieses Terrain, also den Strand für sich beanspruchen.
Nun beschäftigen Sie sich ja mit dem Support für pakistanische Frauen. Wie weit sind die hier vertreten?
Die Zahl der weiblichen Pakistanis in Barcelona ist sehr, sehr gering. Weswegen sie auch so eine schwache Gruppe sind und umso mehr eine Unterstützung benötigen. Während vor einigen Jahren die männlichen Arbeiter das verdiente Geld vorwiegend nach Hause schickten, kommen heute immer mehr Familien nach und machen somit Gebrauch von der Familienzusammenführung. Allerdings ist das durch die strenge Gesetzesregelung äußerst schwierig. Eine Zahl, die ich gerade im Kopf habe, ist, dass im Jahr 2000 neben nicht ganz 3.000 männlichen Pakistanis knappe 400 weibliche Pakistanis in Barcelona waren. Heute hat sich das Verhältnis ca. zu einem 1/3 - 2/3 – Verhältnis umgewandelt.
Dass die Familienzusammenführung von der pakistanischen Gemeinschaft nur zaghaft in Anspruch genommen wurde, hat auch mit religiösen Hintergründen zu tun. Erst, seitdem sich die männliche Gemeinschaft hier fester verankert hatte, sah man die Möglichkeit, nun auch Frauen und Kinder nachzuholen.
Wieso gerade der Raval?
Die Gründe für eine Niederlassung im Raval liegen in den niedrigen Mietspreisen, in den bereits vorzufindenden anderen ausländischen Gemeinschaften, etc. Die Gründe haben also nicht speziell damit zu tun, dass die Pakistanis die Pakistanis sind. Dass es jedoch bei einer starken Konzentration im Raval blieb, lässt sich mit der starken Verbindung zueinander, welche die Pakistanis spüren, erklären. Die Gemeinschaft will auch im räumlichen Sinne nahe beieinander sein, was wiederum auch die Ausweichmöglichkeiten nach Poble Sec, Parc und ins Gótico rüber erklärt. Wie das Platzpotential im Raval mehr als erschöpft war, siedelten sich die neu angekommenen Pakistanis in den umliegenden Vierteln an, wo sich auch sehr schnell wieder eine Zentralisierung der Gemeinschaft bemerkbar machte. Dasselbe passiert auch in Sants und Montjuïc.
Wo die Pakistanis keine Ausnahme machen, ist bei der jüngsten Entwicklung, sich in der Peripherie anzusiedeln. Das hat zwei Gründe. Zum einen wird diese Entwicklung sehr von der Stadt und vom Staat gefördert und zweitens gibt es nun eine pakistanische Community, die schon so lange in der Stadt lebt, dass die Pakistanis nicht mehr unbedingt direkt im Zentrum ihrer Community leben müssen, um sich kulturell verankert zu fühlen. Es hat also ein gewisser neuer Prozess begonnen, der sehr gut ist. Denn der bedeutet Integration, Fortschritt und eine gewisse Verschmelzung der Kulturen. Wenngleich die Verschmelzung in der Peripherie hauptsächlich eine Verschmelzung der Immigrationskulturen bedeutet. Aber immerhin.
Hier haben Sie ein kurzes Paper, das in Stichworten diese ganze Situation beschreibt. Es ist ein Memo für eine Präsentation, aber ganz hilfreich.
Wow. Herzlichen Dank! Das kann ich sehr gut gebrauchen. (Anm. Die Inhalte des Memos fließen in die Arbeit ein und werden als Teil des Interviews zitiert.) Möchten Sie noch etwas zu der pakistanischen Gemeinschaft im Raval sagen?
Ein sehr interessanter Aspekt ist auch noch jener, wie die Pakistanis in Barcelona leben. Also die Wohnungen. Da kann ich Ihnen aber auch sehr gute

Literaturempfehlungen geben. Es sind zwar nur Prospekte, aber sie beinhalten sehr viel Wissenswertes. Es gab nämlich im Raval eine Kulturveranstaltung, bei der es um die Immigration, die Kulturenvielfalt, etc. ging. Das war allerdings schon 2004. Zwar gab es seither auch weitere Veranstaltungen, aber diese war wohl die bisher größte. Es wurden Filme gezeigt, ein Spaziergang durch den Raval angeboten, bei dem man auf die Spurensuche der Immigranten ging. Und da war ein Bereich jener, der Wohnarten der Pakistanis. Hier können Sie ein bisschen was nachlesen. Und wenn Sie Fragen haben, allerdings bin ich da nicht so eine Expertin, weil ich mich eher für die soziale Verankerung der Frauen einsetze.

Vielen, vielen Dank! Darf ich Ihnen noch ein paar Fragen zur Migrationsgeschichte des Ravals stellen?

Natürlich. Aber wenn ich schon dabei bin (Anm. Durchforsten ihres Computers nach Dokumenten), dann kann ich Ihnen dafür auch ein Memo geben. Das habe ich auch für eine Präsentation an der Universität benötigt. Sie finden gewisse Eckdaten und ein Stichwort dazu. Wenn etwas unklar ist, können Sie mich gerne dazu befragen. . *(Anm. Die Inhalte des Memos fließen in die Arbeit ein und werden ebenfalls als Teil des Interviews zitiert.)* Die Geschichte ist eine äußerst komplexe, aber sehr interessante und man merkt, dass hier auch sehr viel Schicksal eine Rolle gespielt hat. Im 16. Jahrhundert hat die alte Stadtmauer von Barcelona den Raval nämlich vom Zentrum noch ausgeschlossen. Der Raval war also ein Vorort. Die Geschichte des Ravals wäre wohl eine ganz andere gewesen, hätten die Stadtmauern damals den Raval schon umfasst. Das meine ich mit Schicksal. Und diese Mutmaßung ist nicht so weit hergeholt, denn der Raval war damals ein Viertel voll schöner Gärten, Schlössern und Klöstern. Viele Kirchen waren hier angesiedelt, es hätte also alle Voraussetzungen gehabt, den damaligen Vorstellungen nach direkt dem Zentrum anzugehören.

Woher kommt eigentlich der Name? Wenn ich Raval höre, muss ich immer an ‚rival' für ‚rivalisierend' oder an ‚nadal' für vielleicht irgend eine Verbindung zum ‚Meer' denken?

Nein, der Begriff stammt aus dem Arabischen. Die Wortgeschichte finden Sie auf meinem Memo. Raval oder Rabale bedeutet auf Arabisch ‚Vorort'. Die Bedeutung des Wortes hat natürlich auch immer schon dazu beigetragen, dass der Raval ansich eine besondere Rolle hat.

Frau Silvia, es tut mir sehr leid, ich dachte nicht, dass es sich zu einem so vielschichtigen Gespräch entwickeln würde. Können Sie morgen wieder kommen, denn für heute habe ich nun einen anderen Termin?

Hm, leider fliege ich morgen wieder nach Österreich.

Nun, wie wäre es mit einer Fortsetzung übers Telefon.

Herzlichen Dank für das Angebot. Nun, ich würde mich gerne an Sie wenden, wenn sich für mich aus Ihren Aufzeichnungen Fragen ergeben.

(Anm. Es gab im Nachhinein noch zwei Telefonate, bei denen ich Unklarheiten bezüglich der Geschichte des Ravals abklärte. Die Inhalte dieser Telefonate konnte ich leider nicht aufzeichnen, fließen jedoch ausgehend von Gedächtnisprotokollen in die Arbeit ein)

Kurze Reflexion

Es war sehr schade, dass Frau Kahn nicht mehr Zeit für mich hatte, obwohl das Interview ansich ohnedies sehr lange dauerte. Die lange Dauer des Interviews ist auch auf gewisse Sprachbarrieren zurückzuführen, weswegen grundsätzlich alle Inhalte verhältnismäßig (zu den anderen Interviews) langsamer durchgeführt wurden.
Besonders interessant an den Positionen dieser Akteurin fand ich ihren dreischichtigen Bezug zum Thema der Migration: 1. ist sie selbst eine Migrantin, 2. ist sie eine Frau und 3. aktiv in einer Institution tätig, die sich um eine kulturelle Verankerung ihrer Kultur in einer neuen Zielkultur bemüht. Die Atmosphäre dieses Interviews war absolut faszinierend und auch, wenn es hier besonders schwierig war, die Inhalte zu transkribieren und auf den Wahrheitsgehalt zu achten, ergaben sich daraus für die Arbeit besonders interessante Aspekte.

6.2.6 Weitere Interviews

Für die vorliegende Arbeit habe ich weitere vier weitere Interviews geführt, deren Inhalte allerdings nicht direkt in die Arbeit einfließen. An dieser Stelle sei lediglich erwähnt, um welche Themenfelder es sich bei den Interviews handelte und mit welchen Personenen diese durchgeführt wurden.

- *Die argentischische Community in Barcelona*
  Interviewter: Diego Arcos, Präsident des Casal Argentí a Barcelona
  Grund für die Nichtaufnahme in die Arbeit: Die argentinische Community ist in Barcelona sehr regelmäßig gestreut und ergeben für den Raval kein primäres Phänomen.

- *Persönliche Erfahrungen*
  Interviewte: Marta Schärmer
  Grund für die Nichtaufnahme: Die Erfahrungsberichte dieser Kolumbianierin, die als Irreguläre nach Spanien, Barcelona kam, waren sehr interessant, ergaben aber keine neuen Aspekte. In einer sozialwissenschaftlicheren Arbeit hätten diese Inhalte durchaus eine zentrale Bedeutung bekommen. Ein interessantes Detail aus diesem Interview ist, dass die Befragte heute mit einem Österreicher verheiratet ist, den sie in Barcelona kennen gelernt hat. Um ihn zu heiraten, floh sie aus ihrer irregulären Situation zurück nach Kolumbien, um dann mit einem richtigen Pass und einem Touristenvisum wieder nach Spanien zu kommen. Dann erst konnten die beiden heiraten.

- *Nationenkonzepte und Lateinamerika*
  Interviewte: Stefanie Kron
  Grund für die Nichtaufnahme: Eigentlich war dieses Interview das herausragendste von allen, weil es um die verschiedenen theoretischen Konzepte von Nationenbildung ging und vor allem im Hinblick auf Katalonien ergaben sich sehr interessante Aspekte. Nichts desto trotz spielt für die vorliegende Arbeit die Diskussion um den Nationenbegriff nur eine sekundäre Rolle, weswegen von einer Aufnahme dieser Inhalte abgesehen wurde.
  Im zweiten Teil des Gespräches ergaben sich sehrwohl direkte Bezugnahmen auf das Thema, weil die Sonderstellung Lateinamerikas hinsichtlich der Immigration nach Spanien besprochen wurde, die Inhalte konnte ich aber besser von der vorhandenen Literaturlage ausgehend verarbeiten.

- *Prostitution im Raval*
  Interviewte: möchte namentlich nicht genannt werden
  Grund für die Nichtaufnahme: Der Grund hierfür lag leider nicht in meiner Entscheidungsmacht, sondern die Interviewpartnerin bat mich darum. Weil der Aspekt der Prostitution jedoch ein wichtiger für den Raval ist, stellt er dennoch ein Kapitel dar. Dabei wurde aber von einem Zitieren der Inhalte aus diesem Interview abgesehen.

6.3 Lebenslauf der Verfasserin

Persönliche Daten

Geburtsdatum	04. 03. 1981
Geburtsort	Bad Ischl, Österreich
Eltern	Dr. Ilse Nussbaumer, Lehrerin Mag. Gerhard Nussbaumer, Lehrer
Geschwister	Monika (26), Claudia (23), Thomas (20)
Familienstand	ledig
Staatsangehörigkeit	Österreich

Ausbildung

1987 – 1991	Volkschule Behamberg, Österreich
1991 – 1995	Bundesgymnasium Steyr, Österreich
1995 – 2000	Handelsakademie Steyr, Österreich Abschluss: Matura mit Auszeichnung Kaufmännische Ausbildung mit Schwerpunkt: Internationale Beziehungen, Sprachen und Marketing
2000 – 2001	Universität Salzburg, Österreich Studium: Spanisch Geographie und Wirtschaftskunde
2001 – 2002	Humboldt Universität zu Berlin, Deutschland Studium: Spanisch Geographie und Wirtschaftskunde
2002 – 2003	Universidad Barcelona, Spanien Studium: Spanisch Geographie und Wirtschaftskunde
2003 – aktuell	Universität Wien, Österreich Studium: Spanisch Geographie und Wirtschaftskunde
2006 – aktuell	Lateinamerikainstitut Wien, Österreich Masterstudium: Interdisziplinärer Lateinamerik- Lehrgang universitären Charakters

Bisherige Tätigkeiten

1996 – 2000	Diverse Ferial- und Nebenjobtätigkeiten Tätigkeitsfelder: Verkauf (Tankstelle), Dienstleistung (Bank), Service (Saisonarbeit)
Oktober 2000 – Juni 2001	Aral Tankstelle, Steyr Verkauf
Oktober 2001 – Februar 2002	Lehramtstätigkeiten Diverse Berliner Gesamtschulen Unterrichtsfach: Geographie und Wirtschaftskunde

September 2001 – Juni 2002	*Restaurant Intimes*, Berlin Service
September 2002 – Juli 2003	*Bar Restaurant Kasparo*, Barcelona Service
Oktober 2003 – Juni 2005	*Bar Loop*, Wien Lokal- und Mitarbeiterführung, Lagerlogistik und Bestellung, Eventorganisation, Service
Juni 2005 – Mai 2007	*Restaurant Blaustern*, Wien Service
Oktober 2003 – August 2006	*Verein für gewaltlose Erziehung*, Wien Organisation, Sekretariat
Oktober 2003 – aktuell	*Privat*, Wien und Umgebung Nachhilfe in den Fächern Spanisch, Englisch, Rechnungswesen, Mathematik
Mai 2007 – aktuell	*Cafe/Bar/Restaurant Leopold*, Wien Service/Bardienst
September 2008 – aktuell	*Wiener Volkshochschulen*, Wien Spanischlehrerin für 3 Sprachkurse unterschiedlichen Niveaus

Bibliographie

7.1 Monographien, (Zeitungs)artikel

Adroher Biosca, Salomé, Pilar Charro Baena: La inmigración. Derecho español e international, Barcelona 1995

Alba Sargatal, Ma: Gentrificación e inmigración en los centros históricos: el caso del barrio del Raval en Barcelona. Número extraordinario dedicado al III Coloquio Internacional de Geocrítica (Actas del Coloquio). Migración y Cambio Social. Universiadad de Barcelona: Barcelona 2001

Anaguiano Téllez, María Eugenia: Emigración reciente de latinoamericanos a España: Trayectorias laborales y movilidad occupacional, in: Gaceta Laboral Nr. 3. Universidad de Zulia: Maracaibo, Venezuela 2002

Angenendt, Steffen: Europäische Migrationspolitik. Stand, Trends und Perspektiven. Jour Fixe der Heinrich-Böll-Stiftung "Überleben zwischen vollen Booten und Festung Europa – Governance europäischer Migrationspolitik" 4. März 2008. Stiftung Wissenschaft und Politik SWP. Deutsches Institut für nationale Politik und Sicherheit: Berlin 2008

Aprell Lasagabater, Concha: El nuevo Reglamiento de la Ley Orgánica 7/1985 de 1 de julio, sobre derechos y libertades de los extranjeros en España (Real Decreto 115/1996, de 2 de febrero), in: Revista de Administración Pública, Vol. 140. Ministerio de la Presidencia: Madrid 1996, S. 313–333

Aramburu Otazu, Mikel: Los comercios de inmigrantes extranjeros en Barcelona y la recomposición del 'inmigrante' como categoría social. Universidad de Barcelona: Barcelona 2002

Aramburu Otazu, Mikel: El mito de la 'huida' autóctona. El caso de Ciutat Vella, Barcelona. Número extraordinario dedicado al III Coloquio Internacional de Geocrítica (Actas del Coloquio). Universidad Autónoma de Barcelona: Barcelona 2001

Arango, Joaquín: Becoming a Country of Immigration at the End of the Twentieth Century: The Case of Spain, in: Russel King (Hrsg.): Eldorado or Fortress? Migration in Southern Europe. Macmillan Press: Basingstoke 1999, S. 253-276

Bade, Klaus J.: Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Beiträge der Akademie für Migration und Integration. Rasch: Osnabrück 2001

Barbadillo Griñán, Patricia: Extranjería, racismo y xenofobia en la España contemporánea. La evolución de los setenta a los noventa. Ed. Centro Investigaciones Sociológicas: Madrid 1997

Bardají Ruiz, Federico: Literatura sobre inmigrantes en España. Documentos del Observatorio Permanente de la Inmigración. Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Madrid 2006

Bayona i Carrasco, Jordi: La segregación residencial de la población extranjera en Barcelona: ¿Una segregación fragmentada? Centre d'Estudis Demogràfics y Departament de Geografía de la Uniersitat Autònoma de Barcelona: Barcelona 2007

Beltrán Antolín, Joaquín: Diáspora y comunidades asiáticas en España. in: Scripta Nova. Revista electrónica de geografía y ciencias sociales. Universidad de Barcelona: Barcelona 2003 [www.scriptanova.es]

Bendel, Petra: Neue Chance für die EU-Migrationspolitik? Die Europäische Union im Spagat zwischen Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenpolitik, in: C. Butterwegge, G. Hentges (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2006, S. 123-134

Bentolila, Samuel: Las migraciones interiores en España. Documento de Trabajo 2001-07. Fundación de Estudios de Economía Aplicada: Madrid 2001

Bernecker, Walter L.: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Régime zur Parlamentarischen Monarchie. Suhrkamp: Frankfurt am Main 1990

Bernecker, Walter L., Horst Pietschmann: Geschichte Spaniens. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. 3., verbesserte und aktualisierte Auflage. Kohlhammer: Stuttgart, Berlin, Köln 2000

Birsl, Ursula/Bitzan, Renate/Solé, Carlota et al: Migration und Interkulutralität in Großbritannien, Deutschland und Spanien. Fallstudien aus einer Arbeitswelt. Leske & Budrich: Opladen 2003

Bohigas, Oriol: Metàstasi i estratègia, in: Ajuntament de Barcelona. Barcelona, espais i escultures (1982 – 1986). Ajuntament de Barcelona: Barcelona 1987

Bolz, Christian: Catalunya (Katalonien) Motorregion in Europa? Universität Karlsruhe: Karlsruhe 2002

Bretell, Caroline/James Hollifield (Hrsg.): Migration Theory. Talking across Disciplines. Routledge: New York 2000

Briceño Linares, Ybelice: Inmigración, exclusion y construcción de la alteridad. La figura del inmigrante en el contexto español, in: Mato, Daniel: Políticas de ciudadanía y sociedad civil en tiempos de globalización. FACES, Universidad Central de Venezuela, Caracas 2004, S. 201-219

Bullón de Mendoza, Alfonso: Jose Calvo Sotelo. Editorial Ariel: Barcelona 2004

Carmona Benito, Sara: Inmigración y prostitución: el caso del Raval (Barcelona). Instituto de Cooperación con el Mundo Árabe. Agencia Española de Cooperación Internacional: Madrid 2000

Carrion, Ambrosi: Unsichtbare Begleiter. Gedichte katalanisch/deutsch. Manutius: Heidelberg 2007

Casas Alvarez, Francisco Javier: Trabajadores extranjeros en España bajo la óptica de adhesión a la CEE, in: Revista de instituciones europeas, Nr. 8/1. Ministerio de la presidencia: Madrid 1981, S. 53-66

Casey, John: Las políticas de inmigración: la regulación de admisión y la acción integradora, in: Gomà, Ricard; Joan Subirats (Hrsg.): Políticas públicas en España. Contenidos, redes de actores y niveles de gobierno. Barcelona 1998, S. 317-340

Cayuelas Franco, Carmen: Spaniens Weg vom Emigrationsland zum Immigrationsland. Die demographische Entwicklung des Landes unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Hintergründe. Wien: Universität Wien 1999

Currle, Edda: Migration in Europa. Daten und Hintergründe. Forum Migration 8. Lucius & Lucius. Stuttgart 2004

Däumer, Michael: Kataloniens Wahlsieger ist der Wahlverlierer. Liberalkonservatives Bündnis CiU geht wieder in die Opposition. Konrad Adenauer Stiftung: Außenstelle Madrid 2006

Elrik, Tim: Netzwerke und ihr Einfluss auf Migrationspolitik. Schlussfolgerungen aus dem rumänisch-spanischen Migrationsraum, in: Focus Migration, Nr. 11, Oktober 2008, HWWI: Hamburg 2008, S. 1-9

Fischer, Daniela: Spaniens Umgang mit Immigration. Eine Studie zum migrationsbedingten Kulturkontakt (1991 – 2005). Karl Stutz: Passau 2006

Garreta Bochaca, Jordi: Políticas de inmigración y acomodación en Cataluña: continuidades y cambios, in: Joaquín Giró Miranda: La escuela del siglo XXI: la educación en un tiempo de cambio social acelerado: XII conferencia de sociología de la educación: Logroño, 14 y 15 de septiembre de 2006. Universidad de Lleida: Lleida 2006

Gerrand, Peter: Cultural diversity in cyberspace: the Catalan campaign to win the new .cat top-level domain. First Monday: University of Melbourne 2006

Giménez Romero, Carlos: Qué es la inmigración ¿Problema u oportunidad? ¿Cómo lograr la integración de los inmigrantes? ¿Multiculturalismo o interculturalidad? RBA Libros: Barcelona 2003

Giner, Salvador: Katalonien: die Tradition der Moderne, in: Rafael Sevilla/Marc Domingo Gygax/Jordi Jané Lligé (Hrsg): Katalonien – Tradition und Moderne. Länder und Regionen der Iberischen Halbinsel. Seminare des Zentrums für wissenschaftliche Kommunikation mit Ibero-Amerika. Edition Länderseminare. Horlemann: Unkel 2004, S. 28-44

Gómez Castaño, Teresa: Europeos en España: Principales características de los nuevos flujos de inmigrantes de la CEE. en: Economía y sociología del trabajo. Nr. 4-5. Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Madrid 1989

Gonzales Paz, Jose: El futuro de la emigración española, in: Revista de Economía Política. Nr. 63. Ministerio de la Presidencia: Madrid 1973, S. 101-120

Gonzáles-Qzijano Jiménez, J. Enrique: Aumenta la movilidad geográfica laboral en España. Ceprede: Madrid 2007

Gozálvez Pérez, Vicente: La inmigración irregular de africanos en España, balances y perspectivas, in: Investigaciones geográficas. Nr. 23. Universidad de Alicante. Alicante 2000, S. 47-57

Hausberger, Bernd: Amerika 1492. Entdeckung, Erfindung und Konstruktion einer neuen Welt. Lateinamerikainstitut – Freie Universität Berlin: Berlin 2005

Izquierdo Escribano, Antonio: La inmigración en España, 1980 – 1990. Ministerio de Trabajo y Seguridad Social (Ediciones de la Revista de Trabajo, Nr. 35): Madrid 1992

Jardí, Pia: Art i cultura a Cataluña. Landeswissenschaftliches Proseminar. Institut für Romanistik. Universität Wien: 2008

Jütte, Wolfgang: Migrationsprozesse in Spanien – Die Entwicklung Spaniens vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland, in: Jütte, Wolfgang: Spanien: Bildung und Erziehung vor dem Hintergrund europäischer Integration und Migration mit einem Beitrag von Georg Kremnitz. IKS Interkulturelle Studien 18. Waxmann Verlag. Münster, New York 1992, S. 55-73

Klingebiel, Stephan: Entwicklungszusammenarbeit und die Flüchtlings- und Migrationsproblematik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 20). Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn 1994, S. 18-25

Kreienbrink, Axel: Einwanderungsland Spanien. Migrationspolitik zwischen Europäisierung und nationalen Interessen. IKO: Frankfurt, London 2004

Kreienbrink, Axel: Spanien, in: Länderprofil. Focus Migration. Bundeszentrale für politische Bildung: Hamburg 2006

Lago, Cristina/Aguayo, Eva: Migraciones interiores en España: Un modelo econométrico regional 1980 – 2000, in: Estudios Económicos Regionales y Sectorales, 2004, Nr. 4, Ausgabe 1. Santiago de Compostela 2004, S. 121-138

Lichtenberger, Elisabeth: geographie. Band 1. Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 132 Abbildungen und 14 Tabellen. (Teubner Studienbücher der Geographie) B. G. Teubner: Stuttgart, Leipzig 1998

López García, Bernabé/Lorenzo, Manuel: Los focos de la inmigración irregular, in: Atlas de la inmigración marroquí en España, 2003, S. 89-93

López García, Bernabé/Ramírez, Angeles: ¿España es diferente? Balance de la inmigración magrebi en España, in: Migraciónes Nr. 1. Madrid 1997, S. 41-72

Magrinyà Torner, Francesc : El acceso a los servicios urbanos y la urbanización en los países del sur : la necesidad de una perspectiva en el espacio y en el tiempo, in : Cuadernos internacionales de tecnología para el desarrollo humano Nr. 3/2005 Ingeniera sin fronteras. Ceneralitat de Catalunya. Barcelona 2005, S. 1-10

Magrinyà Torner, Francesc ; Gaspar Maza Gutierrez : Inmigración y huecos en el centro histórico de Barcelona (1986 – 2000). in : Scripta Nova. Revista electronica de geografía y ciencias sociales Nr. 3/2001, S. 1-25 [www.scriptanova.es]

Majoral, Roser (Hrsg.) et al: Cataluña. Un análisis terrritorial. Ariel geográfica. Barcelona 2002

Maluquer, Elisabet: ‚Municipios e inmigración' a Diputació de Barcelona II Informe sobre inmigración y trabajo social. Diputació de Barcelona: Barcelona 1997

Manz, Volker: Fremde und Gemeinwohl: Integration und Ausgrenzung in Spanien im Übergang vom Ancien Régime zum frühen Nationalstaat. Steiner: Stuttgart 2006

Martínez Atienza, Gorgonio: Ley y reglamento de extranjería. Ley Orgánica 4/2000, de 11 de enero. Concordada de la ley de 1985 y el reglamento de 1996. Disposiciones normativas, jurisprudencia y comentarios doctrinales. Madrid 2000

Martínez Buján, Raquel: La reciente inmigración latinoamericana a España. Naciones Unidas: Santiago de Chile 2003

Martori i Cañas, Joan Carles: Inidadores cuantitativos de segregación residencial. El caso de la población inmigrante en Barcelona. Universidad de Vic: Vic 2004

Massey, Douglas: International Migration at the Dawn of the Twenty-first Century: The Role of the State. in: Population and Development Review 25, 1999, S. 303-322

Mazkiaran, Mikel: Recorrido por las leyes de extranjería en España, in: Mugak, Nr. 29, Mugak: San Sebastian 2004, S. 1-8

Mertins, Günter (Hrsg.): Untersuchungen zur spanischen Arbeitsmigration. Marburg/Lahn 1984 (Marburger Geographische Schriften, Heft 95)

Mlady, Michal: Statistics in focus. General and regional statistics. Population and social conditions. EUROSTAT: Luxemburg 2006

Münz, Rainer, Ulrich, Ralf: Migration und Bevölkerung. Bevölkerungswissenschaft. Ausgabe 2. Februar/März 2000. Humbolt-Universität zu Berlin: Berlin 2000, S. 1-6

Nadal Oller, Jordi: La población española (siglos XVI a XX). Editorial Ariel: Barcelona 1976

Nohlen, Dieter: (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. Beck: München 2001

Ortega Terol, Juan Miguel: Algunas cuestiones acerca del derecho de asilo y refugio (Análisis jurisprudencial y perspectivas de desarollo legislativo), in: Revista del Centro de Estudios Constitucionales, Nr. 16, S. 135 – 157. Ministerio de la Presidencia: Madrid 1993

Pajares, Miguel: Inmigración y mercado de trabajo. Informe 2008. Documentos del Observatorio Permanente de la Imigración. Ministerio de Trabajo e Inmigración: Madrid 2008

Palazón Ferrando, Salvador: La emigración española a Latinoamérica (1946 – 1990). Reanudación y crisis de un flujo secular, in: Estudios Geográficos 54/1993, H 210, S. 97-128

Piñar Mañas, José Luis: El derecho a la libertad de residencia y circulación de los extranjeros en territorio nacional (En torno a dos sentencias de la Sala Cuarta del Tribunal Supremo), in: Revista de administración pública, Nr. 93. Ministerio de la presidencia: Madrid 1980, S. 199-212

Puyol Antolín, Rafael: Emigración y desigualdades regionales en España. Madrid 1979

Ramos, J.A. et al: La política para la integración social de los inmigrantes: una perspectiva intergubernamental. Instituto Universitario Ortega y Gasset: Madrid 1998

Recaño Valverde, Joaquín: Las migraciones internas de retorne en España durante la primera mitad de la década de los 90: implicaciones demográficas y territoriales, in: Scripta Nova: Revista electronica de geografía y ciencias sociales, 2004, Nr. 8. Universidad de Barcelona: Barcelona 2004 [www.scriptanova.es], S. 157-180,

Recaño Valverde, Joaquín/Cabré Pla, Anna: Migraciones interregionales y ciclos económicos en España (1988 – 2001), in: Papeles de geografía Nr. 37, Universidad de Murcia: Murcia 2003, S. 179-197

Relaño Pastor, Eugenia: Los continuos cambios de la política de inmigración en España, in: Corona Vázquez, Rodolfo: Migraciones Internacionales. 3/2004, Vol. 2. Universidad Complutense de Madrid: Madrid 2004, S. 110-141

Riol Caravajal, Eduardo: La vivienda de los inmigrantes en Barcelona: el caso del colectivo pakistaní. Universidad de Barcelona: Barcelona 2004

Riol Carvajal, Eduardo, Michael Janoschka: La inmigración extranjera a Barceona y Madrid. ¿Una nueva fase sociodemográfica y nuevas formas de segregación espacial? Universidad de Barcelona/Universidad Bauhaus Weimar: Barcelona, Weimar 2004

Rhein, Eberhard: Die Europäische Union und der Mittelmeerraum, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europahandbuch. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bonn 2002, S. 700-715

Riedel, Sabine: Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP: Berlin2006

Rivera Álvares, Joaquín María: Cambios normativos en la realidad de la extrajería en nuestro país: la nueva Ley Orgánica 4/2000, de 11 de enero, in: Cuadernos de Trabajo Social 13/2000, Universidad Complutense de Madrid: Madrid 2000, S. 109-130

Romero Valiente, Jesús María: Migraciones. En Tendencias demográficas durante el siglo XX en España. Instituto Nacional de Estadística. Universidad de Sevilla: Madrid 2003

Roson Alonso, Antonio-Gabriel: Un decenio de cooperación española als desarrollo, in: Rafale Calduch (Hrsg.): La política exterior española en el siglo XX. Ediciones de Ciencias Sociales: Madrid 1994, S. 335-367

Rubio, Javier: La emigración española a Francia. Barcelona 1974

Sackmann, Rosemarie: Zuwanderung und Integration. Theorien und empirische Befunde aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland. VS Verlag: Wiesbaden 2004

Santel, Bernhard: Zwischen Abwehr und Normalität: Einwanderung in Italien und Spanien. Migration und ethnische Minderheiten. Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen. 2001, S. 7-15

Santel, Bernhard: Migration in und nach Europa. Erfahrungen. Strukturen. Politik. Leske & Budrich: Opladen 1995

Solé Aubia, M: Els immigrants estrangers a Catalunya: la il.lusió d'un viatge. Revista Digital d'Informació i Investigació Social. 2002

Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften: Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 3. Auflage. Juventa: Weinheim 2003

Tomei, Verónica: Europäisierung nationaler Migrationspolitik. Eine Studie zur Veränderung von Regieren in Europa. Lucius & Lucius: Stuttgart 2001

Tusell, Javier: Historia de España en el siglo XX. Segunda edicion. Taurus Santillana: Madrid 2007

Vicente Espinar, José María: Extranjería e inmigración en España. Análisis crítico de su regulación jurídica, in: Derechos y libertades: Revista del Instituto Bartolomé de las Casas, Año 12, Número 18, Universidad Carlos III: Madrid 2008, S. 213-220

Villena Rodríguez, María: Demografía, mercado de trabajo y política de inmigración. España versus U.E. Universidad de Sevilla: Sevilla 2004

Vogel, Dita/Norbert Cyrus: Irreguäre Migration in Europa – Zweifel an der Wirksamkeit der Bekämpfungsstrategien. Kurzdossier. Focus Migration. Bundeszentrale für politische Bildung: Hamburg 2006

Wittelsbürger Helmut: Die Parlamentswahlen in Spanien am 12. März 2000, in: KAS Auslandsinformationen 4/2000. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V : Sankt Augustin 2000, S. 26-42

Yáñez Gallardo, César: La emigración española a América (siglos XIX y XX). Dimensión y características cuantitativas. Colombres, Asturias 1994 (Cruzar el Charco, Bd. 12)

Zapata-Barrero, Ricard, et al: El Discurso Político en torno a la Inmigración en España y en la UE. Documentos del Observatorio Permanente de la Inmigración. Ministerio de Trabajo e Inmigración: Madrid 2008

7.2 Berichte und Statistiken aus fachspezifischen (Regierungs) instituten

Agència de Salut Pública de Barcelona: La salut de la població immigrant de Barcelona. Barcelona 2008

Bundesamt für Migration: Focus Spanien. Die Regularisieurngsaktion 2005. MILA Migrations- und Länderanalysen. Schweizerische Eidesgenossenschaft: Bern 2005

Bundesministerium für Inneres: Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz. Integrationsvereinbarung. Wien 2005

Colectivo Ioé: Los inmigrantes en España (Documentación Social, Nr. 66) Madrid 1987

Departament d'Educació: Pla per a la Llengua i Cohesió Social. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2004

Generalitat de Catalunya/Regierung von Katalonien: Daten 2007. Deutsch. Barcelona: Generalitat de Catalunya 2007

Generalitat de Catalunya: Pla de Ciutadania i Immigració 2005 – 2008. Secretaria per a la Immigració. Departament de Benestar i Família. Barcelona: Generalitat 2005

Grup de Recerca en Immigració i Innovació Política: Estudi de les polítiques d'integració d'immigrants a partir del disseny de Plans Comarcals. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2003

Institut d'Estadística de Catalunya IDESCAT: Estadístiques de Síntesi. Anuari estadístic de Catalunya 2008. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2008

Instituto Nacional de Estadística: Notas de prensa. 22 de mayo de 2008. Encuesta nacional de Inmigrantes 2007. Avance de resultados. Madrid: 2008

Instituto Nacional de Estadística: Revisión del Padrón Municipal de Habitantes a 1 de enero de 2003. Explotación estadística. Datos municipales. Madrid: 2003

Instituto Nacional de Estadística: España al comienzo del sigrlo XXI. Censos de Poblacion y Viviendas 2001. Madrid 2001

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäischer Fond für die Integration von Drittstaatsangehörigen – Spanien. Brüssel 2008 (IP/08/1640)

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Dritter Jahresbericht über Migration und Integration. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel: Europäische Kommission 2007

Kommission der europäischen Gemeinschaften: Europäisches Beschäftigungsobservatorium. Bericht vom Frühjahr 2007. Europäische Kommission. Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit. Referat D2. Brüssel 2007[2]

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission: Auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. KOM(98) 459. Brüssel 1998

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung KOM(94) 23 endg., Ziff. 124. Brüssel 1991

Kommission der Europäischen Gemeinschaten. Mitteilung KOM(94) 23 endg., Ziff 56f. Brüssel 1991

Ministerio de Asuntos Sociales: Plan para la Integración de los Inmigrantes. Madrid 1995

Ministerio del Interior: Texto completo (refundido) de la Ley de Extranjería. Madrid 2003

Ministerio del Interior: Anuario Estadístico del Ministerio del Interior. Madrid 2000

Ministerio del Interior: Anuario Estadístico de Extranjería. Madrid 1996

Ministerio del Interior: Ley de Asillo y Refugio. Ley 5/84 de 26 e marzo. Publicada en el BOE núm. 74 de 27 de marzo de 1984. Madrid 1984

Ministerio de Trabajo e Inmigración: Marco de Cooperación para la Gestión del Fondo a la Acogida y a la Integración de Inmigrantes y al Refuerzo Educativo 2008. Madrid 2008

Ministerio de Trabajo e Inmigración: Boletín estadístico de extranjería e inmigración. Madrid 2008[2]

Ministerio de Trabajo e Inmigración: Informe sobre la Situación de la Integración Social de los Inmigrantes y Refugiados 2008. Foro para la Integración Social de los Inmigrantes. Madrid 2008[3]

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Boletín Nr. 69. Madrid 2007

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Anuario Estadístico de Inmigración 2006. Madrid 2007[2]

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Plan estratégico ciudadanía e integración 2007 – 2010. Resumen ejecutivo. Madrid 2007[3]

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Marco de Cooperación para la Gestión del Fondo de Apoyo a la Acogida y la Integración de Inmigrantes así como el Refuerzo Educativo de los Mismos. 2006. Madrid 2006

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Anuario Estadístico de Extranjería 2002. Madrid 2003

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Programa Global de Regulación y Coordinación de la Extranjería y de la Inmigración, GRECO. Delegación del Gobierno para la Extranjería y la Imigración, de 14 de abril. BOE 27 e abril 2001. Madrid 2001

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Ley Orgánica 8/2000, de 22 de diciembre, sobre derechos y libertades de los extranjeros en España y su integración social. BOE 23 de diciembre 2000. Madrid 2000[1]

Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales: Ley Orgánica 4/2000, de 11 de enero, sobre derechos y libertades de los extranjeros en España y su integración social. BOE 12 de enero 2000. Madrid 2000[2]

Organizasión Internacional para las Migraciones. La Agencia para las Migraciones. Tipos de Migración Irregular. 2003. www.iom.int, 06.09.09

Secretaria per a la Immigració: Presentació del Fons per a l'acollida i la integració de persones imigrades: un nou panorama en les polítiques de ciutadania i immigració a Catalunya. Any 2005. Secretaria per a la Immigració: Barcelona 2006

Secretaria per a la Immigració: Pla de ciutadania i immigració 2005 – 2008. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2005

Secretaria per a la Immigració: Debats d'immigració a Catalunya. Aportacions de la societat civil. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2003

Secretaria per a la Immigració: Pla interdepartamental d'immigració 2001 – 2004. Generalitat de Catalunya: Barcelona 2001

UNHCR The UN Refugee Agency: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (In Kraft getreten am 22. April 1954). Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (In Kraft getreten am 4. Oktober 1967). United Nations High Commissioner for Refugees: Berlin 1967

7.3 (Zeitungs)artikel aus Tageszeitungen

in Originalsprache und chronologischer Reihenfolge

31. 01. 2000: El impacto de la inmigración. Una manifestación critica las ayudas a los ‚sin papeles' (El Periódico)

01. 02. 2000: ‚Cumbre' de seis ministerios para preparar la entrada en vigor hoy de la Ley de Extranjería' (La Estrella Digital)

01. 02. 2000: Los sindicatos y las ONG's piden que se amplíe a cuatro meses el tiempo para que los inmigrantes regulen su situación (La Estrella Digital)

02. 02. 2000: Decreto/Pimentel. A favor de ampliar el plazo (El Mundo)

02. 02. 2000: La policía cargó en Alicante contra un millar de inmigrantes que demandaba información (El Mundo)

02. 02. 2000: Miles de inmigrantes colapsan las oficinas de Extranjería por falta de información. (La Vanguardia)

04. 02. 2000: Inmigración. El Gobierno cede de nuevo y da más tiempo para trámites de extranjería. El PSOE denuncia controles irregulares en los vuelos de Iberia en Dakar. (El Periódico)

06. 02. 2000: Detenido un inmigrante en El Ejido acusado del asesinato de una mujer (El País)

07. 02. 2000: Vecinos de El Ejido atacan a los inmigrantes y destrozan sus locales (El País)

07. 02. 2000: El Ejido, la llei d'estrangeria i la lluita contra el racisme (Diari Avui)

08. 02. 2000: Piqué dice que hay que reformar la Ley de Extranjería y Mayor niega pasividad policial (La Vanguardia)

01. 03. 2000: Hay que ver si el número de inmigrantes supera el de puestos de trabajo, dice Belén Fernández-Delgado, candidata al Senado por el PP (La Verdad)

09. 03. 2000: La OIT alerta de la xenofobia laboral. Empresas españolas rechazan al 36 % de extranjeros que buscan un empleo. (El Periódico)

13. 03. 2000: El PP anuncia que el nuevo Gobierno cambiará ‚inmediatamente' la Ley de Extranjería (El País)

16. 03. 2000: Acebes afirma que la Ley de Extranjería se ‚mejorará' (El País)

17. 03. 2000: El PP quiere pactar con CiU la Ley de Extranjería (El País)

17. 03. 2000: El Gobierno habilita 162 oficinas para regularizar a los inmigrantes. El plazo terminará el 31 de julio (El País)

21. 03. 2000: El Foro por la Integración Social reclama al Gobierno que no toque la Ley de Extranjería (La Vanguardia)

21. 03. 2000: Dos asociaciones denuncian al alcalde de El Ejido por su proceder durante los disturbios. (Andalucía 24 Horas)

24. 03. 2000: El Ayuntamiento de El Ejido niega haber enviado inmigrantes magrebíes a Huelva con la excusa de regularizar su situación (Andalucía 24 Horas)

27. 03. 2000: Un centenar de trabajadores magrebíes de El Ejido lleva su protesta hasta Madrid (La Vanguardia)

01. 04. 2000: El eurodiputado José María Mendiluce afirma que el conflicto con la inmigración ‚no está sólo en El Ejido' (Andalucía 24 horas)

03. 04. 2000: La policía busca a los autores de incendios en chabolas, invernaderos y vehículos en El Ejido (La Vanguardia)

05. 04. 2000: Un portavoz de los inmigrantes de El Ejido dice que su situación ha empeorado (La Vanguardia)

11. 04. 2000: Los bomberos trabajan en la extinción de un incendio en la planta de reciclaje de desechos agrícolas de El Ejido (Andalucía 24 horas)

21. 04. 2000: Un incendio destruye un locutorio telefónico de inmigrantes en un barrio de El Ejido (El País)

23. 04. 2000: El delegado del Gobierno admite el ‚frágil equilibrio' que vive El Ejido (El País)

25. 04. 2000: Los partidos califican de ‚racista' el discurso de Arzallus sobre los inmigrantes (La Razón)

26. 04. 2000: Arzalluz dice que se han manipulado ‚burdamente' sus alusiones a los inmigrantes (El País)

27. 04. 2000: ‚Los inmigrantes no quitan trabajo a los residentes' (El Día Digital)

28. 04. 2000: El Subdelegado del Gobierno pide a los inmigrantes que abandonen el encierro para iniciar las negociaciones (Andalucía 24 horas)
28. 04. 2000: Los marroquíes residentes en Galicia debatirán hoy en Compostela medidas para la integración de los inmigrantes (El Correo Gallego)
29. 04. 2000: Detenidos en 4 meses más inmigrantes que en todo 1999 en las costas de Cádiz (La Verdad)
29. 04. 2000: Los inmigrantes encerrados en Almería protagonizarán una huelga de hambre si no se atienden sus peticiones (Andalucía 24 horas)
29. 04. 2000: El ejecutivo canario pide medidas para evitar la llegada de inmigrantes (Levante)
01. 05. 2000: Veinte inmigrantes se ofrecen para iniciar mañana una huelga de hambre. La asamblea ‚Papeles para todos' pide la derogación de la Ley de Extranjería (La Voz de Almería)
01. 05. 2000: Más de 20 inmigrantes desaparecen frente a la costa de Tarifa al hundirse otra patera. (La Vanguardia)
14. 05. 2000: CC se pronuncia por la reforma urgente de la Ley de Extranjería (La Verdad)
17. 05. 2000 Mayor Oreja advierte de los riesgos del ‚efecto llamada' provocado por la Ley de Extranjería (La Estrella Digital)
18. 05. 2000 IU rechaza la reforma de la Ley de Extranjería porque ‚no se pueden poner paredes al hambre ni a las guerras' (Andalucía 24 horas)
18. 05. 2000 Aumenta la llegada de inmigrantes ilegales embarazadas con la nueva Ley de Extranjería (La Verdad)
20. 05. 2000 El Gobierno acelera la revisión de la Ley de Extranjería. Interior propone cuatro cambios para frenar la entrada ilegal (La Vanguardia)
21. 05. 2000 Las reformas en la Ley de Extranjería serán pocas pero fundamentales (La Verdad de Murcia)
25. 05. 2000 Aznar dice que es prioritario modificar la Ley de Extranjería para poder combatir a las mafias. Frutos recuerda que el texto actual fue redactado por consenso y acusa al presidente de querer tener más capacidad de expulsión (La Estrella Digital)
26. 05. 2000 PP dice que los ilegales viven a la intemperie. Soria repite que la Ley de Extranjería atrae inmigrantes (El Día)
30. 05. 2000 Ejecutivo. Rechazó las afirmaciones del PP. Román Rodríguez cuestiona que la Ley de Extranjería provoque el ‚efecto llamada' (El Día)
16. 06. 2000 CiU y Coalición Canaria, los más proclives a la reforma (El País)
16. 06. 2000 El Gobierno quiere estrenar en enero la nueva Ley de Extranjería aunque no haya concenso (El País)
05. 08. 2000 Reforma de la Ley de Extranjería (El País)
25. 09. 2000 El PSOE renuncia a enmendar a la totalidad la nueva Ley de Extranjería (El País)
08. 10. 2000: Bohigas, Oriol: Menos urbanismo y mas sociología. (El Periódico)
11. 10. 2000 El Gobierno presenta el plan Greco sobra extranjería sin presupuestarlo (El País)

20. 05. 2003: La Ley de Extranjería permitirá a los inmigrantes legales emplear su visado como permiso de trabajo. (El Mundo)
30. 06. 2003: La tercera Ley de Extranjería (El País)
18. 12. 2003: La Ley de Extranjería facilitará la expulsión de los inmigrantes (El Periódico Mediterraneo)

17. 04. 2004 Die Anschläge vom 11. März 2004 (Die Tagesschau)

01. 02. 2005: Spanien lässt Einwanderer legal arbeiten (Financial Times Deutschland)
07. 02. 2005: Chance für Spaniens illegale Immigranten (Die Tageszeitung)
08. 02. 2005: Amnestie für Illegale (Süddeutsche Zeitung)
09. 02. 2005: Spanien holt Hunderttausende Einwanderer aus der Illegalität (Die Welt)
17. 02. 2005: Spaniens Einwanderer stabilisieren die Finanzen (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
15. 03. 2005: Madrid critique pour sa politique d'intégration (Le Figaro)
13. 04. 2005: Hoy se alcanzan las cien mil peticiones de legalización en la Comunidad (El Mundo)

02. 05. 2005: Hastige Legalisierung (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
09. 05. 2005: „Beispielloser Erfolg“. Etwa 700.000 Ausländer wollen sich in Spanien legalisieren lassen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
11. 05. 2005: Eine Million neue Bürger auf einen Streich (Die Welt)
12. 05. 2005: Grüne nenne Spanien als Vorbild (Süddeutsche Zeitung)
12. 05. 2005: Legalisierungspolitik in Spanien in der Kritik (Deutsche Welle)
13. 05. 2005: Empleo ilegal. El plan de inspección del Ministerio de Trabajo se centrará en los sectores de la construcción, la agricultura y el textil (El Mundo)
16. 05. 2005: Inmigración: una lección inhabitual (El País)
24. 05. 2005: Inmigrantes irregulares. El ministro Jesús Caldera admite que el 10 % de los extranjeros seguirá irregular (El Mundo)
25. 05. 2005: Spain stands by immigrant amnesty (BBC News)
31. 05. 2005: Trabajo ya ha resuelto el 42 % de las peticiones de regularización (El País)
03. 11. 2005: Madrider Hürde für Kataloniens Statusreform. Eintretensdebatte im spanischen Abgeordnetenhaus (Neue Züricher Zeitung)
10. 12. 2005: Sportpolitik, Sprachpolizei und Cava-Boykott: Auswüchse des katalanischen Drangs zur Autonomie (Neue Züricher Zeitung)

30. 05. 2006: Europäischer Regionalismus: Das spanische Katalonien darf sich jetzt als eigene Nation bezeichnen (Eurasisches Magazin)

07. 02. 2007: Las comunidades autónomas piden más dinero para la acogida de menores extranjeros (La Vanguardia)
20. 04. 2007 El Plan de Integración de los Inmigrantes arranca con 2.000 millones de presupuesto (La Vanguardia)
02. 05. 2007: „La UE ha asumido la política de inmigración española“ (El País)
04. 05. 2007: La llegada de inmigrantes a Barcelona, que se ha multiplicado por 7 en 10 años, ha rejuvenecido la población
12. 06. 2007: Buchmesse-Gastland Katalonien: Das große Fremdeln (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
12. 06. 2007: Wie eine Buchmesse zum Politikum wird (Die Welt)
03. 12. 2007: ‚in-inde-independèn-cià’ (La Vanguardia)
04. 12. 2007: Dumpf und beharrlich (Der Standard)

04. 02. 2008: Ocho ciudades catalanas tienen más del 30 % de inmigrantes
29. 04. 2008 La población extranjera de Barcelona sigue creciendo y es ya el 17,3 % del total
15. 06. 2008: Spanien will eine Million Einwanderer loswerden (Die Welt)
01. 07. 2008 CEAR advierte que el ‚retorno de inmigrantes’ es contraproducente para la economía’
01. 07. 2008 Corbacho: Hay muchos inmigrantes en situación irregular (El Mundo)
18. 07. 2008: Spanien will arbeitslose Einwanderer loswerden (Die Süddeutsche Zeitung)
05. 08. 2008 Se alerta aumento de la inmigración indocumentada (El Universo)
20. 09. 2008 Los inmigrantes acogen sin interés el plan del Gobierno para volver a su país (El país)
25. 11. 2008: La tasa de paro en Cataluña alcanzará el 10 % en marzo, la más alta desde 2002, según un estudio

7.4 Internetquellen

Laufend verwendete Quellen, keine direkten Zitate

http://www.mtas.es/
Spanisches Ministerium für Arbeit und Immigration

http://extranjeros.mtin.es/es/index.html
Abteilung 'Ausländer' des spanischen Ministeriums für Arbeit und Immigration

http://www.integralocal.es
Abteilung des spanischen Ministeriums für Arbeit und Immigration zur Förderung der Integrationspläne, aktuell des Planes 2007 – 2010

http://www.oberaxe.es/
Abteilung des spanischen Ministeriums für Arbeit und Immigration zur Observierung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

www.gencat..net
Offizielle Seite der Generalitat de Catalunya, der Regierung der Autonomen Gemeinschaft

http://www.llull.cat/
Katalanisches Kulturinstitut

http://www.frankfurt2007.cat
Katalonien als Thema auf der Frankfurter Buchmesse 2007 – Offizielle Homepage

www.rocajunyent.com
Katalanische Kanzlei – Inhaber dieser Kanzlei ist bekannter katalanischer Politiker

www.ine.es
Offizielles Statistikamt Spaniens

www.idescat.cat
Offizielles Statistikamt Kataloniens

http://iambweb.ams.or.at
Statistisches Onlinearchiv des Arbeitsmarktservice Österreich

www.totraval.es
Dachverband im Raval

www.ub.es
Homepage der Universidad de Barcelona

www.ub.es/geocrit
Elektronische Geographiezeitschrift der Universidad de Barcelona

http://www.ub.es/penal/historia/lex.htm
Auflistung themenspezifischer Zeitungsartikel für das Jahr 2000

www.iom.int
Internationale Organisation für Migration

www.europa.eu
Grundsätzliches zu Europa, zu den Mitgliedsstaaten

Direkte Zitate

http://www.todalaley.com/
Internetseite, auf der sämtliche Gesetzestextauszüge gesucht werden können. Folgende Gesetzestexte wurden für die vorliegende Arbeit zitiert:

- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 175 – 01, 18. 03. 1998 (IU)
- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 179 – 01; 18. 03. 1998 (CiU)
- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 189 – 01; 02. 04. 1998 (GMx)
- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 175 – 11; 18. 11. 1998 – S. 43 -61 (PSOE)
- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 179 – 10; 19. 11. 1998 – S. 83 – 100 (PSOE)
- BOCG, 6. Leg. Serie B, Nr. 189 – 11; 18. 11. 1998 – S. 28 - 47 (PSOE)
- BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 01; 04. 11. 1999 (Überparteilich)
- BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 03; 19. 11. 1999 (Überparteilich)
- BOCG, 6. Leg., Serie B 330 – 02, 15. 11. 1999 (Endgülige Verabschiedung)

http://www.juntadeandalucia.es/gobernacion/opencms/portal/PoliticasMigratorias/Publicaciones/boletines_fairea?entrada=tematica&tematica=63
Auszug aus einem regionalen, regelmässig veröffentlichten Mitteilungsblatt, eingesehen am 11. Nov. 2008

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/91464.pdf
Paper/Pressemitteilung zum Troikatreffen vom 16. Oktober 2006, veröffentlicht vom Council of the European Union am 30. Oktober 2006 in Brüssel; eingesehen am 19. November 2008

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/relations/fsj_immigration_relations_de.htm#teil_1
Berichterstattung über die Zusammenarbeit mit Drittländern in Migrationsfragen, Homepage der Europäischen Kommission, Abteilung Justiz und Inneres, eingesehen am 19. Nov. 2008

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/relations/docs/ga_chronology_de.ef
Stichwortartige Chronologie der Migrationsarbeit von 2005 – 2007, Fokus: Zusammenarbeit mit Drittländern, Homepage der Europäischen Kommission, Abteilung Justiz und Inneres; eingesehen am 19. Nov. 2008

http://www.es.amnesty.org/paises/espana/
Amnesty International, Publikation des 'Informe Anual', eingesehen am 19. Nov. 2008

http://www.es.amnesty.org/paises/espana/inmigracion-racismo-xenofobia/
Amnesty International, Unterpunkt: Xenophobie, Immigration und Rassismus, eingesehen am 19. Nov. 2008

http://www.cear.es/home.php
Integrationsansatz der NGO 'Cear', eingesehen am 19. Nov. 2008

www.unav.es/noticias/250806-02.html
Universidad de Navarra: Online-Nachrichten vom 23. 08. 2006; eingesehen am 08. September 2008

www.suite101.de
Barone Alexandra: Fehlende Zuwandererpolitik? Bürger wollen resolute Gesetze von Politikern 14. 05. 2008 auf dieser Netzwerkseite für Autoren publiziert; eingesehen am 11. November 2008

http://www.frankfurt2007.cat/@cat/home/index.html?seccio=inici
Frankfurter Buchmesse, Kapitel 4.1; eingesehen am 8. Dezember 2008

www.ipsos.de
Meinungsforschungsinstitut, Agencia Associated Press-Pendant, Meinungsforschung vom 20. 05. 2004; eingesehen am 20. 12. 2008

http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/docs/bd_en.pdf
Kommission der europäischen Gemeinschaften: “Barcelona declaration adopted at the euro-mediterranean conference, 27 – 28/11/95”; eingesehen am 19. 12. 2008

http://www.gencat.net/generalitat/cat/estatut/titol_4.htm#a138
Autonomiestatut Kataloniens aus 2006; eingesehen am 05. 10. 2008

http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/laenderinformationen/forschung.Par.0006.File.tmp/Spanien_Regularisierung_public.pdf
Dokumentation der Schweizer Eidesgenossenschaft, eingesehen am 01. 12. 2008

http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0002.pdf
Ausschreitungen in El Ejido, Onlineausgabe der Zeitschrift ‘Migration und Bevölkerung’, eingesehen am 12. 12. 2008

http://politik-gesellschaft-italien.suite101.de/article.cfm/fehlende_zuwandererpolitik
Informationen zum Bossi-Fini-Gesetz, eingesehen am 12. 12. 2008

www.spanien.abc.com
Bilder und Grunsatzinformationen zu Spanien

www.estecha.com
Bilder und Grundsatzinformationen zu Spanien

www.vamos-barcelona.com
Flaggenbild und Grundsatzinformationen zu Barcelona, eingesehen am 05. 01. 2009

www.scgenealogia.com
Flaggen- und Wappenbild aus Katalonien, eingesehen am 05. 01. 2009

www.sintesis.com
Online-Artikel von Zapata-Barrero, Ricard: Multiculturalidad e inmigración (Colección Ciencias Políticas), eingesehen am 07. 06. 2008

www.univie.ac.at
Logo der Universität Wien für das Titelblatt der vorliegenden Arbeit

7.5 Auflistung der verwendetenTageszeitungen

Spanische Tageszeitungen

El País	www.elpais.com
El Mundo	www.elmundo.es
El Día	http://www.eldia.es/index2.htm
El Periódico	www.elperiodico.es
La Estrella	www.laestrelladigital.es
La Vanguardia	www.lavanguardia.es
La Razón	www.larazon.es

Katalanische Tageszeitungen

Diari Avui	www.avui.cat
La Vanguardia	www.lavanguardia.es

Weitere regionale Tageszeitungen in Spanien

El Diario Vasco	www.eldiariovasco.com (Baskenland)
El Periódico Mediterraneo	www.elperiodicomediterraneo.com (Castellón)
La Voz de Almería	www.lavozdealmeria.com (Almería)
La Verdad de Murcia	www.laverdad.es (Murcia)
El Correo Gallego	www.elcorreogallego.es (Galizien)
El Diario Sur	www.diariosur.es (Málaga)
Andalucía 24 horas	www.andalucia24horas.com (Andalusien)
El Diario Montañés	www.eldiariomontanes.com (Kantabrien/Santander)

Weitere Tageszeitungen (international)

Der Standard	derstandard.at
Frankfurter Allgemeine Zeitung	www.faz.net
Die Welt	www.welt.de
Süddeutsche Zeitung	www.sueddeutsche.de
Die Tageszeitung	www.taz.de
Financial Times Deutschland	www.ftd.de
Die Deutsche Welle	www.dw-world.de
Le Figaro	www.lefigaro.fr
BBC News	www.news.bbc.co.uk

7.6 Tabellen-, Diagramm- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen (Quellenangaben im laufenden Text)

Tabelle 01: Die *emigración española* nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert S. 023

Tabelle 02: Die spanische Emigration in europ. Länder zwischen 1961 u. 1976 S. 028

Tabelle 03: Anzahl von Spaniern in Frankreich, in der BRD und in der Schweiz im Jahr 1987 S. 029

Tabelle 04: Im Ausland lebende Spanier nach Kontinenten im Jahr 2001 S. 032

Tabelle 05: Die ausländische Bevölkerung in Spanien 1970 – 1987 S. 035

Tabelle 06: Die ausländische Bevölkerung in Spanien am 31. 03. 2008 S. 046

Tabelle 07: Die ausländische Bevölkerung in Spanien 2006 und 2005 S. 047

Tabelle 08: Einwanderer in Spanien nach Alter, Geschlecht, Motiven in % S. 050

Tabelle 09: An den Grenzen zurückgewiesene Personen 1988 – 1996, Aufgegriffene *‚pateras'* und festgenommene Personen 1991 – 2000 und Rückführungen 1992 – 2000 S. 092

Tabelle 10: Auswahl an nach Ländern und Jahren gegliederten Regularisierungsaktionen in Europa S. 129

Tabelle 11: Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltstitel in Catalunya 2000 – 2005 S. 168

Tabelle 12: Anzahl der Immigranten in Catalunya am 31. 03. 2005 nach Herkunftsländern S. 169

Tabelle 13: Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung nach Ursprungsregionen ohne Einbezug eines irregulären Anteils 2007 S. 170

Diagramme (Quellenangaben im laufenden Text)

Diagramm 01: Ausländer in Spanien nach Anzahl der Aufenthaltsgenehmigungen 1975 – 2006 S. 034

Diagramm 02: Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltstitel nach Herkunftskontinenten 2006 S. 046

Diagramm 03: Umfrage „Welchen Einfluss haben Immigranten in Spanien?" S. 146

Abbildungen (Quellenangaben im laufenden Text)

Abb. 00: Logo der Universität Wien auf Titelblatt

Abb. 01: Ausländer der generellen Ebene mit Aufenthaltsgenehmigungen nach Provinzen, Stand: 31. 03. 2008 S. 048

Abb. 02: Demographische Struktur der Ausländer nach Alter und Geschlecht S. 049

Abb. 03: Binnenmigration in Spanien in %, 1962 – 1994 S. 057

Abb. 04: Interprovinziale Mobilität gemessen an den abgeschlossenen Verträgen S. 061

Abb. 05: Entwicklung der interprovinzialen Mobilität bis 2006 nach abgeschlossenen Arbeitsverträgen S. 061

Abb. 07: Sich in Spanien aufhaltende Ausländer – Prozentuelle Verteilung nach Autonomen Gebieten S. 165

Abb. 08: Vergleich der Anzahl der *empadronats* mit der Anzahl der Immigranten mit Aufent-haltsgenehmigung 1995 – 2004 S. 168

Abb. 09: Räumliche Verteilung der Immigranten in Katalonien S. 172

Abb. 10: Ausländische Bevölkerung in Altersgruppen S. 177

Abb. 11: Anteil der ausländischen Bevölkerung in Barcelonas Bezirken in Prozent S. 195

Abb. 12: Anteil der ausländischen Bevölkerung in Barcelonas Bezirken in Prozent S. 195

Abb. 13: Logo der Organisation TotRaval S. 227

Abb. 14: Flagge Spaniens S. 243

Abb. 15: Wappen Spaniens S. 243

Abb. 16: Landkarte Spaniens S. 243

Abb. 17: Flagge Kataloniens S. 244

Abb. 18: Wappen Kataloniens S. 244

Abb. 19. Landkarte Kataloniens S. 245

Abb. 20: Übersichtskarte Katalonien S. 245

Abb. 21: Übersichtskarte Raval S. 245